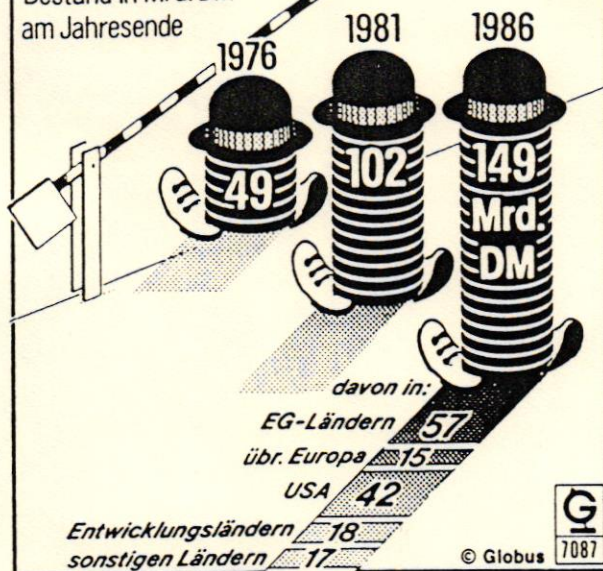


Kapital geht nach draußen

Deutsche Direktinvestitionen
im Ausland
Bestand in Mrd. DM
am Jahresende

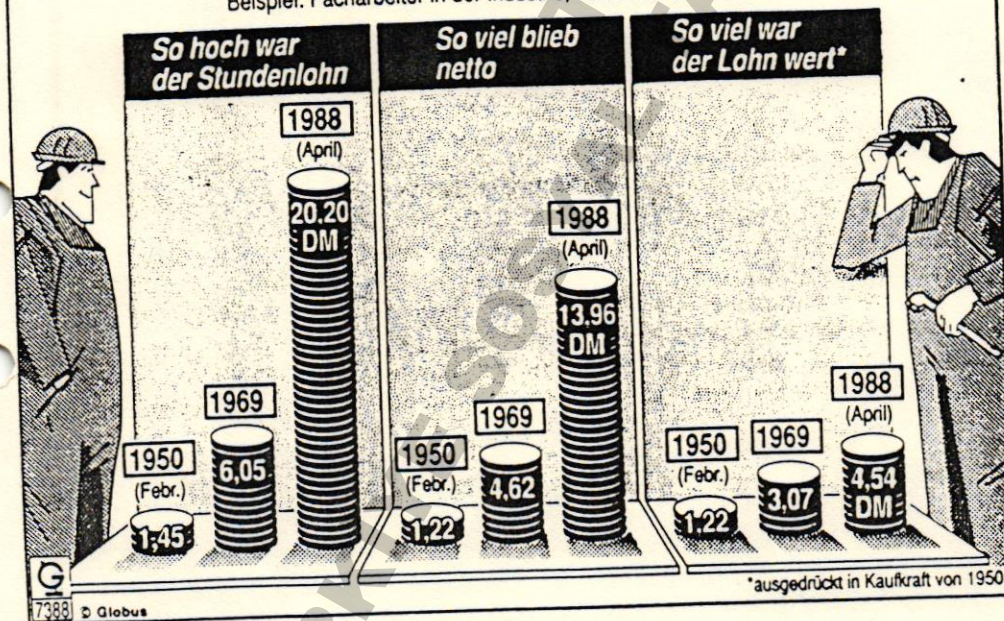


Immer mehr Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland zieht es nach draußen. Sie gründen Niederlassungen in anderen Ländern, beteiligen sich an ausländischen Unternehmen oder kaufen sie auf. Ende 1976 betrug der Umfang der deutschen Direktinvestitionen im Ausland 49 Milliarden DM; zehn Jahre später, 1986, waren es schon 149 Milliarden DM. Binnen zehn Jahren ist damit ein Kapitalstrom von 100 Milliarden DM über die Grenzen geflossen. Hauptziel dieses Geldes waren die EG-Länder und die USA. Die deutschen Direktinvestitionen in der EG haben sich im Zeitraum von 1976 bis 1986 von 17 auf 57 Milliarden DM erhöht, jene in den USA von 7 auf 42 Milliarden DM. 1986 waren insgesamt 15316 deutsche Unternehmen im Ausland engagiert; mit 1,8 Millionen Mitarbeitern machten sie einen Umsatz von 513 Milliarden DM.

Globus-Kartendienst, 5. April 1988

DIE LOHN-ILLUSION

Beispiel: Facharbeiter in der Industrie, verheiratet, ohne Kind



Von 1950 bis 1988 ist der Stundenlohn für einen Facharbeiter in der Industrie auf das Vierzehnfache gestiegen – von damals 1,45 DM auf heute 20,20 DM. Wenn man die Verteuerung der Lebenshaltung in den vergangenen 38 Jahren berücksichtigt, dann ging der überwiegende Teil der Lohnerhöhung für die höheren Preise drauf. Das wahre Plus an Kaufkraft betrug nur 3,32 DM.

Statistische Angaben:
Statistisches Bundesamt,
Bundesarbeitsministerium,
eigene Berechnungen

Offizielle Arbeitslosenzahlen Nov. 1988

Registrierte - Gesamt: 2.091.231 = 8,1 %

davon Männer: 1.082.872

" Frauen: 1.008.359

darunter Ausländer: 255.250 = 13,7%

schwerbehinderte: 127.896

Jugendl. unter 20 J.: 88.521

Aussiedler ———: 83.800

Nicht-Registrierte: rund 1,5 Mio „stille Reserve“
(Frauen, Jugendl. und
ältere über 45 J.)

148.966 wegen berufl. Förderungsmaßnahmen

114.609 " " Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Gesamtzahl der Arbeitslosen: über 3,8 Millionen

Kurzarbeit in 4.088 Betrieben mit 94.408 Betroffenen

Unterstützungsleistungen vom Arbeitsamt

Arbeitslosengeld erhalten: 868.025

Arbeitslosenhilfe " " : 507.687

Arbeitslosenquoten/Zahlen in Ländern

Schleswig-Holstein: 9,6 % = 105.000

Hamburg ———: 11,5 " = 86.186

Bremen ———: 14,8 " = 40.675

Niedersachsen ———: 10,4 " = 300.073

N.R.W. ———: 10,4 " = 213.786

Rheinland-Pfalz ———: 7,0 " = 103.014

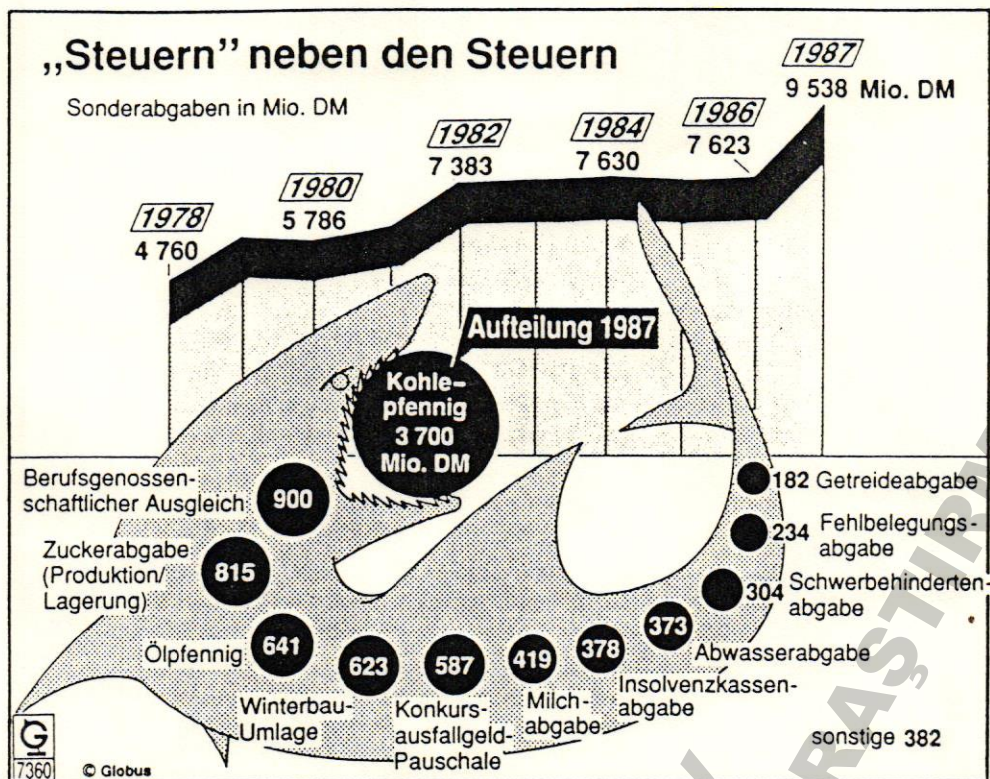
Saarland ———: 11,2 " = 47.051

Hessen ———: 6,0 " = 146.207

Baden-Württemberg: 4,7 " = 189.386

Nord-Bayern ———: 5,9 " } = 264.041

Süd-Bayern ———: 5,1 " }



Sonderabgaben tragen oft Namen wie „Kohlepfennig“ oder „Ölpfennig“. 1978 brachten diese „Pfennige“ dem Fiskus 4,76 Milliarden Mark in die Kassen; 1987 bereits mehr als 9,5 Milliarden Mark. Viele dieser Sonderabgaben sollen der wirtschaftspolitischen Steuerung dienen. Mit anderen Abgaben werden bestimmte Maßnahmen finanziert. Mit dem Kohlepfennig beispielsweise wird die Elektrizitätswirtschaft dafür entschädigt, daß sie statt billigem Heizöl oder billiger Importkohle teure deutsche Kohle zur Stromerzeugung verfeuert.

Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt

Globus-Kartendienst, 3. Oktober 1988

Ausschneiden, kopieren und verteilen

Das Weihnachtsgeschenk der Bundesregierung / Teil 1

Der Griff in die Tasche des Verbrauchers

Mit einigen Gesetzesänderungen hat die Mehrheit des Bundestags den Griff in die Tasche der Verbraucher beschlossen. Im einzelnen kommt auf uns das Folgende zu:

Mineralölsteuer

Für bleifreies Normal- und Superbenzin steigt sie zum 1. Januar 1989 um neun auf 57 Pfennig je Liter und zwei Jahre später um drei auf 60 Pfennig. Für verbleiten Kraftstoff steigt sie 1989 um zwölf auf 65 Pfennig und in der zweiten Stufe um zwei auf 67 Pfennig.

Der Treibstoff für Hobbyflieger bleibt steuerpflichtig. Während heute nur große Luftfahrtgesellschaften wie die Lufthansa steuerbefreit sind, werden von 1990 an „Luftfahrtunternehmen für die gewerbliche Beförderung von Personen oder Sachen“ wie Lufttaxis oder behördliche Flugzeuge der Bundeswehr oder der Luftrettungsdienste

ebenso von der Steuer ausgenommen.

Die Steuer für leichtes Heizöl zieht Anfang 1989 von 1,66 Pfennig je Liter um vier auf 5,66 Pfennig stark an. Bei schwerem Heizöl beträgt der neue Steuersatz 30 Mark je Tonne und bei spezieller Verwendung zur Stromerzeugung in Kraftwerken 55 Mark.

Erdgassteuer

Die neue Erdgassteuer wird von Januar 1989 an mit 26 Pfennig je 100 Kilowattstunden bis Ende 1992 erhoben. Das entspricht rund 2,5 Pfennig statt der ursprünglich vorgesehenen drei Pfennig je Kubikmeter. Flüssiggas wird mit 3,60 Mark je 100 Kilogramm versteuert.

Tabaksteuer

Zigaretten: Vom 1. Mai 1989 an wird die Steuer auf mindestens zehn Pfennig je Zigarette festgelegt. **Zigarren und Zigarillos:** Hier wird die Steuer auf 13 Prozent des Kleinverkaufspreises oder mindestens 3,1 Pfennig je Stück vereinheitlicht.

Pfeifentabak wird mit 5,50 DM je Kilogramm und 24 Prozent des Kleinverkaufspreises besteuert.

Und noch mehr

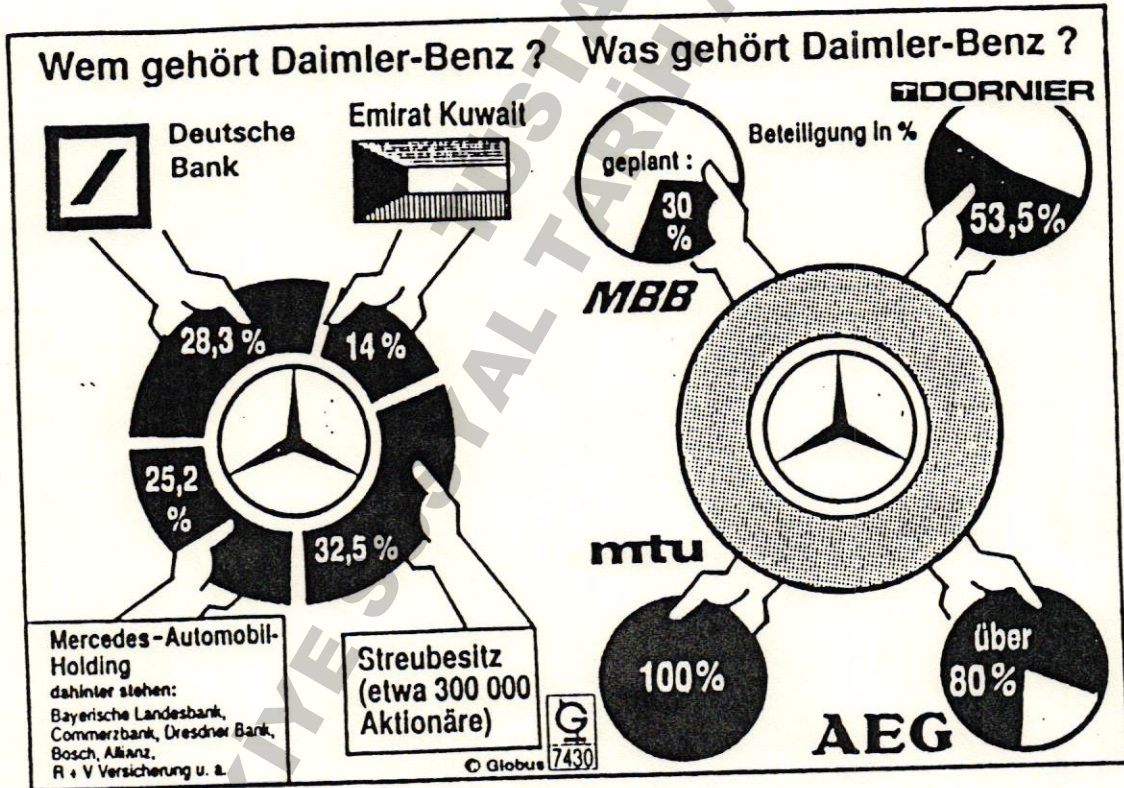
Kfz-Steuer: Für schadstoffarme Diesel-Pkws unter zwei Liter Hubraum, die nach dem 1. Januar 1989 zugelassen werden, gilt die befristete Befreiung nicht mehr. Der Steuersatz für Diesel-Pkws steigt je nach Schadstoffklasse auf bis zu 30 Mark je 100 Kubikzentimeter.

Die **Versicherungssteuer** für Schadenversicherungen wird zum 1. Januar 1989 von fünf auf sieben Prozent des Prämienentgelts festgesetzt. Es gibt Übergangsregelungen. Bei Reiseversicherungen soll der neue Steuersatz erstmals ab 1. Juli 1989 angewendet werden.

Bei der für 1989 bereits beschlossenen **Quellensteuer** wird drei Jahre lang auf die zeitanteilige Anrechnung der Quellensteuer verzichtet. Das heißt, sie wird nur erhoben beim jährlichen oder halbjährlichen Zinstermin festverzinslicher Wertpapiere und nicht beim zwischenzeitlichen Eigentümerwechsel dieser Papiere.

Bei der Berechnung des **Wohngrundes** soll sich das Familieneinkommen am erhöhten Werbungskostenpauschbetrag von 2000 Mark orientieren.

XXXVII/239 Frankfurt/Main, 13. Dezember 1988



Frankfurter Rundschau, 5. Dezember 1988

ppa-report

massenarbeitslosigkeit - eine geissel in der bundesrepublik bis ins naechste jahrhundert

ueber 16 millionen menschen in der bundesrepublik haben in den letzten 15 jahren - seit beginn der massenarbeitslosigkeit im jahr 1973 - die bittere erfahrung gemacht, ihren angestammten arbeitsplatz zu verlieren, ploetzlich "ueberfluessig" zu sein, auf der strasse zu stehen und nicht zu wissen, wie es weitergehen soll - mit sich selbst, mit der frau, den kindern, der ganzen familie. fuer alle betroffenen war der verlust des arbeitsplatzes und damit eines "gesichert" erscheinenden einkommens ein schock. das gefuehl, vom arbeitsleben ausgeschlossen zu werden, seinen lebensunterhalt und den der familie nicht mehr aufgrund eigener faehigkeiten und aus eigener kraft bestreiten zu koennen, wurde zu einem traumatischen erlebnis.

gesellschaftswissenschaftler, aerzte, psychologen, geistliche und sozialarbeiter berichten uebereinstimmend von depressionen, erschreckenden krankheitsbildern, geistigen und charakterlichen schaedigungen nicht nur der arbeitslosen selbst, sondern auch ihrer familienangehoerigen. und das alles jenseits der erheblichen finanziellen einbussen, die sich aus der arbeitslosigkeit zwangslaeufig ergaben und ergeben.

der familienvater, der vor der frau und den kindern seine entlassung verschwieg, tagtaeglich zur gewohnten zeit aufstand und nach dem fruehstueck das haus verliess, so als ob er den ueblichen weg zur arbeit antrete, und dann stundenlang durch die strassen der stadt wanderte, ohne sinn und ziel, um abends dann erschoept heimzukehren, verdichtete die sich wiederholende situation eines arbeitslosen in den siebziger jahren. und in vielen faellen ist das auch heute noch so: arbeitslosigkeit wird als "persoenlicher makel", "individuelles versagen", als "mangel an beruflicher faehigkeit" empfunden - weil es in der gesellschaft der bundesrepublik noch immer und immer wieder so dargestellt und behauptet wird. von einem bezeichnenden und wesenseigenen merkmals des gesellschaftssystems sprechen nur wenige.

und dennoch wird die geissel der massenarbeitslosigkeit ueber das naechste jahrzehnt hinaus bis in das kommende jahrhundert hinein ein wesentliches merkmals der gesellschaft der bundesrepublik bleiben.

jede dritte erwerbsperson mindestens einmal arbeitslos

der wissenschaftliche direktor des instituts fuer arbeitsmarkt- und berufsforschung bei der bundesanstalt fuer arbeit in nuernberg, diplom-volkswirt juergen kuehl, geht in einer "halbzeitbilanz" nach den ersten 15 jahren massenarbeitslosigkeit in der bundesrepublik davon aus, dass weitere 15 jahre folgen werden. in seiner untersuchung fuer die bundeszentrale fuer politische bildung in bonn ueber die vergangenen 15 jahre stellt direktor kuehl fest, dass von 1973 bis heute "jede dritte erwerbsperson mindestens einmal arbeitslos war, "viele sogar mehrmals, nicht wenige wiederholt innerhalb eines jahres". und weiter: seit 1983 verharret der arbeitslosenbestand nun schon im sechsten jahr ununterbrochen zwischen 2,2 und 2,3 millionen im jahresdurchschnitt. fuer 1989 wird eine weitere zunahme der arbeitslosigkeit erwartet, und die mittelfristigen projektionen bis ins jahr 2000 gehen von einer anhaltend hohen und in der tendenz steigenden arbeitslosigkeit aus.

"arbeitsmarkt 2000" - erwerbslosigkeit waechst

die zweite ueberarbeitete ausgabe der prognose "arbeitsmarkt 2000" des instituts errechnet bei einem moeglichen wirtschaftswachstum von 2,5 prozent zwar die erhaltung des bestandes an arbeitsplaetzen, aber einen anstieg der arbeitslosigkeit, weil das "erwerbspersonenpotential" zunimmt. bei einem realistisch zu erwartenden jaehrlichen wirtschaftswachstum von einem prozent dagegen waere "bis 2000 ein abbau von etwa 2,5 millionen arbeitsplaetzen zu erwarten". dabei wird beruecksichtigt, dass in den letzten funf jahren jaehrlich zwischen 3,6 bis 3,7 millionen beschaeftigte in der bundesrepublik ihre arbeitsplaetze verloren. dieser umfang an entlassungen wird sich nicht verringern. viele der betroffenen finden wieder eine arbeit oder werden vermittelt. viele aber auch bleiben auf dauer arbeitslos.

langzeitarbeitslosigkeit: "ergebnis von aussiebungsprozess"

das stichwort "langzeitarbeitslosigkeit" hat fuer die immer wieder neu hinzukommenden erwerbslosen einen beaengstigenden klang und einen verheerenden stellenwert. die letzte vorliegende strukturanalyse zur arbeitslosigkeit in der bundesrepublik foerderte erschreckende ergebnisse zutage: danach waren insgesamt 670.170 der registrierten erwerbslosen bereits laenger als ein jahr ohne arbeit. davon wiederum 331.874 zwischen einem und zwei jahre, 338.296 bereits zwei jahre und laenger. zwischen zwei und drei jahre arbeitslos waren 141.354, zwischen drei und vier jahre 79.544, und vier jahre und laenger bereits 117.398. aufschlussreich fuer den trend waren die veraenderungen gegenueber dem vorjahr. die zahl der einjaehrigen und laenger arbeitslosen nahm um 16.162 oder 2,5 prozent, die der zweijaehrigen und laenger um 18.200 oder 5,7 prozent und die der vier jahre und laenger registrierten arbeitslosen nahm um 22.000 oder 23,1 prozent zu.

der wissenschaftliche direktor beobachtete trotz gezielter vermittlungsbemuehungen der arbeitsaemter, dass "das beschaeftigungssystem stets eine wiederauffuellung der langzeitarbeitslosigkeit hervorbringt - sei es durch entlassungen, betriebsschliessungen, sozialplaene und aufhebungsvertraege, sei es durch chancenungleichheit bei der wiedereinstellung". juergen kuehl betont: "die langzeitarbeitslosigkeit ist weiterhin steigend und ergebnis von auswahl- und aussiebnungsprozessen ueber jahre hinweg, in denen arbeitslose auf der strecke bleiben." ueber die situation der betroffenen schreibt er: "langzeitarbeitslosigkeit hat verheerende folgen fuer die lebenslage, die familien- und sozialen beziehungen, den lebensstandard und die soziale sicherung, die stellung in der gesellschaft sowie fuer die politische und gewerkschaftliche teilhabe. die befunde dazu sind eindeutig."

nach schule und lehre beginnt "berufsleben" mit arbeitslosigkeit

bei der analyse der neuzugaenge an arbeitslosen innerhalb eines jahres kam die bundesanstalt fuer arbeit auch zu einem aufschlussreichen ergebnis ueber den anteil der jugendarbeitslosigkeit. so befanden sich 1987 rund 232.500 der neuen arbeitslosen zuvor in einer schulischen ausbildung, weitere 136.300 hatten vor mehr als sechs monaten die schule verlassen, ohne inzwischen eine lehrstelle oder arbeit gefunden zu haben, und 147.300 jugendliche begannen nach ihrer erfolgreich absolvierten betrieblichen ausbildung ihr berufsleben mit dem eintritt in die arbeitslosigkeit. zusammen rund 516.100 junge menschen blieben 1987 also nach beendigung ihrer schulzeit oder ausbildung erst einmal ohne arbeit und liessen sich bei den arbeitsaemtern als erwerbslose registrieren. dabei ist eine hohe dunkelziffer zu beruecksichtigen. viele der lehrstellen- und erwerbslosen jugendlichen melden sich nicht beim arbeitsamt, sondern setzen auf private vermittlung im bekanntenkreis, leben innerhalb der familie, wo sie von den eltern finanziell unterstuetzt werden. eine situation, die meist sehr bald zu frustrierenden verhaeltnissen fuer die jugendlichen selbst und die eltern fuehrt, da die finanziellen belastungen fuer alle beteiligten immer drueckender werden.

auch fuer die jugendlichen treten in zahlreichen faellen nach dem urteil vom aerzten, psychologen und gesellschaftswissenschaftlern "erhebliche gesundheitliche und psycho-soziale dauerschaeden und spaetfolgen" ein. in der letzten zwischenbilanz ueber die jugendarbeitslosigkeit in der bundesrepublik weist die bundesanstalt fuer arbeit die bei ihr gemeldeten zahlen aus. danach waren 103.452 jugendliche unter zwanzig jahre als erwerbslose gemeldet und 304.600 im alter zwischen 20 und 25 jahre - zusammen also 408.052 junge erwerbslose. dabei bleiben noch jene rund 50.000 jugendliche unberuecksichtigt, die beim eintritt in die bundeswehr zur ableistung ihrer wehrpflicht arbeitslos waren - unberuecksichtigt auch jene, die sich unter den 141.051 teilnehmern an beruflichen foederungs-massnahmen der bundesanstalt befanden oder an meist kurzfristigen arbeitsbeschaffungsmassnahmen von bis zu sieben tagen eingesetzt waren.

nach einem halben jahr der drastische soziale abstieg

die tatsaechlichen finanziellen und materiellen verluste der erwerbslosen sind in ihrem vollen ausmass noch gar nicht ausgelotet. aus umfragen bei arbeitslosen hat sich jedoch ergeben, dass spaetestens nach einem halben jahr arbeitslosigkeit - die durchschnittliche dauer liegt zur zeit bei sieben monaten - der rueckgriff auf sparguthaben unerlaesslich wird. da diese ruecklagen in der regel nicht fuer den fall von arbeitslosigkeit gemacht wurden, sondern vorwiegend zur vorsorge fuer laengere krankheiten und teure medizinische behandlungen, sind sie bei anhaltender arbeitslosigkeit schnell aufgebraucht. der drastische soziale abstieg beginnt dann mit den ersten miet-schulden, der folgenden raemungsklage und endet oft in einer einfachstwohnung im obdachlosenmilieu.

in ihrem letzten monatsbericht fuer november 1988 weist die bundesanstalt fuer arbeit bei insgesamt 2.091.231 offiziell registrierten erwerbslosen nur 1.375.712 leistungsempfaenger aus. von ihnen erhalten nur 868.025 das aufgrund von beitraegen faellige arbeitslosengeld. die als sozialfuersorge ausgelegte und direkt von der bundesregierung finanzierte arbeitslosenhilfe wurde an 507.687 erwerbslose gezahlt. diese 36,9 prozent der leistungsempfaenger sind laenger als ein jahr ohne arbeit und aus der arbeitslosenversicherung bereits ausgesteuert. nach den berechnungen der bundesanstalt fuer arbeit konnten 1987 nur 37,4 prozent der registrierten erwerbslosen ueberhaupt das arbeitslosengeld beziehen. weitere 25,9 prozent waren auf die arbeitslosenhilfe angewiesen und 36,7 prozent hatten keinerlei anspruch mehr auf einen leistungsbezug. bei hoehe und umfang der leistungen ist zu beruecksichtigen, dass nach den berechnungen des instituts fuer arbeitsmarkt- und berufsforschung das durchschnittliche arbeitslosengeld im jahr 1987 nicht die gesetzlich vorgeschriebenen 63 prozent, sondern lediglich 46 prozent der letzten nettomonatsverdienste erreichte und nur durch sogenannte uebliche zusatzzahlungen schliesslich 54 prozent betrug. die gezahlte arbeitslosenhilfe erreicht nur 45 prozent des erzielten letzten nettoeinkommens.

unter der armutsgrenze

fuer die stetig wachsende zahl der dauerarbeitslosen spiegelt der in der bundesrepublik erhobene mikrozensus ueber den zehnjahreszeitraum von 1976 bis 1986 den abstieg in die neue armut der bundesrepublik wider. im jahr 1976 waren 94.100 erwerbslose darauf angewiesen, zur bestreitung ihres lebensunterhalts die sozialhilfe in anspruch zu nehmen. zehn jahre spaeter, im jahr 1986, waren bereits 240.000 erwerbslose zu sozialhilfeempfaengern geworden. die kommunalen spitzenverbaende, die aus ihren etats die sozialhilfeleistungen finanzieren muessen, errechneten bereits fuer das jahr 1985 rund 280.000 erwerbslose sozialhilfeempfaenger, die nach juergen kuehl "die laufende hilfe zum lebensunterhalt benoetigten, da ihr sonstiges einkommen unter der als offiziellen armutsgrenze geltenden sozialhilfeschwelle lag". rund 2,2 milliarden dm mussten demnach schon 1985 als zusaetzliche sozialhilfe an arbeitslosenhaushalte gezahlt werden.

defizit von 2 - 3 millionen arbeitsplaetzen wird nicht bewaeltigt

die untersuchungen des instituts warnen vor der annahme, der anwachsende dienstleistungsbereich koenne steigende arbeitslosigkeit in den gewerblich-industriellen wirtschaftsbereichen auffangen oder ausgleichen. denn: etwa zwei drittel der zugaenge an arbeitslosen stammten 1987 eben aus diesem dienstleistungssektor. und auch die seit 1983 ansteigende kurve der gesamtwirtschaftlichen beschaeftigung in der bundesrepublik kann den regierungsamtlich verbreiteten optimismus ueber die beschaeftigungspolitische entwicklung nicht in dem beanspruchten umfang stuetzen.

denn allein ein drittel des beschaeftigungsanstiegs ist nach den untersuchungen auf den uebergang zur teilzeitarbeit zurueckzufuehren. die rechnerische groesse eines beschaeftigungsanstiegs seit 1983 um rund 700.000 erwerbstaeftige schrumpft unter diesem vorzeichen ganz erheblich zusammen. darueber hinaus haben die von den gewerkschaften erkaempften verkuerzungen der arbeitszeit in fast allen branchen und berufsgruppen trotz restriktiven verhaltens im privaten und oeffentlichen bereich dennoch zur zusaetzlichen einstellung von arbeitskraeften gefuehrt. das institut berechnete einen anstieg des erwerbspotentials in den jahren 1983 bis 1988 um 683.000 deutsche und 81.000 auslaender. und es geht davon aus, dass selbst bei einem sich abschwaechenden demographisch bedingten zuwachs an arbeitskraeften ab mitte der neunziger jahre der hohe bestand an arbeitslosen nicht nur nicht sinken, sondern zunehmen wird. dies umso sicherer, als das "gesamtwirtschaftliche defizit von zwei bis drei millionen arbeitsplaetzen" von der politik offensichtlich nicht bewaeltigt werden kann.

politisches ziel "vollbeschaeftigung" aufgegeben?

in diesem zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass neben den offiziell registrierten erwerbslosen zwischen 1,2 und 1,5 millionen beschaeftigungslose sich in der sogenannten stillen reserve des arbeitsmarkts befinden, die offiziell nicht mehr als arbeitslose registriert werden. dabei handelt es sich vorwiegend um frauen, jugendliche und aeltere erwerbslose ueber 45 jahre, die von allen unterstuetzungsleistungen ausgesteuert sind und vorerst keine chance mehr auf eine wiedervermittlung in arbeit sehen.

juergen kuehl kommt in seiner "halbzeitbilanz" nach 15 jahren massenarbeitslosigkeit in der bundesrepublik nicht nur zu dem ergebnis, dass weitere 15 jahre arbeitslosigkeit folgen werden. er befuerchtet, dass diese arbeitslosigkeit "wegen anderer konkurrierender ziele anhelt". es gebe zahlreiche stimmen, die eine vollbeschaeftigung nicht mehr als primaeres wirtschafts- und sozialpolitisches ziel ansehen. kuehl schliesst seine untersuchung mit der anmerkung: "so stellt sich die alte frage, ob eine politisch machbare vollbeschaeftigung noch im allgemeinen interesse liegt, oder ob sie vielmehr mit anderen interessen kollidiert und dort unterliegt."

kritische wirtschafts- und sozialwissenschaftler haben dieses fazit in drastischeren worten gezogen: das wirtschafts- und gesellschaftssystem in der bundesrepublik birgt in sich den politischen und menschlichen abgrund, zwei millionen menschen und dazu viele familienangehoerige in persoenlich unverschuldete arbeitslosigkeit, in armut und not zu stossen, wenn es die interessen der herrschenden erfordern oder auch nur zweckmaessig erscheinen lassen.

+ + +

Offizielle Arbeitslosenzahlen Sept. 1988

Registrierte gesamt: 2.099.863 - 8,1%

davon Männer: 1073.877

Frequen: 1.025.986

darunter: Jugendliche bis 20 Jahren: 103.452
bis 25 Jahren: 304.600

bis 25 Jahren: 304.600

Ausländer: 254.616 = 13.9 %

Schwerbehinderte: 127.792

Ältere über 59 Jahre: 106.813

Nicht registrierte Arbeitslose

309.374 wegen teilnahme an berufl.Förderungsmaßnahme
118.571 " " Arbeitsbeschöpfungsmaßnahme

118,571 " " " Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

50.000 bei der Bundeswehr

50.000 bei der Bundeswehr
1,1 Millionen offizielle Schätzung der Dunkelziffer,
wobei der Anteil von Jugendl. + Frauen
besonders hoch ist.

wobei der Anteil von Jugendl. + Frauen besonders hoch ist.

Arbeitslose insgesamt: über 3.6 Millionen

Kurzarbeit: 154.630 in 3.389 Betrieben

Unterstützungsleistungen vom Arbeitsamt erhalten:

851.014 - Arbeitslosengeld

506.473 - Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosenquoten/Zahlen in Ländern

Schleswig-Holstein: 9.1 % = 99.103

Hamburg —————: 12.0 % = 89.254

Bremen —————: 15.0% = 41.445

Niedersachsen — 18,4% = 300.017

$$NRW \frac{10.6\%}{10.6\%} = 726.534 / \text{Ausländer } 19.2\%$$

Rheinld. - Mainz ————— 6.9% = 104.106

Hessen —————: 6.1% = 142.830

Sweden _____: 4.3% = 47.507

Baden-Württemberg: $4.8\% = 192.100$

Bayern —————: 5,4% = 260.207

Weizsäcker lobt Fortschritt in Türkei

Evren empfangen / ai prangert Folter an

Von unserem Korrespondenten Horst Schreitter-Schwarzenfeld

BONN, 17. Oktober. Bei einem Staatsbesuch, zu dem sich der türkische Präsident Kenan Evren in der Bundesrepublik aufhält, sprach Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) mit Anerkennung von der jüngsten Entwicklung in der Türkei. „Der von Ihnen verkündete Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie wurde voll eingehalten“, sagte Weizsäcker am Montag zu Evren. Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) indessen erhob Klage, daß in der Türkei weiterhin „systematisch gefoltert“ würde.

Evren, der als Generalstabschef 1980 einen Militärputsch angeführt und das parlamentarisch-demokratische System außer Kraft gesetzt hatte, war am Sonntag zu einem fünftägigen Staatsbesuch eingetroffen. Dabei hatte es Zusammenstöße zwischen türkischen Anhängern und Gegnern des Präsidenten gegeben. Am Montag wurde Evren von Weizsäcker mit militärischen Ehren in der Villa

Hammerschmidt begrüßt. Der heute 70jährige Evren, der 1982 zum Präsidenten gewählt worden war, erwidert einen Besuch Weizsäckers in der Türkei.

Hauptanliegen Evrens ist es, den Beitritt der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft (EG) voranzutreiben. Dabei geht es in erster Linie darum, ob im Fall Türkei Abstriche am Prinzip der Freizü-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Weizsäcker lobt Fortschritt in Türkei

(Fortsetzung von Seite 1)

gigkeit vorgenommen werden, einem Grundprinzip der EG. In einer Tischrede begrüßte der Bundespräsident den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG, den die Türkei im vergangenen Jahr gestellt hatte. „Wir begrüßen dies“, sagte Weizsäcker zu Evren, „als klare Entscheidung ihres Landes für Europa.“ Die Türkei ist zur Zeit mit der EG assoziiert.

Gleichzeitig versuchte Weizsäcker, die Erwartungen seines Gastes zu dämpfen. „Geduld und Blick auf das Machbare sind nötig“, sagte der Bundespräsident. Aus der Erfahrung mit Beitrittsanträgen wisse man, daß es sich um „langwierige Verfahren“ handle. Hinzu komme, daß die „Integrationskraft der Gemeinschaft“ auf absehbare Zeit durch die Eingliederung neuer Mitglieder und die Vollendung des Binnenmarkts in Anspruch genommen sei.

Über die Menschenrechtslage in der Türkei äußerte sich Weizsäcker mit großer Vorsicht. Die Deutschen wollten „keine Ratschläge“ erteilen. Aber sie verfolgten die Entwicklung in der Türkei, mit der dem wahren Freunde gemäßen kriti-

schen Anteilnahme“, formulierte der Bundespräsident, weil sich die Mitgliedsstaaten der EG demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet hätten.

Die Grünen in Bonn warfen Weizsäcker vor, er habe sich durch die Einladung an Evren „auf die Ebene der Unterstützungspolitik gegenüber dem türkischen Regime“ begeben. Sie verurteilten die Einladung „auf das schärfste“.

In einem längeren Interview, das in der Montagsausgabe der Zeitung „Die Welt“ erschien, hatte Evren zu den politischen Zielen der Türkei Stellung genommen. Dazu gehörten 1. die Absicht, den Beitritt zur EG bis 1992 zu vollenden. Andernfalls müßte die Türkei „nach Alternativen suchen“; 2. der Vorsatz, mit der deutschen Bundesregierung nach einer Lösung der Frage der Freizügigkeit zu suchen, die die Interessen keines der beiden Länder verletze; 3. die Versicherung, daß die Türkei fest nach Westen orientiert sei und daß es eine Wende zum islamischen Fundamentalismus nicht gebe; 4. das Eingeständnis, daß in der Türkei „Einzelfälle von Folter und Mißhandlung“ vorkämen

„wie in jedem anderen Land“, daß es aber das Ziel sei, „die Folter vollkommen zu verbannen“.

Die Generalsekretärin der deutschen ai-Sektion, Bigitte Erler, warf der türkischen Regierung am Montag vor, sie praktiziere immer noch staatlich angeordnete Folter. Im vergangenen Jahr seien in der Türkei 17 Menschen zu Tode gefoltert worden, sagte sie.

BONN (AFP). Eine Gruppe türkischer Künstler hat dem Parteivorstand der SPD am Montag eine Protestnote gegen den Besuch Evrens überreicht. Zudem übergaben sie — symbolisch für die Unterdrückung der Kunst in ihrem Land — eine zerbrochene Laute, verbrannte Bücher und eine zerstörte Leinwand. Der Sprecher der elfköpfigen Gruppe, der Komponist Sanar Yurdatapan, klagte die Regierung Evrens an, durch das Verbot von Hunderttausenden von Büchern, die Verfolgung von Schriftstellern und Journalisten und die Zerstörung von Skulpturen und Bildern das kulturelle Leben in der Türkei zu töten. D/R/S

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis
beim Parteivorstand der DKP

September 1988

Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und der Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, wie sie anhand der bis Ende September 1988 verfügbaren Daten gegeben werden kann.

(Verfaßt auf der Grundlage der "INFORMATIONEN" des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Nr. 3/1988, Beilage zu NACHRICHTEN Nr. 9/1988)

Die konjunkturelle Situation hat sich in den letzten Monaten deutlich günstiger entwickelt als hier erwartet worden war. Während in den vorangegangenen Analysen davon ausgegangen wurde, daß im Verlauf von 1987/88 eine rezessive oder doch zumindest stagnative Tendenz überwiegen würde, hat sich die Wirtschaftsentwicklung eher zum Positiven gewendet. Bis in die jüngste Vergangenheit hinein weisen die Konjunkturdaten nach oben. Während ursprünglich für 1988 bestenfalls ein Zuwachs des Bruttosozialprodukts von weniger als einem Prozent erwartet worden war, muß nun von einem Realwachstum nahe drei Prozent ausgegangen werden.

I.

Für das vergleichsweise kräftige Wirtschaftswachstum gibt es verschiedene Gründe. Einmal darf nicht übersehen werden, daß der milde Winter 1987/88 die Produktionsentwicklung begünstigt hat. Die Daten vom ersten Halbjahr, die sogar ein Wachstum von fast vier Prozent aufweisen, sind statistisch überhöht, was vor allem auf die kräftige Zunahme der Bauinvestitionen zurückzuführen ist. Dies ändert aber nichts an der Tendenz, die eben aufwärts gerichtet bleibt. Ein weiterer Grund ist der Börsenkrach: Während negative Auswirkungen auf den Produktionsbereich weitgehend ausgeblieben sind und die Aktienkurse sich stabilisieren konnten, haben die wirtschaftspolitischen Reaktionen darauf, insbesondere die "leichte" Geldpolitik der Notenbanken und auch einige der Krisenangst nach dem Krach vom letzten Oktober wachstumsfördernde Maßnahmen die Konjunktur begünstigt.

Ein weiterer Grund ist die nach wie vor stabile Entwicklung beim privaten Verbrauch. Die Ölpreise sind niedrig geblieben und haben dadurch die Kaufkraft positiv beeinflußt. Die

II.

Die Aufwärtstendenz bei der Industrieproduktion und bei den Auftragseingängen in der BRD hat bis zum Juli, dem letzten Monat, über den bei Abschluß des Manuskripts Daten vorlagen, angehalten. Zuletzt scheint es aber auch zu einer Kräftigung der Inlandsaufträge gekommen zu sein - obwohl hier noch nicht von einem stabilen Trend gesprochen werden kann.

Hinzu kommt eine Baukonjunktur, die zunächst durch die günstigen Witterungsbedingungen gestützt worden ist. Allerdings haben die niedrigen Zinsen und die Furcht vor einer Belebung der Zinsauftriebstendenzen auch den Wohnungsbau stimuliert. Positive Wirkungen der Zinssituation und der ebenfalls aufwärts gerichteten Preiserwartungen, insbesondere bei Rohstoffen waren auch in den Grundstoffindustrien zu spüren gewesen, die von einem Lageraufbau bei den Verarbeitern profitiert haben. Das erklärt zum Teil den kleinen "Stahlboom" der letzten Monate, der die Stahlunternehmen kräftig in die Gewinnzone gebracht hat.

Eine günstige Absatzlage in fast allen großen Industriebranchen (hier bildet die Automobilindustrie eine allerdings nicht zu unterschätzende Ausnahme), ein mit 86 Prozent recht hoher Auslastungsgrad der Industrie, könnte dazu führen, daß auch die Investitionsnachfrage, die sich zumindest bei Investitionen zur Kapazitätserweiterung zuletzt deutlich abgeschwächt hatte, doch wieder an Tempo gewinnt. Dies kann allerdings jetzt noch nicht abgesehen werden und ist angesichts des für 1989 doch niedrigeren Erwartungshorizontes der Unternehmen nicht unbedingt wahrscheinlich.

III.

Zu den dunklen Punkten der Wirtschaftslage gehört nach wie vor die Arbeitslosigkeit, die trotz leicht steigender Beschäftigung aufwärts gerichtet bleibt. Der Zustrom auf den Arbeitsmarkt bleibt stärker als der Zuwachs der Arbeitskräftenachfrage vor allem im Dienstleistungsgewerbe. In der Industrie und in der Bauwirtschaft ist die Beschäftigung im übrigen weiter schwach negativ. Die für 1989 vorgesehenen Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, die Leistungsver schlechterungen und der Abbau im Bereich von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und beruflicher Qualifizierung

V.

Neben den internationalen gibt es aber auch nationale Konjunkturrisiken. Dazu zählt nicht zuletzt die staatliche Haushaltspolitik, die nach einer leicht expansiven Orientierung im laufenden Jahr 1989 restriktiv werden wird. Die geplanten Verbrauchssteuererhöhungen werden den Preisauftrieb zusätzlich stimulieren und so die Kaufkraft aushöhlen. Zusätzlich verstärken die Sparmaßnahmen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit den Druck auf den Arbeitsmarkt.

Obwohl bislang der private Verbrauch noch stabil ist, dürften sich im weiteren Verlauf des Jahres 1988 und vor allem in 1989 hier Schwächeanzeichen mehren. Die Haushaltsprobleme der Länder und Gemeinden werden die öffentlichen Investitionen, insbesondere den Bau, negativ berühren. Wenn sich als Reflex der internationalen Ungleichgewichte und als Folge einer Konjunkturabschwächung in den USA und in Japan die Exportzunahme gleichzeitig deutlich abschwächt, so besteht durchaus die Gefahr, daß die ursprünglich für 1987/88 erwartete Trendwende der Konjunktur sich 1989 doch noch realisiert.

FAZ 23. 9. 88 In Europa kein Rückgang der Arbeitslosen OECD bemängelt mangelnde Qualifikation / Büroberufe bleiben

Wz. FRANKFURT, 22. September. In den meisten westlichen Industrieländern hat die Beschäftigung etwas zugenommen und die Arbeitslosigkeit ist leicht zurückgegangen. Im kommenden Jahr wird die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 7,5 Prozent und damit auf dem heutigen Niveau bleiben. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Die nordamerikanischen Staaten dürften mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit rechnen, während in Japan und Europa keine Besserung zu erwarten ist.

Als beunruhigend bezeichnet die OECD die Aussichten in westeuropäischen Ländern, weil es keine Ansätze gebe, die langfristige Arbeitslosigkeit zu überwinden. Von dieser seien meistens Personen mit ungenügender Ausbildung betroffen. Es sei zu vermuten, schreibt die OECD, daß die Qualifikationen der Arbeitslosen und die beruflichen Anforderungen bei den freien Stellen heute noch stärker als früher auseinanderklaffen.

Die OECD meint, daß die Arbeitsmarktstruktur durch gezielte Maßnahmen durchaus beeinflussbar sei. Jene

Staaten, die in den frühen achtziger Jahren strukturelle Reformen eingeleitet hätten, könnten heute auf gewisse Erfolge zurückblicken. Die starke Produktivitätssteigerung im Zuge des technischen Fortschritts sei auch längerfristig mit wachsender Beschäftigung, abnehmenden Arbeitszeiten und steigendem materiellen Wohlstand vereinbar, heißt es in dem Bericht weiter. Auf welche Weise und in welchem Ausmaß die Produktivitätsgewinne realisiert werden, hänge von der Anpassungsfähigkeit der Betriebe und Bildungssysteme, aber auch von Löhnen und Preisen ab. Die Beschäftigungseffekte seien am größten, wenn sich steigende Produktivität in sinkenden Preisen niederschläge. In der Büroarbeit gehe zwar eine umwälzende Änderung vor sich. Es deute aber gegenwärtig nichts darauf, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze in den Büroberufen verringern werde.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen werde mittelfristig weiter zunehmen, glaubt die OECD. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen habe sich seit den sechziger Jahren in weiten Bereichen halbiert und tendiere jetzt zur Stabilisierung.



18. Oktober 1988
Nr. 469/88

Pressemitteilung

Sperrfrist: 18. Okt. 1988, Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Tischrede von Bundeskanzler Helmut Kohl

beim Mittagessen

zu Ehren des türkischen Staatspräsidenten

Kenan Evren

am 18. Oktober 1988 im Palais Schaumburg

B i t t e S p e r r f r i s t b e a c h t e n !

"Herr Präsident,

Exzellenzen,

meine Damen und Herren,

ich heiße Sie, Herr Staatspräsident, und die Mitglieder Ihrer Delegation im Palais Schaumburg, dem alten Kanzleramt, herzlich willkommen.

Gerne erinnere ich mich an meinen Besuch in der Türkei vor drei Jahren und an die großartige Gastfreundschaft, die meine Frau und ich bei Ihnen erfahren haben.

Umso mehr freue ich mich, heute Ihr Gastgeber zu sein.

...

Ihr Besuch unterstreicht ebenso wie der Staatsbesuch des Bundespräsidenten in der Türkei vor zwei Jahren sichtbar den besonderen Rang der traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern. Sie sind in ihrer Dichte und Vielfalt beispielhaft.

Herr Präsident,

im kommenden Monat gedenken wir des 50. Todestages des Gründers der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, eines der bedeutendsten Staatsmänner unseres Jahrhunderts.

Er hat Ihrem Land nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches neues Selbstbewußtsein gegeben und den Weg in eine politische Zukunft eröffnet, die von den Idealen der parlamentarischen Demokratie bestimmt ist.

Auch in ihrem Verhältnis zu Deutschland hat die Türkei unter der Regierung von Atatürk zukunftsweisend gewirkt.

Durch die Aufnahme zahlreicher bedeutender Gelehrter, Künstler und Musiker, die Deutschland nach 1933 verlassen mußten, wurden kulturelle Bindungen geschaffen, an die die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen konnte.

Die Dichte und Vitalität unseres kulturellen Austausches geht vielfach auf diese Zeit zurück.

Herr Präsident,

ein wichtiger Pfeiler unserer Zusammenarbeit heute ist unsere gemeinsame Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis.

Unsere beiden Länder leisten einen entscheidenden Beitrag zur konventionellen Verteidigung in Europa. An der Nahtstelle zwischen Ost und West stehen wir für die Erhaltung des Friedens, der Sicherheit und der Freiheit Europas ein.

Als europäischer NATO-Partner hat die Bundesrepublik Deutschland die Türkei seit 1964 durch eine regelmäßige Rüstungshilfe unterstützt.

Diese Hilfe ist Ausdruck unserer Solidarität mit Ihnen bei der Erfüllung des wichtigen Auftrages, den Ihr Land für die Aufrechterhaltung von Stabilität und Verteidigungsfähigkeit der Südostflanke des Bündnisses übernommen hat.

Ein Abkommen über die Fortsetzung der Verteidigungshilfe in den Jahren 1989 bis 1991 wird Anfang nächsten Jahres unterzeichnet werden können.

Ich weiß mich mit Ihnen und der türkischen Regierung einig darin, daß unsere Verteidigungsbereitschaft zum Schutz der Freiheit einhergehen muß mit dem Willen zur Vertrauensbildung, Verständigung der Völker und Entspannung.

Gemeinsam hoffen wir auf weitere Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen und streben ein stabiles, nachprüfbares militärisches Kräfteverhältnis mit niedrigerem Niveau an.

Die Regierungen der Türkei und Griechenlands haben seit Anfang dieses Jahres einen intensiven Dialog mit dem Ziel aufgenommen, nach langen Jahren gegenseitiger Spannungen zu gutnachbarlicher Verständigung zu gelangen.

Wir Deutsche verfolgen diese Gespräche mit großer Aufmerksamkeit. Um zum Erfolg zu kommen, der im Interesse beider Völker und des Friedens in Südosteuropa liegt, wird noch viel Zielstrebigkeit und Geduld notwendig sein. Darin möchten wir Sie bestärken.

Herr Präsident,

die Bundesrepublik Deutschland ist heute mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Türkei. Mit 8,5 Milliarden DM erreichte das Gesamtvolumen unseres Handelsaus-
tausches im vergangenen Jahr ein beachtliches Rekord-
ergebnis.

Der Handel zwischen unseren Ländern findet seine notwendige Ergänzung in einem ebenso hohen Stand der industriellen Kooperation. Unter den ausländischen Investoren in der Türkei nehmen deutsche Unternehmen eine führende Stellung ein.

Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit hat auch eine große politische Bedeutung. Sie ist Ausdruck des Vertrauens in eine stabile und demokratische Entwicklung Ihres Landes.

Herr Präsident,

Sie persönlich haben in besonderem Maße dazu beigetragen, daß die Türkei nach schwierigen Jahren ihre innere Stabilität wiedergefunden hat.

Die Aufhebung des Kriegsrechts, die Durchführung von Wahlen unter Beteiligung aller politischen Kräfte und die Zulassung der Individualbeschwerde bei der Menschenrechtskommission des Europarates Anfang 1987 waren wichtige Schritte auf dem Weg zu demokratischer Öffnung.

Die an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Wirtschaftspolitik Ihres Landes findet bei uns besondere Beachtung. Diese Politik baut auf die freie Entfaltung der Marktkräfte und auf eine exportorientierte Wachstumsstrategie.

Ein solcher Kurs hat nicht nur wirtschaftliche Bedeutung. Das marktwirtschaftliche System erfordert Pluralismus und Offenheit. Eine an diesen Grundsätzen orientierte Politik wirkt daher auch als Stütze demokratischer Entwicklung.

Ihr Land hat sein Interesse bekundet, die Bindungen zur Europäischen Gemeinschaft auf eine neue Stufe zu heben.

Die Bundesregierung ist von Anfang an für eine Annäherung und enge Zusammenarbeit der Türkei mit Europa eingetreten.

Sie hat sich nicht nur seinerzeit für den Abschluß des Assoziationsabkommens eingesetzt, sondern immer wieder auf eine möglichst breite Anwendung und Nutzung aller Möglichkeiten dieses Abkommens gedrängt.

Die Bundesregierung kann hier und heute dem Votum der Europäischen Kommission und der Entscheidung des Ministerrates und des Europäischen Parlamentes nicht vorgreifen.

Die türkische Regierung kann aber die Gewißheit haben, daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin dafür eintreten wird, die Bindungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei stetig fortzuentwickeln.

Herr Präsident,

die Beschreibung des deutsch-türkischen Verhältnisses wäre unvollständig ohne die Würdigung und den Dank für die Leistungen Ihrer bei uns in Deutschland lebenden und arbeitenden Landsleute.

Ihre Anwesenheit bei uns bildet zugleich auch eine Bewährungsprobe für die deutsch-türkischen Freundschaft. Sie sind ein wichtiges Kapital für die Zukunft der deutsch-türkischen Beziehungen.

Meine Regierung ist deshalb bemüht, ihnen die Integration in unserem Lande zu ermöglichen; gleichzeitig möchten wir diejenigen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, das Wiedereinleben erleichtern.

Herr Präsident,

die deutsch-türkische Freundschaft hat eine reiche Geschichte. Sie war von Bestand, weil wir uns stets als gleichberechtigte Partner und Freunde achteten und uns erfolgreich um den Ausgleich unserer Interessen bemüht haben.

Dies soll auch in Zukunft Ziel unseres gemeinsamen Handelns sein.

Hierauf, auf Ihr persönliches Wohl, auf das Wohl Ihrer Landsleute und eine glückliche Zukunft unserer Völker erhebe ich mein Glas."



17. Oktober 1988

Nr. 468/88

Pressemitteilung

S p e r r f r i s t : 17.10.1988, 20.00 h

E s g i l t d a s g e s p r o c h e n e W o r t

A n s p r a c h e

von

Bundespräsident Richard von Weizsäcker

bei einem Abendessen zu Ehren von

Präsident Kenan Evren

auf Schloß Augustusburg in Brühl

am 17. Oktober 1988

B i t t e S p e r r f r i s t b e a c h t e n !

Herr Präsident,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren!

Es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie, Herr Präsident, und Ihre Delegation in der Bundesrepublik Deutschland herzlich willkommen zu heißen. Sie wissen, ich bin einer der vielen Deutschen, die sich Ihrem Land und seinen Menschen stark verbunden fühlen. Mit Dankbarkeit erinnere ich mich an die überwältigende Gastfreundschaft, die meine Frau und ich bei unserem Besuch im Jahre 1986 in Ihrem so schönen und eindrucksvollen Land erfahren haben. Die ehrenvolle Auszeichnung mit dem Atatürk-Preis, den ich stellvertretend für mein Land vor einem Jahr in Ankara entgegennehmen durfte, hat mich sehr berührt.

Ihr Besuch ist mir daher eine willkommene Gelegenheit, Ihnen und Ihren Landsleuten meinen Dank zu sagen und Ihre Gastfreundschaft zu erwidern. Ihr Besuch unterstreicht den herausragenden Rang, den unsere beiden Länder der deutsch-türkischen Freundschaft zuerkennen.

Die deutsch-türkischen Beziehungen haben tiefe Wurzeln. Wen wundert es, daß bereits Goethe in seinem "Westöst-

...

lichen Diwan" der Faszination erlegen ist, die von der osmanischen Kultur und Philosophie in der Nachfolge des alten Byzanz auf Europa ausstrahlte.

Aus den Krisen dieses Jahrhunderts ist die deutsch-türkische Freundschaft vertieft und gefestigt hervorgegangen. Die beispielhafte, erstaunliche Entwicklung unserer Beziehungen ist entscheidend verbunden mit dem Namen eines der größten Staatsmänner unseres Jahrhunderts: Mustafa Kemal Atatürk, dessen 50. Todestages wir im kommenden Monat gedenken. Atatürk hat es nicht nur verstanden, seinem schwer gedemütigten Volk neues Selbstbewußtsein zu geben und neue Ziele zu setzen. In konsequenter Anwendung seiner Maxime, daß "in dieser Welt das Recht der Gewalt überlegen ist", schuf er aus den Trümmern des Osmanischen Reiches eine laizistische, an demokratisch-rechtsstaatlichen Zielen orientierte Republik. Die Türkei konnte so, in einer dunklen Zeit der deutschen Geschichte, zum Zufluchtsort für zahlreiche Menschen werden, die Deutschland verließen, um ihrem Gewissen treu zu bleiben und der Verfolgung zu entgehen. Stellvertretend für viele möchte ich Ernst Reuter nennen, dessen Werk ich als Deutscher und als ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin als verpflichtendes Vermächtnis empfinde.

An diese Aufnahme von Deutschen in der Türkei konnten wir nach dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen. Das Interesse türkischer Universitäten an der Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen, sei es durch Partnerschaften, Wissenschaftler-Austausch oder gemeinsame Forschungsprogramme, ist groß. Ein Beweis für die Intensität der Zusammenarbeit sind die mehr als 1.000 türkischen Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander

von Humboldt-Stiftung. Ich erinnere auch an die großartige Tradition der gemeinsamen archäologischen Forschung, wie sie bis heute in den Kongressen in Ankara oder in der Wiederaufnahme der Grabungen in Troja in diesem Jahr durch eine deutsche Forschergruppe zum Ausdruck kommt.

Mit dem Austausch großer Ausstellungen geben wir einander Einblick in die künstlerischen Leistungen, in das Lebensgefühl des Partnersvolks. Deshalb haben Sie, Herr Präsident, und ich gemeinsam die Schirmherrschaft über die Ausstellung deutscher Landschaftsmalerei aus den Beständen des von-der-Heydt-Museums übernommen, die in diesen Wochen in Ankara und Istanbul zu sehen ist. Die großartige Ausstellung über Süleyman den Prächtigen in Berlin im Sommer dieses Jahres hat uns die Türkei in ihrer Bedeutung für das europäische Geistesleben nähergebracht.

In Kürze wird die deutsch-türkische Kulturkommission zu ihrer 13. Sitzung in Ankara zusammentreten. Ich vertraue darauf, daß sie neue Anstöße zum Ausbau unserer traditionsreichen kulturellen Zusammenarbeit geben wird. Besonders junge Menschen sollen teilhaben am geistigen Austausch zwischen unseren Ländern.

Der deutsch-türkischen Freundschaft fehlt es nicht am soliden Fundament gemeinsamer Interessen und beiderseitigen Nutzens. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Türkei. Das Gesamtvolumen des gegenseitigen Güterausbaus erreichte mit 8,5 Milliarden DM im vergangenen Jahr ein neues Rekordergebnis. Der Erfolg türkischer Industrie-, Waren-

und Dienstleistungen auf einem so umkämpften Markt wie dem deutschen ist ein eindrucksvoller Beweis für die Dynamik der türkischen Wirtschaft.

Rund eineinhalb Millionen türkische Mitbürger leben unter uns. Sie leisten einen großen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum. Ein weiterer wichtiger Faktor für die gegenseitige Verständigung ist der wachsende Zustrom deutscher Touristen in Ihr Land. In diesem Jahr werden mehr als eine halbe Million Bundesbürger die Türkei besuchen. Meine Mitbürger erfahren die herzliche Gastfreundschaft Ihrer Landsleute, sie lernen die landschaftliche Schönheit kennen und erleben die Zeugnisse großer und alter Kulturen.

Der stärkste Ausdruck lebenswichtiger gemeinsamer Interessen ist Ihre und unsere Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis. Wie die Bundesrepublik Deutschland liegt Ihr Land an der Nahtstelle zwischen West und Ost. Im Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz der Freiheit sind unsere beiden Länder verbunden.

Unsere Verteidigungshilfe für Ihr Land betrachten wir daher auch als einen Beitrag zur Stärkung des Bündnisses und seiner Solidarität in der Verteidigung der Werte, die seine Grundlage bilden.

Als Brücke zwischen Europa und Asien, in einer Region mit starken sozialen wie regionalen Spannungen, spielt Ihr Land in der Allianz eine besondere und verantwortungsvolle Rolle. Durch Ihren mäßigenden Einfluß auf beide Parteien im Golfkonflikt haben Sie einen wesentlichen Bei-

trag zur Problembewältigung im Mittleren Osten geleistet. Dafür gebührt Ihrem Lande Dank.

Mit Sorge erfüllt uns das Schicksal der vom Golf-Krieg betroffenen kurdisch-stämmigen Zivilbevölkerung, der Ihr Land in schwerer Zeit Schutz und Aufnahme gewährt hat. Mit Ihnen unterstützen wir nachhaltig die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um eine Lösung der dringenden humanitären Fragen. Wir wissen uns mit Ihnen in dem Appell einig, die Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1926 und der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen strikt einzuhalten. Der Einsatz von chemischen Waffen - soweit entsprechende Nachrichten zutreffen - kann von der Völkergemeinschaft nicht hingenommen werden.

Unsere Fähigkeit zur Verteidigung findet ihre notwendige Ergänzung in unserem Willen zur Entspannung in Europa und in der Welt. Gemeinsam hoffen wir, daß der breitangelegte Dialog zwischen West und Ost und die sich abzeichnende Öffnung der Sowjetunion für eine Reformpolitik zu mehr Annäherung und Kooperationsfähigkeit führen werden. Vom Wiener KSZE-Folgetreffen erwarten wir noch in diesem Jahr ein gehaltvolles und ausgewogenes Ergebnis, das Sicherheit und Zusammenarbeit einen großen Schritt voranbringt und zugleich die Würde und Freiheit der Menschen in allen Teilen Europas fördert.

Bei der Verleihung des Atatürk-Friedenspreises vor einem Jahr in Ankara habe ich meiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es Türken und Griechen gelingen möge, zu einem Verhältnis des Vertrauens zu finden, wie dies Atatürk und Venizelos in beispielhafter Weise gelungen war. Inzwi-

schen haben sich die Regierungschefs beider Nachbarländer mehrfach getroffen. Erstmals seit langen Jahren hat ein türkischer Regierungschef Athen besucht, Kontakte und Begegnungen zwischen zahlreichen weiteren Vertretern Griechenlands und der Türkei haben stattgefunden, eine Entwicklung, die noch vor kurzer Zeit kaum denkbar gewesen wäre.

Wir Deutschen, die wir uns Ihrem wie dem griechischen Volk in Freundschaft verbunden wissen, wünschen von ganzem Herzen, daß beide Seiten den eingeschlagenen Weg des Dialogs geduldig und ernsthaft fortsetzen.

Herr Präsident, heute bietet die Türkei das Bild einer parlamentarischen Demokratie, die entschlossen auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nach Europa fortschreitet. Das war keineswegs selbstverständlich. Noch stehen uns die späten siebziger Jahre vor Augen, als große wirtschaftliche Probleme und politische Unruhe die Türkei in eine schwere Krise stürzten. Wir müssen erleben, daß die Beschleunigung weltweiter technischer und industrieller Veränderungen viele Menschen verunsichert, sie in ihrem Selbstverständnis und ihrer geistigen Orientierung beirrt. Die Folgen sind in manchen Ländern der Rückzug in Fanatismus und Sektierertum.

Die Türkei hat heute, inmitten ihres rapiden Modernisierungstempos und einer konsequenten wirtschaftlichen Öffnung, ihre Kraft und innere Stabilität wiedergefunden.

Daran haben Sie, Herr Präsident, wesentlichen Anteil. Der von Ihnen verkündete Zeitplan für die Rückkehr zur Demo

kratie wurde voll eingehalten. Das Kriebsrecht wurde aufgehoben.

Vor kurzem hat das türkische Volk erneut in freien, allgemeinen und geheimen Wahlen unter Beteiligung aller politischen Kräfte über seine politische Führung für die kommenden Jahre entschieden. Die Türkei hat im vergangenen Jahr die Individualbeschwerde bei der Menschenrechtskommission des Europarats zugelassen. Zu Beginn dieses Jahres ist sie der europäischen und der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen beigetreten. Ich bin mir dessen bewußt, daß wir Deutschen anderen Völkern keine unerbetenen Ratschläge zu erteilen haben. Wenn wir indessen die Entwicklung Ihres Landes auf den Gebieten der Menschen- und Minderheitenrechte, der Hochschulpolitik und des Gewerkschaftswesens mit der dem wahren Freunde gemäßen kritischen Anteilnahme verfolgen, so deshalb, weil sich die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft auch in diesen Feldern den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet haben. //

Die Türkei ist mit Europa seit langem institutionell verbunden: seit 1949 als Mitglied im Europarat und seit 1963 als Partner eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft. Seit 1980 pflegen wir einen stetigen Meinungs- und Informationsaustausch im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft wurden seitdem laufend ausgebaut. Damit haben beide Seiten die logische Schlußfolgerung aus der Geschichte gezogen. Sie hat gezeigt, daß Europa die Türkei ebenso braucht wie die Türkei Europa.

Mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft im letzten Jahr hat Ihr Land seine Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, am Integrationsprozeß der Gemeinschaft voll teilzunehmen und volle Mitverantwortung für den Aufbau der Europäischen Union zu tragen. Wir begrüßen diese klare Entscheidung Ihres Landes für Europa.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat auf den türkischen Beitrittsantrag rasch reagiert. Er hat die Kommission unverzüglich um Stellungnahme gebeten. Aus der Erfahrung mit anderen Beitrittsanträgen wissen wir, daß es sich hierbei um langwierige Verfahren handelt. Die Empfehlung der Kommission bedarf gründlicher Vorbereitung. Hinzu kommt, daß auf absehbare Zeit die Integrationskraft der Gemeinschaft durch die Eingliederung der neuen Mitglieder und die Vollendung des Binnenmarktes voll in Anspruch genommen wird.

Geduld und Blick für das Machbare sind nötig. Wir wollen deshalb die Zeit bis zu einer Entscheidung nicht ungenutzt verstreichen lassen. Das Assoziationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und der Türkei muß mit noch mehr Leben erfüllt werden. Das Abkommen hat sich bewährt: Allein zwischen 1982 und 1987 haben sich die Ausfuhren der Türkei in die Europäische Gemeinschaft verdoppelt.

Herr Präsident, mit Ihrem Besuch in unserer Mitte ehren Sie nicht nur ein befreundetes Land. Ihr Besuch gilt auch Ihren türkischen Landsleuten. Deren Anwesenheit bei uns hat den Beziehungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland eine neue, uns bereichernde Qualität

...

verliehen. Die Aufgaben, die sich dabei stellen, sind groß und gewiß noch nicht alle gelöst.

Das ist kein Wunder. Denn Ihre türkischen Landsleute stellen bei weitem die größte Gruppe der etwa 4,5 Millionen ausländischer Mitbürger, die bei uns leben. Sie führen in vieler Hinsicht ein ausgeprägtes Eigenleben. Gerade in einer neuen kulturellen und sozialen Umgebung ist es nur natürlich, daß sie sich vor der Gefahr der Desorientierung schützen und ihre türkische Identität bewahren wollen.

Es ist uns darum zu tun, ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen einer islamisch geprägten Minderheit in unserem Land und unserer westlichen Kultur zu fördern. Zahlreiche Initiativen unserer Gewerkschaften, der Kirchen und privater Gruppen sind darum bemüht. Ich erinnere an die Eröffnung des Zentrums für Türkeistudien im Jahre 1985 und an die verdienstvolle Tätigkeit der Ausländerbeauftragten.

Doch bleibt hier noch viel zu tun. Ich denke dabei besonders an die rund 500.000 türkischen Jugendlichen der zweiten und dritten Generation bei uns. Sie sind mitunter besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen und erleben Schwierigkeiten sowohl in ihrer neuen als auch in ihrer alten Heimat.

Gern erinnere ich mich an die Begegnungen mit jugendlichen Rückkehrern während meines Besuchs in der Türkei im Jahre 1986. Die Verantwortung für diese jungen Menschen,

die nicht selten die deutsche Sprache besser sprechen als ihre Muttersprache, muß uns gemeinsame Verpflichtung sein.

Die Stellung dieser deutschen Türken - oder sollte ich sagen türkischen Deutschen - zwischen den Kulturen wird durch die deutschsprachige Literatur türkischer Mitbürger in bewegender Weise beschrieben. In dem Gedicht eines zeitgenössischen türkischen Schriftstellers heißt es:

"... Ich trage zwei Welten in mir, aber keine ist ganz. Sie bluten ständig. Die Grenze verläuft mitten durch meine Zunge ...",

und eine junge Dichterin schreibt:

"Ob ich hier lebe und mir vorstelle, alt zu werden oder ob ich dort lebe und dort alt werde:
Beide Möglichkeiten fasse ich ins Auge - nur habe ich in jedem Fall ein lachendes und ein weinendes Auge".

Hier sind wir alle verpflichtet, diesen Menschen, Ihren Landsleuten - unseren Mitbürgern, zu helfen. Unsere Freundschaft und unsere Zusammenarbeit werden sich an dieser schwierigen Aufgabe bewähren müssen.

Aus der Begegnung zwischen den Eliten unserer beiden Länder ist nach dem Zweiten Weltkrieg eine feste Verbindung zwischen zwei Völkern, zwischen zwei Demokratien geworden. Besonders letzteres, Herr Präsident, ist heute weitgehend Ihr Verdienst.

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich der Türkei nahe verbunden. Wir wollen deshalb auch in der Zukunft nach besten Kräften Freund und Partner sein beim weiteren Ausbau von freiheitlicher Demokratie, sozialer Verantwortung, wirtschaftlichem Fortschritt und immer engeren Bindungen an Europa.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, mit mir Ihr Glas zu erheben auf das Wohl des Präsidenten der Republik Türkei, auf das Wohlergehen Ihrer türkischen Landsleute, auf die deutsch-türkische Freundschaft und auf eine friedliche Zukunft unserer beiden Völker in einem geeinten Europa.

Offizielle Arbeitslosenzahlen August 1988

Registrierte Gesamt: 2.167.109 = 8.5%

davon Männer: 1.112.339

Frauen: 1.054.770

darunter: Über 59 Jährige 103.615

Jugendl. bis 25 J. 600.000

Schwerbehinderte 129.925

Ausländer 255.305 = 13.9%

nicht registrierte: 1.2 bis 1.5 Mio "Dunkelziffer"

297.675 } wegen beruflichen
Förderungsmaßnahmen

120.594 } wegen Kurzfristigen
Arbeitsbeschaffungs-
maßnahmen

Arbeitslose insgesamt: rund 3,5 bis 4 Millionen

Kurzarbeit 133.386 Betroffene

Arbeitslosenquoten/Zahl in Ländern

Schleswig-Holstein	9.3 %	101.209
Hamburg	12.8 "	94.936
Bremen	15.0 "	
Niedersachsen	10.9 "	
NRW	10.9 "	744.383
Rheinland-Pfalz	7.3 "	105.700
Hessen	6.5 "	153.310
Saarland	11.9 "	49.400
Baden-Württemb.	5.0 "	199.300
Nord-Bayern	6.5 "	} 272.674
Süd-Bayern	5.2 "	

DKP

Pressemitteilungen
des Parteivorstandes
der Deutschen
Kommunistischen Partei

Verantwortlich:
Kurt Schacht

Pressesendienst

Nr. 78/88

Düsseldorf, 29. Juli 1988

28 Kommunistische und Arbeiterparteien Europas fordern Freiheit für Kutlu und Sargin

Vertreter von 28 Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas haben in einer in Ankara veröffentlichten gemeinsamen Erklärung die sofortige Freilassung der beiden inhaftierten Generalsekretäre der Kommunistischen und der Arbeiterpartei der Türkei, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, gefordert. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Am 16. November letzten Jahres sind Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei und der Arbeiterpartei der Türkei, aus dem Exil in ihr Land zurückgekehrt, und zwar mit der Absicht, eine legale Vereinigte Kommunistische Partei zu gründen, die offen am politischen Leben ihres Landes teilnehmen kann.

Unter den Augen von Parlamentariern und Juristen aus zahlreichen europäischen Ländern, die sie begleiteten, wurden sie sofort verhaftet. Nach Einkerkierung und langer Folter werden sie nun unter Mißachtung der Menschenrechte wegen ihrer politischen Meinung verfolgt und mit schärsten Strafen bedroht. Ihr Prozeß, schon mehrmals unterbrochen, läuft unter Bedingungen ab, bei denen das Recht auf Verteidigung verhindert wird.

Die unterzeichneten Kommunistischen Parteien begrüßen den Mut von Kutlu und Sargin und versichern sie ihrer absoluten brüderlichen Solidarität. Sie freuen sich über die breite Bewegung, die für ihre Freilassung eintritt und politische Kräfte, Abgeordnete, Juristen, Männer und Frauen aller politischen Meinungen und Richtungen umfaßt. Sie verpflichten sich, zur Verstärkung dieser Aktion für die Freiheit und die Menschenrechte beizutragen. Sie fordern von den türkischen Behörden:

- die sofortige Freilassung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin und ihrer Mitangeklagten;
- eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, die wegen ihrer Meinung verfolgt werden;
- die Legalisierung der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei und aller demokratischen Organisationen;
- die Möglichkeit der freien Ausübung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte und Freiheiten.

Sie beschließen, diese Erklärung durch eine gemeinsame repräsentative Delegation der unterzeichneten Parteien in Ankara zu übergeben.

Parteien, die die Erklärung unterzeichnet haben:

- Kommunistische Partei Belgiens
- Bulgarische Kommunistische Partei
- Deutsche Kommunistische Partei
- Kommunistische Partei Dänemarks
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- Kommunistische Partei Finnlands
- Französische Kommunistische Partei
- Kommunistische Partei Griechenlands
- Kommunistische Partei Großbritanniens
- Kommunistische Partei Irlands
- Bund der Kommunisten Jugoslawiens
- Kommunistische Partei Luxemburgs
- Kommunistische Partei Maltas
- Kommunistische Partei der Niederlande
- Kommunistische Partei Norwegens
- Kommunistische Partei Österreichs
- Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
- Portugiesische Kommunistische Partei
- Kommunistische Partei San Marinos
- Linkspartei-Kommunisten Schwedens
- Partei der Arbeit der Schweiz
- Kommunistische Partei der Sowjetunion
- Kommunistische Partei Spaniens
- Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
- Kommunistische Partei der Türkei
- Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
- Sozialistische Einheitspartei Westberlins
- Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns

Offizielle Arbeitslosenzahlen Juli '88

Gesamt (registriert): 2.199.266 = 8.6%

davon Männer: 1.135.860
Frauen: 1.063.406

Jugendliche bis 25 J.: 645.000

die Bundesanstalt für Arbeit weist darauf hin, dass sich unter den neuen Arbeitslosen zahlreiche junge Menschen befinden, die nach ihrer betrieblichen Ausbildung nicht in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Der Bericht der Bundesanstalt vermerkt: "Der Zugang an Arbeitslosen, die zuvor in betrieblicher Ausbildung waren, nahm von Juni auf Juli um 13.700 auf 31.600 deutlich zu". Nicht berücksichtigt sind bei diesen Zahlen über die Jugendarbeitslosigkeit jene jungen Arbeitslosen, die die Lehrstellensuche aufgegeben haben, junge Arbeitslose, die keine Vermittlungschance sehen, und andere, die sich nicht bei den Arbeitsämtern als Erwerbslose registrieren lassen wollten. Sie alle leben zu Hause in ihren Familien und werden dort finanziell unterstützt.

Ausländer: 258.050 = 13.8%

Nicht registrierte

1.2 bis 1.5 Millionen "stille Reserve" geschätzt
147.793 wegen beruflichen Förderungsmaßnahmen
122.031 " Kurzfristigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
55.000 bei der Bundeswehr

Gesamt Arbeitslosenzahl: rund 4 Millionen

Kurzarbeit: 159.300 Betroffene

Unterstützungsleistungen erhalten

886.989 Arbeitslosengeld
522.870 Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosenzahlen/Quoten in Ländern

Schleswig-Holstein:	9.6 %	= 103.862
Hamburg ———:	13.1 %	= 97.337
Bremen ———:	15.1 %	= 42.924
Niedersachsen —:	11.1 %	= 316.935
N R W ———:	11.1 %	= 757.997
Rheinl.-Pfalz ———:	7.5 %	= 108.194
Hessen ———:	6.5 %	= 152.710
Saarland ———:	12.0 %	= 49.855
Baden-Württemberg:	5.2 %	= 205.553
Nord-Bayern ———:	6.4 %	} = 268.803
Süd-Bayern ———:	5.1 %	

~~Arbeitslosenzahlen~~ / verschlechterung der lage / 4.8.88

von jahr zu jahr hat sich seit 1980 die finanzielle lage der arbeitslosen verschlechtert. ein drittel von ihnen ist bereits verschuldet. das stellt das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche institut des dgb (wsi) fest. real gerechnet habe ein arbeitslosenhaushalt seit 1980 rund 22 prozent seiner kaufkraft verloren. "mittlerweile belaeuft sich das einkommen eines arbeitslosenhaushaltes auf nur noch rund 39 prozent des durchschnittlichen haushaltseinkommens aller arbeitnehmerhaushalte. gegenueber den selbstaendigen ist der abstand noch deutlicher. arbeitslosenhaushalte erhalten nur knapp 15 prozent des monatlichen durchschnittseinkommens von selbstaendigenhaushalten", heisst es in den "wsi-mitteilungen" 7/88. es sei "nicht verwunderlich, dass arbeitslosenhaushalte massiv an ihre ersparnisse gehen - so sie welche haben". rund 12 prozent der laufenden haushaltseinkommen muessten von arbeitslosen aus der ersparnis oder aus schulden "entnommen" werden, um den aktuellen konsum finanzieren zu koennen.

von den im vergangenen jahr rund 2,2230 millionen registrierten arbeitslosen, "bei etwa 1,3 millionen nicht registrierten, aber arbeitssuchenden personen, der sogenannten stillen reserve", erhielten rund 63 prozent leistungen in form von arbeitslosengeld bzw. arbeitslosenhilfe. "ueber ein drittel aller registrierten arbeitslosen geht also leer aus."

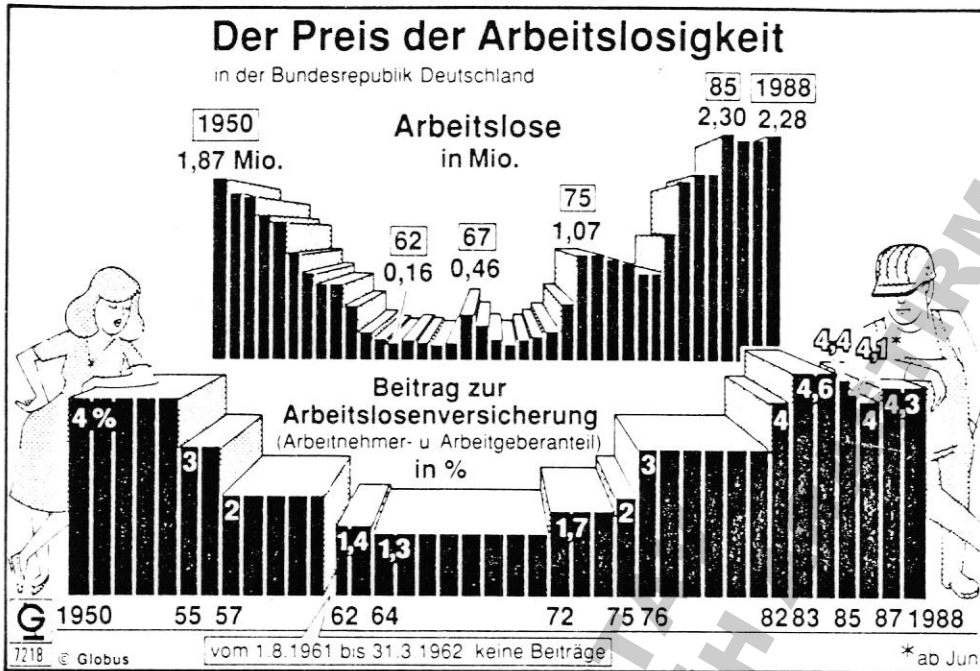
(folgt arbeitslose 13)

+ + +

~~Arbeitslosenzahlen~~ / stellungnahme dgb / 4.8.88

die "juengsten arbeitsmarktdaten" der nuernberger bundesanstalt fuer arbeit stellen der bundesregierung nach auffassung des stellvertretenden dgb-vorsitzenden gerd muhr, ein "arbeitsmarktpolitisches armutszeugnis" aus. es sei erschreckend, wenn die arbeitslosigkeit trotz aller manipulationsversuche an der amtlichen statistik mitten im sommer auf 2,199 millionen registrierte arbeitslose gestiegen sei. durch eine oeffentliche investitionsoffensive muesse der bund zur schaffung neuer arbeitsplaetze beitragen. zugleich erinnerte muhr die unternehmen an die sozialpflichtigkeit des eigentums, die durch entsprechende massnahmen unter beweis gestellt werden muesste.

+ + +



Wer einen Arbeitsplatz hat, muß von seinem Verdienst einen Teil für den Lebensunterhalt jener abzwacken, die keine Arbeit haben. So will es das Solidaritätsprinzip der Arbeitslosenversicherung. Die Bundesanstalt für Arbeit, der immer wieder zusätzliche Leistungen aufgebürdet wurden, erwartet für das laufende Jahr ein Defizit von über vier Milliarden DM, durch das die noch vorhandenen Rücklagen vollständig aufgezehrt werden. Nur wenn die Zahl der Arbeitslosen zurückginge, könnte der gegenwärtige Beitragssatz beibehalten werden.

Statistische Angaben:
Bundesarbeitsministerium

DKP

Pressemitteilungen
des Parteivorstandes
der Deutschen
Kommunistischen Partei

Verantwortlich:
Kurt Schacht

Pressesendienst

Nr. 84/88

Düsseldorf, den 25. August 1988

Erklärung des Parteivorstandes der DKP zum Antikriegstag 1988

In Kasachstan und Nevada wurden die ersten Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA unter internationaler Kontrolle verschrottet. Der Antikriegstag des Jahres 1988 steht damit im Zeichen des historischen Beginns atomarer Abrüstung.

In Aussicht steht ein Ende des Krieges am Golf. Der Schritt vom Waffenstillstand zum Frieden ist möglich. Getreu ihren Verpflichtungen aus dem Genfer Afghanistan-Abkommen hat die Sowjetunion bereits mehr als die Hälfte ihres Truppenkontingentes aus dem mittelasiatischen Staat abgezogen. Hier, wie auch in anderen Krisenregionen der Erde, ringen Fortschrittskräfte um politische, humane Lösungen für bestehende Konflikte.

Von den Staaten des Warschauer Vertrages wurden neue, weitreichende Vorschläge für den Einstieg auch in die Abrüstung konventioneller Waffen unterbreitet. Sie eröffnen die Möglichkeit, noch in diesem Jahr mit der drastischen Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Europa zu beginnen. Der beiderseitige Verzicht auf die Fähigkeit zum militärischen Angriff ist zu einem erreichbaren Ziel geworden.

Neues politisches Denken gewinnt weltweit an Unterstützung. Eine neue Phase der Entspannung und Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen bietet der Menschheit die Chance, die wachsenden globalen Probleme dieser Welt durch gemeinsames Handeln zu bewältigen.

All dies ist das Ergebnis des Kampfes der Friedenskräfte, von Vernunft und Realismus, die stärker die Weltpolitik beeinflussen. Ob die gebotene Chance genutzt wird, hängt jetzt entscheidend vom gemeinsamen, aktiven Handeln der weltweiten Friedensbewegung ab.

Denn gleichzeitig blieben jene Kräfte nicht untätig, die ihre Interessen mit einer Fortsetzung des Wettrüstens, mit atomarer Abschreckung, mit dem Streben nach militärischer Stärke und Überlegenheit verbunden haben. Dazu gehören die Spitzen der NATO, die "Stahlhelmer" der Bonner Koalition, aber auch der militärisch-industrielle Komplex.

Trotz anhaltender Massenarbeitslosigkeit und wachsender Armut, dem Niedergang traditioneller Industriestandorte und -regionen, trotz herausziehender Umweltkrisen, die die Lebensgrundlage der Menschheit schon im Frieden zu vernichten drohen, drängen sie auf weitere Rüstungsprojekte. Gegen alle Vernunft und nationale Verantwortung wurde die Entwicklung und Beschaffung des "Jägers 90" beschlossen. Statt Pläne für die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion wird mit der geplanten Fusion von Daimler-Benz mit MBB ein gigantischer Rüstungskonzern zusammengeschoben.

Statt voranzugehen bei der konventionellen Abrüstung führt die NATO die größten Land-Manöver ihrer Geschichte durch, wurde gegen einen breiten Protest der Bevölkerung die Fortsetzung der unsinnigen und gefährlichen Tiefflüge angeordnet.

All dies zeigt, daß die militaristischen Kräfte in der Bonner Wende-Regierung weder willens noch fähig sind, die positiven Entwicklungen auf internationaler Ebene zum Wohle unseres Landes zu nutzen und einen eigenen Beitrag zur internationalen Entspannung zu leisten.

Mehr noch, unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung wurden Pläne für eine "Modernisierung" und Aufstockung der Atomwaffen in Europa als Ersatz für die zu verschrottenden Mittelstreckenraketen erarbeitet. Über diese neue "Nachrüstung" will die NATO noch in diesem Jahr entscheiden. Dies würde nicht nur erreichte Abrüstungserfolge zunichte machen, sondern den Fortgang des Abrüstungsdialogs insgesamt gefährden. Deshalb gilt es am 1. September, dem Antikriegstag, den Widerstand gegen neue Atomwaffen und die Doktrin der atomaren Abschreckung zu verstärken, Druck zu machen für weitere Schritte der Abrüstung: Für die Halbierung der strategischen Nuklearwaffen, für die Beseitigung aller atomaren Kurzstreckenwaffen, für ein vollständiges Verbot der chemischen Kampfstoffe, für den Einstieg in die konventionelle Abrüstung. Keinen Pfennig für den "Jäger 90"! Dringend sind die Rüstungsausgaben zu kürzen und frei werdende Mittel für soziale Aufgaben und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verwenden.

ppa reproduziert

- 5. August 1988

dgb / abruestung 1 (mehrere teile)

dgb-aufruf zum antikriegstag: "zur sicherheit: weiter mit der abruestung"

duesseldorf, 5. august 88 (ppa) - der deutsche gewerkschaftsbund (dgb) hat zur teilnahme an den veranstaltungen zum antikriegstag am 1. september aufgerufen und folgende sechs forderungen aufgestellt:

"weiter mit der vernichtung der atomwaffen aller reichweiten! die halbierung der atomaren langstreckenraketen ist ein naechster wirksamer schritt!

aechtung und vernichtung aller biologisch-chemischen waffen! die internationalen verhandlungen in genf muessen endlich dieses ziel erreichen.

beidseitiger truppenabbau! zur sicherung des eigenen landes benoetigen alle laender viel weniger soldaten, panzer, flugzeuge...

defensive militaerstrategien! eine abkehr von offensiven strategien verbessert die grundlage fuer allseitige abruestung.

stopp der verschuldungsspirale! die wachsende verschuldung und verelendung vieler laender sind genauso friedensgefaehrrend wie das riesige ruestungspotential.

geld aus der ruestung fuer den sozialen aufbau! was in der ruestung eingespart wird, ist zur linderung von hunger und elend besser angelegt."

(folgt dgb/abruestung 2)

+ + +

dgb / abruestung 2 / 5.8.88

der dgb-aufruf zum antikriegstag 88 hat folgenden wortlaut:

"konflikte duerfen nicht mit waffen ausgetragen, sondern muessen gewaltfrei geloest werden. voraussetzung zur vermeidung von konflikten ist die sicherung der grundbeduerfnisse aller menschen. politische freiheits- und selbstbestimmungsrechte und soziale mindeststandards muessen hinzukommen. am antikriegstag demonstrieren die gewerkschaften in besonderem masse fuer umfassende abruestung, fuer internationale solidaritaet und gerechtigkeit zwischen den voelkern.

die europaeischen staaten tragen auch verantwortung fuer krieg und frieden in den anderen erdteilen. deshalb duerfen die gegner im golfkrieg nicht laenger mit waffen versorgt werden. frieden ist nicht teilbar. solange irgendwo auf der welt die waffen sprechen, ist auch der frieden in europa nicht sicher. solange in laendern der dritten welt konflikte mit waffengewalt ausgetragen werden, verschlingt der krieg die mittel, die fuer wirtschaftliche und soziale entwicklungen dringend benoetigt werden.

(folgt dgb/abruestung 3)

+ + +

dgb / abruestung 3 / 5.8.88

der welthandel und die weltweiten wirtschaftsbeziehungen muessen zu mehr internationaler gerechtigkeit beitragen. solange multinationale konzerne und banken der reichen industrielaender das weltmarktgeschehen diktieren, solange die rohstofferloese der entwicklungs-laender nicht ausreichen, um vorhandenes elend zu beseitigen, sind soziale zerreisproben und gewalt vorprogrammiert.

menschenrechte, gewerkschaftsfreiheit und politische selbstbestimmung sind unveraeusserbare gueter aller menschen, gleich welcher hautfarbe, religion oder nationalitaet. deshalb ruft der dgb zum protest gegen diktaturen, rassistische regimes und gegen jede verletzung von menschenrechten auf.

gerade haben die fuehrer der grossen militaerbloecke ihr ziel bekraeftigt, nach der verschrottung der atomaren mittelstreckenraketen auch die langstreckenraketen zunaechst auf die haelfte zu reduzieren. dieser weg muss konsequent weitergegangen werden mit dem ziel, alle atomwaffen - auch die kuerzerer reichweite - abzuschaefen. denn atomwaffen bedeuten bedrohung und angst. und solange angst besteht, koennen feindbilder nicht abgebaut werden. aber nicht nur atomwaffen gefaehrden die menschheit. ebenso schrecklich und verheerend sind neue chemisch-biologische waffen. wir fordern daher die aechtung und vernichtung aller chemiewaffen. die verhandlungen in genf muessen endlich zu diesem ziel gefuehrt werden!

(folgt dgb/abruestung 4)

zur glaubwuerdigen abruestung gehoert auch der wille, konventionelle waffen, wie panzer und flugzeuge, und truppenstaerken zu reduzieren. eine staendige modernisierung von waffen jeglicher art bedeutet aufruestung. und die entwicklung eines neuen kampfflugzeuges, des jaeger 90, schreibt eine steigerung des ruestungshaushaltes bis in das jahr 2000 fest. auf der strecke bleibt der ausbau des sozialen sicherungssystems. auf der strecke bleibt die hilfe fuer entwicklungs-laender.

wir wollen partner in dieser welt sein, die viele gemeinsame probleme zusammen loesen: partner fuer sicherheit und frieden.

deshalb muessen die bestehenden militaerstrategien beider bloecke so entwickelt werden, dass wir von konfrontation zur gemeinsamen sicherheit kommen: verteidigungsfachigkeit ja, angriffsfachigkeit nein."

+ + +

2. Bundeskongreß

der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
17. - 19. Juni 1988 Düsseldorf 12 Gesamtschule Kikweg



Wir kämpfen um das,
was wir brauchen.

PRESSEINFORMATION

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die von den Bundesarbeitsgruppen erstellten Arbeitspapiere für die 4 Kongress-Foren.

Forum 1 - Existenzielle Absicherung

Das Arbeitspapier dazu wurde von der BAG Existenzielle Absicherung erstellt.

Forum 2 - Ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse

Das Arbeitspapier dazu wurde von der BAG Beschäftigungspolitik erstellt.

Forum 3 - Beschäftigungsprojekte

Das Arbeitspapier dazu wurde ebenfalls von der BAG Beschäftigungspolitik erstellt.

Forum 4 - Perspektiven der organisierten Erwerbslosenbewegung

Das Arbeitspapier dazu wurde von der BAG Bilanz und Perspektiven erstellt.

Ausserdem erhalten Sie hiermit ein 6-seitiges Papier zur Geschichte der Erwerbslosenbewegung, das von der Arbeitslosenselbsthilfe Flensburg erstellt worden ist.

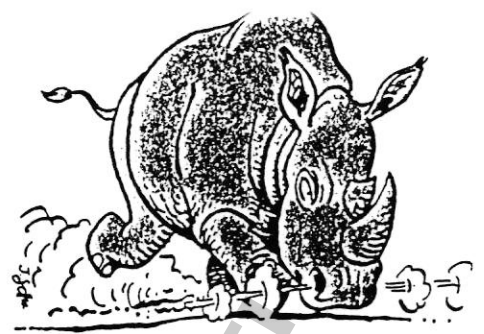
Sobald die schriftlich ausgearbeiteten Arbeitsergebnisse der Foren vorliegen, schicken wir sie Ihnen zu.

Mit freundlichen Grüßen


(Thomas Bennewitz)

2. Bundeskongreß

er Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
1. - 19. Juni 1988 Düsseldorf 12 Gesamtschule Kikweg



forum der bag "existentielle absicherung"

KAMPAGNE GEGEN BEDÜRFTIGKEITSPRÜFUNG - FORUM 1

*Wir kämpfen um das,
was wir brauchen.*

Beitrag zum Forum 1

Wir wollen heute nachmittag über eine bundesweite Kampagne zur Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung diskutieren, und sie konkret mit einer Aktionswoche im November (Vorschlag) auch schon praktisch vorbereiten. Es geht uns in diesem Forum also nicht darum, anhand exemplarischer Beispiele einzelne Fälle zu diskutieren, dafür gibt es auf diesem Kongreß genügend andere Möglichkeiten, - z.B. der Workshop "Arbeitslosen- und Sozialhilferecht" der Frankfurter usw.. Sicher werden auch gern die Initiativen auf dem Markt der Möglichkeiten einzelne Fragen beantworten und konkrete Fälle erörtern.

Nun zur Kampagne:

Warum eine bundesweite Kampagne? Die Kampagne ist für uns ein Mittel, die Erwerbslosenbewegung wieder mehr in die Öffentlichkeit zu bringen und ihr das politische Gewicht zu verleihen, das ihr heute eigentlich schon zusteht. D.h. für uns, daß genügend schlaue Leute über uns Erwerbslose geredet haben und es nun an der Zeit ist, daß wir selbst uns wieder zu Wort melden. Ein Mittel ist diese Kampagne mit den vorgeschlagenen Aktionen.

Ein wichtiger Punkt ist für uns auch, daß wir kurzfristige umsetzbare Ziele formulieren, die eine konkrete Verbesserung für die Betroffenen darstellen - wenn auch nur eine kleine (wie z.B. Nulltarif).

Als wichtig erachten wir auch, daß über die Aktionen das Selbstbewußtsein der Erwerbslosen gestärkt wird, die Vereinzelung ansatzweise aufgehoben und ein gemeinsames "wir-Gefühl" vermittelt wird (Klassenbewußtsein).

Darüber hinaus ein wichtiger Punkt für die Kampagne gegen die Bedürftigkeitsprüfung ist für uns, anhand der Kampagne neue Bündnisse mit anderen Betroffenen zu entwickeln (Betriebsräte, Gewerkschafter, Frauengruppen, Elterninitiativen, ausländische Organisationen, Mieterinitiativen sowie Graue Panther u.a.).

Soviel erst einmal zum "Warum". Nun zur Darstellung der Kampagne:

Was heißt Bedürftigkeitsprüfung? Es wird geprüft, ob Verwandte ersten Grades, Ehegatten oder Partner eigenes Einkommen oder Vermögen zur Finanzierung der Arbeitslosen- oder Sozialhilfe herangezogen werden können. Anhand der Bedürftigkeitsprüfung läßt sich exemplarisch noch einmal die Abwälzung der Krise auf die Klasse deutlich machen:

Da wären zum ersten die Menschen, die noch ein festes Einkommen haben (besonders Facharbeiter) dreimal zur Kasse gebeten:

1. durch Steuern
2. durch Versicherungsleistungen (wie Kranken- und Arbeitslosenversicherung)
3. durch direkte Zahlung an betroffene Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung.

Das bedeutet eine konkrete Einkommensenkung der noch Arbeitenden, die noch nicht auf die Niedriglohnschiene gedrückt wurden, zugunsten der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe.

Zum zweiten bewirkt die Bedürftigkeitsprüfung für die AntragstellerInnen (also Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerInnen) einen verstärkten Druck von der Familie auf die Betroffenen, was dazu führt, über die Inanspruchnahme von Eltern oder Partner schon bestehende Abhängigkeitsverhältnisse zu zementieren bzw. neu festzuschreiben. Durch diese Abhängigkeitsverhältnisse entsteht auch ein verstärkter Zwang zur Arbeit (lieber um jeden Preis und zu jeder Bedingung arbeiten als den Alten auf der Tasche zu liegen). Um diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, sich der sozialen Kontrolle ein Stück zu entziehen, wird von vielen Betroffenen auf die Inanspruchnahme von Leistungen (Arbeitslosen-/Sozialhilfe) verzichtet. Dies führt dazu, daß ein Teil von Menschen unterhalb der staatlich festgesetzten Armutsgrenze - sprich Sozialhilfe - leben muß und seine Existenz nur über miese Jobs und unsichere Beschäftigung absichern kann.

Besonders muß dann noch einmal auf die Frauen im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung eingegangen werden. 3/4 aller Frauen scheitern an der Bedürftigkeitsprüfung, d.h. ganz konkret, werden herausgeschmissen aus den Bezügen von Arbeits- und Sozialämtern (in den meisten Fällen aufgrund Ehe oder eheähnlicher Verhältnisse). Die Ausgrenzung vom Bezug von Leistungen der Arbeits- und Sozialämtern führt auch dazu, Frauen aus Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen herauszuhalten, was eine prinzipielle Verschlechterung der Vermittlungschancen für Frauen nach sich zieht. Dies wiederum bedeutet, daß die Frauen "zurück an den Herd", das heißt, wieder verstärkt in Abhängigkeitsverhältnisse von Ehemännern oder Partnern gebracht werden, da sie keine oder nur schlechte Arbeitsverhältnisse finden.

Durch diese zementierten Abhängigkeitsverhältnisse von Frauen zu Männern wird dann auch gleichzeitig nochmal das Leitbild Kleinfamilie bundespolitisch wieder hoffähig gemacht.

Insgesamt muß die Bedürftigkeitsprüfung als Angriff auf die Betroffenen gesehen werden, die direkt Verunsicherung fördert, den Arbeitszwang erhöht, durch Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen Armut fördert, sozialpolitisch die kapitalistische Kleinfamilie fördert und die Krise auf die Unterdrückten insgesamt abwälzt.

Welche Praxis bisher?

Bisher war es so, daß die Inis vor Ort in der Beratung bei Arbeitslosenhilfe drei Möglichkeiten hatten, zu denen schon unterschiedliche Aktionen gelaufen sind.

Möglichkeit 1: individuelle Bedarfsausrechnung, d.h. zum Beispiel, Eltern haben bei der Einkommensüberprüfung versucht, höhere Ausgaben gegenüber dem Arbeitsamt angerechnet zu bekommen (ihren individuellen Bedarf).

Möglichkeit 2: die Vermögensregelung. Laut Gesetz ist jemand, der mehr als DM 8.000.-- beim Antrag auf Arbeitslosenhilfe besitzt, nicht mehr unterhaltsbedürftig - d.h., die Eltern brauchen nicht mehr zu zahlen (nur - wer hat so viel Geld, und es darf ja auch nicht kurz vorher "vom Himmel fallen"). Das ist eine Gesetzeslücke im AFG im BGB. Im BGB wird nämlich festgelegt, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit jemand unterhaltsanspruchsberechtigt ist.

Die Kriterien sind aber im BGB viel höher angelegt als im AFG (siehe Urteil des Bundessozialgerichts vom 13.06.1985). Wer sich also nach den normalen Regeln des Arbeitsamts vermitteln läßt und von sich aus keine Anstrengungen unternimmt, sich um jede ihm zumutbare Arbeit zu kümmern, hat keinen Anspruch auf Unterhaltsleistungen der Eltern oder Verwandten 1. Grades. Dieses Urteil schließt aber explizit Ehen oder eheähnliche Verhältnisse aus!

Bei Sozialhilfe

Bei der Sozialhilfe gab es eigentlich nur die Möglichkeit, sich über den im BSHG festgelegten Zusammenhalt der Familie in § 7, § 91 Abs. 3 BSHG vor der Heranziehung der Eltern zu schützen. Mensch mußte dann einfach den Nachweis bringen, daß durch die Zahlung der Eltern der Familienfrieden gestört bzw. die familiären Banden zerstört werden würden. Seit neuerem verzichten die Hamburger Sozialämter auch auf die Heranziehung von Eltern oder Verwandten 1. Grades, da mit dem Urteil des Bundessozialgerichts argumentiert wird. Dies aber nur dann, wenn Widerspruch gegen die Heranziehung der Eltern oder Verwandten 1. Grades eingelegt wird.

In Berlin wurde die Bedürftigkeitsprüfung für Rentner grundsätzlich ausgesetzt. Hier muß nochmal betont werden, daß es ihnen hier augenscheinlich nicht nur um das Geld geht, sondern daß die Bedürftigkeitsprüfung für sie ein Instrument der Spaltung und der Vereinzelung der Betroffenen darstellt. Deshalb nochmal ganz deutlich: es geht uns nicht darum, einzelne individuelle Möglichkeiten oder Tricks zu vermitteln, mit denen sich jede/r einzelne um die Bedürftigkeitsprüfung herumogeln kann, sondern um eine gemeinsame Praxis zur Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung, die die Individualisierung und Vereinzelung aufhebt hin zu einer bundesweit gemeinsamen Praxis hin zu einer Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung.

Die ersten, die dazu bundesweit eine Kampagne gemacht haben, waren die Frauen. Dazu werdet ihr gleich was hören. Danach werden wir dann einen Vorschlag zu einer bundesweiten Kampagne machen, über den wir dann hier diskutieren wollen.

Die Kampagne

Die Kampagne sollte bundesweit sein, sie muß sich gegen die Bedürftigkeitsprüfung aller richten - sonst können wir es gleich lassen! Spaltungen haben ArbeiterInnen und Angestellte noch nie überzeugt. Deshalb schlagen wir eine Kampagne in vier Phasen vor.

Phase 1: Aufklärungs- und Infophase

Grundlegende Aufklärung, d.h. verschiedene Darstellungen der Betroffenheit von der Bedürftigkeitsprüfung mit Gewerkschaftern, Betriebsräten, Frauengruppen, Elterninitiativen, ausländische Organisationen, Mieterinitiativen sowie Grauen Panther. Dies kann geschehen durch gemeinsame Veranstaltungen, öffentliche Diskussionen, Auftreten auf Betriebsversammlungen, an Schulen oder oder... Als wichtig erachten wir dabei, daß schon mit den tendenziellen Bündnispartnern über unser Konzept der Datenverweigerungskampagne diskutiert wird und gleich darüber geredet wird, welche Aktionen sie mittragen wollen, selbst initiieren können oder in welcher Form eine inhaltliche Aktion geplant werden kann. Gleichzeitig sollte in der Phase 1 begonnen werden, einen Rechtshilfefonds einzurichten, der für juristische Streitigkeiten in der letzten Phase gebraucht wird.

Phase 2: Ämteraktionen mit konkreten Tips für Betroffene

Was ganz konkret heißen kann: Ämteraktionen vor und in den Ämtern oder über andere regional mögliche Aktionen die Betroffenen umfassend über die Möglichkeiten zu informieren und Leute zu gewinnen für gemeinsame Öffentlichkeitsaktionen in der Phase 4. Darüber hinaus ist es wichtig, regionale Infostellen einzurichten, die die rechtliche Situation umfassend sammeln, auswerten und anderen Initiativen wieder zur Verfügung stellen (teilweise parallel zu Phase 1).

Phase 3: Beginn einer Unterschriftensammlung (Rubriken: Name, für/gegen Prüfung, ALG, AlHi, Sozi, Bereitschaft für Aktionen)

Mit der Unterschriftensammlung läßt sich das Ausmaß der Betroffenheit besser deutlich machen, und es wird vielen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich zu äußern. Mit den daraus gewonnenen Daten läßt sich wiederum öffentlich Druck machen über das Ausmaß der Bedürftigkeitsprüfung, sie dienen aber auch dem Erstellen von Listen für die konkrete Vorbereitung für die Widerstandsphase 4.

Phase 4:

In dieser Phase wollen wir eine Datenverweigerungsphase in verschiedenen Orten der BRD in Gang bringen. Hier schwebt uns eine Aktionswoche im November dieses Jahres vor. Die in Phase 3 gewonnenen Daten können uns hier als Grundlage dienen. (Anschriften von Leuten, Hauswurfsendungen)

Die Kampagne sollte man/frau sich so vorstellen, daß pro Stadt etwa 5 - 6 Leute exemplarisch mit der Datenverweigerung beginnen und zwar abgestützt durch eine Solidaritätskasse (siehe Phase 1). Wichtig ist dabei, daß trotz der Datenverweigerung die Betroffenen Geld zum Leben erhalten. D.h. ganz klar, konkrete Aktionen zur Durchsetzung auf Arbeits- und Sozialämtern von berechtigten Ansprüchen von Betroffenen, unabhängig davon, ob die Eltern die Daten raustun oder nicht. Damit die Datenverweigerungskampagne auch dementsprechend an die Öffentlichkeit kommt, ist es wichtig, daß gleichzeitig zu Beginn der Datenverweigerung öffentlichkeitswirksame Aktionen laufen. Diese Aktionen müssen sich immer nach den konkreten Gegebenheiten der Initiativen vor Ort richten.

Und jetzt noch kurz einige Vorschläge zu Aktionen, die zu machen sind. Das fängt an bei Verteilen von Flugblättern, vor oder in öffentlichen Einrichtungen (sprich Parteien) sowie auf den Arbeits- und Sozialämtern, öffentliche Veranstaltungen auf Marktplätzen, Demos oder bis hin zu Besetzungen von einzelnen Arbeits- und Sozialämtern. Wofür sich die Inis vor Ort entscheiden, muß jede Ini selbst wissen. Wichtig ist daran nur, daß der Zusammenhang der bundesweiten Kampagne deutlich wird.

Zu diskutieren wäre auch eine gleichzeitig verlaufende Justizkampagne, - d.h., klagen bei Verwaltungs- und Sozialgerichten... aber VORSICHT ! - bei Ablehnung evtl. Leerlauf der Kampagne.

Über die juristischen Möglichkeiten haben wir eine Zusammenfassung von einem Hamburger Juristen erstellen lassen, die auch hier auf dem Bundeskongreß vorliegt. Und jetzt in die Diskussion....

2. Bundeskongreß

der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
17. - 19. Juni 1988 Düsseldorf 1 Gesamtschule Kikweg



forum der bag "beschäftigungspolitik"

UNGESICHERTE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE - FORUM 2

*Wir kämpfen um das,
was wir brauchen.*

1. Der schnelle Anstieg der ungesicherten Arbeitsverhältnisse ist eine direkte Folge der hohen Massenarbeitslosigkeit. Das "Beschäftigungsförderungsgesetz" wäre zum Beispiel ohne hohe Arbeitslosigkeit nicht zur Wirkung gekommen. Nur weil sie sonst dauerhaft arbeitslos blieben, lassen sich die meisten der davon Betroffenen in die ungesicherten Arbeitsverhältnisse drängen. Die hohe Massenarbeitslosigkeit ist ein wirksames Instrument zur Durchsetzung der von den Unternehmern und der Bundesregierung angestrebten Flexibilisierung und Deregulierung.
2. Seit Mitte der 70'er Jahre ist die Massenarbeitslosigkeit trotz aller anderslautender Prognosen und Versprechungen ständig gestiegen. Das gilt nicht nur für die Zahl der offiziell als arbeitslos Registrierten, sondern auch für die tatsächlich Arbeitslosen, die aus verschiedenen Gründen nicht in der offiziellen Statistik erscheinen.
3. Eine direkte Folge dieser Entwicklung ist die rapide gewachsene Verarmung. Immer mehr Menschen werden auch von der materiellen Unterstützung während der Arbeitslosigkeit ausgegrenzt. Das führt vor allem auch zu einem starken Rückgang der Realeinkommen vieler Arbeitnehmerhaushalte.
4. Dazu gehört auch, dass Massenarbeitslosigkeit und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse den Druck auf die (noch) Beschäftigten erhöhen. Das gilt für die Leistungssteigerung ebenso wie für den Druck auf die Löhne. Ausserdem verändert sich als Folge dieser Entwicklung ständig das Verhältnis von den ungesicherten und den angeblich gesicherten Beschäftigungsverhältnissen zu Lasten der letzteren.
5. Arbeitslosigkeit und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse sind somit eine Bedrohung aller Arbeitslosen und Beschäftigten. Diese Entwicklung ist gewollt und wird von Unternehmern und Regierung bewusst eingesetzt. Sie ist Teil des Gesamtkonzepts der Herrschenden zur Durchsetzung von Flexibilisierung und Deregulierung.
6. Arbeitslose und Beschäftigte haben somit den gleichen Gegner, gemeinsame Ziele und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, diese gemeinsamen Ziele auch gemeinsam durchzusetzen. Mehr noch : Ohne das gemeinsame Handeln von Arbeitslosen und Beschäftigten sind keine wirksamen Massnahmen gegen Arbeits-

2. Bundeskongreß

der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
17. - 19. Juni 1988 Düsseldorf 1 Gesamtschule Kikweg



forum der bag "beschäftigungspolitik"

BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE - FORUM 3

*Wir kämpfen um das,
was wir brauchen.*

1. Selbsthilfeprojekte

- Die Mitarbeit muss freiwillig sein.
- Die Arbeit muss selbstbestimmt organisiert sein und sinnvolle, gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten umfassen.
- Kenntnisse, die im Projekt vermittelt werden, müssen Perspektive haben.
- Diese Projekte sind finanziell zu fördern, um tarifliche Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

2. Beschäftigungsgesellschaften

- sind kurzfristige Lösungen bei Arbeitsplatzvernichtung.
- Die Finanzierung muss von denen getragen werden, die die Arbeitsplätze vernichtet haben (Verursacherprinzip).
- Reguläre tarifliche Arbeitsbedingungen, die nicht schlechter sein dürfen als die des verlorenen Arbeitsplatzes, müssen gewährleistet sein.
- Die Trägerschaft muss die Mitbestimmung der Beschäftigten garantieren.

3. Beschäftigungsprogramme

- Öffentliche Beschäftigungsprogramme müssen der Schaffung dauerhafter, tarifgerechter Arbeitsplätze dienen auf der Basis einer wirksam verkürzten Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich.

Sie müssen sich an der Notwendigkeit orientieren, bestehende sinnvolle Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern sowie neue menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen.

In allen Bereichen ist die tarifliche Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich unverzüglich und umfassend zu verkürzen.

2. Bundeskongreß

der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
17. - 19. Juni 1988 Düsseldorf 1 Gesamtschule Kikweg



forum der bag "bilanz und perspektiven"

PERSPEKTIVEN DER ORGANISIERTEN
ERWERBSLOSENBEWEGUNG - FORUM 4

*Wir kämpfen um das,
was wir brauchen.*

Die bundesweite Zusammenarbeit der Arbeitslosen-Zentren, -Initiativen, -Treffs, -Projekte und der weiteren Gruppen aus dem Spektrum der Erwerbslosen- und Armutsbewegung ist notwendig. Aus diesem Grund gibt es die Bundesarbeitsgruppen (BAG), die sich mehrmals jährlich treffen. Die BAG befassten sich bislang mit den Themen "Bilanz und Perspektiven", "Beschäftigungspolitik" und "Existenzielle Absicherung".

Die Strukturen der BAG haben sich bewährt und sollten fortgesetzt werden.

1. Die BAG sind grundsätzlich offen für diejenigen, die ein Interesse daran haben, dass bestehende Verhältnisse geändert werden, so die Arbeitsverhältnisse und ihre Bedingungen, die Zustände auf den Arbeits- und Sozialämtern und die materielle Situation von Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Die BAG sind offen für alle, die Ideen zur Zukunft der (Lohn-)Arbeit, zur Herstellung gesellschaftlich sinnvoller Produktion und zur humanen und demokratischen Produktionsweise haben.

Die BAG sind nicht zuletzt offen für all diejenigen, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen und damit auch um den Erhalt ganzer Regionen.

Die BAG sind nicht offen für rechtslastige und faschistische Ideen und ihre Vertreter.

2. Es gibt in der Arbeitslosenbewegung verschiedene Strömungen; bislang hat sich gezeigt, dass dort, wo wir die gesamte Breite des politischen und organisatorischen Spektrums wahrten und gemeinsam gekämpft wurde, wir Stärke zeigten. An den Orten, an denen immer noch einzelne Strömungen alleine vor sich hinkriechen, nimmt das Interesse der Erwerbslosen an den Initiativen ab und Veränderungen stehen in weiter Ferne. Wir sollten auch zukünftig uns gemeinsam den gestellten Themen nähern und auf Forderungen hin uns vereinheitlichen.

Wir sollten mit diesem Kongress eine Kampagne ... beginnen.

Ein Hauptaugenmerk soll auf die Stärkung der Regionalstellen und Landeskoordinationen gelegt werden, denn dort werden Kampagnen umgesetzt. Nach wie vor müssen wir uns verstärkt um die Arbeit vor Ort kümmern, damit immer mehr Er-

2. Bundeskongreß

der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
17. - 19. Juni 1988 Düsseldorf 12 Gesamtschule Kikweg



Wir kämpfen um das,
was wir brauchen.

VORBERMERKUNGEN

Wir werden bestimmt auf diesem 2. Bundeskongreß (BUKO) uns den Vorwurf an - hören müssen, daß wir es trotz einem Millionenheer von Arbeitslosen und Sozialhilfe - empfängern, es nicht geschafft haben, in den letzten sechs Jahren seit dem 1. BUKO, zu einer Massenbewegung zu werden.

So sehr das trauriger Weise stimmt, bin ich mir doch sicher, daß die, die uns solches vorhalten, nichts aber auch nichts von der vielfältigen Problematik wissen, die Arbeits - losigkeit für den Einzelnen mit sich bringt, geschweige denn, es an der eigenen Person erlebt haben.

In der Regel ist es doch so, daß wenn jemand seine Arbeit verliert, sein oder ihr Be - mühen und Trachten in erster Linie danach ist, wieder in Arbeit zu kommen - und nicht, sich einer Arbeitsloseninitiative anzuschließen. Mann bzw. Frau muß erst seine bit - teren Erfahrungen mit dem Sozialstaat, mit Ämterschikane und 100 facher Ab - lehnung der Bewerbung machen, ehe ein kleiner Teil sich nicht resignierend zurück zieht, - sondern zögernd "Neuland" betritt und mit einer der vielen Initiativen und Zentren Kontakt aufnimmt und aus der Betroffenheit heraus aktiv wird.

Zudem ist das soziale System in dem wir leben müssen, so angelegt, das es die Betrof - fenen individualisiert und in verschiedene Kategorien unterschiedlich aufteilt und be - handelt: (z.B. Frauen, Ausländer, ältere Arbeitslose, Beschäftigte).

Gleichzeitig sollte man realistisch sehen, unter welchen beschränkten Handlungs - möglichkeiten die Initiativen aktiv sind. Ihnen bleibt oft nur die Möglichkeit gegen die staatlich verordneten sozialen Verschlechterung zu reagieren und die Betroffenen be - ratend auf die neuen Bestimmungen einzustellen. Was nicht gerade eine einladende "Mitmach"-Perspektive ist.

Dabei werden wir vom Staat, ob wir wollen oder nicht, in das Soziale Netz der Hilfs und Beratungsangebote mit eingebunden.

Ein anderer Aspekt ist der, das ein Großteil der Arbeitslosen sich in einem "Wechselbad" befindet, gekennzeichnet von einem ständigen Wechsel von kurzfristigen Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit, Maßnahmen des Arbeitsamtes, Arbeitslosigkeit, kurzfristiger Beschäftigung u.s.w. Betroffene betrachten sich durch dieses geschickte System gar nicht als wirkliche Arbeitslose und zur sogenannten Reservearmee dazu - gehörig. So wundert es nicht, daß in den Initiativen und Zentren oftmals gerade Langzeitarbeitslose aktiv sind.

Zudem braucht jede Bewegung auch eine hilfreiche, unterstützende und gewachsene Organisationsstruktur. Auch diese hat sich bei uns in den letzten Jahren erst einmal entwickeln müssen. Heute gibt es mittlerweile weit mehr als 1000 verschiedenster Arbeitsloseninitiativen, Zentren, Treffs und Projekte. Zudem trifft man sich regelmäßig länder und bundesweit zum Erfahrungsaustausch und erarbeitet gemeinsame politische Forderungen. Diese mutmachende Entwicklung geschah unter ungünstigsten Voraus - setzungen, wie z.B. permanenter Geldmangel, kaum Räumlichkeiten, hohe Fluktation

unter den Betroffenen und immer ankämpfend gegen das Stigma Arbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit. In unserer Bewegung helfen Arbeitslose Arbeitslosen, Selbstbetroffene setzen sich für Betroffene ein, obwohl sie selbst in einer persönlich besch..... Situation sind. Dieses ehrenamtliche Engagement kann nicht hoch genug gewürdigt werden.

Deshalb können wir feststellen:

Ohne unsere " kleine " Erwerbslosenbewegung wäre es um einiges dunkler, kälter und unsozialer in dieser Republik !

Laßt uns weiter unverdrossen gemeinsam kämpfen um das was wir brauchen.

EINLEITUNG

Um die Entstehung, Entwicklung und Perspektiven einer so vielfältigen und "bunten" Bewegung, wie der Erwerbslosenbewegung darzustellen, benötigt man sehr viel Zeit und Raum um alle Entwicklungen, Strömungen und Aktionen in rechter Weise zu würdigen, was aber den Rahmen dieses Eröffnungsplenums sprengen würde.

Deshalb habe ich mich bei meinem Referat auf wesentliche Punkte beschränken müssen. Zur besseren Veranschaulichung habe ich die letzten sechs Jahre in verschiedene Phasen eingeteilt, festgemacht an verschiedenen größeren Treffen und Kongressen der Bewegung. Bei dieser gewählten "Hilfskonstruktion" könnte man den Eindruck gewinnen, wir entwickeln uns von Kongreß zu Kongreß,- dem ist aber nicht so. Aber anhand der verschiedenen größeren Treffen war es leichter, Beginn oder Abschluß bestimmter Entwicklungen deutlich zu machen.

Ansonsten bieten die Tage hier in Düsseldorf ja genügend Gelegenheiten, die historische Entwicklung und die Perspektiven unserer Bewegung intensiv und konstruktiv zu diskutieren, sei es in privaten Gesprächen oder in den Foren und Arbeitsgruppen, wobei das Forum 4 sich in besonderer Weise dafür anbietet.

Bisherige Entwicklung und Perspektiven der Erwerbslosenbewegung (Kurzfassung)

1. Phase: ab Mitte der 70er Jahre bis zum 1. Bundeskongreß in Frankfurt Dez.'82

Diese Phase war zu Beginn geprägt, von verschiedenen Reaktionen auf die immer schlechter werdende Arbeits,- und Lebensbedingungen, z.B. Aktionen gegen Jugend - arbeitslosigkeit oder Häuser Instandbesetzung, sowie von Aktivitäten der Kirchen unter oftmals starkem, caritativen sozialem Aspekt. Man beschäftigte sich in dieser Zeit intensiv mit der Neudefinition von "Arbeit".

Da die sozialpädagogische "Betreuung" durch die Kirche vielen Betroffenen zuwenig wurde, bildeten sich zu Beginn der 80er Jahre, eigenständige Erwerbsloseninitiativen, die oftmals politisch und öffentlich wirksam wurden.

Erster Höhepunkt war der Frankfurter Kongress im Dezember 1982. Dort prallten noch kirchliche, gewerkschaftliche und autonome Strömungen heftig aufeinander. Wichtige Entscheidung : Die zukünftige Arbeit soll in der Initiative vor Ort fortgesetzt werden. Die Bildung einer Arbeitslosengewerkschaft wurde mehrheitlich abgelehnt.

2. Phase: Nach dem 1. Bundeskongreß bis Mai 85

Kurz nach dem Kongreß scheiterte ein zweiter Versuch in der Öffentlichkeit Stärke zu zeigen. Die Art und Weise des Zustandekommens und die geringe Beteiligung auf den sogenannten Bonner Arbeitslosenmärschen lähmten für lange Zeit die bundesweite Zusammenarbeit. Trotzdem entstanden nachdem 1. Bundeskongreß viele neue Initiativen und Neben der Problematik der Konsolidierung der neuen Initiativen entwickelten sich auch anfängliche regionale Strukturen. Neben den inhaltlichen Auseinandersetzungen (z.B. Existenzgeld, Begriff der Arbeit), gab es vielfältige Aktionen zu Forderungen wie: Erwerbslosenpaß, Nulltarif für öffentliche Einrichtungen und Verkehrsmittel, sowie Informationsbretter in Arbeitsämtern.

3. Phase: ab ZAK-III im Mai '85 bis zum bundesweiten Treffen in Göttingen im Dez. '85

In den letzten drei Jahren konnte niemand genau sagen wohin sich die Erwerbslosenbewegung entwickeln würde und es kam auch auf den großen Treffen (ZAK - Hamburg und Göttingen) zu Auseinandersetzungen. ZAK - Hamburg war unter Teilnahme aller Strömungen vorbildlich vorbereitet und stark geprägt vom Erfahrungsaustausch, wobei dort noch die Differenzen unter den Strömungen im Mittelpunkt standen. In Göttingen kam es zum Eklat, als die Befürchtung nicht ausgeräumt werden konnte, daß bestimmte Kräfte gegen den Willen der Bewegung eine feste Organisationsstruktur installieren wollten. Der nur von wenigen Leuten getragene Versuch, trotzdem Strukturen durchzusetzen, war deshalb von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Entgegen allen Prognosen wirkte dieser Schock ganz heilsam auf die Bewegung.

4. Phase: nach Göttingen 12/85 bis ZAK - Köln im Nov. 1986

Seit Anfang '86 finden als Folge des Eklat, bundesweite, themenbezogene Arbeitstreffen statt, bei denen Vertreter/innen aller Strömungen in Arbeitsgruppen die zentralen Themen: Beschäftigungspolitik, existenzielle Absicherung, sowie Bilanz und Perspektiven der Erwerbslosenbewegung bearbeiten. Neben der Suche nach Gemeinsamen und Verbindendem, sollen diese bundesweiten Arbeitsgruppen (BAG) einen künftigen 2. BUKO inhaltlich vorbereiten. Der zentrale Aktions- und Konferenztag in Köln am 22. Nov. 1986 war ein wichtiger Zwischenschritt auf dieses Ziel hin und ein erster Höhepunkt in der Mobilisierung der Erwerbslosenbewegung. Da erstmalig nicht Differenzen und Trennendes im Vordergrund standen, sondern die gefundenen Gemeinsamkeiten und man in den einzelnen Arbeitsgruppen intensiv arbeitete, waren wir auch für die Medien nicht mehr besonders interessant.

5. Phase: nach ZAK - Köln 11/86 bis zum 2. BUKO in Düsseldorf vom 17. - 19. Juni 1988

In dieser letzten Phase vor dem 2. BUKO folgten die bundesweiten Arbeitstreffen in rascher Folge aufeinander. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung und der Suche nach Gemeinsamen, kam immer stärker nun auch der organisatorische Aspekt in die Arbeitstreffen hinein. (Denn es sollte ja "unser" Bundeskongreß werden.) In der gefundenen 3-teiligen Organisationsstruktur haben wir eine Form gefunden, die unserem Selbstverständnis als Bewegung entspricht: 1. Die Basis der Erwerbslosen bestimmt in den BAG's die politischen Inhalte und organisatorischen Formen. 2. Das Kontrollorgan (KO), zusammengesetzt aus möglichst allen Strömungen und Bundesländern, ist verantwortlich für die Umsetzung dieser Inhalte (Hausaufgaben). Gleichzeitig berät und hilft das KO bei auftretenden Fragen und Problemen im Sinne der BAG's. Zudem ist der KO noch verantwortlich für die Vorbereitung des nächsten bundesweiten Arbeitstreffens. 3. Die Organisationsgruppe (ORG.) hat die "dankbare" Aufgabe nach bestem Können die Aufträge der BAG's und des zwischengeschalteten KO vor Ort konkret umzusetzen. Nach dem 2. BUKO wird die Erwerbslosenbewegung entscheiden müssen, auf welche Art und Weise zukünftig, (in hoffentlich noch größerem Rahmen als bisher), die Zusammenarbeit weiter gestaltet werden wird.

1. PHASE

Von Mitte der 70er Jahre bis zum 1. Bundeskongreß in Frankfurt Dez. '82

In den späten 70er Jahren entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung, die all den "Wirtschaftsgläubigen" unfassbar erschien. Da es nicht an dem Wirtschaftssystem liegen konnte bzw. durfte, mußten also die Ursachen dieser negativen Entwicklung bei den Arbeitslosen selbst gesucht werden. Die angeblich Schuldigen der Misere waren auch bald in den Ausländern, den Frauen und den ungelernten Arbeitslosen gefunden.

Das Problem Arbeitslosigkeit wurde individualisiert. Es lag am Einzelnen, ob er arbeitslos wurde oder blieb. Worte wie "Drückeberger", "Schmarotzer" oder "Trittbrettfahrer" machten die Runde in den täglichen Medien und nicht selten stammten diese Worte aus

einem Ministermund.

Zum damaligen Zeitpunkt erkannte der DGB und seine Einzelgewerkschaften nicht, wie sehr die Arbeitslosen die Gewerkschaften als starke Interessenvertretung in ihrer bedrückenden Situation brauchten. Eine Fehlentwicklung die trotz mancher Korrektur, bis heute noch ihre Auswirkungen zeigt.

Im Vorfeld einer eigenständigen Erwerbslosenbewegung gab es verschiedene soziale Bewegungen und Aktionen, die auf die verschlechterten Lebens,- und Arbeitsbedingungen reagierten, z.B. Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit, Häuser Instandbesetzungen oder der Kampf um autonome Jugendzentren.

Auch die Kirchen nahmen sich der Problematik der Arbeitslosen unter einem starken seelsorgerlichen, caritativen Aspekt an.

Auf Freizeiten, Seminaren und wöchentlichen Treffen in kirchlichen Räumen, versuchte man das angeknackste Selbstwertgefühl der Arbeitslosen wieder aufzurichten.

Neben sinnvoller Freizeitgestaltung beschäftigte man sich in diesen Kreisen intensiv mit der Neudefinition von dem Begriff "Arbeit".

Anfang der 80er Jahre wurde es vielen Leuten klar, daß diese immer stärker anwachsende Massenarbeitslosigkeit kein Ausrutscher, sondern eine zwangsläufige Folge unseres Wirtschaftssystems war. Nachdem alle Selbstheilkräfte des Marktes und alle Schuldzuweisungen versagten, richtete sich die Nation darauf ein, mit einem sehr hohen Sockel an Arbeitslosen weiterzuleben und so zutun, als ob dies der Normalfall sei.

Mittlerweile entwickelte sich aber langsam Widerstand der Betroffenen an ihrer ausweglosen Lage.

Neben der stetig gewachsenen kirchlich getragenen Arbeitslosenarbeit, die oftmals Freiräume schuf wo sich neue Ideen und politische Aktionen entwickeln konnten, bildeten sich nun auch verschiedenste unabhängige Gruppen, zumeist auf Initiative der Betroffenen selbst, die in einem weitaus stärkeren Maße politisch und öffentlich wirksam waren, als die bisherige Arbeitslosenarbeit der Kirche.

Ein erster Höhepunkt war der 1. BUKO im Dez. '82 in Frankfurt. Unter großer Beachtung der Medien trafen sich dort kirchliche, gewerkschaftliche, unabhängige und autonome Gruppen, Zentren und Initiativen zum Erfahrungsaustausch, zum Kennenlernen und zur Auseinandersetzung, wie und in welcher Form sich die Arbeitslosenbewegung weiter entwickeln könnte. Der Kongreß war gekennzeichnet von einer Aufbruchstimmung und einer Vielfalt von Ideen, Positionen und praktischen Ansätzen der verschiedensten Strömungen innerhalb der Erwerbslosenbewegung, wobei vielfach die Gegensätze in den verschiedensten Positionen nebeneinander hingestellt blieben, ohne daß der ernsthafte Versuch unternommen wurde, gemeinsame Grundsatzpositionen für die Bewegung herauszuarbeiten. In einem wichtigen Punkt einigte man sich jedoch: Die zukünftige Arbeit soll in erster Linie in den Initiativen vor Ort fortgesetzt werden und die Bildung einer Arbeitslosengewerkschaft als eigenständige Organisationsstruktur wurde abgelehnt.

2. PHASE

Kurz nach dem 1. Bundeskongreß bis Mai '85

Wenige Monate nach dem Kongreß scheiterte ein zweiter Versuch in der Öffentlichkeit Stärke zu zeigen. Die geringe Beteiligung und Resonanz beim Bonner Arbeitslosenmarsch im Verhältnis zu der hohen Erwartungshaltung, sowie die Art und Weise des Zustandekommens dieser Aktion, lähmten die bundesweite Zusammenarbeit der Initiativen und Zentren, so daß dies für lange Zeit das letzte größere öffentliche Auftreten der jungen Erwerbslosenbewegung blieb.

Nach dem Kongreß hatte man eine bundesweite Aktionswoche beschlossen, wobei der abschließende Bonner Arbeitslosenmarsch das Resultat eines knappen Mehrheitsbeschlusses war. Wie sich herausstellte eine falsche und fatale damalige Herangehens-

weise sich auf Kampfabstimmungen einzulassen, anstatt nach einem gemeinsamen Konsens zu suchen, den möglichst alle mittragen können.

Die Enttäuschung darüber drückte sich aber trotzdem produktiv aus, indem man nun verstärkt "vor Ort" versuchte eine gutfunktionierende Arbeitslosenarbeit zu entwickeln.

Denn seit dem 1. BUKO entstanden eine Vielzahl von Initiativen und Arbeitslosenzentren im gesamten Land. Die nächsten Jahre waren damit ausgefüllt, die eigene Initiativarbeit bekanntzumachen, zu festigen und Finanzen und Räumlichkeiten aufzutreiben. So entwickelten sich die unterschiedlichsten Arbeitslosengruppen die in ihren Aktivitäten oft sehr geprägt waren, von wem sie ihr benötigtes Geld bekamen, bzw. welche politische Überzeugung hinter ihrer Arbeit stand.

Ansatzweise entwickelte sich auch eine regionale Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedensten Gruppen auf Stadt und Landebene, in dessen Mittelpunkt der Erfahrungsaustausch stand. Geprägt war diese im stillen heranwachsende Erwerbslosenbewegung von Aktionen zu Forderungen nach dem Erwerbslosenpaß, dem Nulltarif in öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmittel, sowie inhaltliche Auseinandersetzungen zu Themen wie "Existenzgeld".

3. P H A S E

Von ZAK - Hamburg 5/85 bis " bundesweites " Treffen in Göttingen im Dez. '85

Einen entscheidenden Schritt heraus aus dieser jahrelangen nur örtlichen und regional beschränkten Wirksamkeit, brachten die zentralen Aktions und Konferenztage im Mai '85 in Hamburg. Vorbildlich vorbereitet, unter Mitwirkung aller Strömungen der norddeutschen Erwerbslosenbewegung, suchten auf dieser seit Jahren ersten größeren Veranstaltung über 500 Arbeitslose nach gemeinsamen Aktionsformen und Forderungen. Wobei die Gemeinsamkeit einen schweren Stand hatte, da es doch heftige Differenzen und Machtkämpfe unter den Strömungen in der Bewegung gab, z.B. in dem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Trotz aller Auseinandersetzung machte der Kongreß Mut, auch wieder überregionale Zusammenarbeit und Aktionen zu versuchen.

Einige Arbeitslose und Initiativen hatten dies aber wohl mißverstanden. Ungeduldig und unzufrieden über die bisherige Entwicklung der Bewegung, versuchten sie auf einem Treffen im Dez. '85 in Göttingen eine wie auch immer geartete feste Organisationsstruktur der Bewegung überzustülpen. Es kam zum Eklat und zu härtesten Auseinandersetzungen und Intrigen unter den Arbeitslosen auf dem Göttinger Treffen. Aber es zeigte sich auch, das trotz unterschiedlicher Standpunkte in vielen Fragen, die Basis der Erwerbslosenbewegung genug innere Stärke besaß, sich von keinem vereinnahmen zu lassen. Entgegen aller Befürchtungen brach die bundesweite Bewegung nicht auseinander, sondern der Schock der " Fast - Überrumpfung " wirkte auf die Erwerbslosenbewegung heilsam und belebend.

4. P H A S E

Von Göttingen 12/85 bis ZAK - Köln im Nov. 1986

Neben den mehr oder weniger regelmäßigen Treffen der einzelnen Strömungen, der kirchlichen Gruppen in Villigst, der gewerkschaftlichen in Lage - Hörste und den Treffen der autonomen Gruppen, finden nun regelmäßig in Folge der Göttinger Ereignisse, strömungsübergreifende, bundesweite, themenbezogene Arbeitstreffen (BAG) statt. Seit Anfang '86 trifft man sich im Abstand von nur wenigen Monaten übers ver -

längerte Wochenende um in den drei Arbeitsgruppen: Beschäftigungspolitik, existentielle Absicherung und Bilanz und Perspektiven der Erwerbslosenbewegung, gemeinsame Positionen, Forderungen und Aktionen zu entwickeln. .

Neben diesen bundesweiten Arbeitsgruppen (BAG) gibt es noch eine unabhängige Frauen-Bewegung, die teilweise in den bundesweiten Arbeitsgruppen mitwirken, aber auch eigenständige Treffen und Aktionen unternehmen, z.B. Aktionen wie : "Frauen stürmt das Arbeitsamt" oder "Wir brauchen mehr als Luft und Liebe". Sie gehörten auch zu den Ersten, die die Problematik der Bedürftigkeitsprüfung in die Öffentlichkeit hineingetragen haben.

Trotz aller Unterschiede in vielen Punkten, haben diese themenbezogenen Arbeitsgruppen (BAG) die Erwerbslosenbewegung inhaltlich ein gewaltiges Stück vorangebracht. Über viele Punkte herrscht mittlerweile ein breiter Konsens, ohne das die trennenden Positionen verschwiegen würden. Die Konturen einer gemeinsamen Erwerbslosenbewegung zeichnen sich immer deutlicher ab.

Der zentrale Aktions und Konferenztag in Köln im Nov.'86 war ein wichtiger Zwischenschritt und erster Höhepunkt in der bundesweiten Mobilisierung der Erwerbslosenbewegung. Von den themenbezogenen Arbeitsgruppen inhaltlich gut vorbereitet, trafen sich mehr als 1000 Arbeitslose in Köln, um in der Vorwahlkampfzeit sich selbst mit ihren Vorstellungen und Forderungen zu Wort zu melden. Dieser Aktionstag sollte den Weg mitbereiten für einen zukünftigen Bundeskongreß.

5. PHASE

Von ZAK - Köln 11/86 bis zum 2.BUKO in Düsseldorf vom 17. - 19. Juni 1988

Auch in dieser Zeit ist soviel gelaufen, daß ich nur wenige Teilaspekte herausgreifen möchte.

In der letzten Phase vor dem 2. BUKO folgten die bundesweiten Arbeitsgruppen in rascher Folge aufeinander. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung in den einzelnen Themenbereichen, war es interessant zu beobachten, wie sich die einzelnen Strömungen innerhalb der Erwerbslosenbewegung verhalten würden, wenn es auf den geplanten Kongreß zuing. So manche altbekannte Gruppe oder Gesicht tauchte im Vorfeld des Kongreßes wieder auf und meldete sich zu Wort, - oftmals außerachtlassend - was die Bewegung in der Zwischenzeit, in mühevollen, kleinen Schritten erarbeitet hatte. Das die personelle Besetzung der einzelnen Arbeitstreffen manchmal recht verschieden war, förderte auch nicht gerade ein schnelleres Vorankommen in der Sache.

Trotz dieser Umstände und eines oft Zeit und Nerven raubenden Arbeitsstils kam man in den jeweiligen Arbeitstreffen Stück für Stück voran.

Hinzu kam jetzt in der " Endphase " vor dem 2. BUKO , daß es nicht mehr ausschließlich um Thesen, Stellungnahmen und Aktionen ging, sondern immer stärker auch um organisatorische Entscheidungen ging. In der gefundenen 3 - Gliederung haben wir eine Organisationsstruktur gefunden, die unserem Selbstverständnis entspricht, nämlich: Handlungsorientiert, von unten nach oben entwickelt und allen Positionen den nötigen Raum zum Mitgestalten läßt.

Konkret sieht es so aus: 1) Die Basis (BAG) bestimmt die politischen Inhalte und die nötigen organisatorischen Formen. 2) Das " Kontrollorgan " (KO), zusammengesetzt aus möglichst allen Bundesländern und politischen Strömungen, hat Sorge dafür zu tragen, daß die ^{Arbeitsaufträge} " im Sinne der BAG in der Zwischenzeit gemacht werden. Gleichzeitig hat das KO die Aufgabe beratend und helfend den Düsseldorfern zur Seite zu stehen, sowie die nächsten BAG's inhaltlich vorzubereiten.

3) Die Organisationsgruppe (ORG) hat die " dankbare " Aufgabe nach bestem Können die Aufträge der BAG's und des zwischengeschalteten KO's vor Ort konkret umzusetzen. Wie gut es geklappt hat, werden wir ja in den nächsten Tagen selbst erleben können.

Ich selbst bin zuversichtlich !

Arbeitslosigkeit

5 ☐ 1988 Monatlich

29. Juni 1988

ARBEITSLOSIGKEIT IN DER GEMEINSCHAFT

Mai 1988

Im Mai 1988 ging die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen Arbeitslosen in der Gemeinschaft der zwölf Mitgliedstaaten um mehr als 400 000 (-2,5%) auf 15,5 Millionen zurück. Mit diesem Rückgang der nicht nur auf Saisoneinflüsse, sondern auch auf die abnehmende Tendenz bei der Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen zurückzuführen ist, wurde erstmals wieder der Stand vom Mai 1985 erreicht.

Die von saisonalen Faktoren und Einflüssen unterschiedlicher nationaler Erhebungsmethoden bereinigte Arbeitslosenquote der Gemeinschaft liegt im Mai 1988 wie im Vormonat bei 10,3%.

In den letzten sechs Monaten ging die Arbeitslosenquote in den meisten Mitgliedstaaten zurück. Für die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und Portugal finden sich praktisch keine Veränderungen. In Italien und Portugal ist sie dagegen um 0,5% gestiegen.

Im gleichen Zeitraum sank die Jugendarbeitslosigkeit weiter von 21% auf 20,3%. Diese nach unten gerichtete Tendenz findet sich in allen Mitgliedstaaten, ausser - wiederum - in Italien und Dänemark.

Die Quote der Arbeitslosen im Alter von 25 Jahren und darüber beträgt unverändert 7,9% bei geringfügigem Rückgang für Männer und leichtem Anstieg für Frauen.

**Venta y suscripciones · Salg og abonnement · Verkauf und Abonnement · Πωλήσεις και συνδρομές
Sales and subscriptions · Vente et abonnements · Vendita e abbonamenti
Verkoop en abonnementen · Venda e assinaturas**

BELGIQUE / BELGIË

Moniteur belge / Belgisch Staatsblad
Rue de Louvain 40-42 / Leuvensestraat 40-42
1000 Bruxelles / 1000 Brussel
Tél. 512 00 26
CCP / Postrekening 000-2005502-27

Sous-dépôts / Agentschappen:

**Librairie européenne /
Europese Boekhandel**

Rue de la Loi 244 / Wetstraat 244
1040 Bruxelles / 1040 Brussel

CREDOC

Rue de la Montagne 34 / Bergstraat 34
Bte 11 / Bus 11
1000 Bruxelles / 1000 Brussel

DANMARK

Schultz EF-publikationer

Montergade 19
1116 København K
Tlf: (01) 14 11 95
Telecopier: (01) 32 75 11

BR DEUTSCHLAND

Bundesanzeiger Verlag

Breite Straße
Postfach 10 80 06
5000 Köln 1
Tel. (02 21) 20 29-0
Fernschreiber: ANZEIGER BONN 8 882 595
Telecopierer: 20 29 278

GREECE

G.C. Eleftheroudakis SA

International Bookstore
4 Nikis Street
105 63 Athens
Tel. 322 22 55
Telex 219410 ELEF

Sub-agent for Northern Greece:

Molho's Bookstore

The Business Bookshop
10 Tsimiski Street
Thessaloniki
Tel. 275 271
Telex 412885 LIMO

ESPAÑA

Boletín Oficial del Estado

Trafalgar 27
28010 Madrid
Tel. (91) 446 60 00

Mundi-Prensa Libros, S.A.

Castelló 37
28001 Madrid
Tel. (91) 431 33 99 (Libros)
431 32 22 (Suscripciones)
435 36 37 (Dirección)
Télex 49370-MPLI-E

FRANCE

Journal officiel

**Service des publications
des Communautés européennes**

26, rue Desaix
75727 Paris Cedex 15
Tél. (1) 45 78 61 39

IRELAND

Government Publications Sales Office

Sun Alliance House
Molesworth Street
Dublin 2
Tel. 71 03 09

or by post

Government Stationery Office

EEC Section

6th floor
Bishop Street
Dublin 8
Tel. 78 16 66

ITALIA

Licosa Spa

Via Lamarmora, 45
Casella postale 552
50 121 Firenze
Tel. 57 97 51
Telex 570466 LICOSA I
CCP 343 509

Subagent:

Libreria scientifica Lucio de Biasio -AEIOU

Via Meravigli, 16
20 123 Milano
Tel. 80 76 79

Herder Editrice e Libreria

Piazza Montecitorio, 117-120
00 186 Roma
Tel. 67 94 628/67 95 304

Libreria giuridica

Via 12 Ottobre, 172/R
16 121 Genova
Tel. 59 56 93

**GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
et autres pays / and other countries**

**Office des publications officielles
des Communautés européennes**

2, rue Mercier
L-2985 Luxembourg
Tel. 49 92 81
Telex PUBOF LU 1324 b
CCP 19190-81
CC bancaire BIL 8-109/6003/200
Sogenal 61-490226-96-26

Abonnements / Subscriptions

Messageries Paul Kraus

11, rue Christophe Plantin
L-2339 Luxembourg
Tel. 49 98 881
Telex 2515
CCP 49242-63

NEDERLAND

Staatsdrukkerij- en uitgeverijbedrijf

Christoffel Plantijnstraat
Postbus 20014
2500 EA 's-Gravenhage
Tel. (070) 78 98 80 (bestellingen)

PORTUGAL

**Imprensa Nacional
Casa da Moeda, E. P.**

Rua D. Francisco Manuel de Melo, 5
1092 Lisboa Codex
Tel. 69 34 14
Telex 15328 INCM

Distribuidora Livros Bertrand Lda.

Grupo Bertrand, S.A.R.L.

Rua das Terras dos Vales, 4-A
Apart. 37
2700 Amadora CODEX
Tel. 493 90 50 - 494 87 88
Telex 15798 BERDIS

UNITED KINGDOM

HMSO Books (PC 16)

HMSO Publications Centre
51 Nine Elms Lane
London SW8 5DR
Tel. (01) 211 77 02

Sub-agent:

Alan Armstrong & Associates Ltd

Arkwright Road
Reading, Berks RG2 0SQ
Tel. (0734) 75 17 69
Telex 849937 AAALTD G

TURKIYE

Dünya süper veb ofset A.Ş.

Narlıbahçe Sokak No. 15
Cağaloğlu
İstanbul
Tel. 512 01 90
Telex 23822 dsvo-tr

UNITED STATES OF AMERICA

**European Community Information
Service**

2100 M Street, NW
Suite 707
Washington, DC 20037
Tel. (202) 862 9500

CANADA

Renouf Publishing Co., Ltd

61 Sparks Street
Ottawa
Ontario K1P 5R1
Tel. Toll Free 1 (800) 267 4164
Ottawa Region (613) 238 8985-6
Telex 053-4936

JAPAN

Kinokuniya Company Ltd

17-7 Shinjuku 3-Chome
Shinjuku-ku
Tokyo 160-91
Tel. (03) 354 0131

Journal Department

PO Box 55 Chitose
Tokyo 156
Tel. (03) 439 0124

Deutsche Kommunistische Partei



Deutsche Kommunistische Partei · Prinz-Georg-Straße 79 · 4000 Düsseldorf

An die
ausländischen Organisationen
und Parteien
in der BRD

Parteivorstand
Präsidium
Prinz-Georg-Straße 79
Postfach 30 02 42
4000 Düsseldorf 30
Telefon (02 11) *48 10 01
Telex 8 584 387
den 21.7.88

Liebe Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Die seit Jahren anhaltende restriktive Ausländerpolitik der konservativen Bundesregierung findet nun mit dem Entwurf für ein neues Ausländer-Gesetz ihren vorläufigen Höhepunkt.

Die Tatsache, daß das neue Ausländer-Gesetz aus zwei Teilen bestehen soll:

- dem "Ausländerintegrations-Gesetz" und
- dem "Ausländeraufenthalts-Gesetz"

verdeutlicht die berüchtigte Politik des t e i l e und h e r r s c h e.

Das "Ausländerintegrations-Gesetz" legt den beschränkten Kreis derer fest, die als integrationswürdig angesehen werden sollen. Im Klartext heißt das: diejenigen, die unbedingt zum arbeiten gebraucht werden, können hierbleiben und sollen sich integrieren, besser gesagt: sich ein- und unterordnen.

Das "Ausländeraufenthalts-Gesetz" hingegen zielt auf weitere Verunsicherung und Abschreckung gegenüber denen, die nicht oder nicht mehr zum arbeiten gebraucht werden. Und den Asylbewerbern und -berechtigten sollen damit schier unüberwindliche Barrieren aufgebaut werden. Mit anderen Worten: die Ausländerverdrängungspolitik der Regierung soll gesetzliche Grundlage bekommen.

Sollte der vorliegende Entwurf zum Gesetz werden, so hätten sich die Herrschenden und Regierenden einen Knüppel gezimmert, mit dem sie ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihre Familienangehörigen aus der Bundesrepublik vertreiben, die Hürden für den Zuzug enorm erhöhen, oder diejenigen, die hierbleiben dürfen, zum Schweigen bringen wollen. Das ist - in kurzen Worten gesagt - der Kern des neuen Gesetz-Entwurfes und die Absicht der Bonner Rechtskoalition.

Ob diese Absicht und die Rechnung dieses erzreaktionären Gesetzesaktes allerdings aufgehen, wird entscheidend davon abhängen, ob die demokratischen Kräfte unseres Landes die Bedeutung dieser scheinbar nur die "Ausländer" betreffenden Strategie erkennen und sich im praktischen Handeln dagegen gemeinsam zur Wehr setzen. Ansatzpunkte dazu und Übereinstimmungen gibt es erfreulicherweise genügend.

- 2 -

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Ihr wißt, die Deutsche Kommunistische Partei hat von Anfang an solidarisch an Eurer Seite gestanden, aktive Solidarität geübt und offensiv die widerliche und gefährliche Ausländerfeindlichkeit bekämpft.

An dieser Grundhaltung hat sich nichts geändert und wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse unseres Landes. Uns verbindet das gemeinsame Interesse an Frieden, Demokratie, Arbeit und sozialer Sicherheit - jetzt und in Zukunft. Mit Euch stehen wir sozusagen auf der gleichen Seite der Barrikade.

Im Namen des Parteivorstandes der DKP versichere ich Euch: die Kommunistinnen und Kommunisten der Bundesrepublik werden alles in ihrer Kraft stehende tun, damit dieses geplante neue Ausländergesetz verschwindet.

Wir treten stattdessen für eine Novellierung des Ausländergesetzes ein, die unter folgenden Grundsätzen erfolgen muß:

- strikte Wahrung und Einhaltung von Menschenrechten, unabhängig von politischen und religiösen Auffassungen oder nationaler Herkunft;
- Gleichstellung und Gleichbehandlung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Familien, entsprechend den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes der BRD;
- gleiche soziale und politische Rechte für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Familienangehörigen;
- Sicherstellung, Wahrung und Förderung kultureller und nationaler Gepflogenheiten der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Familien.
- Strenge Bestrafung jeglicher Art von Diskriminierung und Ausländerhetze.

In solidarischer und freundschaftlicher Verbundenheit mit Euch
grüße ich Euch



(Herbert Mies)

Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei

DKP

Pressemitteilungen
des Parteivorstandes
der Deutschen
Kommunistischen Partei

Verantwortlich:
Kurt Schacht

Pressedienst

Nr. 76/88

Düsseldorf, 12. Juli 1988

DKP verlangt positive Antwort aus Bonn

Präsidium der DKP begrüßt Gorbatschows Vorschlag für gesamteuropäische Abrüstungskonferenz.

Als einen überzeugenden Beweis, daß die Sowjetunion bereit ist, auch die konventionelle Abrüstung in Europa mit Taten zu beginnen, hat das Präsidium des DKP-Parteivorstandes am Dienstag auf seiner Sitzung in Düsseldorf den Vorschlag des KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow für eine gesamteuropäische Konferenz zur konventionellen Abrüstung begrüßt.

Ein europäischer Gipfel, wie er von Gorbatschow in Warschau vorgeschlagen wurde, könne den von der europäischen Öffentlichkeit seit langem erwarteten Durchbruch bei den Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung und neue Impulse für den gesamten Abrüstungsprozeß bringen. Das Angebot, sowjetische Kampfflugzeuge aus dem östlichen Europa abzuziehen, wenn die USA auf die geplante Stationierung ihrer 72 F-16-Kampfflugzeuge in Italien verzichten, stelle auch die ernsthafte Bereitschaft der sowjetischen Regierung zu konkreten ersten Schritten unter Beweis, wurde vom DKP-Präsidium festgestellt.

Das Präsidium des DKP-Parteivorstandes unterstützte auf der gleichen Zusammenkunft auch die gemeinsamen Vorschläge von SPD und SED vom Ende der vergangenen Woche zur Schaffung einer Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa. Diese Vorschläge sind geeignet, an der Trennlinie der beiden Militärbündnisse mehr Vertrauen unter den beteiligten Regierungen und mehr Sicherheit für die betroffenen Menschen zu schaffen.

Das DKP-Präsidium stellte dazu fest, daß beide Initiativen völlig im Einklang mit den Vorschlägen der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre stehe, die vor wenigen Tagen der Parteimitgliedschaft und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt wurden. Das Präsidium betonte, daß es sich mit seiner Forderung an die Bundesregierung, diese beiden Vorschläge vorbehaltlos zu unterstützen, in Obereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik befindet. Dies sollte die Bundesregierung veranlassen, konkrete Schritte zu ergreifen, anstatt nur die "sorgfältige Prüfung" zuzusagen. Es sei auch Sache der Regierung in Bonn, sich innerhalb der NATO für eine Annahme der sowjetischen Vorschläge für den europäischen Gipfel einzusetzen und die westliche Militärallianz daran zu hindern, mit neuen "Modernisierungskonzepten" die historische Chance für eine grundlegende positive Wandlung der Sicherheitslage in Europa zu verspielen. "Die Bundesrepublik muß aktiver Partner im Abrüstungsprozeß sein", lautet eine wesentliche Forderung in dem Alternativprogramm der DKP.

Das DKP-Präsidium wies in seiner Diskussion auf den engen Zusammenhang dieser aktuellen politischen Ereignisse mit der Auseinandersetzung um den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts hin, in der namhafte Politiker des Koalitionspartners FDP die Reduzierung der Haushaltsansätze für den Rüstungsetat um zwei Milliarden DM gefordert haben. Damit hat erstmals eine regierende Partei in der Bundesrepublik die permanente Erhöhung der Rüstungsausgaben in Frage gestellt.

Auch die Proteste breiter Bürgerbewegungen gegen die militärischen Tiefflug-Übungen der NATO und der Bundeswehr, ihre Forderung nach Beschränkungen bis hin zu einem Verbot seien Ausdruck des wachsenden Widerstands gegen den Prozeß der inneren Militarisierung.

Offizielle Arbeitslosenzahlen Juni 1988

Registrierte, Gesamt: 2.131.406 = 8,4%

davon Männer: 1.110.602

Frauen: 1.020.804

darunter Jugendl. bis 20 Jahren: ~~117.886~~ 97.886
Jugendl. von 20 bis 25 J.: 307.500
(Dunkelfigur offizielle Schätzung über 300.000)

Ausländer: 260.227 = 13,9%

Nicht registrierte oder in der Statistik nicht erfasst:

160.379 wegen beruflichen Förderungsmaßnahmen
120.758 " Kurzfristigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
50.000 Wehrdienst/Bundeswehr
1,2 Million "Dunkelfigur"

Gesamtarbeitslose: rund 3,7 Millionen

Unterstützungsleistungen vom Arbeitsamt erhalten:

Arbeitslosengeld: 840.177

Arbeitslosenhilfe: 526.690

Kurzarbeit in 5572 Betrieben mit 190.002 Betroffenen

Arbeitslosen - Zahlen/Quoten in Ländern

Schleswig-Holstein:	9,3%	} — 197.212
Hamburg	13,0 "	
Bremen	15,1 "	
Niedersachsen	11,0 "	
N.RW	10,8 "	234.155
Rheinland-Pfalz	7,0 "	101.630
Hessen	6,2 "	144.969
Saarland	11,7 "	
Baden-Württemberg	4,9 "	193.700
Nord-Bayern	6,2 "	} — 260.475
Süd-Bayern	5,0 "	

Offizielle Arbeitslosenzahlen November 1987

Gesamt: 2.133.061 = 8.5 %

Männer: 1.106.500

Frauen: 1.026.561

↓
daron über 500.000 Jugendl. bis 25 J.
↓ darunter 114.803 " bis 20 J.

" Ausländer: 260.683 = 14.2 %

" Schwerbehinderte: 126.663
(das sind 5.366 mehr als
vor einem Jahr)

Aus der Statistik fallen heraus:

167.230 wegen beruflichen Förderungsmaßnahmen und
119.594 wegen Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen und
rund 1.2 Millionen „Dunkelziffer.“

Insgesamt über 3.6 Millionen Arbeitslose

allein im monat november verloren 300 786 beschaeftigte ihren arbeitsplatz. viele von ihnen bereits zum wiederholten male. im jahr 1987 mussten bereits 3 347 469 frauen und maenner nach dem verlust ihres arbeitsplatzes den weg zum arbeitsamt antreten. die dauerarbeitslosigkeit wird nach den beobachtungen der bundesanstalt immer mehr zu einem "unloesbaren" problem. nach den letzten ermittlungen sind bereits rund 654 000 erwerbslose laenger als 1 jahr ohne arbeit. davon wiederum 320 000 laenger als 2 jahre.

Kurzarbeit: 204.773 Betroffene
in 6.448 Betrieben

Unterstützungsleistungen erhalten:

834.986 Arbeitslosengeld
517.606 Arbeitslosenhilfe

Alle „anderen“ gehen leer aus oder erhalten
im besten Falle Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosenzahlen/quoten in Ländern

			Ausländer %
Schlesw.-Holstein:	9.9 %	} über 200.000	
Hamburg ———:	13.5 "		
Bremen ———:	15.2 "	} 301.819	
Niedersachsen:	10.8 "		
N R W ———:	10.8 "	} 728.180	18.4 %
Rheinla.-Pfalz —:	7.5 "	} 107.306	8.2 10.0 %
Hessen ———:	6.3 "	} 146.639	15.9 %
Saarland ———:	12.2 "	} 50.147	7.5 %
Baden-Würtembg.:	4.9 "	} 192.298	18.9 %
Bayern ———:	5.9 10.0 "	} 271.692	10.0 %

spart 26 232 Mark

NP 9.7.89

BONN. Die Steuerreform hat gestern die letzte parlamentarische Hürde genommen. Die CDU/CSU-regierten Bundesländer stimmten dem Gesetz im Bundesrat zu. Von ihm profitieren auch die Bonner Spitzenpolitiker: So spart Bundeskanzler Helmut Kohl nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler ab 1990 jährlich bis zu 26 232 Mark.

Denkbar schlechte Noten erhält die Reform von den Bundesbürgern. 71

Prozent erwarten nach einer Umfrage der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“ eine Mehrbelastung durch steigende Preise, Zinsen und Gebühren. Die vom Kabinett beschlossene Erbschaftsteuer soll laut Finanzministerium nur auf das zur Heizen verwendete Erdgas erhoben werden. Mehrere FDP- und CDU-Abgeordnete kündigten bereits ihr Nein im Bundestag an.

Kommentar und weitere Berichte auf Seite 2

BONN. Ein „Jahrhundertflor“ ist es für die einen, ein „Schicksalsschlag“ für die anderen: Die Steuerreform, die gestern nach langem Hin und Her im Bundesrat verabschiedet wurde. Kräftig davon profitieren werden auf jeden Fall auch die Bonner Spitzenpoli-

tiker, die das Reformwerk erlassen und durchgepeitscht haben. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler kommt die politische Führungsgarnitur vom Bundeskanzler bis zum Hinterbänkler in den Genuß drastischer Steuererleichterungen.



Bis zu 26 232 Mark mehr für den Kanzler

Für Bundeskanzler Helmut Kohl sieht die Berechnung so aus: Bei steuerpflichtigen Amtsbezügen von rund 350 000 Mark beläuft sich die Einkommensteuer in der Steuerklasse III (verheiratet, keine Kinder) für Kohl in diesem Jahr auf 151 692 Mark. 1990 muß der Kanzler für dieses Bruttogehalt nur noch 134 692 Mark an den Fiskus abführen. Sollte Kohl aber noch seine beiden Söhne in

die Steuerkarte eingetragen haben, käme er noch besser weg. Dann müßte er in zwei Jahren nur noch 131 702 Mark zahlen.

Noch kräftiger fällt die Entlastung für den Bundeskanzler aus, wenn die 1985 verabschiedete erste Stufe der Reform mitberücksichtigt wird. Danach wird Kohl von 1990 an im Vergleich zu 1985 um 26 232 Mark oder 16,3 Prozent reicher.



Stoltenberg zahlt 25 060 Mark weniger

Sehr günstig wirkt sich laut Steuerzahlerbund die Reform auch für Finanzminister Gerhard Stoltenberg und die meisten seiner Ministerkollegen und -kolleginnen aus. Ihr Bruttogehalt liegt in diesem Jahr bei rund 310 000 Mark. Muß ein Kabinettsmitglied mit Steuerklasse III (verheiratet, ohne Kinder) in diesem Jahr noch 129 314 Mark von seinem Gehalt abführen, so werden dies 1990 nur

noch 113 700 Mark sein. 15 614 Mark oder 12,1 Prozent fließen dann zusätzlich in das Ministerportemonnaie.

Auch für Stoltenberg gilt: Sollten seine beiden Kinder in der Steuerkarte eingetragen sein, steigert sich der Geldsegen. Wird bei der Ministerrunde die erste Stufe der Steuerreform eingerechnet, so werden sie ab 1990 pro Jahr um 25 062 Mark oder 18,1 Prozent entlastet.



26 Prozent Ersparnis für die Abgeordnete

Gut zu sprechen sein müßten eigentlich auch die Bundestagsabgeordneten auf die Reform – beispielsweise für die CDU-Parlamentarierin Gerd Dampwolf. Für sie und ihre Kollegen ist die prozentuale Entlastung rein rechnerisch am stärksten. Die steuerpflichtige Grundentschädigung für die Volksvertreter liegt derzeit bei rund 105 000 Mark im Jahr. Bei diesem Einkommen be-

laufen sich die Abgaben einer verheirateten Parlamentarierin ohne Kinder auf 24 900 Mark.

Ab 1990 muß Frau Dampwolf nur noch 20 863 Mark dem Finanzamt überlassen. Sie spart dann 4037 oder 16,2 Prozent ein. 7330 Mark oder stolze 26 Prozent schlagen die Ersparnisse zu Buche, wenn auch bei ihr die erste Stufe der Steuerreform mit berücksichtigt wird.

Registrierte-Gesamt: 2.440.098 = 9.6%

daron Männer: 1.382.237
Frauen: 1.057.861

darunter Ausländer: 292.240 = 15.9%

Schwerbehinderte: 133.317

Ältere ab 59 J.: 107.084

Jugendl. bis 25 J.: 500.000

(daron Jugendl. bis 20 J.: 150.720)

der praesident der bundesanstalt fuer arbeit, heinrich franke (cdu), bezeichnete den saisonalen leichten rueckgang der arbeitslosigkeit als eine "fuer die jahreszeit bescheidene abnahme". franke sagte: "der arbeitsmarkt am ende des winterhalbjahres bietet keinen anlass zur freude. die gesamtwirtschaft liefert dem arbeitsmarkt weiterhin nur wenig impulse. der zusaetzlichekraeftebedarf haelt sich in grenzen. unsere arbeitsmarktpolitischen instrumente entlasten den arbeitsmarkt weiterhin beachtlich."

nach einschaeztung der bundesanstalt fuer arbeit ist "der arbeitsmarkt in der bundesrepublik das sorgenkind nummer 1 und wird es voraussichtlich noch fuer laengere zeit bleiben". besondere sorgen bereitet dabei die in der tendenz steigende dauerarbeitslosigkeit. fast 300 000 registrierte erwerbslose sind bereits laenger als ein jahr ohne arbeit, rund 350 000 laenger als zwei jahre. auch die zahl der arbeitslosen akademiker steigt staendig und bewegt sich zur zeit bei rund 110 000. dabei stellen lehrer mit annaehernd 50 000 den groessten anteil.

kritisch bewertet die bundesanstalt das verhalten der unternehmer bei der beschaeftigung von behinderten. rund zwei drittel der unternehmer kaufen sich mit einem monatlichen bussgeld von 150 dm von der gesetzlichen auflage, einen behinderten zu beschaeftigen, frei. sie sind zugleich ermaechtigt, dieses bussgeld steuerlich abzusetzen.

Nicht registrierte Arbeitslose

- 172.442 - in beruflichen Foerderungsmaßnahmen
- 107.191 - in Kurzfristigen Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen
- 50.000 - Jugendl. zur Bundeswehr
- 1.2 bis 1.5 Millionen nicht vermittelbar - "stille Reserve"

Gesamt Arbeitslose: über 4.3 Millionen

Unterstützungsleistungen vom Arbeitsamt

erhalten 1.343.386 - Arbeitslosengeld

" 565.743 - Arbeitslosenhilfe, die z.T. oft unter dem Regelsatz der Sozialhilfe liegt

Kurzarbeit: 423.597,
in 15 474 Betrieben

Offizielle Arbeitslosenquoten/Zahlen in Ländern

Schleswig-Holstein:	11.8 %	} = 218.825
Hamburg	13.7 %	
Bremen	15.1 %	} = 393.856
Niedersachsen	12.3 %	
N R W	11.6 %	= 789.989
Rheinl.-Pfalz	8.6 %	= 124.213
Hessen	7.2 %	= 165.920
Saarland	12.9 %	= 53.562
Baden-Württemberg:	5.4 %	= 214.750
Bayern	8.0 %	= 379.884

DSB

~~arbeitnehmer~~ / muhr: bund will weniger zahlen / 7.4.38

- nach gewerkschaftlichen berechnungen ist die soziale sicherung der arbeitslosenhilfeempfänger voellig unzureichend:
- 576 000 arbeitslose mussten im schnitt mit einer arbeitslosenhilfe von monatlich nur 333 dm auskommen. 817 000 arbeitslose gingen bei den arbeitsaemtern sogar voellig leer aus.
 - jeder achte bis neunte arbeitslosenhilfeempfänger verarmte, weil die unterstützungsleistung noch unter dem sozialhilfesatz lag.
 - fast jedem zweiten arbeitslosen wurde nach auslaufen des arbeitslosengeldes die arbeitslosenhilfe verwehrt.
- muhr forderte sofortige leistungsverbesserungen bei der arbeitslosenhilfe, damit die neue armut unter arbeitslosen und die finanzielle last der staedte und gemeinden nicht noch weiter waechst. die arbeitslosenhilfe muesse so verbessert werden, dass kein arbeitsloser mehr auf sozialhilfe angewiesen ist.

**„Wir kämpfen für das, was wir brauchen –
gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Armut!“**

(Bak. 3)

Die Arbeitslosen bereiten ihren 2. Bundeskongreß vor

Genauer gesagt: Die Vorbereitungen zum 2. Bundeskongreß der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut – so der genaue Titel der Veranstaltung – gehen in die letzte Runde. Bis zum 17. Juni, wenn der Kongreß in Düsseldorf beginnt, ist nicht mehr viel Zeit. Viel Organisatorisches muß noch bewältigt werden bis dahin – Aufgaben, die beim jetzt eingerichteten Vorbereitungsbüro zusammenlaufen. Die inhaltliche Vorbereitung läuft allerdings schon seit Ende 1986. Seit dieser Zeit haben drei Arbeitsgruppen zu den Themen Existenzielle Absicherung, Beschäftigungspolitik sowie Bilanz und Perspektiven der Erwerbslosenbewegung mehrfach getagt und Vorstellungen entwickelt, die auf dem Kongreß diskutiert werden sollen.

„Wichtigste Funktion des Kongresses ist es, den Arbeitslosen in der Öffentlich-

keit mehr Gehör zu verschaffen und die Erwerbslosenbewegung durch vereinheitlichte Forderungen politikfähiger zu machen“, sagte mir Thomas Bennewitz von der Arbeitslosenselbsthilfe in Düsseldorf. Diese Initiative ist für die Öffentlichkeitsarbeit und die Tagungsräume verantwortlich gemacht worden. Thomas erinnert an die Lafontaine-Debatte. Es sei Mode, über Arbeitslose zu reden, ohne sie zu Wort kommen zu lassen. Das soll anders werden.

Der 2. Bundeskongreß (der erste fand 1982 in Frankfurt statt) wird gemeinsam von Arbeitsloseninitiativen und

-projekten unterschiedlicher Prägung vorbereitet: kirchliche, gewerkschaftliche und von Wohlfahrtsverbänden geleitete Arbeitslosentreffs arbeiten mit selbstverwalteten autonomen Gruppen sowie Jobber-Initiativen und Erwerbslosengruppen der Frauen Hand in Hand, damit dieser gemeinsame Kongreß ein Erfolg wird.

Eingeladen zum Kongreß sind alle Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Ebenso Einzelpersonen, die sich mit diesen Problemen beschäftigen. Alle können gleichberechtigt am Kongreß teilnehmen, auch wenn sie sich vorher nicht an den Vorbereitungstreffen beteiligt haben, betont Thomas. Eine Ausgrenzung gebe es allerdings: Initiativen, die unter neofaschistischem Einfluß stehen und „Ausländer raus“-Parolen verbreiten, haben auf dem Kongreß nichts zu suchen. Thomas meint, die ausländerfeindliche Haltung „Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ sei sehr besorgniserregend. Die Arbeitslosenbewegung müsse hier eingreifen. Auch diese Fragen mußten auf dem Kon-

greß dringend diskutiert werden.

Erwartet werden rund 2000 Teilnehmer. Die Organisatoren bitten Interessenten darum, sich möglichst rasch anzumelden (Adressen siehe im nebenstehenden Kasten), damit sie einen Überblick bekommen. Immerhin geht es darum, genügend Schlafplätze und Verpflegung zu organisieren sowie die Thesen und Diskussionsgrundlagen in ausreichender Anzahl zu drucken, die demnächst auf einer letzten Tagung in Sprockhövel ihre endgültige Fassung erhalten sollen.

Die Teilnehmer erwarten vom 17. bis 19. Juni nicht nur viele Diskussionen, sondern auch ein tolles Kulturprogramm am Samstag (Einzelheiten werden noch nicht verraten), ein „Markt der Möglichkeiten“ mit Informationsständen von Initiativen, aber auch anderen Organisationen und Verbänden, sowie Work-Shops, in denen Initiativen ihre Arbeit ganz konkret vorstellen und damit Anregungen weitergeben wollen. Ruth Sauerwein

Adressen & Sonstiges

Informationen bekommen und anmelden kann man sich beim:

**Organisationsbüro
2. Bundeskongreß
Am Ellerforst 49
4000 Düsseldorf 12
Tel.: 0211/272292**

Die Organisatoren suchen noch dringend Schlafplätze für die Teilnehmer. Wer Arbeitslose bei sich aufnehmen kann, meldet sich bei Willi Kaspari c/o Arbeitsloseninitiative Erkrath e. V., Schildsholder Str. 21, 4000 Erkrath. Tel.: 02104/42018

Der Kongreß braucht Geld. Spenden sind dringend erwünscht:

**Arbeitslosenzentrum
Krefeld e. V., Sparkasse
Krefeld, Bankleitzahl
320 500 00, Konto-Num-
mer: 700 189 40, Stichwort:
BuKo. Auf Wunsch wer-
den Spendenbelege aus-
gestellt. Für Finanzen
insgesamt zuständig ist
Achim Trube
c/o Arbeitslosenzentrum
Düsseldorf
Bolkerstr. 14-16
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 0211/320996/97**

Mitglieder des Arbeitslosentreffs Duisburg Hochfeld besuchten gemeinsam mit Kollegen von Krupp-Rheinhausen die Mannesmann-Belegschaft in Düsseldorf (unser Foto). Die Arbeitslosen nehmen starken Anteil an dem Kampf in Rheinhausen. In einer Grußbotschaft heißt es: „Wir als Arbeitslose stehen an Eurer Seite. Ihr kämpft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Verarmung, wovon wir schon betroffen sind.“ Und am Schluß heißt es: „Wir laden Euch ein, an unserem Bundeskongreß im Juni in Düsseldorf teilzunehmen.“ Foto: Rose



*Aufruf zum Arbeitslosenkongreß
in Düsseldorf, Gesamtschule, Kikweg,
am 17. Juni 88 bis 19. Juni '88*

2. Bundeskongreß der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut

1982 war der erste Kongreß der Erwerbslosen. In 6 Jahren sind es mehr als 1000 Initiativen geworden. Wir haben Zentren mit Beratung und Werkstätten aufgebaut. Wir haben gekämpft für mehr soziale Absicherung (z.B. Nulltarif) UND FÜR EINE GERECHTERE Verteilung der Lohnarbeit (Unterstützung von Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung).

Warum dieser Kongreß ?

- Weil die Massenarbeitslosigkeit seit 10 Jahren in Millionenhöhe besteht und auch in absehbarer Zeit keine Änderung erfolgen wird. Dadurch werden Menschen langfristig und dauerhaft in die Armut getrieben und von Erwerbsarbeit ausgegrenzt.
- Weil Ursachen nicht beseitigt sondern stattdessen Arbeitslose und Ausländer als Schuldige hingestellt werden.
- Weil die Erwerbslosen in ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse gedrängt und als Lohndrücker gegen die Erwerbstätigen benutzt werden.

Wir stellen fest

- die Unternehmer, Aktionäre und Banken sanieren sich auf Kosten der Armen unter anderem durch
 - Ausbeutung in der sogenannten 3. Welt,
 - Abbau der sozialen Leistungen,
 - die Steuerreform,
 - Aushöhlung der Tarifrechte.
- Politiker verweigern Erwerbslosen, besonders Frauen, Jugendlichen und Behinderten eine eigenständige und ausreichende Existenzsicherung.

Wir kämpfen um das was wir brauchen -
Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Was wollen wir ?

- Wir wollen nicht weiter verstreut über die Republik auf Wohltaten warten, die die Mächtigen uns nicht schenken werden.
- Wir wollen uns gemeinsam gegen die Zumutungen von Arbeitslosenverwaltung, Politikern und Unternehmerschaft zur Wehr setzen.
- Wir wollen eine vernünftige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der notwendigen Arbeit durchsetzen.

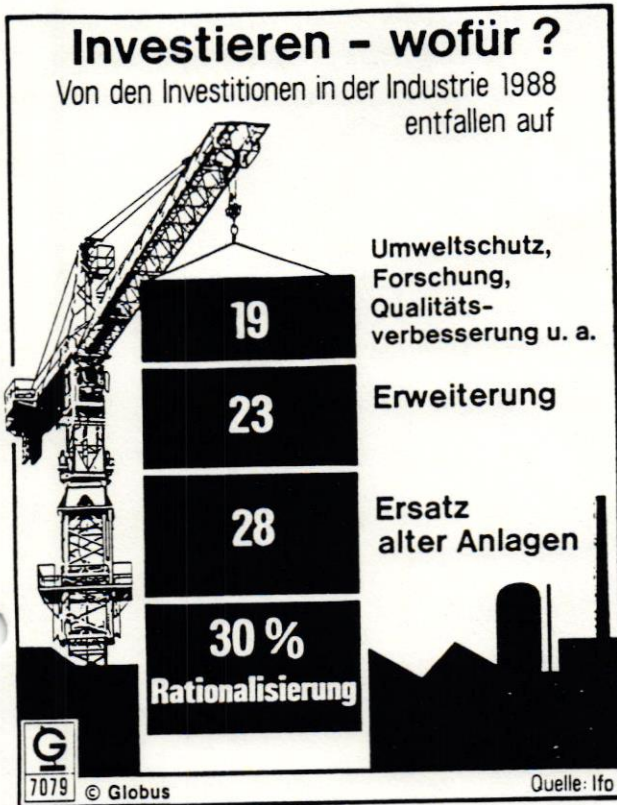
Kommt zum Bundeskongreß

- um
- das falsche Bild vom Erwerbslosen in der Öffentlichkeit richtigzustellen,
 - die Forderungen der Erwerbslosen darzustellen und Verbündete für ihre Durchsetzung zu gewinnen,
 - Euch mit uns besser gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Lohndrückerei und ausländerfeindlichkeit zu organisieren.

(Beim Lay-out nicht vergessen: Ort, Datum, Adresse des Büros, Spendenkonto !

Siehe U2 19.4.88

(EK 1)



Wichtigstes Motiv: Rationalisierung

Wie hältst du's mit deinen Investitionen? Antwort auf diese Frage, die das Münchner Ifo-Institut im Herbst 1987 stellte, gaben insgesamt 2950 Industrie-Unternehmen. Das Ergebnis: Den höchsten Anteil am Investitions-Budget, nämlich 30 Prozent, haben Rationalisierungsmaßnahmen. Etwas weniger (28 Prozent) dient dazu, den Maschinenpark auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, also alte Anlagen durch neue zu ersetzen. Für die Erweiterung des Produktionsapparates ist nur ein knappes Viertel der Investitionsausgaben bestimmt. Ein nennenswerter Anteil entfällt schließlich auf Vorhaben, die dem Umweltschutz, der Forschung und der Qualitätsverbesserung dienen. Für diese Zwecke hat die Industrie ein knappes Fünftel der Investitions-Ausgaben vorgesehen.

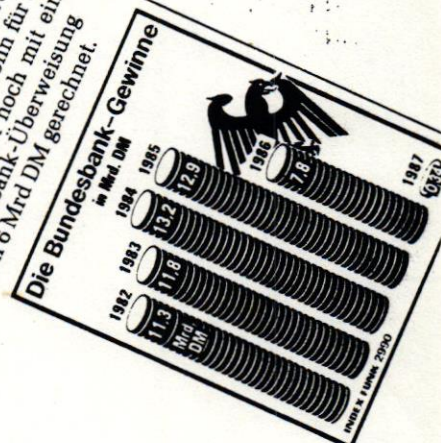
Statistische Angaben:
Ifo - Institut für Wirtschaftsforschung

Globus-Kartendienst, 28. März 1988

WAZ 8.4.88
Wirtschaft

Bundesbank läßt Stoltenberg fast leer ausgehen

Die Bundesbank hat im vergangenen Jahr 95 vH weniger überweisen. Wie die Währungsbehörden mitteilen, beträgt der Reingewinn 338 Mio DM. Davon werden 68 Mio DM der gesetzlichen Rücklage, beträgt kauf von Fonds zum 1.1. 1987 aufgeführt. Der Überschuß verfalls und daher notwendiger Abschreibungen zusammengefasst. 1986 hatte die Bundesbank noch einen Reingewinn von 7,8 Mrd DM erzielt, wovon 7,3 Mrd an den Bund überwiesen wurden. Vor dem drastischen Dollarschwund in der zweiten Hälfte 1987 hatte Bonn für den Bundesbank-Überschuß von 6 Mrd DM gerechnet.



Essensstreik gegen die Not

Preissteigerungen und staatliche Lohnpolitik machen es der türkischen Bevölkerung immer schwerer, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Den Gewerkschaften sind gleichzeitig durch strenge Vorschriften die Hände gebunden:

Ministerpräsident Turgut Özal war entrüstet: „Man darf die Segnungen Allahs nicht zurückweisen — das entspricht nicht der türkischen Tradition!“ Die fromme Mahnung, erteilt vor zwei Wochen, galt einer Aktion des türkischen Gewerkschaftsbundes Türk-İs. Um gegen die Einkommenspolitik der Regierung Özal zu protestieren, sollten die Arbeitnehmer ihr Kantinenessen zurückweisen, hatte der Türk-İs-Vorsitzende Sevkett Yilmaz angeregt. 1,5 Millionen Gewerkschafter folgten, nach Angaben von Türk-İs, dem Aufruf. Özal, nach dessen Erkenntnissen allenfalls 700 000 Arbeitnehmer bei dem Protest mitmachen, meinte: „Wer es sich leisten kann, das Mittagessen zurückzuweisen, dem kann es ja so schlecht nicht gehen!“

Tatsächlich aber geht es Millionen in der Türkei verzeufelt schlecht. Die rigide Lohnpolitik der Regierung Özal hat seit Jahren die Realeinkommen vieler Familien geschmälert. Betroffen sind nicht nur jene, die den gesetzlich festgelegten Mindestlohn erhalten, der umgerechnet zur Zeit bei weniger als einhundert Mark monatlich liegt. Auch breiten Kreisen des ehemaligen Mittelstandes, vor allem den staatlichen Angestellten und den Beamten, droht die Verelendung. Die von der Regierung zugebilligten Lohn- und Gehaltserhöhungen halten mit der inzwischen auf über fünfzig Prozent geschnellten Inflationsrate nicht Schritt. So liegen die Reallöhne in der Türkei heute nur noch halb so hoch wie 1977. Angesichts der seit Jahresanfang durch Anatolien rollenden neuen Preiswoge muß für 1988 mit weiteren beträchtlichen Kaufkraftverlusten gerechnet werden.

Für zahllose Familien wird es immer schwieriger, auch nur die nötigsten Ausgaben zu bestreiten. Hochwertige Gebrauchsgüter sind für die große Mehrheit der türkischen Arbeitnehmer ohnehin längst unerschwinglich: Für einen Kühlschrank muß etwa ein anatolischer Textilarbeiter rund fünf Monatslöhne aufwenden, für einen Farbfernseher sogar neun. Aber selbst für ein Kilo Zucker, ein Pfund Schafskäse oder ein Paar Schuhe muß ein Angestellter heute rund doppelt so lange schaffen wie noch 1980. Für

einen Laib Brot muß der durchschnittliche Türke inzwischen dreißig Minuten arbeiten, für ein Kilo Fleisch nahezu zehn Stunden. Nach einer Statistik von Türk-İs sind 35 der 52 Millionen Türken auf ein Monatseinkommen von weniger als 100 000 Lira, umgerechnet 140 Mark, angewiesen.

Den Gewerkschaften sind die Hände weitgehend gebunden. Das Streikrecht ist stark eingeschränkt, staatlich bestellte Schlichter „regeln“ die meisten Arbeitskonflikte, bevor es zu Ausständen kommt. Generalstreiks sind ebenso untersagt wie „politisch“ motivierte Arbeitsniederlegungen. So bleibt Türk-İs im wesentlichen auf Appelle und symbolische Proteste, wie den Kantinenboykott, angewiesen. Und selbst die sind strittig: Kubilay Atasayar, Generalsekretär des türkischen Arbeitgeberverbandes, bezeichnete den Essensboykott als „gesetzwidrig“ und forderte die Staatsanwaltschaft auf einzuschreiten — Zwangsernährung in den Kantinen?

Zwar stellte Özals Arbeits- und Sozialministerin İmren Aykut jetzt eine Lockerung der strengen Gewerkschaftsgesetze in Aussicht. Daran muß der Regierung schon gelegen sein, um ihrem Ziel eines EG-Beitritts etwas näher zu kommen. Ob sich die Ministerin — sie kommt aus der Gewerkschaftsbewegung — mit ihrer Liberalisierung im Kabinett durchsetzen kann, steht noch dahin. Ein Kurswechsel in der Einkommenspolitik jedenfalls ist auf absehbare Zeit kaum zu erwarten.

Wie verzweifelt die Lage vieler türkischer Arbeitnehmer inzwischen ist, zeigte jetzt eine von Fachleuten der Atatürk-Universität in Ostanatolien durchgeführte Studie. In der Stadt Erzurum untersuchten die Wissenschaftler 2910 Kinder im Alter von bis zu zwei Jahren. Sie alle stammten aus Arbeiter-, Angestellten- und Bauernfamilien, also Familien der unteren Einkommensgruppen. 70,8 Prozent dieser Kinder zeigten deutliche Symptome der Unterernährung. In Familien der oberen Einkommensgruppe dagegen trafen die Wissenschaftler der Atatürk-Universität durchweg wohlgenährte Babys an.

GERD HÖHLER (Athen)

Bonn läßt Soldaten bei Neonazis gegen Abrüstung unterschreiben

Europäische Arbeiterpartei hinter Kampagnen gegen INF-Vertrag

Bonn / Paris (DW). Bundeswehrsoldaten dürfen sich in neofaschistischen Organisationen gegen Abrüstung betätigen. Wie aus einer schriftlichen Antwort auf die Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Struck hervorgeht, hat Bonn nichts dagegen, wenn Bundeswehrangehörige als Un-

terzeichner von Aufrufen des „Schiller-Instituts“ in Erscheinung treten. Das „Schiller-Institut“ wird von Helga Zepp-LaRouche geleitet, die auch Vorsitzende der als neofaschistisch geltenden Europäischen Arbeiterpartei (EAP) ist.

Bundeswehrangehörige hatten ihre Unterschrift unter eine Zeitungsanzeige gesetzt, die im Dezember vergangenen Jahres in der „International Herald Tribune“ erschien. Darin ruft das „Schiller-Institut“ zum Widerstand gegen den in Washington unterzeichneten Abrüstungsvertrag auf.

In der Antwort der Bundesregierung wird ausdrücklich betont, daß gegen die unterzeichnenden Bundeswehrangehörigen keine disziplinarischen Maßnahmen ergriffen werden. Die sich derart hervortuenden Soldaten hätten lediglich „Mäßigung und Zurückhaltung“ zu wahren. In der BRD wird die EAP nicht im Bericht des Verfassungsschutzes ge-

führt. Stellvertretender Vorsitzender der EAP ist Anno Hellenbroich, Bruder des langjährigen Chefs des Verfassungsschutzes und kurzzeitigen Leiters des Bundesnachrichtendienstes, Heribert Hellenbroich.

Eine Klage, mit der sich der US-amerikanische Kopf der Organisation, Lyndon LaRouche, vom Vorwurf des Faschisten reinwaschen wollte, wies jetzt ein Gericht in Paris zurück. LaRouche hatte dort gegen den sowjetischen Journalisten Wladimir Pustogorow geklagt. Pustogorow hatte den Kopf der Organisation, den US-Millionär und Ehemann von Helga Zepp-LaRouche, als „amerikanischen Faschisten“ bezeichnet. Die

EAP hatte er als ein „organisiertes Zentrum des Neofaschismus in Westeuropa“ charakterisiert.

Das Gericht stellte bei seiner Urteilsfindung fest, die Selbsteinschätzung der politischen Aktivitäten von LaRouche sei von dem Streben diktiert, die Gefahren der wahren Ziele der Neofaschisten zu verheimlichen.

Die EAP war in die Schlagzeilen gekommen, als nach dem Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme ein Mitglied der EAP als mutmaßlicher Täter festgenommen worden war und enthüllt wurde, daß die LaRouche-Organisation den Mord an Palme ideologisch vorbereitete.

Kraftprobe zwischen Özal und Zeitungen

Papierpreise stiegen um 7890 Prozent

Von BAHÄ GÜNGÖR

waz ISTANBUL

Die türkische Presse und Ministerpräsident Özal liefern sich eine neue Kraftprobe. Hintergrund der Auseinandersetzung sind die nach Ansicht von Journalisten und Verlagen völlig unberechtigten Papierpreiserhöhungen. Insgesamt erhöhten sich die staatlich festgelegten Papierpreise nach Angaben der Istanbuler Zeitungen in diesem Jahrzehnt um 7890 vH.

Im gleichen Zeitraum sei beispielsweise Benzin „nur“ um 220 vH teurer geworden, meldeten die Zeitungen am Dienstag. Allein in den vergangenen zwölf Monaten stieg der Papierpreis um 178 vH, während die allgemeine Inflationsrate „nur“ auf 70 vH davongaloppierte.

Die Istanbuler Journalisten gehen davon aus, daß Özal den Verlagen überhaupt keine Gewinne mehr ermöglichen wolle, „um die Zeitungen zur Regierungsfreundlichkeit zu zwingen“. Aber die Verlage geben nicht nach, und Leitarztikler fahren schweres Geschütz gegen Özal auf. Einige Kolumnisten erinnerten den Regierungschef bereits an das Schicksal des 1961 nach einem Militärputsch erhängten Ministerpräsidenten Adnan Menderes.

Erol Simavi, der mächtigste Verleger am Bosphorus, veröf-

fentlichte am Dienstag auf der ersten Seite der auflagenstärksten Zeitung „Hürriyet“ einen offenen Brief an den „sehr geehrten Ministerpräsidenten“. Darin hieß es u. a., Özal sei „seit seiner By-Pass-Operation von einem Haß auf die Presse gekennzeichnet“.

Nach Ansicht von Haluk Sahin, einem der bekanntesten türkischen Journalisten, sind Zeitungen, Zeitschriften und Bücher bereits zu einem Luxusgut in der Türkei geworden. Zwei von drei Türken würden keine Tageszeitung, 18 von 20 keine Wochenzeitschrift und 97 von 100 keine Monatszeitschrift lesen. Die Quote der ständigen Zeitungsleser sei innerhalb der letzten zwölf Monate von 36 auf 33 vH, die der Wochenzeitschriftenleser von acht auf sechs vH und die der Monatszeitschriftenleser von fünf auf drei vH gesunken.

W 72 20. 4. 88

Appell der DKP: Die Hütte muß bleiben!

Der Parteivorstand der DKP hat auf seiner Sitzung am Wochenende folgenden Appell beschlossen:

Rheinhausen ist überall – diese Losung bewegt viele Arbeiter und Angestellte, die im Kampf um ihre eigenen Arbeitsplätze, um die Verteidigung ihrer sozialen Lage und die Sicherung ihrer Arbeitsbedingungen stehen. Der Kampf um den Erhalt der Hütte und die Sicherung des traditionsreichen Stahlstandortes Rheinhausen sind zu einem Signal geworden.

Mit einem Zynismus ohnegleichen und provokatorischen Herausforderungen hat das Bank- und Großkapital geantwortet. Deutlich wird: der Krupp-Vorstand will im Auftrage dieses Bank- und Großkapitals in Rheinhausen ein Exempel statuieren.

Mit dem Angriff auf die Krupp-Belegschaft in Rheinhausen sollen alle getroffen werden; alle, die heute und in Zukunft ihre Arbeitsplätze verteidigen.

Der Kampf um Rheinhausen ist jetzt in eine neue Phase getreten. Der Zorn und die Empörung über das Vernichtungskonzept des Krupp-Vorstandes haben sich weiter zuspitzt. Die rigorose Ablehnung selbst der bis an die Grenze des Möglichen gehenden Kompromißvorschläge des Betriebsrates durch die Konzernleitung hat das Faß zum Überlau-

fen gebracht. Am Freitag, dem 8. 4. 1988 ist die Belegschaft zur zeitweiligen Blockade des Werkes übergegangen. Diese neue Stufe im Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze und des Standortes erfordert jetzt eine neue Stufe der Solidarität.

Der DKP-Parteivorstand appelliert von seiner 11. Tagung aus an alle:

- Setzen wir überall, wo wir leben und arbeiten, in diesen Tagen die Solidarität mit den Stahlarbeitern in Rheinhausen auf die Tagesordnung.

- Alle Bürgerinnen und Bürger handeln auch in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse, wenn sie jetzt und erneut alles tun, um den Rheinhausener Stahlwerkern in ihrem berechtigtem Kampf den Rücken zu stärken.

- Wir alle, Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer, Jung und Alt sind aufgefordert, den Solidaritätstag am 16. 4. in Rheinhausen durch unsere Solidarität und unsere Teilnahme aus allen Teilen unseres Landes zu einem unüberhörbaren Signal gegen die Kumpanei von Kapital und Kabinett, für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu machen.

Es bleibt dabei: Rheinhausen muß leben!

Mai-Aufruf 1988

Arbeit für alle – Gerechtigkeit für jeden – gemeinsam handeln

Mit dieser Forderung kämpft der DGB am 1. Mai 1988 für eine politische Kurskorrektur.

Die Arbeitslosigkeit nimmt Millionen von Menschen ihre Zukunft

Am Ende des sogenannten Wirtschaftsaufschwungs sind 2,5 Millionen Menschen als Arbeitslose registriert. Mittlerweile ist jeder dritte Arbeitslose länger als ein Jahr arbeitslos. Die Folge ist oft Armut und soziale Isolierung.

Viele Jugendliche finden in der Arbeitswelt keine Perspektive. Entweder finden sie keine zukunftsorientierte Berufsausbildung oder sie werden nach ihrer Ausbildung überhaupt nicht oder nicht ausbildungsgerecht beschäftigt. Frauen werden aus der Arbeitswelt hinausgedrängt oder in unsichere Arbeitsverhältnisse abgeschooben. Ausländische Arbeitnehmer sehen sich – obwohl von Arbeitslosigkeit besonders betroffen – einer Ausländerfeindlichkeit gegenüber, obgleich sie schon seit vielen Jahren als unentbehrliche Kollegen mit uns zusammenarbeiten.

Arbeitslosigkeit ist nicht die Schuld der Betroffenen. Der Vorwurf, viele Arbeitslose suchten in Wirklichkeit keine Arbeit, wird dennoch nach wie vor von denjenigen erhoben, die die Beschäftigungskrise ignorieren, verniedlichen oder gar leugnen wollen.

Massenarbeitslosigkeit wird mißbraucht

Massenarbeitslosigkeit begünstigt gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Sie muß als Alibi für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herhalten: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse seien besser als keine.

Die sogenannte freie Entfaltung der Marktkräfte, die immer zuerst die Freiheit der Stärkeren meint, führt zu einer Spaltung der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit wird als gesellschaftlicher Maßstab verdrängt. Nicht die Hand, die hilft, sondern der Ellenbogen, der sich freie Bahn schafft, wird zur Verhaltensnorm.

Das wirtschafts- und finanzpolitische Konzept der Bundesregierung ist gescheitert

Die Politik der Bundesregierung verschafft den Unternehmen immer mehr Gewinne nach dem Motto: Höhere Unternehmensgewinne führen zu mehr Arbeitsplätzen. Die tatsächliche Entwicklung zeigt: Die Vollbeschäftigung kann so nicht hergestellt werden. Vielmehr bleiben damit die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Strecke.

Steuergelder werden an die Reichen verschwendet

Die für das Jahr 1990 geplante Steuerreform ist das falsche Signal zum falschen Zeitpunkt. Durch Verzicht auf 20 Milliarden DM pro Jahr bluten die öffentlichen Hände finanziell aus. Dieses Geld fehlt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sicherung der Renten.

Arbeitnehmerrechte werden eingeschränkt

Die für dieses Jahr geplante Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes soll die Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben spalten und damit schwächen. Damit wird fortgesetzt, was mit der Änderung von § 116 AFG und dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“ begann: Der Kampf gegen Arbeitnehmerrechte und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften.

Was die Arbeitgeber unter Flexibilisierung verstehen

Unter dem Deckmantel einer angeblichen „Flexibilisierung“ wollen Arbeitgeber ihre Verfügungsmöglichkeiten über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen. Arbeitgeber wollen nach ihrem Belieben die Menschen an den Arbeitsplatz zitieren können – so wie sie es gerade brauchen, immer mehr im Takt der Maschinen.

Der DGB fordert:

● Die Steuerreform muß vom Tisch

Mit dem Geld, das mit der Steuerreform 1990 verschleudert werden soll, muß eine Investitions- und Beschäftigungsoffensive gestartet werden. Das brächte für 420.000 Menschen Arbeitsplätze. Und das würde uns helfen, wichtige Zukunftsaufgaben zu erledigen.

● Neue Arbeitsplätze für strukturschwache Gebiete

Gerade dort, wo durch strukturellen Wandel Zehntausende von Arbeitsplätzen verlorengehen, müssen zusätzliche Mittel – auch von den betroffenen Konzernen – eingesetzt werden, um neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen und Ausbildungsplätze zu erhalten.

● Umverteilung vorhandener Arbeit

Die Verkürzung der Arbeitszeit – in allen Formen – hat bereits jetzt Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen und gesichert. Dieser Weg muß fortgesetzt werden. Das Vorruhestandsgesetz muß fortgeführt und verbessert werden.

● Arbeitszeitgesetz verbessern

Eine fortschrittliche Arbeitszeitgesetzgebung, die sich an dem bisher erreichten Standard der tariflich vereinbarten Wochenarbeitszeit orientiert und Mehrarbeit auf das unvermeidliche Maß einschränkt, trägt zu mehr Arbeitsplätzen bei.

● Umweltarbeit verstärken

Verstärkte Investitionen im Umweltschutz schaffen neue Arbeit dort, wo schon zu vieles versäumt wurde: Luftreinhaltung, Boden- und Gewässerschutz, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, neue umweltverträgliche Energiesysteme, Altlastensanierung usw. sind Aufgabenbereiche, die unverzüglich angepackt werden müssen!

● Soziale Sicherheit ausbauen

Die Rentenversicherung muß den erreichten Lebensstandard sicherstellen. Dazu muß der Finanzierungsanteil des Bundes schrittweise auf mindestens 25 % der Rentenausgaben angehoben werden.

Im Gesundheitswesen muß das Solidarprinzip erhalten bleiben. Selbstbeteiligungsregelungen werden abgelehnt. Die Leistungsanbieter müssen wesentlich zur Kostendämpfung beitragen.

Die soziale Schutzfunktion des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe ist auszubauen.

Die Sozialhilfe muß eine menschenwürdige Existenz garantieren.

● Mitbestimmung erweitern

Die Montanmitbestimmung muß gesichert und auf alle großen Unternehmen ausgeweitet werden. Die Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auf allen Ebenen verbessert werden: Am Arbeitsplatz, auf der betrieblichen Ebene für Betriebs- und Personalräte, auf Unternehmensebene in Aufsichtsräten und Vorständen sowie auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene.

Der 1. Mai, der Tag der Arbeit, ist auch ein Kampftag für uneingeschränkte Menschen- und Gewerkschaftsrechte in aller Welt, für ein solidarisches Miteinander zwischen den reichen und den armen Nationen: Für die Sicherung des Friedens.

Soziale Gerechtigkeit muß auch im internationalen Maßstab gelten. Hierfür steht der DGB gemeinsam mit den arbeitenden Menschen aller Länder ein. Der DGB begrüßt den ersten echten Abrüstungsschritt zwischen den Großmächten nach dem Krieg und wird sich für eine Fortsetzung des Abrüstungsprozesses bei allen Waffenarten – konventionellen, atomaren, biologischen und chemischen – einsetzen. Die Welt braucht eine Umverteilung der Ausgaben für Waffen hin zu wirksamen Hilfen für den Aufbau sozialer und freier Strukturen!

Der DGB fordert alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, an unserer Veranstaltung zum 1. Mai teilzunehmen. Jetzt muß der Staat wieder zur Ordnung gerufen werden: Zu einer gerechten und sozialen Ordnung! Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft, in der jeder seine Lebensperspektive findet.

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
KREIS DÜSSELDORF – DER VORSTAND

DARUM HERAUS ZUM 1. MAI

DKP

Pressemitteilungen
des Parteivorstandes
der Deutschen
Kommunistischen Partei

Verantwortlich:
Kurt Schacht

Pressesendienst

Nr. 48/88

Düsseldorf, den 13. April 1988

Maiaufruf 1988 der DKP

Der 1. Mai 1988 steht im Zeichen vielfältiger Klassenauseinandersetzungen. Kabinett und Kapital mit brutalen und menschenverachtenden Konzentrationskonzepten auf der einen Seite. Um ihre Arbeitsplätze kämpfende Arbeiter und Angestellte auf der anderen Seite, unterstützt von großen Teilen der Bevölkerung.

Rheinhausen wurde dafür zum Symbol. Für bislang nicht gekannten Widerstandswillen, für bislang nicht erlebte Solidarität. Darum gilt an diesem 1. Mai unser erster Gruß den Arbeitern von Rheinhausen, den Stahlarbeitern in allen Standorten, die um ihre nackte Existenz kämpfen. Solidarität mit Rheinhausen ist zugleich Kampf um die Verteidigung des eigenen Arbeitsplatzes. Es geht um Gegenwart und Zukunft für Millionen arbeitender Menschen.

Am 1. Mai 1988 muß massenhafte Solidarität und Sympathie für die Kämpfenden von Rheinhausen zum Ausdruck kommen.

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Auflegung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen, die Schaffung von Beschäfti-

gungsgesellschaften als wirksame Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit werden immer mehr zum Inhalt gewerkschaftlichen Forderns und Handelns.

Am 1. Mai 1988 ist ein klares Bekenntnis der Arbeitenden zu diesen Forderungen notwendig, als Druckmittel gegen den Skandal der Massenarbeitslosigkeit, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Proteste gegen Sozialabbau und zur geplanten Steuerreform, gegen Privatisierung sowie die Verschlechterungen des Gesundheitswesens und der Rechte von Betriebs- und Personalräten wachsen an und sind Ausdruck von Wut über die unverschämten Versuche von Kapital und Kabinett, die Daumenschrauben der Belastungen immer enger zu ziehen.

Am 1. Mai 1988 ist erneut der Massenprotest gegen die Politik der Millionäre und ihrer Kumpane in Bonn gefordert.

Der Wille nach Frieden und Abrüstung erhält immer

festere Wurzeln. Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge zum Abbau der Mittel-

streckenraketen wurden in verbindliche internationale Abkommen umgesetzt. Die Bundesregierung war in dieser Entwicklung eher Bremser als Beschleuniger.

Am 1. Mai 1988 werden wir das unüberhörbare Ja zur weiteren Abrüstung bekunden.

Vor allem verlangen wir deutliche Initiativen von der Bundesregierung, zum Beispiel durch die Kürzung des Rüstungsetats.

Unsere internationale Solidarität gehört dem nicaraguanischen Volk, das den Aufbau seines Landes trotz der US-Millionen für Banditenangriffe mutig fortsetzt und alles für eine friedliche und demokratische Entwicklung für Mittelamerika unternimmt. Wir protestieren gegen verbrecherische Absichten, aufrechte Demokraten in Südafrika, die gegen Apartheid und Rassismus kämpfen, durch Todesurteile zum Schweigen zu bringen.

Wir verurteilen die israelischen Aggressionen gegen das palästinensische Volk, das um seine Unabhängigkeit ringt.

Wir fordern die unverzügliche Freilassung der türki-

schen Patrioten in ihrem Land. Deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen haben gleiche Interessen. Gemeinsam bekämpfen wir neonazistische Ausländerhetze.

Der 1. Mai 1988 muß im Zeichen vieler Solidaritätsbekundungen stehen, für alle Völker, die um ihre Befreiung und Unabhängigkeit kämpfen.

Die DKP appelliert an alle Kolleginnen und Kollegen, wir wenden uns an die Mitglieder der Partei:

Beteiligt Euch an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen. Besucht die vielen Maiveranstaltungen der DKP.

Begehen wir den 1. Mai 1988 gemeinsam als Kampftag für Arbeit, Frieden und internationale Solidarität.

Frieden für unser Land

Arbeit für alle

Solidarisch kämpfen!

EU 2

Neue Friedenskampagne startet mit Aktionen

Friedensbewegung beschloß Arbeitsfahrplan / Aktionen in Böblingen, Hamburg und Linnich

Aus Tübingen berichten Wolfgang Breuer und Otmar Steinbicker
Tübingen - Aktionen in Böblingen, Linnich bei Jülich und Hamburg im Oktober und November werden den Auftakt und erste Höhepunkte für eine neue Friedenskampagne bilden. Das beschlossen einstimmig die Teilnehmer der Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Tübingen. Das Motto der Kampagne lautet: „Wer Frieden will, muß den Frieden vorbereiten: Versöhnung mit der Sowjetunion, Atomwaffen abschaffen, Europa abrüsten!“

Mit großer Besorgnis registrierte die Konferenz die Versuche der NATO, durch neue Aufrüstungsmaßnahmen den INF-Vertrag zu unterlaufen. „In dieser Situation muß die Friedensbewegung erneut mit einer langfristig angelegten Aktions- und Informationskampagne in das politische Geschehen eingreifen“, heißt es im Auf-

ruf der Konferenz zur Kampagne.

Gegen die NATO-Politik setzt die Friedensbewegung ihre Forderung „nach einer grundlegenden Umorientierung hin zu einer friedensfähigen Gesellschaft“, in der zum Beispiel Maßnahmen zur Abwehr ökologischer Katastrophen nicht daran scheiterten; weil die Bundesregie-

rung acht Millionen DM pro Stunde für militärische Zwecke verschleudere.

Frieden müsse auf Gerechtigkeit und Völkerfreundschaft basieren. Dazu gelte es, für Versöhnung und Feindbildüberwindung einzutreten. Der Aufrüstungsideo- logie müsse dadurch der Boden entzogen werden, daß „Versöhnungsarbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten“ geleistet und dem „tief verwurzelten Antikommunismus in unserer Gesellschaft“ begegnet werde.

Mit folgenden drei Kernforderungen will die Friedensbewegung in die neue Kampagne gehen:

✗ Alle nuklearen und chemischen Massenvernichtungswaffen müssen aus der Bundesrepublik abgezogen und verschrottet werden, um das Abschreckungssystem zu überwinden. Es dürfe weder Modernisierung noch Ersatzaufrüstung geben. Die Friedensbewegung fordert atomwaffenfreie Zonen und einen Atomwaffenverzicht im Grundgesetz.

✗ Auch konventionell muß einschneidend abgerüstet werden. Auf neue Waffentechnologien müsse verzichtet und der Rüstungsetat deutlich reduziert werden. Gefordert wird die Beendigung aller Rüstungsexporte.

Fortsetzung Seite 2, Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Neue Friedenskampagne startet mit Aktionen

Gegen das Großmachtstreben westeuropäischer Länder, die deutsch-französische Waffenbrüderschaft setzt die Friedensbewegung das Ziel eines zivilen Westeuropas in einem gemeinsamen europäischen Haus ohne Blockkonfrontation.

Nach Aktivitäten zum Antikriegstag am 1. September sollen folgende Aktionen den Auftakt der neuen Friedenskampagne bilden:

① Oktober - Aktionen in Böblingen: Am 1. Oktober soll in Böblingen die deutsch-französische Brigade entstehen. Gegen dieses Symbol der Militärachse Bonn/Paris soll es eine Demonstration sowie einen Kongreß geben.

15./10. Aktionen in Linnich: In Linnich bei Jülich baut die NATO gegenwärtig einen neuen unterirdischen Kriegsführungsbunker, von dem aus Luftwaffe und Heer im Bereich Europa-Mitte/Nord befehligt werden sollen. In Linnich zeigt sich, daß die NATO nicht an Abrüstung, sondern Modernisierung der Abschreckungspolitik interessiert ist. Dagegen soll es Aktionen geben.

16. oder 17. 11. - Aktionen in Hamburg: Vom 14. bis 17. 11. tagt in Hamburg die Nordatlantische Versammlung, das sogenannte NATO-Parlament. Eine Demonstration und ein Kongreß sollen die Forderungen der Friedensbewegung verdeutlichen.

Die Friedensbewegung unterstützt die von der Solidaritätsbewegung für den 23. bis 25. 9. geplanten Aktionen gegen IWF- und Weltbanktagung in Westberlin und die Aktionen am 12. 11. in Eschborn gegen BRD-Rüstungsexporte für Kriege in der „Dritten Welt“.

Über die Fortsetzung der Kampagne, Aktionen zu den Europawahlen im Mai 1989 und zum 1. September 1989 - dem 50. Jahrestag des Kriegsbeginns - soll die nächste Aktionskonferenz beraten und entscheiden. Diskutiert wird auch weiter über positive Alternativen der Friedensbewegung zur Abschreckung, die in einem ersten Entwurf schriftlich vorgelegt wurden.

U2 10.5.88

Wer Frieden will, muß den Frieden vorbereiten: Versöhnung mit der Sowjetunion, Atomwaffen abschaffen, Europa abrüsten!

Wir stehen an einer wichtigen Wendemarke. Nach Abschluß des Vertrages über die Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenwaffen hatten viele gehofft, daß damit eine Abrüstungsdynamik in Gang gesetzt wird. Denn die Chancen für Abrüstung und Zusammenarbeit sind groß: erstmals haben die beiden Großmächte die Abrüstung moderner Atomwaffen vereinbart. Viele Menschen in West und Ost wollen die Chancen für weitere Abrüstung genutzt haben. Statt dessen sehen wir, daß Bundesregierung und NATO unverändert an ihrem Aufrüstungskurs festhalten. Auch die bisher aus der CDU bekannt gewordenen Vorschläge für ein "Abrüstungs-Gesamtkonzept" unter dem Titel "Atlantische Charta NATO 2000" sollen die atomare Bedrohung verewigen, obwohl die Mehrheit der Menschen sich davon befreien will.

In der NATO werden neue "Nachrüstungen" bereits intensiv diskutiert und vorbereitet:

- die Pershing II- und Cruise-Missiles-Funktionen sollen von anderen (luft- und seegestützten) Systemen voll kompensiert werden;
- statt eine dritte Null-Lösung zu vereinbaren sollen die atomaren Kurzstreckensysteme durch modernere und weiter reichende ersetzt werden;
- die Kriegsführungsstrategien unter Einbeziehung nuklearer, chemischer und konventioneller Waffen werden weiterentwickelt;
- in West-Europa gibt es Bestrebungen, die militärische Zusammenarbeit zu verstärken und eine eigenständige Atommacht aufzubauen.

Zwar hat die nukleare Abschreckung längst ihre Akzeptanz in der Mehrheit der Bevölkerung verloren, dennoch sollen alle diese Maßnahmen zur Festschreibung und Fortentwicklung der NATO-Kriegsführungsstrategien gegen den Mehrheitswillen durchgesetzt werden.

In dieser Situation muß die Friedensbewegung erneut mit einer langfristig angelegten Aktions- und Informationskampagne in das politische Geschehen eingreifen. Gegen diese NATO-Politik setzen wir die Forderung nach einer grundlegenden Umorientierung, hin zu einer friedensfähigen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der nicht mehr zehntausende Erwachsene und Kinder in Kriegen getötet werden, täglich 50.000 Menschen verhungern, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen ausgeübt wird, allein in der Bundesrepublik über 3 Millionen Frauen und Männer ohne Arbeit sind und dringende Maßnahmen zur Abwehr ökologischer Katastrophen nicht ergriffen werden, weil allein von der Bundesregierung 8 Millionen DM pro Stunde für militärische Zwecke verschleudert werden.

Wir wollen einen Frieden, der diesen Namen verdient: einen Frieden ohne Waffen, ohne Unterdrückung und ohne wechselseitige Völkermorddrohung - einen Frieden, der auf Gerechtigkeit und Völkerfreundschaft basiert. An diesem Frieden bauen wir zusammen mit den anderen sozialen Bewegungen, wenn wir weiterhin für Versöhnung und Feindbildüberwindung eintreten, den Militarismus von der Wurzel her bekämpfen und weltweite Solidarität einüben. Dazu müssen Mißtrauen und Ängste, die zu Feindbildern wurden, abgebaut werden. Dazu muß die bedrohliche Rüstung abgebaut werden. Unsere Kampagne soll beide Ziele erreichen.

Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion

Die ständige Aufrüstung, an der sich die Bundesrepublik so sehr beteiligt, ist nur durchsetzbar, weil sich die Feindbilder in so vielen Köpfen verfestigt haben. Sie sind eng verbunden sowohl mit der geschichtlichen Verantwortung dieses Landes für den Überfall auf die Sowjetunion wie mit dem tiefverwurzelten Antikommunismus in unserer Gesellschaft. Um dies zu überwinden und damit der Aufrüstungsideologie den Boden zu entziehen, müssen wir selbst neu denken lernen. Versöhnungsarbeit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten gegenüber heißt deshalb für uns:

- die historischen Fakten des Vernichtungskrieges 1941 - 45 vor Augen zu stellen,
- den Anteil der Bundesrepublik an der Konfrontation in Europa ernstzunehmen,
- die neuen Formen und Verkleidungen des Antikommunismus aufzuzeigen,
- Menschenrechte nicht als Instrumente der Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus zu mißbrauchen,
- die Wirklichkeit der Gesellschaften Osteuropas jenseits ideologischer Vorurteile kennen zu lernen,
- die Möglichkeiten konstruktiver und Mißtrauen abbauender Zusammenarbeit zu erkunden, erste Schritte hierzu von uns aus zu tun,
- alles zu unternehmen, damit sich diese Völker von uns nicht mehr bedroht fühlen können und
- dazu denjenigen hier, die Konfrontation und irrationale Ängste schüren, entgegen zu treten.

Versöhnung mit der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas schließt für uns ein die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit allen Kräften, auch an der gesellschaftlichen Basis, die in diesen Ländern für Frieden, Abrüstung, Ver-

diesem Herbst 1988 sollen Kongresse, Demonstrationen und Kundgebungen unsere zentralen Forderungen widerspiegeln und den Auftakt zu unserer neuen Kampagne bilden. Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung ruft dazu auf: Beteiligt Euch an den Friedensdemonstrationen und -kundgebungen im Herbst, '88!

1.10. - Aktionen in Böblingen *Baden-Württemberg (Stuttgart)*

In Böblingen wird am 1.10. die deutsch-französische Brigade gegründet. Sie ist Symbol für die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich, zugleich Symbol für das Streben nach einer westeuropäischen Atomstreitmacht mit eigenen Atomwaffen. Die Demonstration und ein Kongreß der Friedensbewegung werden deutlich machen: Wir setzen diesen militärischen Bestrebungen unsere Vorstellung eines zivilen Europas entgegen, das auf Völkerfreundschaft und Verständigung basiert.

23.- 25. 9. - Aktionen gegen IWF- und Weltbanktagung in West-Berlin *B. Berlin*

Gegen die Tagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank in West-Berlin sind vielfältige Aktionen der außerparlamentarischen Bewegungen geplant. Die Friedensbewegung unterstützt die Aktionen, die die ausbeuterische IWF-Politik verdeutlichen und Alternativen aufzeigen sollen und ruft zu den Aktionen der IWF/Weltbank-Kampagne in West-Berlin mit auf.

12. 11. - Aktionen gegen BRD-Rüstungsexporte für Kriege in der "Dritten Welt" *Hessen (Frankfurt)*

Die Bundesrepublik ist durch ihre Rüstungsexport-Politik an den Kriegen in der "Dritten Welt" direkt beteiligt, insbesondere auch am Iran-Irak-Krieg. Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, erhalten bei uns kein Asyl. Dagegen richtet sich die Demonstration der Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" am 12.11. in Eschborn, wo sich das für die Genehmigung von Rüstungsexporten zuständige Bundesamt für Wirtschaft befindet, und Schwalbach, einem der größten Flüchtlingslager der Bundesrepublik.

16. oder 17.11. - Aktionen in Hamburg *Hamburg*

Vom 14. - 19.11.88 tagt in Hamburg die Nordatlantische Versammlung. Auf dieser Tagung, an der zweimal im Jahr Parlamentarier aller NATO-Länder zusammenkommen und Empfehlungen beschließen, werden jeweils Richtungsweisungen für die Entwicklung des Bündnisses gegeben. Alle drei Themenbereiche unserer zentralen Forderungen werden in der Diskussion eine Rolle spielen. Deshalb wird die Friedensbewegung die aus diesem Anlaß geplante Demonstration am 16. oder 17.11. in Hamburg unterstützen. Gleichzeitig wird ein Kongreß parallel zur NATO-Versammlung Analysen zur Entwicklung des Bündnisses darlegen und die Alternativen der Friedensbewegung aufzeigen.

15.10. - Aktionen in Linnich *Kürzer Pen Verfahren*

In Linnich bei Jülich baut die NATO gegenwärtig einen neuen unterirdischen Kriegsführungsbunker. Aus 40 m Tiefe, abgeschirmt von einer 2,5 m dicken Betonplatte, soll von hier aus im Krieg die gesamte NATO-Luftwaffe und Heer im Bereich Europa-Mitte/Nord befehligt werden. Die Kommandozentrale in Linnich wird die Heeres- und Luftwaffen-Befehlsstrukturen so zusammenführen und koordinieren können, wie es das AirLand-Battle-Konzept erfordert. Linnich ist ein Symbol für die gesamte Modernisierung der NATO-Kriegsführungsstrategien und Waffensysteme. In Linnich lassen sich alle unsere drei zentralen Forderungen veranschaulichen:

- Hier werden die Luft- und Landstreitkräfte der NATO gemäß dem ALB-Konzept integriert: konventionell, chemisch nuklear und elektronisch;
- Hier zeigt sich, daß die NATO nicht an Abrüstung, sondern an der Modernisierung der Abschreckungspolitik interessiert ist;
- Hier wird die westeuropäische und transatlantische militärische Zusammenarbeit in ihrem Ziel deutlich: die Fähigkeit, einen Krieg führen zu können, soll ausgebaut werden.
- Hier zeigt sich die grundsätzliche Alternative: entweder Modernisierung der Kriegsführungsstrategien, Verweigerung der nuklearen Bedrohung und neuer Nachrüstungen, oder: eine generelle Umorientierung auf einen Frieden ohne Bedrohung hin, wie wir es wollen.

Dieser Frieden wird in Linnich auch symbolisiert: die dortige Friedensbewegung hat einen eigenen Friedensacker unmittelbar neben der Baustelle für die Kommandozentrale erworben. Dieser Friedensacker steht für unsere Alternative; hier können wir darstellen, wie unser Frieden aussieht.

Die Friedensbewegung ruft für den 15.10. zu einer überregionalen Demonstration, Aktion und Kundgebung in Linnich auf, die der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, die regionalen Koordinierungen und der Koordinierungsausschuß Linnich vorbereiten und tragen werden.

Beginnen wir mit einer neuen Kampagne der Friedensbewegung!

Offizielle Arbeitslosenzahlen April 1988

Gesamt - (registrierte): 2.261.672 = 8.9 %
daron $\left\{ \begin{array}{l} \text{Männer} = 1.218.789 \\ \text{Frauen} = 1.042.883 \end{array} \right.$

die bundesanstalt stellt fest: "auf dem arbeitsmarkt in der bundesrepublik gab es im april nur jahreszeitlich bedingte veraenderungen. der arbeitsmarkt stagniert nach wie vor." der praesident der bundesanstalt fuer arbeit, heinrich franke (cdu), betonte, dass der im fruehjahr uebliche rueckgang der arbeitslosenzahl "kleiner ausfiel als 1986 und 1987 um die gleiche zeit. der rueckgang in der kurzarbeit vollzieht sich bei stagnierender oder leicht rueckklaeufiger beschaefftigung in der industrie. der april hat fuer den arbeitsmarkt alles in allem keine verbesserung, aber auch keine verschlechterung gebracht."

Jugendliche bis 25 J. = 460.000
daron bis 20 J. — = 99.752

die dunkelziffer der tatsaechlich erwerbslosen jugendlichen ist ausserordentlich hoch, da die meisten von ihnen, die ohne lehrstelle blieben oder nach ihrer ausbildungszeit entlassen wurden, in den familien leben und von den eltern unterstuetzt werden. sie sind von den arbeitsaemtern statistisch nicht erfasst. nach wie vor werden sehr viele jugendliche nach ihrer ausbildungszeit nicht in ein festes arbeitsverhaeltnis uebernommen. nach einem von der bundesanstalt fuer arbeit vorgelegten bericht meldeten sich im jahr 1987 90.598 jugendliche nach erfolgreichem abschluss ihrer ausbildung bei den arbeitsaemtern arbeitslos, nachdem sie von ihrer ausbildungsfirma entlassen wurden.

Schwerbehinderte: 130.848

Ausländer — : 279.232 = 15.2%

Nicht Registrierte:

163.154 wegen berufl. Foerderungsmassnahmen
116.339 wegen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen
50.000 in der Bundeswehr
1.5 Millionen "Stille Reserve" oder Dunkelziffer.

sind vorwiegend frauen und jugendliche, die ihren arbeitsplatz verloren haben, keine ansprueche auf oeffentliche leistungen geltend machen koennen oder schwer vermittelbar sind und deshalb aus der offiziellen arbeitslosenstatistik "ausgeklammert" wurden.

Tatsaechliche Zahl der Arbeitslosen: über 4 Millionen

Kurzarbeiter: 260.848 in 11.683 Betrieben

Unterstützungsleistungen vom Arbeitsamt

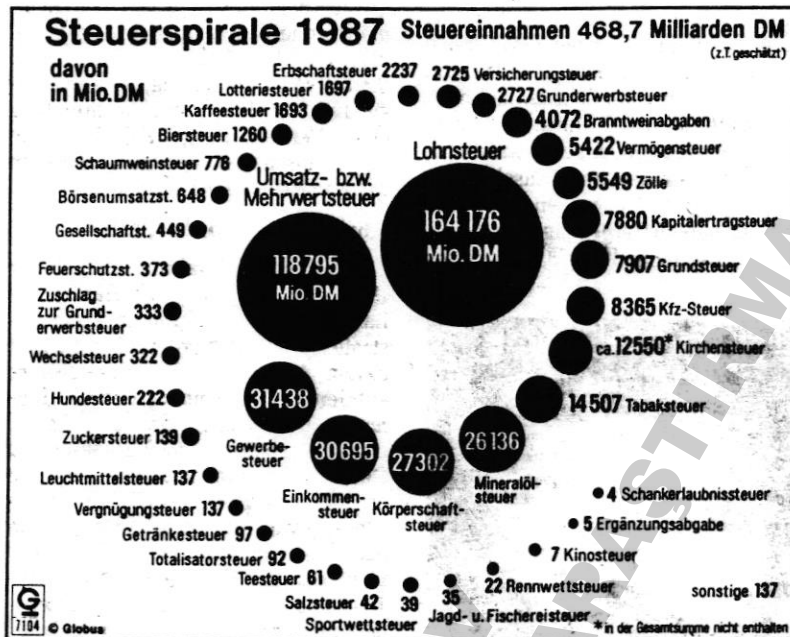
993.276 erhalten Arbeitslosengeld
556.414 " " Arbeitslosenhilfe

nach auskunft des praesidenten der bundesanstalt fuer arbeit, heinrich franke (cdu), ist beabsichtigt, unter dem wachsenden druck der bundesregierung die monatlichen pressekonferenzen bei der vorlage der monatsberichte der bundesanstalt fuer arbeit ueber die entwicklung der arbeitslosigkeit aufzugeben. die jeweiligen monatsberichte sollen jedoch der presse zugestellt werden. pressekonferenzen unter teilnahme der elektronischen medien sollen dann nur noch vierteljaehrlich stattfinden.

intern wird diese absicht als ergebnis wahlpropagandistischer ueberlegungen von bundesregierung und cdu/csu im hinblick auf 1990 gewertet. dort fuehlt man sich durch die negative publikumswirkung der monatlichen pressekonferenzen in der bundesanstalt fuer arbeit mit der veroeffentlichung der arbeitslosenzahlen in der eigenen propaganda konterkariert. heinrich franke meinte, dass auch er den uebergang zu einem vierteljaehrlichen turnus bei den pressekonferenzen fuer sinnvoll halte.

Arbeitslosenzahlen / Quoten in Ländern

Schlesw.- Holstein	: 10.1 %	} 208.535	
Hamburg	: 13.4 "		
Bremen	: 15.0 "		
Niedersachsen	: 11.3 "		
N R W	: 11.3 "	} 767.269 = Ausländer 19.5%	
Rheinl.- Pfalz	: 7.7 "		
Hessen	: 6.7 "	} 156.120	
Saarland	: 12.5 "		
Baden-Württemberg	: 5.1 "	} 201.700	
Nord-Bayern	: 7.0 "		
Süd-Bayern	: 5.9 "	} 300.483 - Ausländer 11.6%	

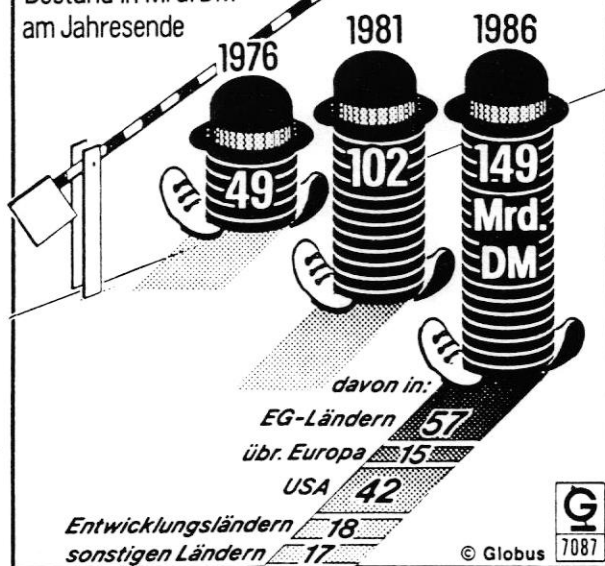


Alle Welt spricht zur Zeit von der dritten Stufe der Lohn- und Einkommensteuerreform, die zum 1. Januar 1990 geplant ist und gestern erstmals im Bundestag diskutiert wurde. Netto rund 20 Mrd. DM Entlastung soll diese Reform für die Steuerzahler bringen. Doch diese Entlastung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutschen Steuerzahler auch noch über viele andere Steuerarten vom Staat kräftig zur Kasse gebeten werden.

„Rheinische Post“ 22. 4. 88

Kapital geht nach draußen

Deutsche Direktinvestitionen
im Ausland
Bestand in Mrd. DM
am Jahresende



Immer mehr Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland zieht es nach draußen. Sie gründen Niederlassungen in anderen Ländern, beteiligen sich an ausländischen Unternehmen oder kaufen sie auf. Ende 1976 betrug der Umfang der deutschen Direktinvestitionen im Ausland 49 Milliarden DM; zehn Jahre später, 1986, waren es schon 149 Milliarden DM. Binnen zehn Jahren ist damit ein Kapitalstrom von 100 Milliarden DM über die Grenzen geflossen. Hauptziel dieses Geldes waren die EG-Länder und die USA. Die deutschen Direktinvestitionen in der EG haben sich im Zeitraum von 1976 bis 1986 von 17 auf 57 Milliarden DM erhöht, jene in den USA von 7 auf 42 Milliarden DM. 1986 waren insgesamt 15316 deutsche Unternehmen im Ausland engagiert; mit 1,8 Millionen Mitarbeitern machten sie einen Umsatz von 513 Milliarden DM.

Globus-Kartendienst, 5. April 1988

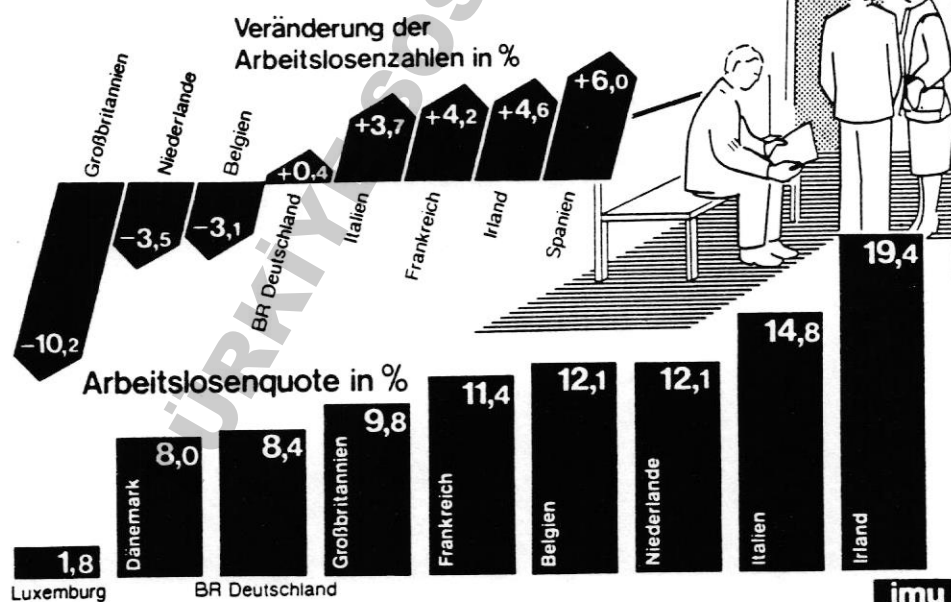
DGB-Studie: Gewinne steigen stärker als Löhne

Die seit Beginn der achtziger Jahre zu beobachtende Einkommensumverteilung zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Löhne hat sich nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im vergangenen Jahr verstärkt fortgesetzt. Die bereinigten Nettoeinkommen der Unternehmer und Freiberufler seien 1987 um real 8 Prozent gestiegen, so daß diese Einkommen zur Zeit um 77 Prozent höher seien als 1982, sagte DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich am Montag in Düsseldorf. Die Kaufkraft der Arbeitnehmer sei dagegen mehrere Jahre rückläufig gewesen und habe erst 1987 wieder das Niveau von 1979 erreicht. Die jetzt abgeschlossene Studie zeige, wie unhaltbar Forderungen nach einem Verzicht auf Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen seien und widerlege Unkenrufe über die angeblich „schlechte Qualität“ des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland, meinte Geuenich. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen bleibe aber trotz der „glänzenden“ Gewinnlage schwach.

Stuttgarter Zeitung, 17. Mai 1988

Arbeitslosigkeit in der EG 1987

Jahresdurchschnitt



Insgesamt keine Besserung

16,1 Millionen Menschen waren 1987 im Jahresdurchschnitt in der Neuen Gemeinschaft arbeitslos (für Griechenland, Portugal und Spanien lagen noch keine Ergebnisse vor). Die Bundesrepublik blieb mit einer Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent noch unter dem EG-Durchschnitt von 11,1 Prozent. Unterschiedlich hoch ist der Anteil der jüngeren Arbeitslosen (unter 25 Jahren) an den Arbeitslosen insgesamt: Die Spannweite reicht von 20,5 Prozent in der Bundesrepublik bis zu 43,5 Prozent in Italien.

Quelle: Eurostat 17.5.88

Wirtschaftsflaute vorausgesagt

Fünf führende Institute befürworten vorgezogene Steuerreform

BONN, 1. Mai (dpa/VWD). Ein vorübergehend höheres Wirtschaftswachstum in diesem und eine deutliche Abschwächung im nächsten Jahr, die „möglicherweise bis hin zur Stagnation gehen“ könne, sagen die fünf führenden bundesdeutschen Konjunkturforschungsinstitute voraus. In ihrem Frühjahrsgutachten, das am heutigen Montag in Bonn offiziell vorgelegt wird, machen sie für das voraussichtliche Erlahmen der Konjunktur vor allem den eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs verantwortlich. Erstens sei die angekündigte Erhöhung von Verbrauchssteuern zur Begrenzung des Haushaltsdefizits „verfehlt“, und zweitens müsse die Steuerreform auf den Beginn des Jahres 1989 vorgezogen werden, damit die Verbrauchernachfrage zusätzliche Impulse erhalte.

Trotz des erwarteten Wirtschaftswachstums von zwei Prozent in diesem Jahr (1,7 Prozent 1987) und einer Zunah-

me der Beschäftigungszahl um 70 000 auf knapp 22,8 Millionen, werde die Arbeitslosigkeit steigen, und zwar um gut 40 000 auf nicht ganz 2,28 Millionen Betroffene. Im nächsten Jahr rechnen die Wirtschaftsforscher sogar mit 2,3 Millionen Stellensuchenden.

Das „Kernproblem“ sehen die Institute in dem Mangel an Wachstumsdynamik, der in der schwachen Investitionstätigkeit zum Ausdruck komme. Aufgrund der deutlich gestiegenen Unternehmensgewinne wäre eigentlich mit einem stärkeren Wachstum der Ausgaben für neue Maschinen und Anlagen zu rechnen gewesen.

Die Firmen erzielen aber in weitaus größerem Maße als noch vor zehn oder 15 Jahren Gewinne aus Finanzanlagen. Demgegenüber hätten die Risiken von Investitionen in Sachkapital zugenommen, ohne daß die Wirtschaftspolitik kompensierend eingreife.

F.R. 2.5.88

Frühjahrsgutachten sagt Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung voraus

pjv/np – Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik schließen auf mittlere Sicht eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aus. In ihrem Frühjahrsgutachten, das sie heute offiziell vorlegen, erwarten sie für 1988 noch eine günstige konjunkturelle Entwicklung mit einem realen Wirtschaftswachstum von zwei Prozent.

Das „Kernproblem“ der deutschen Wirtschaft sei der Mangel an Wachstumsdynamik. Kennzeichnend dafür sei die Schwäche der Investitionstätigkeit. Finanzanlagen seien attraktiver als Engagements in Sachkapital. Die Wirtschaftspolitik habe wenig dazu beigetragen, diese Risiken auszugleichen und die mittelfristigen Erwartungen zu verbessern.

Für 1989 halten die Institute bei starkem Rückgang des privaten Verbrauchs nur noch ein Wachstum von 1,25 Prozent für wahrscheinlich. Höhere Preise und mehr Arbeitslose wären die Folgen. Auch nach sechs Jahren Aufwärtsentwicklung dürfte es 1989 aber keine Wende nach unten geben. Für eine mögliche Stagnation machen die Institute vor allem die Finanzpolitik verantwortlich. Sie empfehlen, die für 1990 geplante Steuerreform um ein Jahr vorzuziehen. Auf die Erhöhung der Verbrauchssteuern zur Haushaltssanierung sollte verzichtet werden.

In ihren Eckdaten gehen die Institute – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Institut für Weltwirtschaft, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung – für 1989 von einer deutlich schlechteren Entwicklung aus. Die Abschwächung sehen sie schon im 2. Halbjahr 1988 kommen.

Abteilung Wirtschafts-, Technologie-
und Ökologiepolitik

D'dorf März 1988

Wirtschaftspolitischer
Arbeitskreis beim
Parteivorstand der DKP

Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und der Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, wie sie anhand der bis Mitte März 1988 verfügbaren Daten gegeben werden kann

(Verfaßt auf der Grundlage der "Informationen ..." des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Nr. 1/1988, Beilage zur NACHRICHTEN Nr. 3/1988)

Der mit der zyklischen Krise von 1980/82 begonnene Konjunkturzyklus ist 1987 zu Ende gegangen, die Bundesrepublik steht am Beginn eines neuen zyklischen Abschwungs. Die aktuellen Daten über Produktion, Beschäftigung und Auftragseingänge werden dabei derzeit noch durch die Auswirkungen des milden Winters gestützt, vor allem im Jahresvergleich mit dem Winter 1987/88.

Die Prognosen rechnen überwiegend für 1988 nochmals mit einer leichten Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um ein bis einhalb Prozent im Jahresdurchschnitt - was aber im besten Fall Stagnation im Jahresverlauf bedeutet. Der "Wachstumsüberhang" vom Jahresende 1987 gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1987 bewirkt, daß statistisch noch ein leichtes Wachstum registriert wird.

I

Schon 1987 ist die Konjunktur nur noch durch die stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs gestützt worden, der real nochmals um drei Prozent zugenommen hat. Ohne den Rückgang der Import- und Rohstoffpreise, insbesondere der Rohölpreise, wäre es schon 1987 zu der jetzt einsetzenden zyklischen Abschwächung gekommen. Auch 1988 wird der private Verbrauch weiter deutlich zunehmen, wenn auch langsamer als im Vorjahr. Der milde Winter, der die Heizkosten gedrückt hat, sorgt zusätzlich für eine relativ große

"Liquidität" der Verbraucherhaushalte. Der niedrige Dollarkurs, die gedrückten Rohstoffpreise, die niedrigen Nahrungsmittelpreise werden weiterhin dafür sorgen, daß die inflationären Tendenzen auf der Verbraucherpreisebene in Grenzen bleiben. Hinzu kommen die Auswirkungen der zweiten Stufe der Steuerreform, die zwar ganz überwiegend bei den hohen und höchsten Einkommensgruppen positiv zu Buche schlagen, gleichwohl die Kaufkraft der privaten Haushalte stützen. Obwohl die für 1988 gültigen Lohntarifabschlüsse - wie der Abschluß im öffentlichen Dienst - kaum über Lohnerhöhungen im Umfang von etwa zwei Prozent hinausgehen, wird es nochmals zu einer leichten Ausweitung der realen Kaufkraft der Löhne und Gehälter und der Sozialeinkommen kommen. Die Reallöhne, definiert als Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten, werden trotz der eher ungünstigen Tarifabschlüsse weiter zunehmen: Erstmals wird das Reallohnniveau von 1979 wieder überschritten werden.

II.

Ein großer Unsicherheitsfaktor ist die internationale Konjunkturlage.

Der Konjunkturgleichschritt der letzten Jahre hat sich offensichtlich etwas gelockert: Vor allem in Japan ist es nach einer Phase der Abschwächung im Jahre 1987 zunächst wieder zu einer konjunkturellen Belebung gekommen, wesentlich stimuliert durch eine gezielte antizyklische Konjunkturpolitik der Regierung. Auch in Großbritannien hat sich die Lage verbessert, wobei vor allem die kräftige Zunahme der privaten Kaufkraft ausschlaggebend gewesen ist.

In den USA dagegen ist die Konjunktur labil geblieben, neue Daten deuten auf eine weitere Abschwächung, möglicherweise auf den Beginn einer leichten Rezession hin. In den übrigen großen westeuropäischen Ländern überwiegen ebenfalls Abschwächungstendenzen.

Vor diesem Hintergrund hält sich die bundesdeutsche Außenwirtschaft auf einem stabilen Niveau. Zwar hat der Aufwertungsdruck auf die DM einerseits die Exportchancen etwas verschlechtert und den Importdruck aus dem Ausland erhöht, andererseits aber beinhaltet die starke DM einen ständigen Ressourcentransfer zugunsten der

Bundesrepublik, der den inländischen Verteilungsspielraum, z.B. durch billige Rohstoffeinfuhren, erhöht. Dies ermöglicht einerseits eine weitere Steigerung der Reallöhne, während die Unternehmensgewinne gleichzeitig ebenfalls ansteigen. Die Verteilungsrelation verschiebt sich immer noch zugunsten der Gewinne.

Die außerordentlich günstige Ertragslage der Unternehmen, Selbstfinanzierungsquoten im Unternehmensbereich von über 100 Prozent, Kapitalrenditen, die an die Zeiten des "Wirtschaftswunders" erinnern, Verteilungsrelationen wie am Beginn der 60er Jahre - alles dies hat bislang aber zu keiner Belebung der Investitionen geführt. Im Gegenteil: Die Bruttoanlageinvestitionen liegen derzeit real nicht über dem Stand von 1980, für 1988 ist mit einer Stagnation zu rechnen. Vor allem die Erweiterungsinvestitionen werden zurückgehen, während die Rationalisierungsinvestitionen etwas verstärkt werden.



Rationalisierung ist Trumpf

Das Investitionsklima kühlt sich ab. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts bei 3 350 Industrie-Unternehmen. 21 Prozent der Befragten wollen 1988 weniger Geld in Maschinen, Fahrzeuge und Anlagen stecken als 1987. 38 Prozent beabsichtigen, ihre Investitionsausgaben auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Und 41 Prozent denken an eine Aufstockung dieses Etats. Damit hat sich der Anteil der "mehr"-Stimmen in den letzten Jahren merklich verringert.

Die außerordentlich hohen liquiden Mittel der Unternehmern fließen weiterhin an die Kapitalmärkte und dienen zur Finanzierung des Kapitalexportes.

Allein in den drei letzten Jahren sind per Saldo etwa 180 Milliarden DM ins Ausland abgeflossen, darunter mehr als 30 Milliarden in Form von Direktinvestitionen, fast ausschließlich in andere entwickelte kapitalistische Länder.

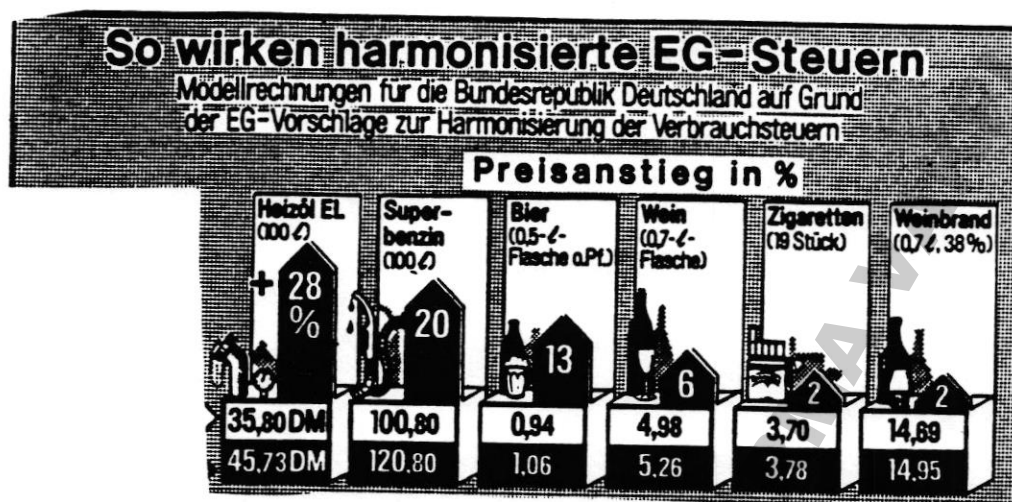
III.

Die öffentliche Haushaltspolitik ist im Zuge der Konjunkturabschwächung unter den Druck rapide anwachsender Finanzierungsdefizite gekommen. Dies zeigt, daß die konservative Finanzpolitik die versprochenen Ergebnisse nicht gebracht hat: Obwohl wirksame beschäftigungsfördernde öffentliche Ausgabenprogramme nicht aufgelegt wurden (angeblich um die Staatsverschuldung zu reduzieren), steht die Bundesregierung nun vor neuen Verschuldungsrekorden.

Trotzdem sollte der Versuchung widerstanden werden, das erneut klaffende Defizit beim Bundeshaushalt von mindestens 40 Milliarden DM zum wirtschaftspolitischen Problem hochzustilisieren. Denn öffentliche Schulden an sich sind keineswegs ein Problem - es kommt auf die Verwendung der Gelder an. So wäre die Finanzierung sinnvoller öffentlicher Investitionen und neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in Krisenregionen wie z.B. Rheinhausen, Maxhütte, durch Kredite ein strukturell und konjunkturell ein außerordentlich nützlicher Schritt - leider aber hängt das Defizit (sieht man von Faktoren wie Bundesbankgewinn und Anforderungen aus dem EG-Haushalt ab) wesentlich mit der Steuerreform zusammen.

Die Finanzierung von Steuersenkungen zugunsten von Gewinnen und hohen Einkommen über Kredite aber ist ein in jeder Hinsicht schädlicher Akt: Wie oben gezeigt, fließen die damit verbundenen noch höheren Erträge überwiegend nicht in zusätzliche Investitionen

oder in den Konsum sondern in die Geldvermögensbildung und den Kapitalexport.



Trotzdem sollte alles vermieden werden, was auf einen Abbau des Defizits durch Beschränkung bei den öffentlichen Ausgaben hinausläuft. die für 1989 angekündigte Erhöhung der Verbrauchssteuern und die Mehrwertsteuer z.B. wäre ein Beitrag zur Gefährdung der ohnehin labilen Konjunktur.

IV.

Gegenwärtig spricht die Mehrheit der Faktoren dafür, daß die sich anbahnende neue zyklische Krise zumindest zunächst recht milde verlaufen wird. Die niedrige Inflation und die private Kaufkraft, die "Entzerrung" im internationalen kapitalistischen Konjunkturzyklus, das hohe Niveau der Rationalisierungsinvestitionen wirken derzeit noch stabilisierend, d.h. sie mildern die krisenhaften Tendenzen.

Auf der anderen Seite ist das weltwirtschaftliche Risikopotential gewaltig: Die Ungleichgewichte im Außenhandel, vor allem das Defizit der USA und die Überschüsse in Japan und in der BRD, das weiter drückende Problem der Dritte Welt Verschuldung, die damit verbundene wirtschaftliche Zerrüttung in vielen Schuldnerländern, die Labilität der Leitwährung Dollar (welcher derzeit international gestützt wird), das nach wie vor hohe Niveau der Börsenkurse - alles dies sind Faktoren, die rasch wieder zu akuten Brüchen (wie

dem Börsenkrach vom Oktober 1987) führen können. Es ist klar, daß Maßnahmen zur Stabilisierung des internationalen Finanzgeschehens unter dem Druck auch einer zunächst milde verlaufenden Rezession schwieriger werden. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein 1988 sicherlich noch schwacher Abschwung 1989 in eine tiefe zyklische Krise übergeht.

V.

Unabhängig von diesen Gefahrenmomenten hat sich die Situation am Arbeitsmarkt schon jetzt wieder deutlich verschlechtert.

Der seit 1984 zu registrierende Anstieg der Beschäftigung stockt, die Arbeitslosenzahlen steigen wieder deutlich an. Trotz des milden Winters und trotz einiger Veränderungen statistischer Natur (so bleiben z.B. Frauen, die das "Babyjahr" in Anspruch nehmen in der Beschäftigungsstatistik) liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen um etwa 30 000 über dem Vorjahresstand. Obwohl auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung einiges erreicht werden konnte - so werden im Verlauf des Jahres 1988 etwa 4,4 Millionen Beschäftigte eine tarifliche Wochenarbeitszeitverkürzung von unter 38,5 Stunden haben - ist das Tempo der Arbeitszeitverkürzung zu langsam, um merkliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu sichern. Um so notwendiger sind jetzt weitere Aktivitäten zur Ausweitung der Inlandsnachfrage: durch Abwehr der antisozialen Eingriffe bei der Krankenversicherung bzw. bei der sogenannten Rentenstrukturreform. In der Steuerpolitik der Rechtskoalition - Praxis des Gebens und wieder Nehmens - sollte die unsoziale und unsoziale Umverteilung von unten nach oben abgeblockt werden. Denn der rund 19 Milliarden DM-Betrag ab 1990 wäre sinnvoller als Investitionsstock für öffentliche Beschäftigungsprogramme zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit und für spürbare Steuerentlastungen (wie höhere Freibeträge) der Arbeiter und Angestellten und gering verdienenden Selbständigen einzusetzen.

Der Abbau von Subventionen bleibt bis zum Jahr 1992 weit unter Plan

HANDELSBLATT, Sa./So., 19./20.3.1988

uhl BONN. Die Kabinettsvorlage über die Steuerreform 1990, die das Bundeskabinett am Dienstag verabschiedet wird, sieht Steuerentlastungen von 39,7 Mrd. DM und einen Abbau von Steuervergünstigungen von 18,9 Mrd. DM vor, so daß die Nettoentlastung 20,8 Mrd. DM beträgt.

Dieser Ziffern liegen um jeweils 100 bis 200 Mill. DM über denen des Referentenentwurfs. Allerdings beziehen sich diese Zahlen auf das sogenannte Entstehungsjahr 1990. Kassenmäßig beträgt die Gesamtentlastung 1990 lediglich 35,4 Mrd. DM, der Subventionsabbau - einschließlich von einmaligen 2,3 Mrd. DM durch die Umstellung der Auszahlung der Arbeitnehmer-Sparzulage auf die Finanzämter - 13,2 Mrd. DM und die Nettoentlastung 22,2 Mrd. DM. In den Kassenjahren 1991 und 1992 steigen die Steuerentlastungen auf 40,8 und 43,3 Mrd. DM, das Subventionsabbauvolumen bleibt dagegen mit 14,8 und 16,7 auch 1991 und 1992 unter dem Planwert von 18,9 Mrd. DM.

Stoltenberg hat in seiner Kabinettsvorlage eine zusätzliche Subvention von jährlich 15 Mill. DM untergebracht. Die 1981 im Rahmen des 1. Subventionsabbaugesetzes eingeführte Mineralölbesteuerung für Sport- und Privatflieger soll wieder abgeschafft werden. Darauf hatte vor allem Franz Josef Strauß, der selber fliegt, gedrängt.

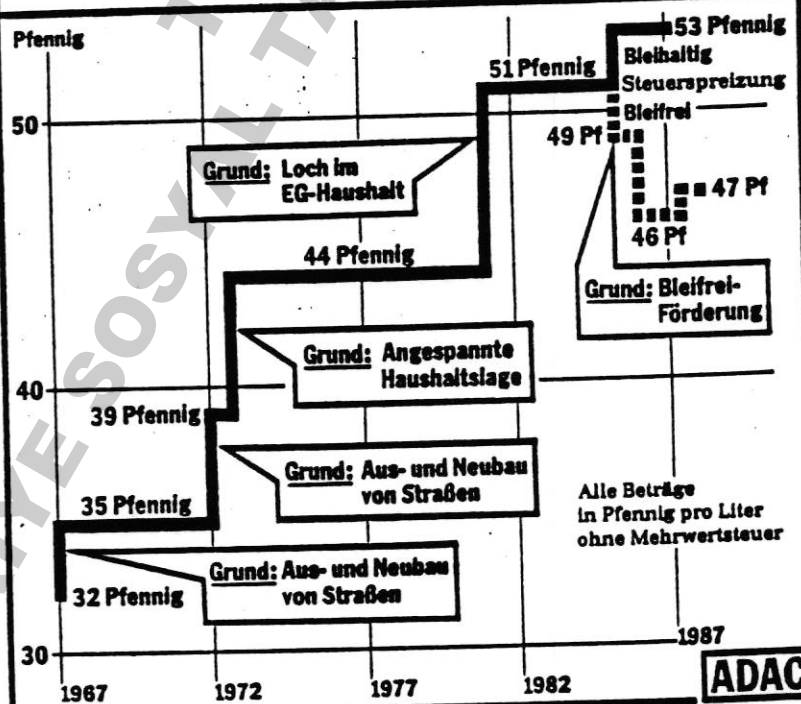
Wie bereits berichtet, hat Stoltenberg die sich durch die Änderung des § 34 EStG, die generelle Senkung des ermäßigten Körperschaftsteuersatzes sowie die Quellensteuerbefreiung der Kirchen und anderer Organisationen zunächst auftuende Lücke von gut 1 Mrd. DM vor allem rechnerisch geschlossen. Durch die Einbeziehung der Amnestie bei der Zinsbesteuerung bleibt das Aufkommen der Quellensteuer mit 4,2 im Vergleich zum ursprünglichen Ansatz von 4,3 Mrd. DM fast unverändert. Mit 100 Mill. DM zusätzlich wurde die Abschaffung der Jubiläumszuwendungen veranschlagt. Die im Referentenentwurf noch nicht als quantifizierbar bezeichnete Änderung bei Dauerschulden von Kreditin-

stituten wird jetzt mit 200 Mill. DM taxiert. 250 Mill. DM soll die offenbar einzige - im Vergleich zum Referentenentwurf - zusätzliche Kürzung bringen: die Streichung der Steuervergünstigung für kleinere Unternehmen im Rahmen des 936-DM-Gesetzes.

Die hier überdies vorgesehenen Änderungen bei Sparzulagen und Anlagekatalog sollen nun mit 580 Mill. 80 Mill. DM mehr bringen als bisher kalkuliert. Im übrigen bleiben nicht nur das Konten- und Versicherungssparen zur Null-Förderung im Anlagekatalog, sondern auch die Gewinnschuldverschreibungen und Genußscheine der Kreditinstitute. Stichtag für die Neuerungen der Sparförderung ist der 1. Januar 1989.

Durch die Übergangsregelung bei der geplanten Besteuerung der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit bringt diese Maßnahme nur noch 275 statt 300 Mill. DM. 1990 sollen alle Zeitzuschläge noch steuerfrei bleiben, soweit sie 6 % des Grundlohns übersteigen. Bis 1995 steigt dieser Satz um je 4 Prozentpunkte auf 26 %.

20 Jahre deutsche Mineralölsteuer



Innerhalb der letzten 20 Jahre stieg die auf Benzin erhobene Mineralölsteuer von 32 auf 53 Pfg je Liter oder um über 65 %. Die Erhöhungsargumente waren dabei sehr unterschiedlich: Aus- und Neubau von Straßen, Haushaltsdefizite, Umweltverträglichkeit. Bei der derzeit diskutierten Anhebung der Benzinbesteuerung sind es wieder einmal Finanzlöcher in der öffentlichen Kasse, die gestopft werden sollen.

Informationen zur Wirtschafts- und Umweltpolitik

Datum

25.03.1988 - Nr. 7/1988

INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR QUALITATIVES WACHSTUM

Die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums ist ein wichtiger Weg, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Notwendig ist aber ein gezieltes qualitatives Wachstum, das Arbeitsplätze erhält und dort schafft, wo sie zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen gebraucht werden, vor allen in den Bereichen Umweltschutz, Energieeinsparen und Einsatz alternativer Energiequellen, Forschung und Technologie, Verkehr, Städtebau und Wohnungsbau, Bildung und Kultur sowie öffentliche und soziale Dienstleistungen.

Der wichtigste Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch qualitatives Wachstum ist eine umfassende Investitionsoffensive der öffentlichen Haushalte. Hierzu fordert der DGB

1. eine allgemeine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden.

Wichtigste Voraussetzungen hierzu sind

- eine nachhaltige Aufstockung der Investitionspläne von Bund, Ländern und Gemeinden anstelle überzogener und unsozialer Steuersenkungen und einer als Selbstzweck betrachteten Politik der Ausgabenbeschränkung,
- eine allgemeine Stärkung der kommunalen Finanz- und Investitionskraft durch eine Reform des Gemeindesteuersystems sowie
- eine Stärkung der Investitionskraft der von Strukturschwächen und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Länder und Kommunen.

2. ein besonderes Investitionsprogramm zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums im Umfang von 50 Milliarden DM, bezogen auf fünf Jahre.

Das Programm orientiert sich in seiner Zielsetzung an dem früheren 20-Milliarden-Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP). Dieses Programm hat in den Jahren 1977 bis 1980 auf der Grundlage einer beschäftigungspolitischen Gesamtorientierung der Finanzpolitik maßgeblich dazu beigetragen, daß eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Bei der Verteilung der Mittel und bei der Vergabe von Investitionsaufträgen aus dem Programm sollen strukturschwache Regionen und Kommunen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit vorrangig berücksichtigt werden.

Auch die Unternehmen des Bundes der Länder und der Gemeinden, wie beispielsweise Bundesbahn, Bundespost und kommunale Versorgungsunternehmen, müssen mit einer Verstärkung ihrer Investitionen eine aktive Rolle bei der Durchführung des Programms übernehmen.

Betr.: Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts

Rechtspolitische Grundlage der Neuregelung des Ausländerrechts sind die beiden ausländerpolitischen Ziele der Bundesregierung, über die indessen ein breiter Grundkonsens besteht:

- einerseits die Integration der rechtmäßig bereits zugewanderten ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen und
- andererseits die Begrenzung der Zuwanderung weiterer Ausländer.

Diese beiden unterschiedlichen Ziele erfordern unterschiedliche Regelungen, die auch formell voneinander zu trennen sind, um deutlich zu machen, daß sie unterschiedliche Zielgruppen betreffen. Deshalb sieht der Entwurf ein Artikel-Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts vor, bestehend aus:

- Artikel 1: Ausländerintegrationsgesetz (AIG), das
- spezialgesetzlich-privilegierend das Aufenthaltsrecht und den Familiennachzug für die bereits im Bundesgebiet ansässigen ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen und
 - den Beauftragten der Bundesregierung für die Integration dieses Personenkreises regelt,
- Artikel 2: Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG), das das allgemeine Ausländerrecht umfassend neu regelt,
- Artikel 3-6: Änderungs- und Schlußvorschriften.

A. Artikel 1: Ausländerintegrationsgesetz (AIG)

I. Begünstigt werden durch entsprechende gesetzliche Regelansprüche

1. alle ausländischen Arbeitnehmer, die bis zum Inkrafttreten d. Gesetzes erlaubt als Arbeitnehmer für eine nicht nur vorübergehende Beschäftigung eingereist sind (also nicht sog. Seiteneinsteiger, die z.B. als Studenten oder Asylbewerber gekommen und jetzt Arbeitnehmer sind):

- erleichterte Aufenthaltsverfestigung

- o unbefristete Aufenthaltserlaubnis bei Besitz besondere Arbeitserlaubnis (wird nach 5 Jahren Arbeit erteilt; h. mehr als 90 %), einfachen mündlichen Deutschkenntnisse und Unterhalt ohne Sozialhilfe,
- o Aufenthaltsberechtigung nur unter der weiteren Voraussetzung des Nichtvorliegens von Ausweisungsgründen, ab auch schon nach fünf Jahren,
- o auch bei Arbeitslosigkeit nach acht Jahren Arbeit,

- Familiennachzug

- o des Ehegatten,
- o der Kinder unter 16 Jahren (nur zu beiden Eltern), wenn Unterhalt ohne Sozialhilfe gesichert,

2. die bereits nachgezogenen und künftig nachziehenden Ehegattin dieser Arbeitnehmer:

- Verfestigung und Verselbständigung ihres Aufenthaltsrecht schon nach drei Jahren Aufenthalt, wenn der Aufenthalt d. Arbeitnehmers verfestigt und der Unterhalt ohne Sozialhilfe gesichert ist,

3. die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes

- nachgezogenen Kinder dieser Arbeitnehmer:

- o Verfestigung und Verselbständigung des Aufenthaltsrechts nach Vollendung des 16. Lebensjahres und 5 Jahren Aufenthalt bei ausreichenden Deutschkenntnissen und ohne Sozialhilfe gesichertem Unterhalt,

- nachgezogenen und verheirateten Kinder dieser Arbeitnehmer:

- Ehegattennachzug wie von der Bundesregierung 1981 empf
aber ohne Ehebestandszeit.

4. Weitere Begünstigungen sind vorgesehen bei der Ermessens
übung, der befristeten Aufenthaltsverlängerung, der Ausw
und den Gebühren sowie bei der Rückkehr wehrdienstleist
Arbeitnehmerkinder.
5. Die Begünstigungen der Ehegatten und Kinder betreffen nu
materielle Aufenthaltsrecht. Formell erhalten sie - wie
vorgesehen - die Familienaufenthaltsgenehmigung (FAG) un
verfestigten Status nur die unbefristete FAG, die inhalt
aber wie die Aufenthaltsberechtigung ausgestaltet ist.

- II. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der
ländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen
 - ist seinen Aufgaben entsprechend wie bisher dem BMA zugeo
 - hat den in Art. 56 GG vorgesehenen Amtseid zu leisten,
 - ist ehrenamtlich mit einer Amtszeit von längstens 10 Jahr
tätig, dabei zwar unabhängig, aber der Politik der Bundes
regierung verpflichtet, die ihn jederzeit entlassen kann, u
 - hat als Aufgaben die Förderung der sozialen und beruflich
Integration, des Verständnisses zwischen Deutschen und Au
ländern sowie der freiwilligen Rückkehr und Reintegration
 - aber wie bisher keine Zuständigkeit im Bereich des Auslän
rechts, insbesondere des Verwaltungsvollzugs.

B. Artikel 2: Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG)

I. Allgemeine Grundsätze und Regelungen

1. Der Entwurf hält an den Erfordernissen der Paßpflicht ur
Aufenthaltsgenehmigungspflicht fest. Letztere wird auf A
länder unter 16 Jahren ausgedehnt.
2. Festgeschrieben wird der weite ausländerrechtliche Ermes
begriff als das Recht der Bundesrepublik Deutschland, auf

ihrer Gebietshoheit nach Maßgabe ihrer Interessen über den Aufenthalt von Ausländern zu entscheiden,

- weil Ausländer kein originäres, der gesetzlichen Regelung vorgegebenes Aufenthaltsrecht haben,
- die Aufenthaltsgewährung vielmehr ein kraft der Gebietshoheit souveräner Akt des Staates ist.

3. Für die Ermessensausübung wird der Vorrang der öffentlichen Interessen vor den Belangen des Ausländers festgeschrieben sowie die Pflicht zur Berücksichtigung persönlicher Belang und die Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung auf im Bundesgebiet gelegene Sachverhalte beschränkt, weil

- jeder Staat das Recht und die Pflicht hat, zuerst für da Wohl des eigenen Staatsvolkes zu sorgen und
- eine Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung im Ausland Verwaltung und Gerichte überfordern würde.

4. Das Ausländerrecht ist kein Einwanderungsrecht

- Ausländern sollen künftig grundsätzlich nur noch befristete Aufenthalte gewährt werden.
- Die Aufenthaltsverfestigung wird auf begründete Einzelfälle und auf die Fälle beschränkt, in denen eine Aufenthaltsbeendigung aus rechtlichen, humanitären oder politischen Gründen nicht möglich ist.

II. Aufenthaltsgewährung nach gruppenspezifischen Regelungen

Die Frage, ob ein Aufenthalt gewährt und verfestigt werden so kann nicht undifferenziert für alle Ausländer nach denselben Grundsätzen und Gesichtspunkten entschieden werden. Der Entwurf zieht daraus die Konsequenz, indem er das Aufenthaltsrecht nach dem Prinzip gruppenspezifischer Regelungen normiert. Rechtstechnisches Mittel für die Durchführung dieses Prinzips ist die Differenzierung in verschiedene Aufenthaltstitel, die unter dem Oberbegriff Aufenthaltsgenehmigung zusammengefaßt sind. Maßgebendes Differenzierungskriterium ist der Grund und Zweck der Aufenthaltsgewährung.

1. Aufenthaltsgewährung ohne Bindung an bestimmten Aufenthalt zweck, z.B. Arbeitnehmer, Selbständige.

Diese Ausländer erhalten den allgemeinen Aufenthaltstitel Aufenthaltserlaubnis.

- Diese darf nur bis zu einer Gesamtgeltungsdauer von maxi 8 Jahren befristet verlängert werden, so daß künftig ein Daueraufenthalt im Wege befristeter Verlängerungen ausgeschlossen ist.

Aufenthaltsverfestigung

- ist nicht mehr automatische Folge einer bestimmten Aufenthaltsdauer, sondern die auf begründete Einzelfälle beschränkte Ausnahme,
- setzt die Einfügung in die hiesige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung, insbesondere gesicherte wirtschaftliche Existenz und ausreichende Deutschkenntnisse voraus, so daß die Aufenthaltsverfestigung nicht Mittel sondern Folge gelungener Integration ist,
- erfordert, daß auch aus der Sicht der öffentlichen Belange ein überwiegendes Interesse am dauernden Verbleib besteht
- erfolgt in zwei Stufen:
 - o unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach frühestens 5 Jahren und nach spätestens 8 Jahren muß die abschließende Ermessensentscheidung fallen, ob der Ausländer bleiben darf oder wieder ausreisen muß,
 - o die Aufenthaltsberechtigung ist ein unbeschränkbares Aufenthaltsrecht, das erhöhten Ausweisungsschutz gewährt und nur Ausländern erteilt werden kann, die seit fünf Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen. Wer 10 Jahre im Bundesgebiet erwerbstätig war, hat einen Regelanspruch auf Aufenthaltsberechtigung.

2. Aufenthaltsbewilligung für einen bestimmten, zeitlich begrenzten Zweck, z.B. Studenten, Werksvertragsarbeitnehmer, Touristen

Diese Ausländer erhalten eine Aufenthaltsbewilligung, die

- von vornherein eine spätere Aufenthaltsverfestigung ausschließt und
- nur verlängert werden darf, solange sich der ursprüngliche Aufenthaltswert noch nicht erledigt hat.

3. Aufenthaltsbewilligung aus humanitären und politischen Gründen, z.B. de facto-Flüchtlinge

Diese Ausländer erhalten eine Aufenthaltsbewilligung, die

- jeweils nur für 1 Jahr erteilt und verlängert wird,
- nur verlängert werden darf, solange der Aufenthaltswert fortbesteht und

- räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt ist.

Aufenthaltsverfestigung ist möglich:

- Nach mindestens 8 Jahren Aufenthaltsgestattung kann eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die fÜgung in die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Or gelungen ist und alle übrigen Voraussetzungen vorliegen.
- Nach weiteren fünf Jahren kann eine Aufenthaltsberechtigt erteilt werden.

Geregelte Fallgruppen für die Aufenthaltsgestattung:

- Ausländer, denen von vornherein - z.B. durch Übernahmemeer des BMI - aus humanitären oder politischen Gründen der A halt gestattet wird.
 - Ausländer, deren erlaubter Aufenthalt nach den allgemeir Vorschriften nicht verlängert werden kann, denen aber aus zwingenden humanitären Gründen ein weiterer Aufenthalt e möglich werden soll.
 - Ausreisepflichtige Ausländer, denen nach den allgemeiner schriften keine Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden ka (z.B. abgelehnte Asylbewerber, ausgewiesene oder illegal gereiste Ausländer), deren Abschiebung aber von ihnen n zu vertretende Hindernisse entgegenstehen.
 - o Ihnen darf aber frühestens nach zwei Jahren Duldung Aufenthaltsgestattung erteilt werden.
- "Patenschaftsmodell": Ausländer, deren weiterer Aufentha sich humanitär rechtfertigen läßt, solange ein Dritter u ausreichender Sicherheitsleistung die Unterhaltskosten : Ausländer und seine Familienangehörigen übernimmt.

4. Familiennachzug allgemein

Ausländer, denen der Aufenthalt im Wege des Familiennachzu erlaubt wird, erhalten eine Familienaufenthaltsgenehmigung

- an den Zweck der Herstellung und Wahrung der ehelichen bzw. familiären häuslichen Gemeinschaft mit dem im Bunde gebiet lebenden Deutschen oder Ausländer gebunden ist und
- grundsätzlich erst mit der unbefristeten Verlängerung zu einem selbständigen Aufenthaltsrecht erstarkt.

Die allgemeinen Nachzugsvoraussetzungen sind im wesentlich wie in der geltenden Praxis geregelt,

- insbesondere werden angemessene Wohnung und gesicherte w schaftliche Existenz gefordert.

Der Familiennachzug bleibt grundsätzlich

- auf Ehegatten und ledige Kinder unter 16 Jahren beschränkt
- wird sonstigen Familienangehörigen nur in Ausnahme- und Härtefällen gewährt.

5. Ehegattennachzug

Für den Nachzug sind je nach der Rechtsstellung des Ausländers zu dem der Ehegatte nachziehen will, unterschiedliche Regelungen vorgesehen:

Ehegatten von Ausländern mit Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung (z.B. Arbeitnehmer) erhalten Regelanspruch auf Nachzug.

Ehegatten von Ausländern mit Aufenthaltsbewilligung (z.B. Studenten), die derzeit grundsätzlich nicht nachziehen dürfen, kann Nachzug nach Ermessens erlaubt werden, falls spätere Rückkehr des Ausländers dadurch nicht erschwert oder gefährdet wird.

- Ehegatten von Ausländern mit Aufenthaltsgestattung (des Flüchtlings) kann Nachzug nur erlaubt werden,
 - o wenn Ehe bereits bei Einreise des Ausländers besteht
 - o Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft außerhalb des Bundesgebiets unmöglich ist.

- Ehegatten von Ausländern der 2. Generation kann Nachzug Ermessens erlaubt werden, wenn

- o der Ausländer eine unbefristete Familienaufenthaltsgenehmigung besitzt und seit mindestens acht Jahren im Bundesgebiet lebt und
- o seine Einbürgerung aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen gescheitert ist (z.B. Mehrstaatigkeit).

Dafür wird auf die 1-jährige Ehebestandszeit verzichtet.

Ausgeschlossen ist der Ehegattennachzug zu Ausländern mit befristeter Familienaufenthaltsgenehmigung oder Duldung.

Aufenthaltsverfestigung für Ehegatten

- erfolgt nur in einer Stufe durch unbefristete Verlängerung der Familienaufenthaltsgenehmigung, die dann aber diese Rechtsstellung gewährt - also ggf. die der Aufenthaltsberechtigung -, über die der Ausländer selbst verfügt,
- setzt zwingend voraus, daß der Ausländer selbst einen verfestigten Aufenthaltsstatus hat,

- wird mit dieser Maßgabe als Regelanspruch nach 5 Jahren enthalt gewährt und
- bewirkt Verselbständigung des Aufenthaltsrechts, d.h. Ehegatte darf bleiben trotz Auflösung der häuslichen Gemeinschaft oder der Ehe.

Vorzeitige Verselbständigung des Aufenthaltsrechts ist vorzusehen

- nach Ermessen bei Tod des Ausländers,
- in begründeten Einzelfällen nach 3 Jahren Aufenthalt bei Auflösung der häuslichen Gemeinschaft,

aber nicht für Ehegatten von Ausländern mit Aufenthaltsbewilligung, weil sie in keinem Zeitpunkt mit Daueraufenthalt rechnen können.

6. Kindernachzug

wird grundsätzlich nur zu beiden Elternteilen zugelassen, so daß sich Ausschluß und Beschränkungen des Ehegattennachzuges automatisch auf Kindernachzug auswirken.

- Kinder unter 6 Jahren: Rechtsanspruch auf Nachzug,
- Kinder von 6-15 Jahren: Nachzug nach Ermessen,
 - o aber kein Nachzug mehr, wenn ein Elternteil länger als 1 Jahr eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzt

Verlängerung der Familienaufenthaltsgenehmigung nach Volljährigkeit

- setzt zwingend voraus, daß mindestens ein Elternteil noch im Bundesgebiet lebt oder vor seiner Rückkehr oder seinem Erwerb einen verfestigten Aufenthaltsstatus hatte.

Mit dieser Maßgabe

- haben Kinder, die im Bundesgebiet die Schulpflicht erfüllen,
 - o einen Rechtsanspruch, wenn sie seit dem 6. Lebensjahr im Bundesgebiet leben,
 - o einen Regelanspruch, wenn sie seit dem 10. Lebensjahr im Bundesgebiet leben,
- kann bei später nachgezogenen Kindern nach Ermessen verweigert werden, wenn sie ausreichende Deutschkenntnisse haben und nicht erwerbstätig oder in einer Ausbildung sind.

Aufenthaltsverfestigung für Kinder

- erfolgt nur in einer Stufe durch unbefristete Verlängerung der Familienaufenthaltsgenehmigung, die aber dieselbe Rechtsstellung wie die Aufenthaltsberechtigung mit Ausnahme des Familiennachzugsrechts gewährt,
- setzt zwingend voraus
 - o Volljährigkeit und Aufenthalt von mindestens 8 Jahren,
 - o ausreichende Deutschkenntnisse und eigenständige, gesicherte wirtschaftliche Existenz,
 - o bestehenden oder früheren verfestigten Aufenthaltsstatus eines Elternteils, so daß Kinder von Ausländern mit Aufenthaltsbewilligung von vornherein ausgeschlossen sind,
 - o wird gewährt in derselben Weise (Rechts- und Regelan-spruch oder Ermessen) und unter denselben weiteren Voraussetzungen wie die befristete Verlängerung nach Volljährigkeit.

Praktische Relevanz der Regelungen über Verlängerung und V festigung nach Volljährigkeit

- derzeit gering, weil im wesentlichen alle der mehr als 1 Millionen Ausländer unter 16 Jahren im Bundesgebiet unter das Ausländerintegrationsgesetz oder EG-Vor-schriften fallen,
- wird in dem Maße zunehmen, in dem eine Zuwanderung von a halb der EG zugelassen wird.

III. Aufenthaltsbeendigung

1. Ausweisungstatbestände

Der Entwurf unterscheidet

- Ist-Ausweisung für Fälle besonders schwerer Kriminalität
- Regel-Ausweisung für Fälle erheblicher (z.B. Drogen-) Kr-tät und extremistischer, insbesondere gewalttätiger pol-tischer Betätigung
- Kann-Ausweisung, über die nach Ermessen zu entscheiden wegen Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der Bunde-republik Deutschland. Diese Generalklausel wird dem gel-den Recht entsprechend durch acht beispielhafte Ausweis-gründe präzisiert. Neu sind davon
 - o Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland und de-fassungsorgane von Bund und Ländern,

- o Verbrauch von Heroin, Cocain und vergleichbar gefährlichen Drogen,
- o } Obdachlosigkeit und geltenden Rechtsvorschriften nicht genügende Wohnverhältnisse,
- o { Arbeitslosenhilfebezug von mehr als 1 Jahr.

2. Ausweisungsschutz

Einigen Ausländergruppen (z.B. Asyl- und Aufenthaltsberechtigten, Familienangehörigen von Deutschen und von Ausländern mit verfestigtem Aufenthaltsstatus) wird ein erhöhter Ausweisungsschutz gewährt:

Ausweisung

- nur aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung,
- nur auf Grund Ermessensentscheidung, auch bei Vorliegen von Ist- und Regel-Ausweisungsgründen,
- nicht wegen Sozial- oder Arbeitslosenhilfebezugs.

3. Abschiebungsschutz wegen politischer Verfolgung

Der Entwurf hält uneingeschränkt an dem nach Art. 16 Abs. Satz 2 GG gebotenen Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter in den Verfolgerstaat fest, aber

- die materielle Frage, ob ein Ausländer politisch verfolgt ist, wird künftig nicht mehr von der Ausländerbehörde, sondern ausschließlich vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
 - o im Rahmen eines Asylverfahrens
 - o nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes geprüft und entschieden,
- so daß künftig alle Ausländer, die sich auf politische Verfolgung berufen, ausnahmslos so behandelt werden, wie es AsylVfG für Asylbewerber vorgesehen ist.
- Die Gleichstellung betrifft auch
 - o das Gerichtsverfahren: objektive Klagehäufung, Einzelrichter, grundsätzlich nur 1 Instanz und
 - o das Arbeitserlaubnisrecht: 5 Jahre Arbeitsverbot.

IV. Sonstige Änderungen

Von den zahlreichen Einzeländerungen gegenüber der geltenden Gesetzes- oder Rechtslage sind zu nennen:

- Die unmittelbare Anwendbarkeit von Völkervertragsrecht wird auf die Fälle beschränkt, in denen es ausdrücklich gesetzlich bestimmt ist.
- Die zwingende Verknüpfung von Aufenthaltsrecht und Besitz eines gültigen Passes wird aufgelöst.
- BMI kann durch VO mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß befristete Aufenthaltsgenehmigungen nicht erteilt oder verlängert werden dürfen (z.B. Anwerbestopp).
- Das Recht auf politische Betätigung wird auf Ausländer beschränkt, die rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben.
- Beteiligung des BMI wird ausgeweitet: Ländererlasse über humanitäre Aufnahme oder Duldung von Ausländergruppen (z.B. Ostblock) bedürfen künftig des Einvernehmens mit dem BMI.
- Die Gebührensätze werden erheblich erhöht, eine Bearbeitungsgebühr wird eingeführt.
- Zur Bekämpfung illegalen Aufenthalts werden alle Behörden verpflichtet, jeden illegalen Ausländer zu melden.

C. Wichtige Änderungen anderer Gesetze

- Im Heimatlose-Ausländer-Gesetz wird
 - o für die Zukunft die Vererblichkeit dieser Rechtsstellung ausgeschlossen,
 - o für den Familiennachzug auf die für ausländische Familienangehörige Deutscher geltenden Vorschriften verwiesen.
- In das Kontingentflüchtlings-Gesetz wird eine dem AsylVG entsprechende Widerrufs- und Erlöschensregelung eingefügt.
- Im Aufenthalts-Gesetz/EWG wird die Sichtvermerksbefreiung für Ehegatten von EG-Angehörigen aus Drittstaaten abgeschafft, um diesen Personenkreis nicht mehr gegenüber deutschverheirateten Ausländern zu begünstigen und die Rechtslage an die in Benelux und Frankreich anzugleichen.
- Im 10. Buch des Sozialgesetzbuches wird die Datenschutzregelung dahin geändert, daß die Sozialämter künftig jeden Sozialhilfebezug von Ausländern zu melden und alle übrigen ausländerrechtlichen Mitteilungspflichten zu erfüllen haben.
- Im Bundessozialhilfegesetz wird verboten, Ausländern an Orten Sozialhilfe zu leisten, an denen sie sich einer räumlichen Beschränkung zuwider aufhalten.

Krisen„bewältigung“ auf Zimmermanns Art

Zu „mehr Rechtssicherheit“ und zur „guten Nachbarschaft“ zwischen Deutschen und den „hier lebenden“ Ausländern solle der Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums zum Ausländerrecht beitragen, erklärte noch Anfang April der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Seiders. Inzwischen läßt sich nachprüfen, was Geistes Kind diese „Gestaltungsaufgabe“ der zweiten Legislaturperiode der Rechtskoalition ist, die in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben war. Durchgesetzt hat sich eindeutig die harte CDU/CSU-Linie, die von der Geißlers, Schäubles und der CDA erheblich abweicht.

Der CDU-Generalsekretär und Kohls Kanzleramtsminister vertreten mit Blick auf die möglichen innenpolitischen Konflikte und die wahrscheinlich noch wachsende Zahl der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik eine etwas gemilderte Position. Nicht zuletzt dürften es die Folgen der demografischen Entwicklung für die Sozialversicherungssysteme sein, die sie veranlassen, Erleichterungen für den Zuzug „bestimmter Ausländergruppen“ aus

dem EG-Raum zu fordern.

Paß- und Visumpflicht für Kinder

Zimmermanns Entwurf aber sieht anders aus. Das neue Ausländergesetz soll aus zwei Teilen bestehen: dem „Ausländerintegrationsgesetz“ (AIG) und dem „Ausländeraufenthalts-Gesetz“ (AAG). Das AIG legt den beschränkten Kreis derer fest, die als integrationswürdig angesehen werden sollen. Das wären all die Ausländer/

innen und ihre Familienangehörigen, die bis zum Inkrafttreten „als Arbeitnehmer für eine nicht nur vorübergehende Beschäftigung eingereist“ sind. Ausgeschlossen wären hingegen ehemalige Studenten sowie Asylbewerber und -berechtigte und alle zukünftig Einreisenden. Aber auch für die „begünstigte“ Gruppe gibt es nur wenige aufenthaltsrechtliche Erleichterungen. Entgegen vorherigen Beteuerungen wird gleichzeitig beispielsweise für Kinder ausländischer Arbeitsimmigranten bis 16 Jahre die Paß- und Visumpflicht eingeführt. Die Altersgrenze für den Kindernachzug wird auf sechs Jahre begrenzt. Ein Zusammenleben mit den eigenen Kindern, wenn sie älter als sechs Jahre sind, wird also neu Eingereisten unmöglich gemacht – ein Abschreckungsinstrument also, nicht nur Konkretisierung des

1973 erlassenen „Anwerbestopps“ für ausländische Arbeiter.

Das AIG sieht die Befristung der Tätigkeit des bzw. der Ausländerbeauftragten auf 10 Jahre und die Möglichkeit seiner „jederzeitigen Entlassung“ vor. Die derzeitige Amtsinhaberin Frau Funcke ist der Bundesregierung schon länger ein Dorn im Auge ...

Abschreckung und Verunsicherung

Der zweite, erheblich längere Teil des Gesetzes dient vor allem der Abschreckung eventuell neu Einreisender und der Verunsicherung großer Teile der hier lebenden Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge. Sein Kernsatz heißt, entsprechend dem erklärten Motto der Bundesregierung, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und ihr Ausländerrecht kein Einwanderungsrecht: „Ausländern sollen künftig nur befristete Aufenthalte gewährt werden.“

Eine der zentralen gemeinsamen Forderungen der demokratischen Kräfte von den Kommunisten bis hin zu Kirchen und sogar der CDA, nämlich ein rechtlich stärker gesicherter Aufenthaltsstatus („Aufenthaltsverfestigung“), wird hier nicht nur beiseite gelassen, sondern sogar zur Ausnahme gemacht.

Ankunft im Sammelager für Ausländer in Zirndorf bei Nürnberg. Wenn Zimmermanns Pläne Wirklichkeit werden, gibt es für sie kaum noch Chancen für einen menschenwürdigen Aufenthalt in der Bundesrepublik. Funkfoto: dpa



Drohung gegen Wahrnehmung von Rechten

Verschärft und zum willkürlich nutzbaren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Regulierungsinstrument wird die Ausweisungsmöglichkeit. Beispiele: Die Ausweisung kann nun schon bei einem mehr als einjährigen Arbeitslosenhilfebezug verfügt werden – nicht erst bei dauerhaftem Bezug von Sozialhilfe; ebenso bei Obdachlosigkeit und Wohnverhältnissen, die nach den „für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften unzureichend“ sind, oder gar wegen „Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassungsorgane von Bund und Ländern“. „In der Regel“ soll ausgewiesen werden bei „erheblicher Kriminalität und extremistischer, insbesondere gewalttätiger politischer Betätigung“.

Angeichts anhaltender Arbeitsplatzdiskriminierung der ausländischen Bevölkerung in unserem Land, sich verschärfender Armut und des Verständnisses gerade des Bundesinnenministeriums, was „extremistische politische Betätigung“ ist, müssen solche Klauseln als außerordentlich scharfe Drohung gegen eine mögliche Wahrnehmung elementarster demokratischer Rechte angesehen werden.

U2 - 18.5.88

Abteilung Wirtschafts-, Technologie D'dorf, Dezember 1987
und Ökologiepolitik

Wirtschaftspolitischer
Arbeitskreis beim
Parteivorstand der DKP

Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und der Lage der
Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, wie sie anhand der bis
Mitte Dezember 1987 verfügbaren Daten gegeben werden kann

(Verfaßt auf der Grundlage der "Informationen ..." des Insti-
tuts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Nr.
4/1987, Beilage zur NACHRICHTEN Nr. 12/1987)

I.

Der Börsenkrach vom 19. Oktober hat die wirtschaftspolitische
Landschaft ruckartig verändert. An diesem Tag brachen die Ak-
tienkurse an den Weltbörsen um bis zu 25 Prozent ein. Seit
Mitte Oktober haben die Kurse insgesamt in den USA um etwa 25
Prozent, in Europa um bis zu 40 Prozent nachgegeben. Am
glimpflichsten kamen die japanischen Börsen davon, wo der
Kursrückgang bis Mitte Dezember nur etwa 15 Prozent aus-
machte.

Dem Kursverfall an den Aktienbörsen folgte mit einer Woche
Verzögerung eine erneuter Verfall des Dollar-Kurses. Nachdem
der Dollar zwischen Frühjahr 1985 von etwa 3,40 DM (bzw. 250
Yen) zu Februar 1987 auf 1,80 DM (bzw. 140 Yen) gefallen war,
kamen die Notenbanken der sieben großen kapitalistischen Län-
der Anfang 1987 im "Louvre-akkord" überein, einen weiteren
Dollarverfall zu verhindern. In den ersten acht Monaten des
Jahres 1987 kauften die Notenbanken außerhalb der USA für
etwa 70 Milliarden US-Dollar, während sich die Interventionen
der US-Notenbank zur Stützung der eigenen Währung auf symbo-
lische Käufe von einigen hundert Millionen beschränkten.

Offizielle Arbeitslosenzahlen Dez. 1987

Gesamt: 2.308.230 = 9.2 %

daron Männer: 1.255.775
Frauen: 1.052.455

darunter Ausländer: 277.456 = 15.1 %
Schwerbehind.: 130.640
Jugendl. bis 20 J. = 123.000
" " bis 25 J. = 350.000

(nach offizieller Schätzung sind weitere
Jugendl. - mindestens 250.000 Arbeitslos
und bei den Arbeitsämtern nicht gemeldet.
Der Grund: Keine Aussicht auf Arbeitsplatz
oder Lehrstelle.)

— im jahresdurchschnitt 1987 waren bei den arbeitsaemtern der bundesrepublik ueber 2 228 000 arbeitslose registriert. das entspricht dem jahresdurchschnitt von 1986. im verlaufe des jahres 1987 verloren 3 726 460 beschaeftigte zeitweise ihren arbeitsplatz, viele davon bereits zum wiederholten male. die bundesanstalt nennt als durchschnittliche dauer der arbeitslosigkeit sieben monate. der sockel der langfristigen arbeitslosigkeit stieg weiter an. er liegt bei rund 670 000 dauerarbeitslosen.

die bundesanstalt fuer arbeit weist besonders darauf hin, dass sich "arbeitslosigkeit und erwerbstaetigkeit im verlaufe des jahres 1987 in der tendenz unguenstiger entwickelt haben als in den jahresdurchschnittswerten zum ausdruck kommt". in diesem zusammenhang hebt die bundesanstalt hervor, dass durch ihre foerderung massnahmen im jahr 1987 "der arbeitsmarkt um etwa eine halbe million erwerbslose entlastet wurde". sie erklaert ergaenzend: "anders ausgedrueckt: ohne diese aktivitaeten waere die arbeitslosigkeit der groessenordnung nach wahrscheinlich um eine halbe million groesser ausgefallen."

Hinzu kommen nach offizieller Schätzung
mindestens 1.2 Mio Arbeitslose als sogen.
Stille Reserve, die 2. st. nicht zu vermitteln sind.

Tatsächliche Arbeitslosenzahl Dez. 87: rund 4 Mio

Kurzarbeit in 8018 Betrieben mit
218.298 Betroffenen.

Unterstützungsleistungen von Arbeitsämtern

876.126 erhalten Arbeitslosengeld
516.978 " " Arbeitslosenhilfe

(Rund 2.7 Mio erhalten
im bestem Falle Sozialhilfe.)

Arbeitslosenquoten / Zahlen in Ländern

Schleswig-Holstein:	10.8 %	}	216.256
Hamburg ———:	13.8 %		
Bremen ———:	15.5 %	}	41.399
Niedersachsen —:	11.8 %		
N R W ———:	11.3 %	}	758.350
Hessen ———:	6.8 %		
Rheinland-Pfalz:	8.4 %	}	120.631
Saarland ———:	12.6 %		
Baden-Württemberg:	5.3 %	}	205.928
Bayern ———:	7.2 %		

"Fft. Rundschau" 31. 12. 87

XXXVII/6 Frankfurt/Main, 12. Januar 1988

Erst in den oberen Regionen zündet die zweite Stufe der Steuerreform

Brutto-Jahreseinkommen in DM (verheiratet/keine Kinder)	40 000	80 000	120 000	160 000	200 000
Steuer 1985 in DM	5 156	17 230	35 392	55 864	77 432
Entlastung 1986 in DM	144	592	1 316	1 850	2 482
Entlastung 1988 in DM	94 • 7,84	1 016	2 986	4 580	5 588 •
Entlastung 1986 und 1988 in DM	238 x	1 608	4 302	6 430	8 072 x
Entlastung in % des Einkommens	<u>0,6</u>	<u>2,0</u>	<u>3,6</u>	<u>4,0</u>	<u>4,0</u>
Entlastung in % der Steuerschuld	<u>4,6</u>	<u>9,3</u>	<u>12,2</u>	<u>11,5</u>	<u>10,4</u>

465.66

• Monatliche Entlastung 1988

x

"

"

198-87-88 = 19,83 DM

672.66 DM

Postfach 30 08 61
Rochusstraße 36
4000 Düsseldorf
Telefon
(02 11) 48 50 75-76
Telexsammelnr.
8 584 121

PROGRESS
PRESSE
AGENTUR
GMBH **PPA**

tagesdienst + 13 + januar + 88 + tagesdienst + 13 + januar + 88 + tag

sozialabbau / steuern 1 (mehrere teile)
bonner rotstiftkurs: neue massensteuern und sozialabbau

duesseldorf, 13. januar 88 (ppa) - nach der ankuendigung neuer massensteuern zum ausgleich des rekord-haushaltsdefizits plant die bundesregierung weitere massnahmen zum sozialabbau- das berichtet am mittwoch die 'neue ruhr / rheinzeitung' (nrz). unter der schlagzeile 'bonn geht auf harten sparkurs' verweist das blatt auf interne koalitions-gespraechе, nach denen auch die wahlversprechungen von verbesserungen bei sozialgesetzen 'nicht mehr tabu' seien. im einzelnen seien in der spardebatte reformplaene bei kinder- und erziehungsgeld, bei der kriegsopferversorgung, bei vorruhestand, 'vermoegensbildung' und bundesausbildungsfoerderungsgesetz (bafög) einbezogen. angesichts der zugespitzten schulden-situation und der unsicheren konjunkturperspektiven koenne es niemand wundern, 'wenn die politik der spendierhosen wieder einmal vorbei ist und die beamten des finanzministeriums ihre rotstifte aus der schublade holen', heisst es dazu im kommentar der zeitung.
(folgt sozialabbau 2)

+ + +

sozialabbau / steuern 2 / 13.1.88

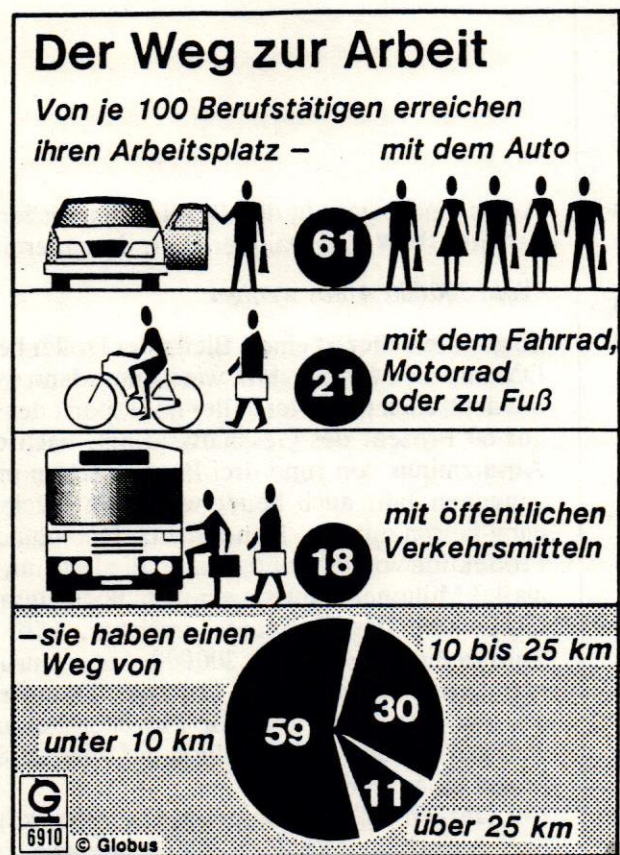
in einem hintergrundbericht der nrz zu den angekündigten neuen massensteuern heisst es: 'besteuert wird all das, was lebensnotwendig ist oder die lebensqualitaet der bundesbuerger angeblich erhoehrt: tabak, kaffee, zucker, schnaps, sekt, bier, gluehbirnen(arz), tee und salz. hinzuzurechnen ist die mineraloelsteuer, die den staat an der gewachsenen mobilitaet der arbeitnehmer beteiligt. ... nach angaben des statistischen bundesamtes flossen bis ende november 1987 gut 40 milliarden dm fuer konsumsteuern in die oeffentlichen kassen'. wolle gesundheitsministerin suessmuth den nichtrauchern den ruecken staerken, 'so waere stolltenbergs haushaltsplan makulatur, fielen rund 13 bis 14 milliarden dm fest einkalkulierter tabaksteuer pro jahr einfach weg.' selbst beim lichtanskipsen im wohnzimmer kassiert der fiskus ueber die sogenannte leuchtmittelsteuer mit. so betraege diese abgabe pro gluehbirne bis zu 18 pfennige. hinzu komme die mehrwertsteuer, die 'weitreichende und ergiebige aller verbrauchsteuern'. damit zahle der verbraucher 'quasi steuer auf steuern'. bis ende november 1987 erbrachte die mehrwertsteuer bundesweit rund 108 milliarden dm, zwar heisse es, ihre erhoehung sei nicht geplant, doch kursierten in bonn geruechte, wonach diese massensteuer von derzeit 14 auf 17 prozent steigen soll, schreibt die nrz.

(folgt sozialabbau/steuern 3)

+ + +

sozialabbau/steuern 3 / spd / 13.1.88

der bayerische spd-landesvorsitzende
und bundestagsabgeordnete rudolf schoefferberger hat angesichts
der rekord-staatsverschuldung von 40 milliarden dm die katholischen



Das Auto ist das beliebteste Verkehrsmittel der Berufstätigen. 61 von 100 Befragten machen sich allmorgendlich mit ihrem Pkw auf den Weg zum Arbeitsplatz. Mit dem Fahrrad, dem Motorrad oder zu Fuß erreicht etwa jeder fünfte (21 Prozent) seine Arbeitsstätte. 18 Prozent der Erwerbstätigen benutzen öffentliche Verkehrsmittel. Die meisten Berufstätigen (59 Prozent) haben eine Strecke von weniger als zehn Kilometer von der Wohnung bis zur Arbeitsstätte zurückzulegen. Viele haben aber auch beträchtlich längere Wege zur Arbeit: Jeder neunte (11 Prozent) legt zweimal täglich über 25 Kilometer zurück.

Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt

Globus-Kartendienst, 7. Dezember 1987

Autoindustrie: 1988 geht der lange Boom zu Ende Eine Prognose für alle hiesigen Auto-Produzenten

(Von Felix Spies)

... Die Schwierigkeiten des kleinsten inländischen Autoherstellers sind nicht die Schwierigkeiten der ganzen Autoindustrie. Kein anderes Unternehmen ist so abhängig vom amerikanischen Markt und wurde deshalb so hart vom Dollar ausgebremst. Und kein anderes fährt, weil die Modell-Palette nicht mehr recht ankommt, so rasch auf dem deutschen Markt rückwärts wie Porsche. Doch nach sieben Jahren des Booms, von denen die letzten vier besonders schön waren, haben inzwischen alle inländischen Pkw-Hersteller, mit allerdings unterschiedlichem Tempo, die Paßhöhe der Konjunktur verlassen. Der schwache Dollar und die auch gegenüber den anderen europäischen Währungen starke Mark bremsen seit 1987 ihre Ausfuhren zunehmend ab. Und was sie im Ausland verlieren, werden sie in der Bundesrepublik, wo die Neuzulassungen 1987 mit rund 2,9 Millionen Pkw und Kombi noch einmal einen Rekord erreichen, heuer nicht mehr ausgleichen können.

Recht zuversichtlich für 1988 sind die Bayerischen Motoren Werke, obgleich sie rund ein Fünftel ihrer Produktion in den Dollar-Raum verkaufen. Im Vertrauen auf die Schubkraft der großen 7er-Modelle und der neuen 5er-Reihe, die in diesem Monat präsentiert wird, erwartet BMW in den Vereinigten

Staaten 1988 rund 90 000 bis 95 000 Autos verkaufen zu können, nachdem der Absatz dort 1987 um etwa 5000 auf 92 000 Fahrzeuge geschrumpft war. Sollte ein Dollar, wenn die jetzige Kurssicherung zu zwei DM ausgelaufen ist, dann wirklich nur 1,60 DM bringen, glauben die Münchner dennoch auskömmlich arbeiten zu können...

30 Prozent teurer in USA

„Nach der langen Boom-Periode könnte der deutsche Autokäufer sich zurückhalten“, orakelt auch Edzard Reuter, der Vorstandschef von Daimler-Benz. Doch Mercedes-Kunden hoffen die Mercedes-Vertriebsstrategen, werden sich von einer möglichen „allgemeinen Unsicherheit“ nicht anstecken lassen: Die Verkaufszahlen in der Bundesrepublik, die 1987 um etwa drei Prozent zurückfielen, sollen 1988 wieder wachsen. Erneut ein Plus plant Daimler für die europäischen Export-Märkte und für Japan, das im letzten Jahr 18 000 neue Mercedes-Pkw zugelassen hat. In den USA, wo Mercedes in den beiden letzten Jahren, als Ausgleich für den Dollar-Kursverfall, die Preise um über 30 Prozent erhöht hat, sollen heuer erneut etwa 89 000 Daimler-Pkw, rund 15 Prozent der Produktion, einen Käufer finden, nachdem dort 1987 der Absatz um mehr als 10 000 Autos gesunken war. Aber Reuter ist vorsichtig: „Wir wären sehr zufrieden, wenn wir 1988 die Produktion von 1987 erreichen würden.“ Eine Marktberuhigung, freilich auf dem hohen

Außenpolitik

Mittelstreckenraketen werden vernichtet

Das Abkommen

Das legt der Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen im einzelnen fest:

- Die UdSSR und die USA beseitigen ihre Atomraketen in den Reichweiten von 500 bis 5000 Kilometern und werden auch in Zukunft keine solchen Waffen haben.
- Die UdSSR und die USA vernichten alle diese Raketen samt Startrampen und allen Hilfseinrichtungen und -anlagen bis spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages.
- Die Beseitigung der Raketen mit einer Reichweite von 1000 bis 5000 Kilometern erfolgt in zwei Etappen.
- Die erste Etappe wird 29 Monate nach Inkrafttreten des Vertrages abgeschlossen. Dann darf jede Seite nur noch über Mittelstreckenraketen mit maximal 200 Atomsprenghköpfen verfügen. Nur 180 Atomsprenghköpfe dürfen dann auf stationierten Raketen vorhanden sein. Startrampen dürfen nur noch für den gleichzeitigen Abschuh von Raketen mit 171 Atomsprenghköpfen stationiert sein.
- Die Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 Kilometern müssen binnen 18 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages vernichtet sein. Binnen 90 Tagen müssen alle Startrampen und alle stationierten Raketen abgebaut und an ihre Vernichtungsorte gebracht sein. Nichtstationierte Raketen müssen spätestens binnen einen Jahres an die Vernichtungsorte verlegt sein. Abschuhvorrichtungen und Raketen müssen an verschiedenen, mindestens 1000 Ki-

lometer von einander entfernten Orten gelagert und zerstört werden.

● Ausführlich und im Detail wird die Vernichtung der Raketen beschrieben. So heißt es zu den in den USA lagernden Pershing-1A-Raketen: „Raketen: (a) Raketenstufen sollen mittels Explosion oder Verbrennen vernichtet werden; (b) fester Treibstoff, Raketendüsen und Hüllen der Triebwerke, die bei diesem Prozeß nicht zerstört wurden, sollen verbrannt, zerquetscht, zerdrückt oder durch Explosion zerstört werden; (c) Raketen spitzen, ohne den nuklearen Sprengkopf und Leitsysteme, sollen zerquetscht oder zerdrückt werden.“

● Strengste Kontrollen zur Einhaltung dieser Vertragsbestimmungen wurden vereinbart:

– Inspektionen vor Ort sowohl in den USA und der UdSSR als auch in den Stationierungsländern, also auch in der Bundesrepublik.

● Inspektionen in allen im Vertrag benannten Raketenbasen und -hilfsobjekten. Die Produktionsanlagen für Raketen, in den USA das Werk „Hercules 1“ bei Magna (Utah), in der UdSSR die Fabrik in Wotkinsk, dürfen nicht betreten werden, kontrolliert werden sollen die Eingänge.

● Inspektionsmöglichkeiten innerhalb von 13 Jahren. Die ersten Inspektionen zur Kontrolle der vor Vertragsabschluß ausgetauschten Raketendaten, danach Kontrollen zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen während der entscheidenden ersten drei Jahre bis zu 20 Mal im Jahr.

Warum -

und was heißt

Erneuerung?

Ein Beitrag zur
Diskussion

von

Wolfgang Gehrcke

Bezirksvorsitzender der DKP
Hamburg

und

Heinz Jung

Leiter des IMSF, Frankfurt/M.

(Hamburg, März 1989)

In der Partei und bei ihren FreundInnen ist die Frage aktuell geworden, was unter Erneuerung verstanden werden soll. Wir möchten dazu einen Diskussionsbeitrag leisten. Wie bekannt, wurde dieser Begriff in den letzten Monaten von nahezu der gesamten Partei positiv übernommen. Dies drückt in unserer Sicht in erster Linie das gewachsene Bewußtsein dafür aus, daß es zur Erneuerung unserer Partei keine Alternative gibt - es sei denn, mensch finde sich mit dem Fortgang der Stagnation und Krise ab. Die Praxis hat die scholastische Fassung des Verhältnisses von Bewahren und Erneuern überrollt. Aber nach wie vor gibt es - allerdings erst wenig artikuliert Meinungsverschiedenheiten darüber, was und wie und mit welchem Tempo erneuert werden soll.

Gerade dann, wenn sich KommunistInnen ihres historischen Erbes, ihrer Traditionen und des moralischen Auftrags vorhergehender kämpferischer Generationen bewußt sind, gibt es keine Alternative zur Erneuerung. Denn schließlich werden wir diesen Verpflichtungen nur gerecht werden können, wenn die kommunistische Partei in diesem Lande zu einem politisch eingriffsfähigen Faktor wird. Und dies ist nur dann erreichbar, wenn wir uns der heutigen Realität vorbehaltlos stellen, sie geistig-programmatisch verarbeiten und uns als Partei im bewußten Hineinstellen in die Dialektik von Theorie und Praxis, Diskussion und Aktion selbst verändern und erneuern.

Parteiverständnis

Eine kommunistische Partei ist kein Selbstzweck. Ihre Aufgabe besteht darin, den bestmöglichen Beitrag zur Formierung der ArbeiterInnenklasse, der demokratischen und der Friedenskräfte zu leisten und zwar zur Lösung der globalen Probleme, zur Durchsetzung von demokratischen und sozialen Fortschritt, zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals und zur Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft, in welcher Emanzipation und Entwicklung der Individuen zum Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung werden können. Aus diesen Zielen gewinnt eine kommunistische Partei ihre Identität. Aber diese Identität kann nur dann tragfähig sein, wenn sie dazu in der Lage ist, einen in der jeweiligen Situation optimalen Beitrag zum Vorantreiben des Prozesses zu leisten.

Im Sinne eines leninistischen Parteiverständnisses sind theoretisch-ideologische, politische und organisatorische Selbstständigkeit (Autonomie) Voraussetzungen zur Verwirklichung der Aufgaben der Partei. Sektenhaftes Abkapseln von der Gesellschaft, Avantgarde- und Hegemonieansprüche einschließlich theoretischer Wahrheitsmonopole wurden in der Geschichte zu den ernsthaftesten Barrieren ihrer Durchsetzung. Denn Autonomie kann ja nur als Mittel zum Zweck der Verwirklichung der Rolle einer kommunistischen Partei verstanden werden. Und dies verlangt die Entwicklung eines Parteiverständnisses, das den konkreten gesellschaftlichen Aufgaben und Bedingungen entspricht. Deshalb muß sich eine kommunistische Partei unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Kampfes um eine Reformalternative wesentlich von jener in den Anfangsphasen der Industrialisierung oder unter dem Faschismus unterscheiden. Inhalt, Struktur und Profil der Partei müssen dementsprechend den Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben entsprechen:

- Sie ist kommunistisch und Klassenpartei im Sinne des kommunistischen Manifests (Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung; sie vertritt das gesellschaftliche Gesamtinteresse auf der Basis des Klasseninteresses und der Klassenkämpfe; ihr Ziel ist die klassenlose Gesellschaft, in der die Freiheit der/des Einzelnen Voraussetzung der Freiheit aller wird).
- Sie ist internationalistisch, was sowohl die Mitverantwortung für die Lösung der globalen Probleme, als auch das Bewußtsein einschließt, daß begrenzte nationale Lösungen immer weniger adäquat werden.
- Sie hat ein wissenschaftliches, auf dem Marxismus-Leninismus fußendes Verständnis der Welt, was Meinungsstreit und Meinungsvielfalt sowie eine undogmatische Theorieauffassung zur Voraussetzung hat.
- Sie ist in ihrer Praxis demokratisch, solidarisch und antipatriarchalisch.
- Sie studiert alles progressive in der Welt und macht sich die Erfahrungen fortschrittlicher Bewegungen zunutze, ohne sie als Modell zu behandeln.
- Sie schafft für ihre Mitglieder Bedingungen und Möglichkeiten, die es ihnen im kollektiven politischen und sozialen Prozeß ermöglichen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

Spätestens mit unserem 9. Parteitag gehören unterschiedliche Diskussionspositionen, Mehrheit und Minderheit u.a. zur Normalität unserer Partei. Dies gilt auch für den Schub praktischer Demokratisierungsmaßnahmen, die auf dem Parteitag - vorher auf vielen KDK's und BDK's - praktiziert wurden. Nach diesem Parteitag gibt es zur weiteren Demokratisierung - und in diesem Sinne zur Erneuerung - der Partei aus unserer Sicht keine Alternative.

Erneuerung: Die Einstellung auf die Realität und ihre Veränderung

Das Neue fällt bekanntlich nicht vom Himmel, sondern entwickelt sich immer im Schoße des Alten und als Alternative zum Alten. Das gilt auch für die Erneuerungstendenz, die sich in der Vergangenheit schon auf vielen Gebieten geltend gemacht hat. Wer heute die Erneuerungstendenz durchsetzen will, muß gerade an diesen Veränderungsprozessen in der Partei anknüpfen und ihnen zum Durchbruch verhelfen.

Von großer Bedeutung ist aus unserer Sicht in diesem Zusammenhang eine kritische Aufarbeitung und teilweise Neubewertung der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland und später in der BRD. Dabei verbinden sich Frage der Wissenschaftlichkeit, Moral und Glaubwürdigkeit mit Frage der Identität von KommunistInnen.

Auch die Geschichte der DKP bedarf kritischer Reflektionen. Dabei müßte es in erster Linie um die Herausarbeitung der Entscheidungssituationen und der subjektiven Entscheidungsspielräume gehen. Als Beispiel möchten wir unsere Wahlpolitik anführen, für die sich schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre zeigte, daß sie nicht erfolgreich war. Sie war aber für unsere Partei so lange tragfähig, wie wir auf der Linken neben der SPD die Stärkste Kraft blieben. Diese Konzeption mußte mit dem Aufstieg der Grünen in die Krise geraten. Mit Verzögerun-

gen haben wir dann unsere Optionen flexibilisiert. Aber nach unserer Meinung lag dann keine ausreichende strategische und analytische Begründung zugrunde, weshalb wir in der Praxis - von den Schwierigkeiten der Bündnisorientierung zurückweichend - bei Flächenwahlen immer wieder die Eigenkandidatur bevorzugt haben. Dabei zeigen die Erfahrungen, daß selbst die Motivierung und Mobilisierung unseres aktiven Kerns immer schwieriger wurde und wird und es nicht mehr möglich ist, alle Mitglieder zur Stimmabgabe für unsere Partei zu überzeugen. Wir trösten uns mit der Hoffnung, daß sich die Großwetterlage auch zu unseren Gunsten verändern könne. Wir sind aber nicht in der Lage, diese Hoffnung mit einer realistischen Analyse zu untermauern. Dies gilt auch für die wahlpolitischen Zielgruppenanalysen und -orientierungen.

Insgesamt sehen wir unsere Wahlpolitik - wir beziehen uns auf die Flächenwahlen - als besonders drastischen, weil an klaren Kriterien meßbaren Ausdruck ungenügender Realitätsverarbeitung an. Demgegenüber wurden Ansätze für Wahlbündnisse nur unzureichend ausgewertet und aus unserer Sicht zu wenig unterstützt und gefördert.

Gegenwärtig deuten sich Umgruppierungsprozesse in der bundesdeutschen Linken an. Sie könnten auch für die Wahlorientierung bedeutsam werden. Wollen wir aus unserer Vergangenheit lernen, so muß es jetzt vorwiegend um die analytische Aufarbeitung dieser Veränderungen gehen und um eine strategische Gesamteinstellung.

Das Beispiel unserer Wahlpolitik sollte deutlich machen, wie politisch nicht mehr tragfähige Konzepte mit einer ungenügenden Verarbeitung der Gesamtrealität im Zusammenhang stehen. Gerade verengte politische Positionen haben vielfach zur Ausweitung der Defizite in der Theorie und Strategie geführt. Die Erneuerung muß also an beiden Seiten ansetzen.

Defizite überwinden

Unsere Defizite in der Ökologie- und Frauenfrage, die ebenfalls theoretische und praktisch-politische Gesichtspunkte aufweisen, sind inzwischen in der Partei schon hinreichend thematisiert worden und wir sind dabei sie zu überwinden. Aber für eine kommunistische Partei kommt es eben nicht (nur) darauf an, irgendwann das Richtige zu tun - obwohl verspätete Korrekturen besser sind als gar keine -, sondern sie wird nur dann politisch eingriffsfähig, wenn sie die Probleme theoretisch und politisch angeht, sobald diese auf die Tagesordnung treten. Ihre strategische und theoretische Konzeption muß darüber hinaus ein Beurteilungsraster verfügbar halten, das eine frühzeitige Orientierung auf wichtige Veränderungen ermöglicht.

Auch unter diesem Gesichtspunkt wurden die Zentralprobleme unserer Theorie in jüngster Zeit thematisiert. Dabei handelt es sich nicht nur um DKP-hausinterne Probleme, sondern um Grundfragen des Marxismus in allen entwickelten kapitalistischen Ländern und in der dritten Welt von heute. So etwa für die Beurteilung der Produktivkraftentwicklung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, um die Risikoproblematik, die neuen Produktionsstrukturen, den Charakter und die innere Gliederung der ArbeiterInnenklasse, die Strukturveränderung des Kapitalismus, die sozialen und kulturellen Brüche usw. Sie haben

für alle kommunistischen und linken Formationen neue Bedingungen gesetzt. Deshalb sprechen wir zurecht von der gegenwärtigen Umbruchperiode.

Wir werden uns auch schrittweise der Bedeutung des Konzepts der globalen Probleme bewußt. Zur Klärung dieser Fragen sollte die Partei vor allem die Diskussion im "DZG 2000" nutzen. Mit diesem Entwurf erfolge gerade deshalb eine strategische Neuorientierung, weil nun die Lösung der globalen Probleme als unlöslicher Bestandteil einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative aufgefaßt wird. Demokratisierung ist die Kampfachse einer solchen Veränderung.

Gleichzeitig wird es offenkundig, daß es ein modernes ArbeiterInnenklassen-Bewußtsein ohne das Bewußtsein der globalen Probleme nicht mehr geben kann. Zum anderen wird klar, daß die politischen und sozialen Subjekte zur Lösung der globalen Probleme neu zu bestimmen und die Rolle der ArbeiterInnenklasse zur Formierung des Subjekts Menschheit herauszuarbeiten sind.

Sicher mit der 3. PV-Tagung von Ende '87 haben wir wichtige Schritte zu einem modernen Verständnis der ArbeiterInnenklasse unternommen. Aber haben wir damit auch schon jenen Blick auf die innere Gliederung der ArbeiterInnenklasse und der Lohnabhängigen gewonnen, der uns in Ansätzen einer modernen kommunistischen Politik erkennen läßt? Vielfach hält sich immer noch ein ökonomistisches Verständnis von ArbeiterInnenklassen- und Gewerkschaftspolitik, das sich verengt auf Verteilungs- und Sozialprobleme bezieht und sich gegen die neuen Politikansätze sperrt. Ein umfassendes Verständnis von ArbeiterInnenklassen-Politik heute kommt demgegenüber dort zu tragen, wo KommunistInnen initiativ von Umbau- und Konversionsprogrammen, von Konzepten der Kontrolle der neuen Technik und ihrer sozialen Gestaltung werden, weil dies heute der entscheidende Weg ist, die Kompetenz des kapitalistischen Managements infrage zu stellen.

Vielfach hindert uns auch ein noch immer theoretisch und praktisch verengtes Bild der ArbeiterInnenklasse daran, eine den neuen Bedingungen entsprechende ArbeiterInnenklassen-Politik zu verwirklichen. So etwa wenn die Vorstellung von Kern- und Randgruppen der ArbeiterInnenklasse schematisiert werden, wenn eingeeengte Vorstellungen der kulturellen Veränderungen und der Distanz zur Intelligenz die Oberhand gewinnen u.a.

KommunistInnen müssen heute vor allem in Bezug auf ihre Arbeit in den Gewerkschaften verstehen, daß die politische und kulturelle Identität der/des Lohnarbeiters/Lohnarbeiters heute nicht mehr nur aus ihrer/seiner Funktion in der Produktion bzw. im Erwerbsleben erwachsen kann. Sie speist sich vielmehr auch aus übergreifenden Interessen und dem Kampf um ihre Durchsetzung. Wir glauben, daß die Erkenntnis und politische Umsetzung dieser und anderer Veränderungsprozesse unabdingbarer Bestandteil des Erneuerungsprozesses unserer Partei sein muß.

Grundfragen und Strategie

Mit den globalen Problemen wird auch das Verständnis unserer geschichtlichen Epoche ausgesprochen. Dies ist für eine internationalistische Partei eine zentrale Frage. Aus unserer Sicht gilt die Bestimmung der Epoche als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf der Ebene der großen historischen Entwicklungslinien. Daraus kann jedoch nicht geschlußfolgert werden, daß je-

der kürzere oder längere Zeitabschnitt durch diesen gesellschaftlichen Transformationsprozeß bestimmt würde. Dementsprechend fehlt dem früheren schematisierten Epochenverständnis, das den Übergang zum Sozialismus als einen ständig fortschreitenden und alles durchdringenden Prozeß verstand, heute die materielle Grundlage. In einer Periode, in der die Lösung der globalen Probleme und damit die Existenzhaltung der Menschheit auf der Tagesordnung steht, muß demgegenüber die kooperative Koexistenz antagonistischer PartnerInnen in den Vordergrund treten. Unter diesen Bedingungen muß sich sozialer und demokratischer Fortschritt in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auf je spezifischer Art durchsetzen. Trifft dies insgesamt aber zu, dann muß sowohl die Imperialismustheorie von der Kanonisierung zeitbedingter Erscheinungen des Imperialismus (Fäulnis, Parasitismus usw.) befreit werden als auch die Vorstellung von einer sich ständig verschärfenden Krise des Kapitalismus ad acta gelegt werden.

Mensch muß vor allem versuchen zu bestimmen, was sozialer und demokratischer Fortschritt in einer kapitalistischen Gesellschaft sein kann. Dies versuchen wir mit dem Konzept der demokratischen Reformalternative auf der Grundlage einer "dynamisierten" Analyse des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Es geht um eine andere Entwicklungsrichtung oder -variante der BRD, ohne daß ihre grundlegenden kapitalistischen Strukturen schon überwunden wären.

Aus unserer Sicht werden die Versuche, eine solche Entwicklungsmöglichkeit in das Schema einer Etappenabfolge zu pressen (demokratische Kampfetappe - antimonopolistische Demokratie - Übergang zum Sozialismus) weder der Realität noch den Anforderungen an unsere Strategiebestimmungen gerecht. Mensch muß vielmehr die Möglichkeiten ausloten, die in einem konsequent vorangetriebenen Demokratisierungsansatz stecken. Das Verhältnis von Reform und Revolution muß für eine Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution und der globalen Probleme untersucht werden. Alles verweist dabei auf die erhöhte Bedeutung von Reformpolitik bis hin zu den wahrscheinlich neuen Möglichkeiten der Überwindung des Kapitalismus.

Dabei müssen wir schon heute - und mehr noch morgen - dem neuen Niveau des Internationalisierungs- und westeuropäischen Integrationsprozesse Rechnung tragen. Deshalb steht schon heute die Formierung eines neuen Internationalismus der linken und demokratischen Kräfte auf der Tagesordnung, der bedeutend weiter und breiter als der Internationalismus der revolutionären Kräfte der Vergangenheit sein muß. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist er erforderlich, zu einer umfassenden Neubewertung der demokratischen Bewegungen und der sie tragenden sozialen und politischen Kräfte zu kommen. Was bereits Aufnahme ins Parteiprogramm der KPdSU gefunden hat - die Einordnung demokratischer Volksbewegungen als eine der weltweiten Hauptkräfte des sozialen Fortschritts - sollte sich auch im Bewußtsein der bundesdeutschen KommunistInnen verankern.

Unser Sozialismusbild

Das Sozialismusbild ist heute eine der zentralen Identitätsfragen bundesdeutscher KommunistInnen. Dies betrifft die Bewertung der Geschichte des Sozialismus und

der kommunistischen Bewegung, die Beurteilung der Vorbruchprozesse und Entwicklungen in den Ländern des Sozialismus, sowie die grundsätzliche und jeweils aktuelle Haltung dazu, ferner die Sozialismuskonzeption für unser Land als Fernziel der KommunistInnen.

Mit der Perestrojka in der UdSSR ist die Entwicklung unter allen Gesichtspunkten in Bewegung gekommen. Damit wurden jedoch nur schon längst vorhandene Probleme thematisiert, die früher verdrängt worden waren. Ja, Mensch muß heute sogar feststellen, daß gerade die kritiklose Übernahme der offiziellen Selbstdarstellung kommunistischer Parteien sozialistischer Länder - unter der Lesart, daß dies vom Standpunkt einer prinzipiellen internationalistischen Klassensolidarität nicht anders möglich sei - eine, wenn nicht sogar die wichtigste Ursache für allgemeine Verengungen in Theorie und Praxis - geworden war. Mit der Entwicklung in der UdSSR haben sich nicht nur die Bedingungen verändert, sondern die KommunistInnen der BRD stehen auch unter einem zunehmenden Problem- und Anforderungsdruck. Für uns ergibt sich daraus vor allem die Chance zur Realitätsbewältigung und zur Gewinnung einer neuen, eigenen Sozialismuskonzeption. Daran muß energisch gearbeitet werden.

Der Sozialismus kann nicht mehr als Modell verstanden werden das irgendwann einmal übernommen oder nachvollzogen werden kann. Die Ausgangsbedingungen waren in vieler Hinsicht grundlegend andere als in den Ländern, die in der Vergangenheit sozialistische Regime errichteten. Ferner verweisen die krisenhaften Umbrüche im Sozialismus darauf, daß in der Vergangenheit nicht jene Bedingungen, Strukturen und Mechanismen durchgesetzt werden konnten, die eine allseitige und optimale Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht hätten, auf deren Grundlage das Niveau des entwickelten Kapitalismus hätte übertroffen und damit eine neue Emanzipationsstufe hätte durchgesetzt werden können.

Es kommt somit darauf an, uns wieder im vollen Maße des Marx'schen Ansatzes zu vergewissern, daß sich die sozialistische Alternative aus den Widersprüchen und Tendenzen der kapitalistischen Vergesellschaftung selbst ergibt. Unser Sozialismusbild muß somit auf den Bedingungen der BRD gründen. Dafür sind die Festlegungen in unserem Parteiprogramm von 1978 nicht mehr ausreichend. Die Arbeit an einer Sozialismuskonzeption für die Bundesrepublik muß gleichermaßen die positiven und negativen Erfahrungen der sozialistischen Länder verarbeiten. Das gilt vor allem für die Beziehung von Staat und Gesellschaft, für die Konzeption des sozialistischen Eigentums, für die Rolle der Selbstverwaltung, für das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie u.a.

Was wir weiter vorn zur Rolle der Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland sagten, gilt u.Z. auch für die Geschichte des Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung. Dies wird der Sache des Sozialismus heute zwar keine AnhängerInnen bringen, ist aber die absolute Voraussetzung politisch-moralischer Glaubwürdigkeit für die Zukunft und das vor allem im Blick auf die in den kommenden Jahren neu ins politische Leben eintretenden Generationen. Angesichts der Vielfalt des Sozialismus in der heutigen Welt und der geschichtlichen Erfahrungen kann aus unserer Sicht die Position einer kritiklosen internationalisti-

schen Klassenposition der Kommunistinnen gegenüber dem Sozialismus nicht mehr aufrecht erhalten werden. Unser Blick auf die jeweiligen sozialistischen Länder muß von historischem Realismus geprägt sein. Dies muß die kritische Bewertung dieser oder jener Maßnahmen und Entwicklung entsprechend den Vorstellungen und Erwartungen der fortschrittlichen Kräfte unseres Landes einschließen. Nur eine solche Haltung ist geeignet, einer Position historischer Solidarität Glaubwürdigkeit und Stabilität zu verleihen.

Besser neue Wege wagen, als beim Alten verharren

Zu den Bedingungen der politischen Entwicklung gehört es auch heute noch, daß immer weniger die Kluft zwischen politischen Forderungen und dem Innenleben einer kommunistischen Partei akzeptiert wird. Dies gilt etwa für die Komplexe Demokratisierung, Gleichstellung der Frau u.a. Diese Kluft hat vielfach bei Genossinnen mit hohem Anspruch zum Austritt aus der Partei geführt. Die Talsohle scheint gegenwärtig noch nicht erreicht.

Auch dies macht es notwendig, über die Bremsmechanismen nachzudenken, die einer Erneuerung und Demokratisierung entgegenwirken. Wir stoßen auf Haltungen, die zwar Neues aber keine Erneuerung wollen, deren Politik- und Parteivorstellungen in der Vergangenheit leben, die angesichts zunehmender Verunsicherung aus dem "Bewährten" Sicherheit gewinnen wollen. Sozialpsychologische Hemmnisse verfestigen sich oder verbinden sich mit strukturellen Hemmnissen anderer Art. Insofern sind z.B. Strukturveränderungen der Organisation Moment zu verändernder Handlungsbedingungen. Dies drückt sich auch im Beschluß des 9. Parteitages aus, die Überarbeitung von Programm und Statut zeitgleich in Angriff zu nehmen.

Erneuerung ist nicht die notgedrungene Anpassung an den Zeitgeist. Sie ist vielmehr unabdingbare Voraussetzung für eine neue Entwicklungsstufe der Partei und revolutionärer Aktivität. Wichtig könnte es sein, über folgende Fragen weiter nachzudenken:

- Wie kann im Parteistatut das Prinzip des Meinungsstreites, wenn mensch so will eines Meinungspluralismus auf marxistischer Grundlage, wirkungsvoll fixiert werden?
- Wie können neue Organisations- und Aktivitätsformen (z.B. projekt- und themenbezogene Aktivitäten) gleichrangig zu den bestehenden (Grundorganisationen) hinzutreten?
- Wie können durchgehend die Prinzipien der Transparenz, Öffentlichkeit und Offenheit auf allen Ebenen verwirklicht werden?
- Können strukturelle Verhärtungen und politische Ineffektivität damit aufgebrochen werden, daß Entscheidungsprozesse und Delegiertenwahlen näher zur Basis verlagert werden, Amtszeitbeschränkungen für Wahlfunktionen erfolgen und mehrere BewerberInnen für Mandate und Funktionen zur Selbstverständlichkeit werden?
- Unsere Partei braucht Demokratie und einen besseren, nämlich wirksamen Zentralismus. Beides gehört zur Erneuerung der Partei.

Wir haben uns in diesem Beitrag einer katalogmäßigen Auflistung der Bereiche und Probleme der Erneuerung verweigert. Wir denken, daß damit gegenwärtig der Klärungspro-

zeß nicht vorangebracht werden kann. Vielmehr wollen wir einige aus unserer Sicht wichtige Grundfragen der Erneuerung thematisieren und skizzieren.

Ziel der Erneuerung ist die Gewinnung politischer Eingriffsfähigkeit. Dazu bedarf es eines ideologischen und politischen Profils der Partei, das den heutigen Anforderungen entspricht. Dazu gehört auch, daß wir voll auf den Erfolg der Perestrojka setzen, weil damit - und nur damit - der Sozialismus in welthistorischem Maßstab neue Anziehungskraft gewinnt. Aber wir denken eben nicht, daß die KommunistInnen der Bundesrepublik dabei passiver Faktor sind. Erfolge im Kampf um die Reformalternative in unserem Land sind auch Aktivposten für den Erfolg der Perestrojka. Deshalb sind wir, was die Zukunft betrifft, für die Gewinnung einer kommunistischen Identität optimistisch.

Präsidium des Parteivorstandes der DKP

An alle Mitglieder der DKP

In diesen Wochen ist eine außerordentlich ernste Situation eingetreten, in der die Einheit der Partei in Gefahr geraten ist. Teile der Minderheit formieren sich in eigenen Organisationsstrukturen oder wollen sich gar von der Partei abspalten. Deshalb wendet sich die Mehrheit des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP an jede Genossin und jeden Genossen unserer Partei.

Zur gleichen Zeit

- steht vor der Partei die Aufgabe, in die Auseinandersetzungen um Abrüstung oder Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen einzugreifen, die Kämpfe der Bergarbeiter, des medizinischen Pflegepersonals und andere demokratische, soziale und ökologische Bewegungen zu unterstützen;
- nimmt die Partei in einigen Bundesländern die Signale des Ausgangs der Wahl in Hessen auf und führt einen aktiven Kommunalwahlkampf, steht die Partei im EG-Wahlkampf;
- hat die Partei die Chance, die vom 9. Parteitag einstimmig beschlossene Entschliebung „Zu den Aufgaben der DKP im Jahre 1989“ in die politische Praxis umzusetzen;
- hat die Partei die breite Diskussion über die Dokumentenentwürfe „BRD 2000“ und „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ aufgenommen.

I.

- Nach den zugespitzten Auseinandersetzungen im Gefolge der 13. PV-Tagung (September 1988) hat es eine Auseinanderentwicklung von Teilen der Partei gegeben.
- Am Ende des ersten Teils des 9. Parteitags (in Frankfurt) deutete sich mit dem drohenden Auszug von Delegierten kurzzeitig die Gefahr einer Spaltung an.
- Zuvor war jedoch mit der einstimmigen Annahme der politischen Entschliebung zu den „Aufgaben der DKP im Jahr 1989“ die Grundlage für die weitere Arbeit und die Stärkung der Einheit der Partei geschaffen.

nem Aufruf zu einem „hessischen Meinungsaustausch“ in Marburg auf.

In einem auf der Hamburg-Seite der UZ veröffentlichten Artikel wird, unter Bezugnahme auf die MASCH-Konferenz in Köln, festgestellt: „Der Ablauf der Konferenz zeigt die Notwendigkeit von Treffen der Erneuerer“. Die Mehrzahl der TeilnehmerInnen der Kölner Konferenz habe „vereinbart, zu einem bundesweiten Treffen zur Politik der Erneuerung zu kommen.“

In einem Brief hat ein Sekretär des DKP-Bezirksvorstandes Hamburg die Einladung zum Minderheiten-Treffen in Rheinland-Westfalen verschickt.

In einer Einladung zu einem Minderheiten-Treffen in Wiesbaden wird nicht nur ein genauer zeitlicher und organisatorischer Ablauf von solchen Treffen von der lokalen bis zur Bundesebene vorgestellt, auch die Ziele solcher Treffen werden präzise beschrieben:

„Auf der Konferenz am 22./23. 4. (MASCH-Konferenz Köln) war noch keine Einigkeit darüber herzustellen gewesen, in welcher Weise wir uns zur DKP verhalten sollen. Einigkeit herrschte in der Einschätzung, daß neue Organisationsformen nur unabhängig und autonom von der derzeitigen DKP und nur im Gespräch mit anderen linken und demokratischen Kräften gefunden werden können. Auseinander gingen die Meinungen darüber, ob man/frau nun austreten soll oder nicht.“

Und weiter:

„Wir haben für uns entschieden, daß wir uns aus den DKP-Strukturen erst mal völlig herauslösen, aber noch nicht austreten.“ Und weiter: „Wir meinen aber, daß es für die Mitarbeit bei der Herausbildung neuer Organisationsformen und der Suche nach Lösungen auf die vielen offenen Fragen nicht von entscheidender Bedeutung ist, ob jemand in der DKP Mitglied ist oder nicht, oder ob sie/er noch in der DKP mitarbeitet oder nicht.“

In einem mit einer Kölner Kontaktadresse verbreiteten Aufruf für einen „bundesweiten Kongreß Erneuerung“ werden „Einzelne oder Gruppen, Zirkel oder Grundorganisationen, Kreise, Bezirke oder Konferenzen, DKP-Mitglieder oder Nichtmitglieder“ dazu aufgerufen, „konkrete thematische Projekte ins Leben zu rufen“, als ein Anstoß zur „Erneuerung der DKP, als Teil einer Erneuerung der Linken“.

ren und Verhaltensweisen beschleunigt und befördert.

Die Enthüllungen über den Stalinismus, seine Aufarbeitung in der Sowjetunion, auch die Frage nach seinen Auswirkungen auf unsere Partei, haben Ansprüche und Erwartungen vieler Mitglieder an sich selbst und an unsere Partei deutlich und zu Recht erhöht.

Durch eigene Erfahrungen vieler Genossinnen und Genossen mit Mängeln in der Offenheit des Diskussionsklimas in der Praxis früherer Jahre ist ein Stau von Veränderungswünschen aufgelaufen.

All das ist, wie gesagt, der ganzen Partei mittlerweile geläufig. Eine durchaus positive Rolle bei der Erkenntnis dieser Komplikationen hat die Entwicklung der Partei seit Sommer vergangenen Jahres, vor allem seit der 13. PV-Tagung (September 1988) gespielt. Schon vor dem 9. Parteitag hat der Parteivorstand erkennbar damit begonnen, Schlußfolgerungen aus dieser Parteidiskussion, also auch Schlußfolgerungen aus Schwächen und Fehlern seiner bisherigen Arbeit zu ziehen. Der auf dem 9. Parteitag neu gewählte Parteivorstand hat es sich zum Ziel gesetzt, die Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu erneuern. Ein wichtiger positiver Faktor bestand bei dieser Zielsetzung darin, daß eine ganze Reihe von Beschlüssen des Parteitags die Erneuerung auf marxistisch-leninistischer Grundlage nicht nur gefordert, sondern inhaltlich auch eingeleitet hat.

Auf dieser Grundlage legte der neu gewählte Parteivorstand, auch sein Präsidium und sein Sekretariat, seit dem 9. Parteitag die Schwerpunkte seiner Tätigkeit vor allem auf folgenden:

Wir haben die hohen Erwartungen der ganzen Partei konstruktiv aufgenommen und damit begonnen, die zentrale Leitungsarbeit und die Beziehungen zwischen dem Parteivorstand und den Bezirken zu demokratisieren. Diese Aufgabe erforderte bisher sehr viel Kraft, sie schloß u. a. ein, daß mit sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Parteivorstand kollektive und individuelle Gespräche geführt wurden, deren Ergebnisse in die Veränderung der Leitungsarbeit beim Parteivorstand einflossen. Zur Demokratisierung der Leitungs- und Parteiarbeit gehört auch, daß seit geraumer Zeit Informationen über die Parteivorstandstagungen allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden, in einem Umfang, der einmalig ist für alle bundesdeutschen Parteien. Insgesamt wurde das Parteiinformationssystem auf allen Ebenen beträchtlich

blemen in der Leitungsarbeit aufgelaufen waren, verstärkt durch die bekannten inhaltlichen und politischen Problemkomplexe der heutigen Zeit.

Präsidium, Sekretariat und Parteivorstand haben deshalb ihre bisherigen Leistungen seit dem Parteitag selbstkritisch bewertet; eine Zusammenfassung dieser Selbstkritik findet sich vor allem auch in der 4. PV-Tagung vom April 1989.

Uns ist bewußt, daß die aufgelaufenen Probleme, objektiv wie subjektiver Natur, zu einer Glaubwürdigkeitskrise in der Partei geführt haben. Viele heutige Schwächen der Partei, viele Fragen, die unter der Überschrift „Erfolglosigkeit“ aufgeworfen werden, viele Verunsicherungen werden weithin zu Recht auch der früheren und der heutigen Parteiführung angelastet.

Die Parteiführung, insbesondere auch Präsidium und Sekretariat, nehmen die Verunsicherungen, die heute alle Kommunistinnen und Kommunisten aus vielen objektiven Gründen erfaßt haben, ernst. Sie streben in allen Fragen der Politik und der inneren Verfassung der Partei danach, Ankündigungen und reale Taten in Übereinstimmung zu bringen.

Daran haben Parteivorstand, Präsidium und Sekretariat seit dem 9. Parteitag gearbeitet, und zwar, wie in der 4. PV-Tagung ausgeführt wurde, bis zu diesem Zeitpunkt einheitlich. Zur nüchternen Erkenntnis der Probleme und der Rolle, die die Parteiführung bei der Lösung der Probleme zu spielen hat, gehört unserer Auffassung nach auch, daß sie auf keinen Fall kurzfristig, mit illusionären Kraftanstrengungen behoben werden können. Die Anerkennung der Tiefe der Probleme, auch der Verunsicherung aller Parteimitglieder, schließt die Anerkennung der Tatsache mit ein, daß nur in einem geduldigen, konsequenten Prozeß härtester Arbeit die Probleme in einer solchen Weise gelöst werden können, daß in der Tat auch jedes Mitglied der Partei die wirkliche Gelegenheit erhält, daran mitzuwirken und sich daran mitzuentwickeln.

Vor allem dadurch ist es bedingt, daß zwar auf der Ebene der zentralen Leitungsarbeit bereits eine Reihe von Veränderungsprozessen eingeleitet worden sind, daß aber die ganze Partei davon noch nichts in vollem Umfang verspürt. Natürlich ist es auch eine Folge davon, daß beispielsweise das gesamte System der Parteiinformation noch nicht auf dem Stand ist, der es allen Mitgliedern mit einem vertretbaren Aufwand ermöglicht, sich selbst zu in-

- In der Zeit seit dem Parteitag hat die Partei begonnen, auf diesen Grundlagen zu arbeiten. Viele Leitungen, vor allem der Parteivorstand selbst, gingen weitgehend einheitlich an die Lösung der Probleme heran.
- Zugleich begannen einzelne Genossinnen und Genossen, auch Mehrheiten von einzelnen Parteigliederungen, sich von dem gemeinsamen Diskussions- und Arbeitsprozeß zu entfernen.

- Sogenannte „Strömungs“- oder „Erneuerer“-Treffen, zunächst auf lokaler Ebene, zeichneten sich ab.

In einigen Städten der Bundesrepublik wurde zu lokalen Treffen der Minderheit in der Partei aufgerufen. Ende April erfolgte auf der Konferenz der MASCH in Köln ein Aufruf zu einem Minderheiten-Treffen im Bezirk Rheinland-Westfalen.

- Nunmehr fand in der ersten Mai-Woche ein nicht öffentlich angekündigtes Treffen von Funktionären der DKP statt, an dem auch die Präsidiumsmitglieder Birgit Radow und Werner Stürmann teilnahmen. In den Tagen nach diesem Geheimtreffen haben einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer öffentlich über die dort getroffenen Festlegungen gesprochen. Danach soll im Juni ein bundesweites Minderheitentreffen stattfinden, welches als Vorbereitung für einen „Kongreß Erneuerung“ im Herbst dienen soll. Es soll außerdem in Form eines Sprecherkreises eine Leitung konstituiert werden. Es soll die Herausgabe eines Mitteilungsblattes verabredet worden sein. Es soll an eine kleine Gruppe der Auftrag vergeben worden sein, ein Statut einer „modernen“ kommunistischen Partei zu erarbeiten.

Die Minderheit in der Partei organisiert sich in bundesweitem Maßstab in eigenen Strukturen. Das ist eine neue Situation.

Ihre Ziele und Absichten gehen aus einer Reihe von schriftlich veröffentlichten Dokumenten hervor. Im Aufruf zu dem Treffen in Rheinland-Westfalen heißt es u. a.:

„Der Erneuerungsprozeß in der DKP kommt nur langsam voran; für manche viel zu langsam... Die Parteidiskussion wird vom Parteivorstand und Bezirk auf eine Weise verwaltet, daß alle spüren: Davon geht keine wesentliche Veränderung aus.“

Und weiter:

„Was wir brauchen, ist Selbstverständnis über die kollektive Erarbeitung des Erneuerungskonzeptes,

- Sinn und Ziel unserer Arbeit,
- demokratische Gestaltungsmöglichkeiten für alle GenossenInnen, die zur Erneuerung beitragen wollen.“

Ähnliche Formulierungen tauchen fast wortgleich in ei-

Die Gefahr ist also groß. Ein Teil der Partei beginnt, abzutrennen, schafft sich eigene Diskussionsstrukturen. Wird dieser Prozeß fortgesetzt, so wäre das eine zweite Partei in und neben der Partei. Damit werden die bisher gemeinsamen Diskussionsgrundlagen, die einmütig gefaßten Beschlüsse des 9. Parteitages über Bord geworfen. Das widerspricht den bisher für alle Mitglieder gültigen und beschlossenen Prinzipien, wie dem Statut der Partei, ihrem Programm und den Thesen des Hamburger Parteitages. Es ist vor allem auch eine Mißachtung der Legitimität der gewählten Leitungen, eine Mißachtung demokratischer Parteiwahlen.

II.

Von Vertretern der Minderheit wird immer wieder behauptet, daß der soeben dargestellte Entwicklungsprozeß im Grunde unvermeidlich sei, weil in den heutigen Zeiten der Meinungspluralismus, die Meinungsverschiedenheiten, innerhalb einer kommunistischen Partei unvermeidlich seien.

Tatsächlich gibt es in der DKP tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über Fragen, die mit der gegenwärtigen Umbruchperiode entstanden sind. Diese Fragen berühren neue Anforderungen und Herausforderungen an unsere Politik, an unsere programmatische Entwicklung, an unser Organisationsverständnis. Auch können diese Fragen nur durch umfassende inhaltliche Diskussionen im sachlichen Meinungsstreit ausdiskutiert und geklärt werden.

Diese Erkenntnisse sind allerdings kein alleiniger Besitz der Minderheit. Die ganze Partei, jedes interessierte Mitglied weiß, daß es eine Reihe von Gründen dafür gibt, daß die Meinungsvielfalt an Bedeutung gewinnt und in den Diskussionen der Partei längst Realität ist.

Die Umbruchperiode wirft komplizierte Fragen auf, der Prozeß des Suchens kann deshalb auch unterschiedliche Antworten, sogar zeitweilige Irrtümer hervorbringen.

Die in den vergangenen Jahren veränderte soziale Zusammensetzung unserer Partei hat eine größere Differenzierung hervorgebracht. Damit haben sich auch neue Bedürfnisse in der Diskussion, neue und teilweise unterschiedliche Prioritäten in der politischen Praxis herausgebildet. Auch dies ist ein Grund dafür, daß die Diskussionen in der Partei objektiv kompliziert, vielfältig und teilweise mit Meinungsverschiedenheiten verlaufen.

Die Formen, in denen sich die Genossinnen und Genossen heute in die Diskussion und die Aktivitäten der Partei einbringen wollen, beruhen auf neu gewachsenen Ansprüchen auf Entfaltung der Individualität in der Partei, auf Mitentscheidung, auf Beteiligung an Meinungs- und Willensbildung in der ganzen Partei. Dies ist ein prinzipiell positiver Prozeß, in dem sich die Fähigkeiten der Partei vielfältig erhöhen können.

Die Aufarbeitung historischer Erfahrungen hat die bewußte Abkehr von administrativen, autoritären Struktu-

konstruktiv aufgenommen, haben vor allem die inhaltlichen Diskussionen zu einer Reihe von aktuellen politischen Fragen vertieft und haben der ganzen Partei Vorschläge zur Organisation der Parteidiskussion zu „BRD 2000“ und „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ unterbreitet. Bestandteil dieser Vorschläge ist ein breites Angebot an Diskussions- und Arbeitsmöglichkeiten, welches ergänzt wird durch eine sehr breite Palette von ergänzenden und erweiternden Angeboten auf Bezirks-, Kreis- und Gruppenebene. Die demokratische Diskussion findet nicht nur in Mitgliederversammlungen statt, sondern auch in Arbeitskreisen, Konferenzen, Foren, Hearings, wissenschaftlichen Treffs und verschiedenen Publikationsorganen.

Schließlich, als dritte Hauptrichtung unserer Tätigkeit, haben wir angestrebt, die Handlungsorientierung der Partei zu verstärken, ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Dazu gehört u. a. die weitere Ausarbeitung unserer Positionen zur EG, in Verbindung mit einer entsprechenden Orientierung für den EG-Wahlkampf. Dazu gehören aber auch solche Aktivitäten wie die Nordsee-Ostsee-Konferenz, die Initiativen zum 40. Jahrestag der Bundesrepublik oder aber die jetzt bevorstehende Konferenz für Betriebsräte, Personalräte und Jugendvertreter. Auch die weithin positiv aufgenommene Umgestaltung der UZ gehört zur Verwirklichung dieser Hauptrichtung unserer Tätigkeit. Nicht unerwähnt bleiben sollte an dieser Stelle, daß auch die mit uns befreundete Zeitschrift „Marxistische Blätter“ seit langer Zeit eine Form und eine inhaltliche Gestaltung angenommen hat, die sie zu einem wirklichen Diskussionsorgan auch für Mitglieder unserer Partei hat werden lassen.

Gemessen an dem kurzen zur Verfügung stehenden Zeitraum seit dem 9. Parteitag, hat sich in diesen großen Arbeitsrichtungen gezeigt, daß der neugewählte Parteivorstand in der Tat konsequente Schritte in Richtung auf marxistisch-leninistische Erneuerung der Partei nicht nur ankündigt hat, sondern auch konkret umzusetzen gewillt ist. Zumindest einigen in der sich organisierenden Minderheit ist dies dahingehend aufgefallen, daß sie von einer „Anpassungsbetriebsamkeit des PV“ gesprochen haben, und die Befürchtung geäußert haben, damit würde „der Erneuerung der Schwung genommen“.

Dies alles zeigt: Parteivorstand, Präsidium und Sekretariat sehen ihre Aufgabe darin, tatsächlich den der heutigen Zeit angemessenen Veränderungsprozeß der Partei, ihre Erneuerung auf marxistisch-leninistischer Grundlage konsequent und für jedes Mitglied mitvollziehbar voranzutreiben. Parteivorstand, Präsidium und Sekretariat gehen damit in die Richtung der Parteitagsentschließung, nämlich: „Unser gemeinsames Ziel ist: Die Partei aus ihrer schwierigen Lage herauszuführen und ihre Einheit zu festigen, sie zu befähigen, ihren Aufgaben gerecht zu werden.“

Dem Parteivorstand und dem Präsidium ist durchaus bewußt, daß von einer ausschließlich positiven, gar beschönigenden Bilanz nicht die Rede sein kann. Es hat sich in der Arbeit seit dem 9. Parteitag herausgestellt, daß in der Vergangenheit eine ganze Reihe von gravierenden Pro-

bleme der Partei zu übergeben; das ruht zunehmend zu einem Zustand, in dem das einzelne Mitglied nicht mehr imstande ist, alle wesentlichen Entwicklungen auch tatsächlich zu verfolgen.

Eine fast noch wichtigere Rolle spielte es allerdings auch, daß erhebliche Kraft der Parteiführung – das ist hier nicht anders als auf der Ebene vieler Bezirke, Kreise und Gruppen – gebunden ist durch unfruchtbare Formen der Parteaueinandersetzung. Nach wie vor ist es leichter, Artikel über „Erneuerung“ zu schreiben, anstatt die Erneuerung der Partei in der Praxis tatsächlich voranzutreiben. Die Erneuerung der Partei erfordert die Beachtung der Dialektik von Diskussion und Aktion, erfordert die Beachtung der Bedingungen des Lebens und der Arbeit aller Genossinnen und Genossen, erfordert Sensibilität gegenüber den individuellen und kollektiven Schwierigkeiten der Erneuerung, erfordert, daß wir alle Mitglieder in diesem schwierigen Prozeß ernstnehmen und niemanden zurücklassen.

Wenn die Minderheit, wie oben zitiert, davon spricht, daß der Erneuerungsprozeß „zu langsam“ vorangehe, dann spricht daraus auch Überheblichkeit gegenüber der Masse der Parteimitglieder. Wer die Partei wirklich verändern will, muß zunächst zur Kenntnis nehmen, wie die Partei ist, was die Wünsche, Absichten und Möglichkeiten der Parteimitglieder sind. Eine Veränderung, Erneuerung der Partei ohne die Einbeziehung aller ihrer Mitglieder ist vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt.

Auf der Ebene der zentralen Leitungsarbeit waren und sind abgehobene, die Realität der Partei nicht beachtende Ansprüche und Forderungen, wie sie vor allem von Vertretern der Minderheit immer wieder vorgebracht werden, ein Hindernis für die Tätigkeit von Parteivorstand, Präsidium und Sekretariat.

Insgesamt kann heute niemand ernsthaft bestreiten, der vorurteilsfrei an die Dinge herangeht, daß der Prozeß der Erneuerung auf marxistisch-leninistischer Grundlage auf allen Ebenen begonnen hat und bereits sichtbare Ergebnisse zeigt. Es kann allerdings auch niemand bestreiten, daß in der konsequenten Verfolgung dieses Erneuerungsprozesses komplizierte Probleme bestehen, die nur durch die kollektive Anstrengung aller Mitglieder behoben werden können.

Eben auf diesem Hintergrund geht es um die Frage, welche Rolle der Meinungspluralismus in der Partei zu spielen hat. Wir halten an der Aussage der Entschließung des 9. Parteitages fest: „Meinungspluralismus bei der Entscheidungsfindung, Einheit bei der Entscheidungsverwirklichung, gemeinsames Handeln und demokratische Kontrolle können (das Prinzip des Demokratischen Zentralismus) lebendig gestalten und die schöpferische Kraft der ganzen Partei mobilisieren. Die Anerkennung von

An alle Mitglieder der DKP

Fortsetzung von Seite 9

Mehrheitsbeschlüssen und ihre gemeinsame Umsetzung sind eine Grundbedingung für die Einheit der Partei. Wir halten daran fest, daß es Meinungspluralismus geben muß und daß sich unvermeidlich Meinungsverschiedenheiten in vielen, auch grundlegenden Fragen zeigen. Wir sind auch nicht der Meinung, daß durch die Diskussions- und Arbeitsangebote des Parteivorstandes bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um die komplizierten Fragen der heutigen Zeit und der Parteientwicklung abschließend klären zu können.

Zwar gibt es bereits eine große Vielfalt von Angeboten, oft sogar mehr, als von den Mitgliedern vor Ort zu verkraften ist, und doch sehen wir durchaus die Notwendigkeit dafür, daß die bereits bestehenden Angebote auf Gruppen-, Kreis-, Bezirks- und Bundes-Ebene, wo immer die Notwendigkeit und die Möglichkeiten dazu bestehen, erweitert und ausgebaut werden müssen. Das also ist nicht unsere Differenz zur Minderheit.

Die eigentlichen und für die Einheit der Partei gefährlichen Differenzen bestehen darin, daß die Organisatoren der Minderheit damit begonnen haben, sich bundesweit zu organisieren, daß sie eigene organisatorische und Leitungsstrukturen aufzubauen beginnen, daß sie damit begonnen haben, eine andere Parteikonzeption in die Form eines Statuts zu gießen, und daß sie damit begonnen haben, in der Praxis zum Aufbau einer zweiten Partei in der Partei überzugehen.

Wenn die Organisatoren der Minderheit diesen Prozeß, für den sie allein die volle Verantwortung tragen, jetzt nicht stoppen und in der Praxis nicht aufgeben, so kann er unvermeidlich nur mit der Abspaltung der Minderheit von der DKP enden.

Wir halten daran fest, daß der notwendige Meinungsstreit das generelle Ziel verfolgen muß, zu Klärungen in der Sache, also zum Finden von für alle Mitglieder nachvollziehbaren und zu beeinflussenden Entscheidungen beizutragen. Wir halten daran fest, daß das Ziel der Diskussionen nicht in der Vertiefung von Meinungsverschiedenheiten bestehen sollte, sondern darin, Widersprüche und Probleme zu klären, um ideologische, politische und organisatorische Einheit zu ringen. Wir halten daran fest, daß die anzustrebende größtmögliche Einheit in den Grundfragen der Weltanschauung, der Theorie, der Programmatik, der Politik und der Organisation mehr denn je eine wesentliche Bedingung für die Entwicklung von Handlungsfähigkeit, Einsatzfähigkeit und Wirksamkeit einer kommunistischen Partei sein muß.

Auch wenn es heutzutage verständlich ist, daß auch in Grundfragen Meinungsgegensätze zwischen Kommunistinnen und Kommunisten auftreten, so lehnen wir doch Auffassungen ab, wonach solche Meinungsgegensätze heute und künftig als „Normalzustand“ für unsere Partei zu gelten hätten oder gar als „Idealzustand“. Meinungsgegensätze – auch in Grundfragen – können eine zeitweilige Realität sein. Werden sie zu einem Dauerzustand, so würden sie zu Keimen der Verfestigung von Strömungen, der Fraktionierung und letztlich der Spaltung der Partei.

Die wesentlichen Gründe dafür sind folgende:

- Bei einer Auseinandersetzung nach festen Meinungsströmungen steht nicht die Klärung der ideologischen

Streitfragen im Mittelpunkt, sondern das Gewinnen von Terrain in der innerparteilichen Auseinandersetzung. Der innerparteiliche Dialog und Meinungsstreit muß dann zum Schlagabtausch verkommen.

- Der Wettbewerb der besten Ideen für die Entwicklung der Partei würde einem Verdrängungswettbewerb der Strömungen oder Fraktionen Platz machen müssen. So ist auch die These zu verstehen, daß nach einer Strömungsphase die Einheit der Partei auf höherer Ebene hergestellt werden sollte. Die Vertreter dieser These meinen damit, daß ihre Minderheitenströmung sich dann in der Partei durchgesetzt haben wird.

- Die separate Entwicklung von Theorien und Strategien in fest verankerten Strömungen bringt die Tendenz der Minderung der Verständigungsmöglichkeit mit sich, bis hin zum Verlust einer gemeinsamen Sprache.

Diese durch die Struktur des Strömungskampfes gegebenen Deformationen verletzen nicht nur die ideologische Einheit, sondern letztlich auch die Handlungsfähigkeit der Partei. Die politische Eingriffsfähigkeit der Partei hängt davon ab, daß sie Konzepte hinsichtlich der politischen Herausforderungen entwickelt und daß sie dementsprechend zu Handlungsorientierungen kommt, die für die ganze Partei verbindlich sind.

Die Konzentration auf den Kampf der Strömungen hat heute schon einen Großteil der theoretischen und praktischen Energien der Partei gebunden. Auf die Herausforderungen in der Friedens- und Abrüstungspolitik bis hin zum Bereich konkreter Interessensvertretung der arbeitenden Menschen reagiert die Partei schon heute unzureichend.

Beschlüsse werden schon heute mancherorts höchst unvollständig oder auch gar nicht befolgt, weil die Verbindlichkeit von Beschlüssen der Mehrheit – zumindest in der Praxis – nicht anerkannt wird. Loyalitäten und Orientierungen werden dort entlang den Strömungslinien entwickelt und empfunden. Würde die Partei diesem Zustand nicht aktiv entgegengetreten, würde sie ihn gar als normal und richtig legitimieren, so würde sie sich damit aus der politischen Szene verabschieden.

III.

Das Programm der DKP und die Thesen des Hamburger Parteitage, beides einstimmig verabschiedete Dokumente, erklären Fraktionsbildung für unzulässig und den Prinzipien des demokratischen Zentralismus widersprechend. In der Entscheidung des 9. Parteitage, die gemeinsam erarbeitet und einmütig verabschiedet wurde, hat sich die ganze Partei selbst verpflichtet:

- daß es „der feste Wille der ganzen Partei“ ist, „Antworten auf neue Fragen“ zu suchen;
- daß die dazu erforderliche Parteidiskussion „solidarisch und streitbar auf inhaltliche Klärung orientiert sein“ soll;
- daß wir lernen wollen, „Meinungsverschiedenheiten produktiv zu machen für den Erkenntnisfortschritt der ganzen Partei“;

- und vor allem, daß wir durch „konsequente Öffentlichkeit aller Diskussionsprozesse“ den „Tendenzen von Lager- und Fraktionsbildung und der Etablierung politischer Plattformen den Boden entziehen“ müssen.

Diesem klaren Auftrag an die ganze Partei entsprechen die vom Parteivorstand gemachten Vorschläge zur Organisierung der Diskussionsprozesse, um deren Umsetzung wir uns zur Zeit, für alle nachvollziehbar, bemühen.

Im Mittelpunkt dieser Diskussions- und Gedankenarbeit der DKP stehen lt. Parteitagebeschuß die bis heute vorliegenden Dokumentenentwürfe „BRD 2000“ und „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“. In ihnen sind die bisher kollektiv erarbeiteten Auffassungen und Herangehensweisen formuliert. Es ist der Wille des Parteitage, diese Dokumentenentwürfe auf einem außerordentlichen Parteitag Anfang 1990 abschließend zu beraten.

Der mit der Serie von angekündigten, sich über das ganze Jahr 1989 hinziehenden regionalen und bundesweiten Minderheitentreffen eingeschlagene Weg einer Verfestigung von Strömungen steht im klaren Widerspruch zu den demokratisch zustandekommenden Beschlüssen des Parteitage. Er belastet und behindert die kollektive Meinungsbildung der Gesamtpartei. Die Organisierung und Vorbereitung einer ganzen Serie von Treffen, wie sie nach den vorliegenden Informationen bei der oben erwähnten nicht öffentlichen Zusammenkunft geplant worden ist, ist durch keinerlei demokratische Entscheidungen – nicht einmal innerhalb der Minderheitenströmung selbst – legitimiert. Es sei denn, die Minderheit verfügt bereits über geheime eigene Entscheidungsstrukturen und geht jetzt nur den Schritt „aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit“, wie es in der bereits erwähnten Hamburger Ausgabe der UZ formuliert wurde.

Der Verlauf der Konferenz in Köln und eine Reihe im Anschluß an diese Konferenz erschienener örtlicher Aufrufe haben gezeigt, daß sie sich zu einem nicht geringen Teil an ehemalige Mitglieder der DKP richten oder an solche Genossinnen und Genossen, die sich selbst als „Noch-Mitglieder“ sehen.

Es macht uns nachdenklich und schmerzt uns, daß eine solche Stimmung in einem Teil der Partei existiert. Wir ringen um den Verbleib aller Mitglieder in der DKP. Wir brauchen und wollen ihre Fähigkeiten, ihren Einsatz in der DKP und für die Ziele der DKP.

Wir appellieren an alle Genossinnen und Genossen, die sich zur Zeit für Minderheitentreffen interessieren, ihre Fähigkeiten, ihre Kraft, ihre Kompetenz und ihre Phantasie für die Weiterentwicklung der DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage einzusetzen. Wir appellieren an alle Genossinnen und Genossen, zur aktiven Arbeit in den Strukturen der DKP zurückzukehren.

Von den gewählten Funktionärinnen und Funktionären und den politischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DKP erwarten wir, daß sie sich an die demokratischen Mehrheitsentscheidungen der Partei und des Parteitage halten und sich für die Verwirklichung der Beschlüsse aktiv einsetzen. Jedes andere Herangehen würde demokratische Grundregeln der inneren Verfassung der Partei außer Kraft setzen.

Selbstverständlich haben alle Mitglieder, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alle Funktionärinnen und Funktionäre das Recht und die Verantwortung, über Fragen,

Anregungen und Vorschläge nachzudenken und zu diskutieren, die sie in die kollektive Diskussion über die Neufassung unseres Statuts einzubringen gedenken. Doch solange das Statut nicht verändert ist, gilt die gegenwärtige Beschlüsse als Grundlage für das Handeln aller in unserer Partei. Wir alle sind für unser Handeln gegenüber den Gremien und Teilen der Mitgliedschaft verantwortlich, die uns gewählt haben, wir sind ihnen gegenüber rechenenschaftspflichtig.

Sollten Funktionärinnen und Funktionäre die derzeit geltende Beschlüsse nicht einhalten, so haben die zuständigen Gremien die nötigen Entscheidungen zu treffen, so wie dies im Bezirksvorstand des Bezirks Rheinland-Westfalen in sorgfältiger und verantwortungsbewußter Weise bereits geschehen ist.

IV.

In dieser Situation hat das Präsidium beschlossen:

- Das Präsidium bekräftigt die Linie der marxistisch-leninistischen Erneuerung der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse des 9. Parteitage. Es wird auch weiterhin seine Arbeit an diesen inhaltlichen, politischen und weltanschaulichen Grundlagen orientieren.
 - Die bisherigen Diskussions- und Arbeitsangebote („Maßnahmen zur Organisierung der Parteidiskussion“) werden konsequent fortgesetzt und, wo nötig und möglich, jeweils erweitert und weiter präzisiert.
 - Das Präsidium fordert alle Gruppen, Kreise und Bezirke auf, in ihren Verantwortungsbereichen entsprechend zu verfahren.
 - Das Präsidium fordert die gesamte Partei und ihre Leitungen auf, die politischen Aktivitäten auf der Grundlage der Beschlüsse des Parteitage fortzuführen und auszubauen.
- Inbesondere heißt das:
- Eingreifen in die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in der BRD heute;
 - Eingreifen in die laufenden Wahlkämpfe;
 - Ringen um das sichtbare, aktive Auftreten der DKP vor Ort in Betrieben, Wohngebieten, Hochschulen, politischen und sozialen Bewegungen.
 - Das Präsidium fordert die Partei und ihre Leitungen auf, für die Einheit der Partei einzutreten und allen lokalen, regionalen und bundesweiten Minderheitentreffen außerhalb der demokratisch legitimierten Strukturen der Partei politisch aktiv entgegenzutreten und um die Gewinnung möglichst vieler Mitglieder für die Arbeit in der Partei zu ringen.
 - Das Präsidium wird eine Parteivorstandstagung einberufen und den Parteivorstand um Diskussion, politische Bewertung und Beschlüsse zur Veränderung der Situation ersuchen.

den 31.5.1989

Die bisherige Berichterstattung der UZ über die 5.PV-Tagung (27./28.5.) sowie Verlautbarungen der stellvertretenden DKP-Vorsitzenden, Frau Ellen Weber, auf einer Pressekonferenz in Bonn zum gleichen Gegenstand, die in der Presse wiedergegeben wurden, veranlassen mich zu einigen sachlichen Richtigstellungen.

Am freitagabend (26.5.1989) übermittelte ich Gen.Jörg Huffschnid telefonisch folgenden Text und bat ihn in meinem Namen auf der PV-Tagung vorzutragen. Der Text hatte folgenden Wortlaut:

"Wegen eines überraschend verlängerten ärztlichen Untersuchungstermins, bei dem keine Außenkommunikation möglich war, konnte Gen.Heinz Jung seine Absicht nicht verwirklichen, seine persönliche Stellungnahme als Präsidiumsmitglied den Mitgliedern des PV brieflich mitzuteilen. Er hat mich (Jörg Huffschnid) nach knapper telefonischer Verständigung gebeten, dies für ihn in aller Kürze mündlich zu tun.

Gen.Jung ist infolge seines Gesundheitszustandes gezwungen, seine Mandate - auch das als Präsidiumsmitglied - niederzulegen. Er schlägt an seiner Stelle für das Präsidium den Gen.Wolfgang Gehrke vor, der - aus seiner Sicht - ähnliche Positionen wie er selbst in den Diskussionsprozeß einbringen würde. Dies entspräche auch der Beschlußlage des 9.Parteitages (insbesondere dem Hessischen Initiativantrag), der bekanntlich bei der Wahl der Führungsorgane nur ungenügend Rechnung getragen wurde. Diese Beschlußlage ist jedoch nach wie vor für den PV als ganzes verbindlich. Gen.Jung hat am 4. bzw.5.Mai 1989 Gen.Herbert Mies über seine Situation, die erforderlichen Konsequenzen und seine Vorstellungen über die Nachfolgevorschläge mündlich und schriftlich in Kenntnis gesetzt. Er war damit einverstanden, die Ablösungsfragen nach der Entspannung der aktuellen Parteisituation, aber noch in diesem Sommer, abzuwickeln. Dies hätte es überflüssig gemacht, seine Meinung heute zur Kenntnis zu bringen.

Mit der Zuspitzung der Situation in den folgenden Wochen, mit der von der Mehrheit auch die derzeitige Besetzung des Präsidiums thematisiert wurde und wohl auf der PV-Tagung zur Debatte gestellt werden soll, ergibt sich jedoch auch für den Gen.Jung eine in vieler Hinsicht neue Ausgangslage.

Er wendet sich entschieden - mit welchen Argumenten, Vorwänden etc. dies auch geschehen sollte - gegen eine Maßregelung oder den Ausschluß der

VertreterInnen aus dem Präsidium oder anderen Gremien.

Gen.Jung hielt es für besser, die Auseinandersetzungen würden generell in den bestehenden Parteistrukturen geführt. Aus seiner Sicht trägt jedoch die Präsidiums- und generell die Führungsmehrheit die Hauptverantwortung an der Entstehung der gegenwärtigen Situation und hat sie z.T. gewollt angesteuert.

Der Hauptgrund liegt darin, daß eine einflußreiche Fraktion faktisch nicht bereit ist, unterschiedliche Positionen in der Partei zu akzeptieren. Nur widerwillig hatte sie sich verbal dem Hauptstrom der Partei angepaßt. Vor allem in der Kaderpolitik ist sie jedoch zu diskriminierenden Praktiken gegenüber VertreterInnen der Minderheitsposition übergegangen. Dies hat Gegenreaktionen hervorgerufen und kann als Politik der gezielten Provokation verstanden werden, um die Minderheit aus der Partei zu vertreiben. Vertreter dieser Fraktion haben oft genug diese ihre Option deutlich gemacht. Ihr Ziel nach der 13. PV-Tagung (Sept. 1988) war es, auf dem Parteitag eine entsprechende "Lösung" durchzusetzen. Dabei sind sie jedoch in der Hauptsache an der Mehrheitsmeinung der Partei gescheitert.

Nach dem Parteitag hat diese Fraktion in den Führungsorganen wieder den Haupteinfluß auf den Gang der Dinge gewonnen und die Politik der Provokationen erneut aufgenommen. Sie hat vor allem verhindert, daß die Beschlußlage des Parteitages sich durchsetzt und ein Neuanfang des demokratischen und solidarischen Umgangs in Gang kommt. Bedauerlicherweise ist davon auch der Präsidiumsappell geprägt, gegen den Gen.Jung -im Falle seiner Anwesenheit im Präsidium- aus diesen u.a. Gründen votiert hätte.

Obwohl sich die Fronten in jüngster Zeit zunehmend weiter verhärtet haben, ist es zur Gemeinsamkeit noch nicht zu spät. Dies umso mehr, als die Perspektive der Zersplitterung für alle Seiten nicht erfreulich sein kann. Dies verlangt jedoch, daß die Politik der Provokation beendet wird und daß die realen Entwicklungsbedingungen der Partei heute als Ausgangspunkte akzeptiert werden.

Sollten sich auf dieser PV-Tagung entgegen den Anforderungen der Realität und der Zukunft der Partei Mehrheiten bilden und durchsetzen, die VertreterInnen der Minderheitspositionen aus dem Präsidium ausschließen oder sie faktisch vertreiben, erklärt Gen.Jung für diesen Fall - unbeschadet der eingangs erläuterten Sachverhalte - aus Protest seinen Rücktritt aus dem Präsidium."

Diesen Text hat Gen.Hulfschmid zu Beginn der Sonntagssitzung vorgetragen. Ich nehme an, die Meinungsäußerung ist eindeutig. Da im Verlauf der

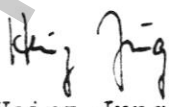
der Sitzung Genossin Radow und Genosse Stümann aus dem Präsidium durch die Mehrheit ausgeschlossen wurden , galt und gilt , daß ich aus Protest gegen diese Maßnahme sofort aus dem Präsidium ausschied. Ich verstehe dies auch als Form der Solidarisierung mit den Ausgeschlossenen.

Frau Weber äußert demgegenüber auf der o.g.Pressekonferenz , ich sei aus Gesundheitsgründen ausgeschieden. Im Sitzungskommunique wird der Sachverhalt ebenso wenig erwähnt wie in der UZ-Berichterstattung. Anzumerken wäre noch , daß ich am sonntagfrüh einen Anruf des Gen.Mies erhielt. Er fragte an , ob er von der Informationsvereinbarung von Anfang Mai abgehen könne und den PV von meiner beabsichtigten Niederlegung der von mir wahrgenommenen Mandate aus Gesundheitsgründen informieren könne. Irgendwo (in der Hamburg-Beilage der UZ) sei eine anderslautende Mitteilung erschienen. Ich sagte ihm , daß ich gegen die korrekte Darstellung der Sachverhalte nichts einzuwenden habe , ich Jörg Huffscheid jedoch zur Abgabe einer Erklärung gebeten habe , daß ich das Präsidiumsmandat aus Protest niederlegen würde , wenn es zu Ausschlüssen oder Abwahlen käme.

Von der o.g.Pressekonferenz war auch in der Frankfurter Rundschau zu lesen (v.30.5.1989), daß ich meine Funktion als Leiter des IMSF niedergelegt habe. Dies ist jedoch nicht der Fall. Ich werde diese Funktion vielmehr bis zu einer ordnungsgemäßen Neuwahl durch die Mitgliederversammlung des Trägervereins des IMSF wahrnehmen und zwar unbeschadet meiner krankheitsbedingten Abwesenheit vom Arbeitsplatz.

Als Kommunist muß man mit Bedauern feststellen , daß eine spätstalinistisch-traditionalistische Mentalität bei einflußreichen Teilen der Parteiführung nicht nur zur wesentlichen Barriere gegen die Erarbeitung der Realität und die notwendige Erneuerung geworden ist , sondern daß nun auch wieder der Monopolanspruch auf Wahrheit, die Privateigentümermentalität gegenüber der Partei und geistige und politische Intoleranz als ihre Ausdrucksformen um sich greifen. Letztlich ist es die Angst vor der Realität und vor der Zukunft , die sich in einer solchen Haltung ausdrückt.

Dies ist aber heute schon längst nicht mehr die Meinung und Haltung der Mehrheit der Kommunistinnen und Kommunisten in unserem Land. Ich werde auch in Zukunft mit ^{ihnen und} den mir zur Verfügung stehenden Kräften dafür eintreten , daß die Hoffnungen auf eine erneuerte kommunistische Partei Wirklichkeit werden.


(Heinz Jung)

An die
Genossinnen und Genossen
des Parteivorstands der DKP

Düsseldorf

Wir Unterzeichner, seit Jahrzehnten in der kommunistischen Bewegung, zum Teil Jahrzehnte lang hauptamtliche Funktionäre, mit vielen Jahren Haft auf den Buckeln, sind bestürzt über die jüngste Entwicklung in unserer Partei. Bis jetzt haben wir geschwiegen, weil wir - großgeworden in einer heute für jeden sichtbaren fragwürdigen Parteidisziplin - eine Lösung der Parteiprobleme auf normalem Weg für möglich hielten.

Aber nach der 5. PV-Tagung, des Referats des Genossen Herbert Mies, der jüngsten Abwahl kritischer Genossen aus dem Präsidium und anderen Leitungen, und der sich abzeichnenden entsprechenden Hatz durchgängig in vielen anderen Leitungen, erklären wir: Stoppt die Maßregelungen! Macht unsere Partei nicht ganz kaputt! Nutzt kein stalinistisches Statut zur Maßregelung kritischer Genossen!

Wir kennen ähnliche Vorgänge der Selbstamputation besonders aus den 40er und 50er Jahren. Verhindern wir alle eine Wiederholung von Maßregelungen ehrlicher Genossen und Genossinnen, die für mehr Demokratie und Meinungsfreiheit hier und heute und nicht in ferner Zukunft eintreten.

Wir gedenken voll Trauer und auch eigener Scham der Genossinnen und Genossen, die unter Stalin Opfer von Willkür und Terror wurden. Wir denken, es ist an der Zeit, daß die Partei dieser Genossinnen und Genossen nicht nur verbal gedenkt, sondern ihnen - wie anderen führenden Genossinnen und Genossen auch - in geeigneter Form gedenkt. Das wäre ein sichtbares, bitter notwendiges Zeichen des Bruchs mit der unseligen Vergangenheit und eine glaubwürdige Erneuerung.

Noch ist Zeit zur Besinnung, zur Umkehr. Diese Zeit scheint uns allerdings äußerst kurz bemessen, unsere Partei, der wir zutiefst verbunden sind, vor dem völligen Zerfall zu retten.

Düsseldorf, den 4. Juni 1989

Gertrud Dietz	43	Jahre	Mitglied	
Sigrid Meyer	36	"	"	
Manja Aschmoneit	38	"	"	
Otto Henke	42	"	"	Exhäftling
Oskar Dietz	40	"	"	Exhäftling
Willy Reuther	42	"	"	Exhäftling
Rudi Aschmoneit	43	"	"	Exhäftling
Adolf Broch	41	"	"	Exhäftling
Christa Broch	31	"	"	
Else Schäfer	41	"	"	
Oskar Rothstein	42	"	"	Exhäftling
Günther Plathner	43	"	"	
Waltraud Plathner	36	"	"	
Else Spindler	62	"	"	
Sophie Sternberg	42	"	"	

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ

s p e r r f r i s t b i s 18.10.1988 , 17.30 uhr

=====

"GRUNDZÜGE DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK"

Vortrag des Herrn Staatspraesidenten der
Republik Türkei, Kenan Evren, vor der
"Deutschen Gesellschaft für Auswaertige
Politik" am 18.Oktober 1988 anlaesslich
seines Staatsbesuches vom 16.-21.Oktober 1988
in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Praesident,
Sehr geehrte Gaeste,

Es ist eine grosse Freude für mich in dieser weltweit bekannten Institution diese Ansprache zu halten. Ich bedanke mich bei Allen, die mir diese Gelegenheit gegeben haben.

Zu Beginn meiner Rede werde ich versuchen, meine Ansichten über die Grundlagen und Prinzipien der türkischen Aussenpolitik, sowie den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozess meines Landes in den letzten Jahren vorzutragen.

Wie in jedem anderen Land, wird auch in der Türkei die Aussenpolitik grundsatzlich von der geographischen Lage, Geschichte und den erworbenen Erfahrungen des Landes, sowie von den Zukunftsorientierten Wünschen und Erwartungen unseres Volkes gepräegt.

Im weiteren Sinn kann die Region in der sich die Türkei befindet, als der Schnittpunkt des Ostens und des Westens definiert werden. Die diversen Konflikte und die daraus folgenden Unruhen, die ihren Ursprung in ihrem reichen und komplexen Kulturerbe haben, stellen die Haupteigenschaft dieser Region dar.

In einer solchen Region hat die Türkei auch eine kritische geopolitische Lage, Wir haben eine lange Grenze mit der Soviet Union, unser Nachbarland im Norden. Die türkischen Meeresengen sind von besonderer Bedeutung, weil beide Laender an das Schwarze Meer angrenzen. Unsere Nachbarlaender in Europa sind Bulgarien und Griechenland. Unser östliches Nachbarland ist der Iran und wir hoffen, dass die Waffenruhe zwischen dem Iran und Irak den Weg für einen dauerhaften Frieden einleiten wird. Syrien und der Irak sind unsere Nachbarlaender im Süden. Mit anderen Worten, die Türkei ist dem Konflikt im Mittleren Osten sehr nahe. Um es kurz zu fassen, unsere geopolitische Lage hat mehrere Dimensionen. Die von uns geführte und als traditionell zu bezeichnende Aussenpolitik spiegelt auch grundsatzlich diese Diversen Dimensionen wieder.

Einerseits aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrungen und andererseits aufgrund ihrer friedlichen Aussenpolitik, ist die Türkei in ihrer Region ein Element des Friedens, der Stabilität und des Gleichgewichts.

In einer Region, in der chronische Instabilität und Unruhe dominieren, hat die Türkei im Lauf ihrer ganzen Geschichte eine vom Abenteuer ferne, zukunftsorientierte, ausgeglichene und gemässigte Aussenpolitik geführt.

Die Türkei ist willig, in ihrer Region und auf der ganzen Welt zu jeglicher Zusammenarbeiten beizutragen, die der Stabilität und den gegenseitigen Interessen dient. Mit dieser Gesinnung hat die Türkei zur Lösung der Konflikte den Weg des Dialogs und der Verhandlungen angenommen.

Zweifellos bedeuten diese friedlichen Ziele nicht, dass man den äusseren Interventionen gegenüber gleichgültig bleiben wird. Die Türkei hat überhaupt keine territorialen Absichten oder Ansprüche gegenüber andere Staaten. Ebenfalls kann über kein Stück des türkischen Territoriums verhandelt werden.

Ein weiteres Grundprinzip von dem die aussenpolitischen Beziehungen der Türkei geleitet sind, ist der Respekt vor vertraglichen Verpflichtungen und sonstigen offiziellen Bürgschaften. Die Türkei ist selbst sehr gewissenhaft in der Anwendung dieses Prinzips und erwartet auch von anderen Staaten die gleiche Haltung.

Verehrte Gäste,

Die Bestrebungen der türkischen Gesellschaft bezüglich der Annäherung an den Westen haben eine ziemlich lange Geschichte. Diese Grundentscheidung der Türkei hat seit der Gründung der Republik von Atatürk im Jahr 1923 einen nicht rückgängig zu machenden Verlauf genommen. Bei dieser Gelegenheit halte ich es für angebracht, einen falschen Eindruck, den wir von Zeit zu Zeit beobachten, richtigzustellen. Die Türkei hat sich für das Mehrparteiensystem der Demokratie entschieden, nicht wegen ihrer engen Beziehungen zum Westen, sondern weil es der Wunsch unseres Volkes ist. In diesem Rahmen, gehört die Türkei seit dem II. Weltkrieg fast allen westlichen Institutionen, die auf der Basis der demokratischen Ideale und des Respekts vor Menschenrechten und -freiheiten beruhen an und bei manchen wirkte sie sogar als Gründer mit.

Nach dem Ende des nationalen Unabhängigkeitskrieges wurde in der Türkei ein laizistisches System angenommen und die Gesellschaftsstruktur wurde durch umfangreiche Reformen geändert. Das westliche Rechtssystem wurde übernommen und den türkischen Frauen wurde das Wahlrecht erteilt.

lange bevor das gleiche Recht in manchen grossen Staaten Westeuropas erteilt wurde. Alle diese Reformen haben der türkischen Gesellschaft westliche Eigenschaften aufgepraegt. In ihrer Region ist die Türkei das einzige Land, das eine islamische Gesellschaft mit der laizistischen Staatsanschauung vereinbart.

Wie Sie wissen, ist die Türkei das einzige westliche Land, das neben seiner Mitgliedschaft in westlichen Institutionen, wie NATO, OECD und Europarat, gleichzeitig Mitglied der Islamischen Konferenz ist. Auch in der islamischen Welt ist die Türkei heute ein Element des Friedens, der Stabilität und des Gleichgewichts.

Alle diese Gegebenheiten spiegeln den multi-dimensionalen Charakter der Türkei wider und geben unserem Land die Möglichkeit, eine vielfältige Aussenpolitik zu führen. In der Durchführung dieser Politik ist die Berücksichtigung der berechtigten Empfindlichkeiten anderer Länder in der Region notwendig für die Aufrechterhaltung von Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit und die ständig steigende Bedeutung der Türkei. Aufgrund dieser Politik und ihrer rücksichtsvollen Haltung ist die Türkei in dieser Region das einzige Land, das bereit ist, mit jedem Staat einen Dialog aufzunehmen.

Aufgrund ihrer oben erwähnten Eigenschaften und Besonderheiten stellt die Türkei sowohl für die Länder in Ihrer Region, als auch für die anderen Entwicklungsländer ein Modell dar. Es ist offensichtlich, dass jeder Beitrag zur Glaubwürdigkeit dieses Modells, sowohl der Stabilität und Sicherheit dieser Region, als auch den langfristigen Interessen des Westens dienen wird.

Verehrte Gäste,

In diesem Teil meiner Rede möchte ich über die Europäische Gemeinschaft, die NATO und die Ost-West Beziehungen sprechen.

Die Türkei hat im Jahr 1963 mit der Europäischen Gemeinschaft das Assoziierungsabkommen unterzeichnet und damit begonnen, ihren Platz in der europäischen Integration einzunehmen.

Zu Beginn der 80'er Jahre haben die Beziehungen der Türkei mit der EG eine schwierige Phase erlebt, zur Zeit befinden sich diese Beziehungen

aber in der Phase der Reaktivierung. Das Zusammentreffen des Assoziationsrats auf Ministerebene nach einer langen Unterbrechung am 16. September 1986 war eine begrüssenswerte Entwicklung hinsichtlich der Normalisierung der Beziehungen. Die Türkei hat am 14. April 1987 einen historischen Schritt getan und ihren Antrag auf Vollmitgliedschaft in die EG gestellt. Die Bestrebungen, das Land auf dieses Endziel vorzubereiten, werden in allen Bereichen der Gesellschaft fortgesetzt; daneben werden die vom Assoziationsabkommen vorgesehene Mechanismen aktiviert. Andererseits, wurde der Vollmitgliedschaftsantrag der Türkei, durch die Erklärung ihrer Absicht auf Mitgliedschaft in die Westeuropäische Union unterstützt.

Der Beitritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft wird für Europa neue Dimensionen und Vorteile bringen.

Aufgrund ihrer Bevölkerung von über 50 Millionen, ihren reichen natürlichen Quellen, ihren qualifizierten Arbeitskräften, ihres landwirtschaftlichen Potentials, ihres grossen Binnenmarkts, ihrer Nahe zu den Märkten des Mittleren Ostens und ihren schnell wachsenden Handelsbeziehungen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern, wird die Türkei ihre Brückenfunktion zwischen Westeuropa und dem Mittleren Osten fortsetzen. Die sich auf die islamischen Länder erstreckende Dimension der Aussenbeziehungen der Türkei gewinnt auch unter diesem Aspekt immer mehr an Bedeutung.

Die Europäische Gemeinschaft setzt ihre Priorität auf die Verwirklichung ihrer Integration, die Rahmen des europäischen Binnenmarktes und bis zum Jahr 1992 wird die Gemeinschaft eine Schutzmauer geschaffen haben, die für die aussenstehenden Länder, im Vergleich zu heute viel schwieriger zu überwinden sein wird. Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei wird jedoch im wesentlichen darauf beruhen, dass sie diesen grössten Markt der Welt unter gleichen Bedingungen mit den europäischen Ländern durchdringt.

Selbstverständlich ist unser Vollmitgliedschaftsantrag nicht nur wirtschaftlich bedingt. Mit ihrer langjährigen Reformen der Anpassung an den Westen, ihrer laizistischen Republik und als ein demokratischer, die Menschenrechte respektierender Rechtsstaat, ist die Türkei ein untrennbarer Teil Europas. Nach dem Referendum und den politischen Wahlen im Jahr 1987 sowie nach der Ratifizierung der Erteilung des individuellen Antragsrechts an die Europäische Menschenrechtskommission und der Folterkonventionen des Europarats und der Vereinten Nationen sollte eigentlich

in dieser Hinsicht niemand mehr ernsthafte Zweifel haben.

Wir sind uns bewusst, dass der Weg zum Ziel der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, kein leichter Weg ist. Von unseren westlichen Freunden erwarten wir die gemeinsame Überwindung dieses schwierigen Weges, so schnell und so gut wie möglich.

Aufgrund ihrer westlichen Werteinschaetzungen, ihres demokratischen Systems und ihrer Verpflichtungen im Bereich der Verteidigung und im sonstigen Bereichen ist die Türkei ohnehin ein untrennbarer Teil Europas, d.h. ein europäisches Land.

Von Zeit zu Zeit behaupten, bestimmte Kreise, dass die Türkei und Westeuropa kulturelle Unterschiede haetten und dass die chirstliche Kultur Europas mit türkischer Kultur nicht zu vereinbaren sei.

In unserer Zeit in der wir eine Revolution im Bereich der Kommunikation erleben, ist es meines Erachtens angebracht, statt den kulturellen Unterschied zwischen den Industrielaendern und den Entwicklungslaendern, die kulturellen Aehnlichkeiten zu betonen. Die völkischen Eigenschaften auf der Welt und auf unserem Kontinent werden und müssen immer ihren Unterschied bewahren; aber ob wir es wollen oder nicht, ob es uns gefaellt oder nicht, wir beobachten heute, dass die derzeitigen Massenkommunikationsmittel uns alle leider beeinflussen, Kulturwerte mit gleichem Mass zu messen. Daher ist die eigentliche Frage des Westens, sei es in der Türkei, in Sizilien, in Kreta oder in Bayern, wann und wie die gemeinsamen Kulturwerte von den Bevölkerungen in den laendlichen Gebieten angenommen werden. Deswegen ist es Tatsaechlich der Überlegung wert, wenn einige Kreise, die ihre Gegenargumente hinsichtlich des Vollmitgliedschaftantrags der Türkei in die Europäische Gemeinschaft völlig ausgeschöpft haben, als letzten Ausweg den Religionsunterschied zwischen der Türkei und Westeuropa unterstreichen.

Nun komme ich zum Thema NATO. Die geostrategischen und politischen Realitaeten haben die Türkei gezwungen, sich als Mitglied diesem Bündnis-system anzuschliessen. Die NATO-Partnerschaft der Türkei ist eine natürliche Folge ihrer Verteidigungsbedürfnisse. Die Türkei leistet einen bedeutsamen Beitrag zur Verteidigung der westlichen Staaten und erwartet, dass ihre eigenen Verteidigungsbestrebungen von den Bündnis-

partnern gemeinsam unterstützt werden. Man darf nicht vergessen, dass die geostrategischen Eigenschaften der Türkei für die alliierten Streitkräfte von lebenswichtiger Bedeutung sind. Darüber hinaus stossen 1/3 der NATO Grenzen der Türkei an Länder des Warschau-Pakts. Gleichzeitig verfügt die Türkei über die zweitgrösste Armee des Bündnisses. Sie stellt Anlagen zur Verfügung, die für das Bündnis sehr wertvoll sind und manche dieser Anlagen sind von lebenswichtiger Bedeutung für die Kontrolle der Abrüstung.

Damit die Türkei ihre Verteidigungskraft in der Süd-Ost Flanke der NATO und ihre Bedeutung als Stabilitätsfaktor in der Region bewahrt, muss sie ihre sich gegenseitig ergänzende wirtschaftliche und militärische Kraft schnell steigern. Die Türkei macht grosse Bemühungen, um dieses Ziel zu erreichen und stellt einen grossen Teil ihres jährlichen Haushaltsplans für die Verteidigungsbedürfnisse bereit. Im Hinblick auf das Verhältnis der Verteidigungsausgaben zum Bruttosozialprodukt und zum gesamten Haushaltsplan ist die Türkei eines der führenden Mitglieder der NATO. In anderen Worten die Türkei leistet wesentliche Beiträge zur Abschreckungskraft des Bündnisses bei und ist der Überzeugung, dass alle Länder innerhalb des Bündnisses sowohl die Vorteile, als auch die Risiken und Lasten ihrer Mitgliedschaft gerecht teilen sollten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass zu einer Zeit, wo einige NATO Mitglieder nach Mitteln und Wegen suchen, die Stimme Europas im Rahmen der Westeuropäischen Union bezüglich den Verteidigungsangelegenheiten wirksamer hören zu lassen, der Ausschluss der Türkei von der Westeuropäischen Union und von der Europäischen Gemeinschaft nicht akzeptabel ist, da damit die Absonderung der Verteidigung unseres Landes von den übrigen Mitgliedsstaaten geschaffen würde.

Verehrte Gäste,

Bezüglich den Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen beobachten wir heute, nach der Krisenperiode der 70'er Jahre, eine hoffnungsvolle Entwicklung. Die Unterzeichnung des INF-Abkommens, das die totale Abschaffung einer Kategorie der Nuklearwaffen vorsieht, ist ein historisches Ereignis. Wir begrüssen die Ratifizierung dieses Abkommens, das wir im Einklang mit den Interessen aller Bündnispartner betrachten. Es ist der innigste Wunsch der Welt und der Türkei, dass dieser von den U.S.A. und der Sowjet Union eingeleitete positive Prozess, die Verwirklichung von umfangreicheren Bestrebungen im Bereich der Abrüstung zur Folge haben wird.

Unseres Erachtens wird die NATO, die durch ihre nukleare Abschreckungspolitik der Bewahrung des Friedens gedient hat, auch in der neuen Phase einer wesentlichen Verminderung der nuklearen Waffen, infolge des INF-Abkommens und der zwischen den U.S.A. und der Sowjetunion geführten START-Verhandlungen, die eine 50 %ige Verminderung der strategischen Waffen vorsehen, ihre Abschreckungskraft behalten um den Frieden und die Sicherheit zu bewahren.

Die Entwicklungen im Bereich der Waffenkontrolle, haben das konventionelle Ungleichgewicht zum Nachteil der NATO in Europa offensichtlich gemacht. Die Süd-Ost Flanke des Bündnisses zu der auch die Türkei gehört, ist die Region in der dieses Ungleichgewicht am deutlichsten beobachtet und empfunden wird. Wir wünschen, dass sowohl im nuklearen, als auch im konventionellen Bereich die Suche nach einem Gleichgewicht auf den untersten Ebenen als eine Einheit aufgefasst wird und dass die entsprechenden Verhandlungen so geführt werden, dass die Sicherheit keines Bündnispartners geschwaecht wird. Auf alle Faelle darf man nicht ausser acht lassen, dass die ausschliesslich regionale Annaeherungen dem Prinzip der NATO, naemlich der Verteidigungseinheit, widersprechen würde.

In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, dass wir uns mit der Dimension der Ost-West Beziehungen bezüglich der Menschenrechte besonders befassen. In diesem Rahmen müssen wir die Entwicklungen im Ost-Block als eine Einheit betrachten. Wir dürfen uns nicht nur mit den Entwicklungen in der Sowjetunion begnügen. Die Annahme derselben grundsätzlichen Annaeherung seitens aller Bündnispartner in diesem Bereich, wird die Einflusskraft auf die Gegenseite erhöhen.

Verehrte Gaeste,

Im Lichte der Grundlegenden Prinzipien, die die türkische Aussenpolitik orientieren und die ich im Rahmen einer historischen Perspektive zu erlaeuern versucht habe, möchte ich mich nun kurz über die Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarlaendern aeussern.

Die zwischen dem Iran und Irak erzielte Waffenruhe hat unsere Hoffnungen auf die Erstellung eines dauerhaften Friedens geweckt. Seit dem Beginn des Iran-Irak-Krieges hat die Türkei eine aktive Neutralitaetspolitik geführt und sich in diesem Rahmen intensiv bemüht, einen gerechten und würdigen Frieden zwischen diesen beiden Laendern zu schaffen. Die Tatsache, dass beide Laender heute die Vertretung ihrer gegenseitigen diplomatischen

Interessen der Türkei anvertraut haben, ist das deutlichste Zeichen für die Richtigkeit der Politik, die die Türkei mit Sorgfalt geführt hat.

Von jeher hat die Türkei den ernsthaften Wunsch, ihre Probleme mit Griechenland durch sinnvolle Verhandlungen einer gerechten und friedlichen Lösung zuzuführen. In den schwierigsten Phasen ihrer Geschichte sind beide Länder imstande gewesen, ihre Angelegenheiten durch gemeinsame Verhandlungen und im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen. Die Schaffung einer auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Umwelt, die Lösung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Probleme und das Zustandekommen einer fruchtbaren Zusammenarbeit wird den langfristigen Grundinteressen beider Länder dienen. Wir hoffen, dass der Dialog, der durch die Begegnung der türkischen und griechischen Ministerpräsidenten in Davos und Brüssel in Gang gesetzt wurde, dieses Endziel sichern wird.

Was die Zypernfrage anbetrifft, so sollte diese Frage aus historischer Sicht und im Rahmen ihrer echten Dimension bewertet werden. Die Zypernfrage entstand nicht, wie es von gewissen Kreisen behauptet wird, durch die Invasion ausländischer Streitkräfte auf eine friedliche und ruhige Insel.

Die Türkei hat ihre Intervention in Zypern im Rahmen internationaler Abkommen ausgeübt, die ihr als Garantiestaat Pflichten auferlegen. Sie musste der Vernichtung der türkischen Gemeinschaft in Zypern 1974 Einhalt gebieten, die zwar einer der gleichberechtigten Gründer der Republik Zypern gewesen war, aber dennoch 1963 von den griechischen Zyprioten mit Gewalt von der Verwaltung ausgetrieben worden ist. Zudem wandte sich die Türkei gegen die Annexion der Insel an Griechenland. Somit ist das Vorhandensein des türkischen Militärs auf der Insel nicht der Anlass der Zypernfrage, sondern eine unvermeidbare Folge davon.

Die türkische Seite hat bis heute immer eine konstruktive Haltung gezeigt, hinsichtlich der Gründung eines föderativen Systems, das aus zwei Gemeinschaften und zwei Zonen besteht und auf der politischen Gleichstellung der beiden Gemeinschaften auf der Insel beruht. In diesem Rahmen hat die Türkei die entsprechenden Lösungsvorschläge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen akzeptiert. Dagegen war es die griechisch-zypriotische Verwaltung, die diese Lösungen immer ablehnt.

Da die griechisch-zypriotische Seite den Entwurf zum "Rahmenabkommen" vom 29. März 1986, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen vorbereitet wurde, und alle Aspekte der Zypernfrage, die eine untrennbare Einheit darstellen, beinhaltet, abgelehnt hat, sind die Bestrebungen für die Lösung dieses Problems in einen Engpass geraten; durch die Übereinstimmung von Denktas und Vasiliu bei ihrem Treffen im August in Genf, das auf Initiative des Generalsekretärs zustande kam, ist der Weg zur Lösung aber wieder offen. Im letzten Monat haben der Präsident der türkischen Republik von Nord-Zypern Herr Denktas und der Führer der griechischen Verwaltung von Süd-Zypern Herr Vasiliu den Prozess der direkten Verhandlungen ohne Vorbedingung eingeleitet. Die Türkei betrachtet diesen Prozess zwischen den beiden Gemeinschaften als die einzige Grundlage für die Bestrebungen, die Zypernfrage einer Lösung zuzuführen und unterstützt ihn heute ebenso wie früher. Es ist der ernsthafte Wunsch der Türkei, dass durch eine konstruktive Annäherung beider Seiten, eine gerechte und dauerhafte Lösung für die Zypernfrage gefunden wird.

Mit der Sowjet-Union unserem Nachbarn in Norden, versuchen wir die Beziehungen der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit fortzusetzen, die auf dem Respekt vor den Prinzipien der Souveränität und der territorialen Einheit, der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten und der Rechtsgleichstellung beruhen.

Wir begrüßen die Tatsache, dass die in den letzten Jahren in der Sowjet-Union aufgekommenen neuen Annäherungen auf eine solidere Basis gestellt und vom Sowjetischen Volk angenommen werden. Meines Erachtens werden die Bestrebungen des Sowjetischen Staatshaupts mit der Zeit erfolgreich sein.

Wir sind auch erfreut festzustellen, dass die Auswirkungen der Umwandlung, die von Präsident Gorbachev eingeleitet worden sind, sich auch in den türkisch-sowjetischen Beziehungen ebenfalls niederschlagen. Die fast chronischen Probleme von gestern wandeln sich heute in eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Sowjet-Union um, und die daraus folgende günstige Atmosphäre weckt in uns hinsichtlich unserer künftigen Beziehungen optimistische Gedanken und Erwartungen.

Nun komme ich zu Bulgarien. Ich möchte mich kurz über eine sehr wichtige Angelegenheit äussern, die in den letzten Jahren unsere Beziehungen zu diesem Land negativ beeinflusst hat. Mit der Absicht, den Druck und die Assimilierungspolitik zu beenden, die in Bulgarien gegen die im Lande lebende Minderheit von 2 Millionen Türken ausgeübt werden und die im Widerspruch zum Abschlussdokument von Helsinki und den bilateralen und multilateralen Abkommen stehen, haben wir den Lösungsweg in bilateralen Verhandlungen gesucht. Bulgarien lehnte zunaechs einen solchen Vorschlag ab mit dem Argument, es gäbe keine türkische Minderheit in diesem Land. Aber spaeter, als Folge unserer beharrlichen Bestrebungen, war es zum Dialog bereit. Dennoch konnten wir bis heute in der Haltung Bulgariens keine Aenderung feststellen. Es ist unser Wunsch, dass Bulgarien diese historische Gelegenheit nutzen und für diese humanitaeren Fragen eine baldige Lösung finden wird, wodurch auch die vorbildlichen Freundschafts- und gute Nachbarschaftsbeziehungen zwischen beiden Laendern erneut aufleben würden. Ich möchte betonen, dass wir die Aufmerksamkeit und das Interesse aller Laender und internationalen Institutionen, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten respektieren und die den Beginn des Dialogprozesses beeinflusst haben, auch waehrend seines weiteren Verlaufs in gleicher Weise benötigen.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich über unsere Beziehungen mit der Bundesrepublik sprechen.

Die türkisch-deutschen Beziehungen beruhen auf einer historischen Basis. Sie haben die schwierigen Zeiten überstanden. Diese Beziehungen sind von einer tiefgehenden Freundschaft und einer umfangreichen Zusammenarbeit gepraeagt und haben heute ein wirklich befriedigendes Niveau erreicht. Diese Feststellung erfreut uns sehr.

Die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland unterhalten sehr lebhaft Beziehungen in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Handel, Technik, Kultur und Sozialwesen. Aus historischen Gründen spielen darin sowohl die Gefühls- und Gedankenaffinitaet zwischen unseren beiden Laendern eine Rolle, als auch die sich ergaenzende Natur der gegenseitigen Interessen beider Laender.

Als eine Folge der Bestrebungen, die türkische Wirtschaft mit der Aussenwelt zu integrieren, weisen die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

zwischen der Türkei und der Bundesrepublik in der letzten Zeit eine regelmaessige und rapide Entwicklung auf. Im Rahmen dieser vielfael-tigen Zusammenarbeit ist die Bundesrepublik zum wichtigsten Handelspartner der Türkei geworden.

Die politische Basis der militaerischen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland beruht auf dem Abkommen der Nordatlantische Allianz, in der beide Laender Mitglied sind.

Es besteht kein Zweifel, dass die zwischen den beiden Laendern existierenden Bindungen, gute Beziehungen und die NATO-Solidaritaet diese Zusammenarbeit bereichert haben. Andererseits halten wir es für angebracht, unsere bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und in Richtung unserer gemeinsamen Interessen noch weiter zu entwickeln.

In anbetracht ihrer strategischen Lage und ihrer vor kurzem gemachten Erfahrungen, hat die Türkei beschlossen, ihre eigene Verteidigungs-industrie zu entwickeln. Die in dieser Hinsicht innerhalb kurzer Zeit erzielten Fortschritte zeigen die Bedeutung, die unsere Regierung dieser Frage beimisst. Auf diesem Gebiet sehen wir uns vor neue Initiativen und Beschlüsse gestellt und erhoffen uns von der Bundesrepublik eine Zusammenarbeit, entweder in der Form von Kapital- und Technologie-transfer, oder von gemeinsamen Unternehmen.

Die in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden türkischen Staatsbürger stellen einen wichtigen Aspekt der vielfaeltigen Beziehungen der beiden Laender dar. Die 1,5 Millionen türkischen Staatsbürgern in der Bundesrepublik bilden eine Brücke der Freundschaft zwischen uns. Diese Dimension unserer Beziehungen bringt auch bestimmte Verpflichtungen mit sich. Unsere Politik bezüglich der türkischen Staatsbürger in der Bundesrepublik beruht auf dem Prinzip der Erhaltung ihrer eigenen Identitaet und der Anpassung an die deutsche Gesellschaft, in der sie leben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aufgrund der Bedeutung, die unsere deutschen Freunde den humanitaeren Werten beimessen, hervorheben, dass für die in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden türkischen Staats-bürger und ihre Familienangehörigen in der Türkei, keine trennende, sondern eine zusammenführende Visabearbeitung notwendig ist.

Die Haltung und die Politik der Türkei gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hat einen überparteilichen Aspekt. Wir sind stolz auf die Vergangenheit unserer Beziehungen und ich möchte betonen, dass der heutige umfangreiche und lebendige Entwicklungsprozess dieser Beziehungen uns auch Hoffnungs- und vertrauensvoll in die Zukunft blicken laesst.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA
TÜSTAV

Sperrfrist: 18. Okt. 1988, Redebeginn

Tischrede des türkischen Staatspräsidenten
Kenan Evren

am 18. Okt. 1988 im Palais Schaumburg

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
Meine sehr geehrten Damen und Herren;

Zu Beginn meiner Rede möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, in Ihrem Land zu sein und mit Ihnen gemeinsame Kontakte aufzunehmen.

Der harmonische Verlauf der heutigen Gespräche über die unsere beiden Länder angehenden Angelegenheiten und internationalen Fragen, in der Auffassung einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit, sowie die Bestätigung der zwischen unseren Ländern grundsätzlich bestehenden engen Freundschaft und der vielfältigen und dynamischen Zusammenarbeit hat mich zutiefst erfreut.

Die Gespräche, die ich seit meiner Ankuft in Ihrem Land mit Seiner Exzellenz dem Bundespräsidenten, Ihrer Exzellenz und dem Bundesaußenminister geführt habe, haben die besondere Natur der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern erneut hervorgehoben. Im Lichte dieser Gespräche möchte ich hier ausdrücklich betonen, dass mir unsere Freundschaft, der die Vielfalt unserer Beziehungen eine besondere Bedeutung verleiht, grosse Freude bereitet und dass ich auf die Zukunft unserer Freundschaft mit Hoffnung und Vertrauen blicke. Für die durch Ihre vorzügliche Verwaltung unseren Beziehungen verliehenen Beiträge möchten wir unseren Dank zum Ausdruck bringen.

Unsere beiden Länder haben die gemeinsame Wertschätzung der parlamentarischen Demokratie, der Menschenrechte und Freiheiten der westlichen Welt angenommen, teilen die gleichen

...

Ideale, sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen und haben auch ihre Sicherheit im Rahmen desselben Bündnisses unter Garantie gestellt. Die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland haben ihre Bemühungen auf die Prioritäten dieses Bündnisses konzentriert, um die Verteidigung der westlichen Welt, sowie die Bewahrung und Fortsetzung des Friedens und der Stabilität in ihren jeweiligen Regionen sicherzustellen und durch ihre aktive und intensive Zusammenarbeit leisten sie vorbildliche Dienste für diese Prinzipien.

Das Niveau unserer engen politischen Beziehungen, die wir mit gegenseitigem Vertrauen, Respekt und Verständnis harmonisch weiterpflegen, ist zufriedenstellend. Hinzufügend möchte ich betonen, dass wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Bundesrepublik nicht nur als in der Durchführung zeitbeschränkte Einzelprojekte, sondern als einen auf einer viel breiteren Grundlage basierenden, ständigen und zukunftsorientierten, dynamischen Prozess ansehen. Fremdkapitalinvestitionen, Technologietransfer, gegebenenfalls die Erteilung der fortgeschrittenen Management- und Ausbildungsmöglichkeiten, joint-ventures werden die Triebkraft dieser Zusammenarbeit darstellen. Ich bin sehr erfreut in der Wahrnehmung, dass sich unsere Beziehungen in der Richtung dieser Tendenz entwickeln.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler;

Ich hatte schon ausdrücklich hervorgehoben, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Land ist, mit dem die Türkei sehr besondere Beziehungen pflegt. Darin spielen die in Ihrem Land lebenden und arbeitenden ca. 1,5 Millionen türkischen Staatsbürger eine entscheidende Rolle. Unsere Staatsbürger in Ihrem Land verstärken unsere Beziehungen und bilden eine dauerhafte und bedeutungsvolle Brücke zwischen uns. In Ihrer Person möchte ich mich bei Ihrer Verwaltung und unseren deutschen Freunden bedanken, für die Aufmerksamkeit und Gastfreundschaft, die sie den in der

...

Bundesrepublik lebenden türkischen Staatsbürgern geschenkt haben.

Im Bewusstsein der Sorgfalt unserer deutschen Freunde und Ihrer erfolgreichen Verwaltung hinsichtlich dem Schutz der humanistischen Werteinschätzungen, möchte ich bei dieser Gelegenheit meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass diese Menschen, die eine so bedeutende Brücke bilden, keine trennende, sondern eine zusammenführende Visumdurchführung benötigen, welche auch für ihre Familienangehörigen in der Türkei eine Erleichterung bringen wird. Ich bin überzeugt, dass Sie im Einklang mit unserer schnell wachsenden Zusammenarbeit, diese Angelegenheit mit einer neuen Annäherung und Verständnis behandeln und dadurch eine die Interessen der beiden Seiten berücksichtigende Lösung finden werden.

Unsere beiderseitige Aneignung des demokratischen Mehrparteiensystems stellt eine der Stärken unserer Beziehungen dar. Die von der Türkei erzielten Fortschritte in der Demokratisierung des Landes haben durch die Gründung der Republik vor 65 Jahren eine unrückgängige Eigenschaft erworben. Unsere Bemühungen für die weitere Ausprägung der demokratischen Weltanschauung in unserem Land werden fortgesetzt. Trotz manchem Auf und Ab, wurden unsere Bemühungen in dieser Richtung entschieden weitergeführt und die innige Gebundenheit des türkischen Volkes an die demokratischen Prinzipien hat eine unbestreitbare Eigenschaft erworben. Die Demokratie ist ein Equilibrium der Rechte und Verpflichtungen; und in diesem Rahmen sollten unseres Erachtens alle von uns respektierten Menschenrechte und Freiheiten, einschliesslich der Gewissensfreiheit, innerhalb dieses Equilibriums betrachtet werden. Ich muss jedoch mit Bedauern feststellen, dass unter der Vielzahl der in Ihrem Land lebenden türkischen Staatsbürgern, bestimmte Kreise in ihren anti-Türkei Aktivitäten dieses empfindliche Equilibrium nicht entsprechend einschätzen.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass das Hauptziel dieser Kreise, die mit dem internationalen Terrorismus offensichtlich in Verbindung stehen und sogar als Instrument der provokativen Absichten mancher Staaten fungieren, die Verdrängung der Türkei in eine Instabilität und dadurch das Schwächen unserer Solidarität mit Ihnen und allgemein mit dem Westen ist.

Es ist Ihnen weitgehend bekannt, dass aufgrund ihrer empfindlichen geographischen Lage und den damit zusammenhängenden Erwägungen, die Türkei der Gründung einer einheimischen Verteidigungsindustrie auf nationaler Ebene eine grosse Bedeutung beimisst. Meines Erachtens ist es angebracht zu wiederholen, dass die Türkei, die für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der NATO ihre Mittel weit überschreitet, die Unterstützung ihrer Bündnispartner benötigt. In diesem Zusammenhang erwarten wir die Fortsetzung der Hilfe, Unterstützung und des Verständnisses der

Bundesrepublik, die wir mit Zufriedenheit entgegennehmen. Die Türkei entwickelt ihre Verteidigungsindustrie auch durch die Beiträge ihrer Freunde. Ich möchte betonen, dass wir in diesem Gebiet, wo wir neuen Fortschritten gegenüberstehen, für die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik bereit sind.

Der Antrag der Türkei für den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft als Vollmitglied beruht auf ihrer traditionellen, dem Westen gerichteten Politik. Unseres Erachtens ist es selbstverständlich, dass die Türkei als ein Verantwortung tragendes Land in den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Institutionen Europas, auch in der europäischen Integration ihre gerechtfertigte Stellung einnimmt. Wir sind der Auffassung, dass aufgrund ihrer zukunftsorientierten Möglichkeiten, die Türkei sich als eine Kraftquelle für die europäische Integration erweisen wird. Alle im türkischen Parlament vertretenen politischen Parteien, der Staats- und Privatsektor, die Presse und die Universitäten, sowie alle anderen Institutionen in der Türkei, in anderen Worten, die ganze türkische Öffentlichkeit ist in Übereinstimmung darüber, dass die Türkei in der europäischen

Integration ihre gerechtfertigte Stellung einnehmen sollte. Bei der Schaffung des für die Verwirklichung der Vollmitgliedschaft der Türkei notwendigen politischen Willens in der Gemeinschaft, erwarten wir den Beitrag und die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler;

Hinsichtlich der in meiner Rede kurz angedeuteten Angelegenheiten, sowie der in den heutigen Besprechungen in aller Einzelheit erwogenen Fragen, haben wir zufriedenstellende Ergebnisse erzielen können. Die Besprechungen während meines Besuches haben meine Überzeugung in den Vorteil solcher Kontakte auf hoher Ebene verstärkt.

Mit diesen Empfindungen und Gedanken möchte ich Sie alle auffordern, Ihr Glas auf das Wohlergehen des Herrn Bundeskanzlers Kohl und auf die ständige Freundschaft, Zusammenarbeit und den Wohlstand des türkischen und des deutschen Volkes zu erheben.

B i t t e S p e r r f r i s t

b e a c h t e n !

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Mitteilung für die Presse

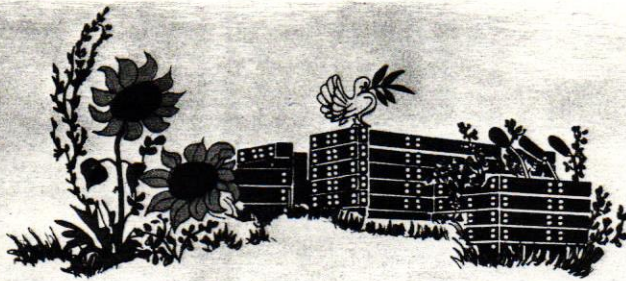
Türkische Künstler überreichen Protestresolution

Die stellvertretende Sprecherin des SPD-Parteivorstandes, **Dagmar Wiebusch**, teilt mit:

Eine Protestresolution gegen den Besuch des türkischen Staatspräsidenten General Evren in der Bundesrepublik hat eine Gruppe türkischer Künstler dem Parteivorstand der SPD übergeben. Symbolisch für die Unterdrückung der Kunst in ihrem Land überreichten sie eine zerbrochene Laute, verbrannte Bücher und eine zerstörte Leinwand. Vor der Übergabe der Resolution waren Mitglieder der Gruppe massiv anonym bedroht worden.

Der Sprecher der elfköpfigen Gruppe, der Komponist Sanar Yurdatapan, klagte das Regime des General Everen an, durch das Verbot von Hunderttausenden von Büchern, die Verfolgung von Schriftstellern, Journalisten und Künstlern und durch die Zerstörung von Bildern und Skulpturen kulturelles Leben in der Türkei zu töten. Dabei verwies er auf die zahlreichen türkischen Künstler, die die Türkei verlassen mußten und jetzt im Ausland u.a. in der Bundesrepublik leben und arbeiten.

Die stellvertretende Parteivorsitzende **Herta Däubler-Gmelin** nahm gemeinsam mit **Heidemarie Wieczorek-Zeul** und **Anke Brunn** die Resolution für den SPD-Vorstand entgegen. Sie erklärte, daß die SPD die Anwesenheit von Evren in der Bundesrepublik nutzen werde, in Gesprächen auf die Verwirklichung der Menschenrechte in der Türkei zu drängen.



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn 1

Bundeshaus

17.10.1988

PRESSEMITTEILUNG NR. 1016/88

GRÜNE ZU EVREN

Zum Besuch des türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren in der Bundesrepublik nehmen die GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Karitas Hensel und die Vorstandsmitglieder Ellen Olms sowie Helmut Lippelt wie folgt Stellung:

Mit Empörung nehmen wir die Einladung des türkischen Staatspräsidenten in die Bundesrepublik zur Kenntnis.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich damit faktisch auf die Ebene einer Unterstützungspolitik gegenüber dem türkischen Regime begeben.

Wir verurteilen aufs Schärfste die Einladung des Chefs der Junta-Generäle Kenan Evren, weil dadurch die militärische, politische und wirtschaftliche Führung des türkischen Regimes Anerkennung findet.

Durch den Militärputsch am 12. Sept. 1980 kam Evren an die Macht. Seit dieser Zeit werden unter dem Deckmantel der Demokratie politische Parteien, demokratische Organisationen und Gewerkschaften verboten.

Die Türkei hat die Europäische Konvention der Verhütung von Folter unterzeichnet und ratifiziert.

Dennoch bleibt unbestritten, daß die Folter und die Menschenmißhandlungen in der Türkei systematisch angewandt werden.

Seit dem Putsch sind offiziell 170 Menschen an der Folter gestorben. 50 Todesurteile wurden vollstreckt und 172 Todesurteile warten auf die Zustimmung des Parlaments.

Die Zahl der politischen Gefangenen beträgt 10.000 bei 60.000 Gefangenen insgesamt. Ca. 300.000 Menschen erhalten ohne Angaben von Gründen keinen Reisepaß. Kommandouberfälle auf kurdische Dörfer, Massenverhaftungen, Folterungen und Zwangsdeportationen, sowie das Verbot des freien Zugangs zu kurdischen Dörfern sind türkische Realitäten.

Jede zivilisierte Gesellschaft dieser Welt empfindet Abscheu gegen derartigen staatlichen Terror.

Bundespräsident von Weizsäcker leistet mit der Einladung des türkischen Staatspräsidenten diplomatische Schützenhilfe.

Kenan Evren hat es abgelehnt, mit den im Bundestag vertretenen Fraktionen zu reden, vermutlich weil er massive Vorwürfe fürchtet.

Wir fordern deshalb Bundespräsident von Weizsäcker auf, Herrn Kenan Evren deutlich und unmißverständlich die Empörung der westlichen Welt zu übermitteln und Anklage gegen Folter, Mißhandlungen und Unterdrückung von demokratischen Grundrechten zu erheben.

Die gegen den Besuch von Kenan Evren angekündigten gewaltfreien Proteste werden von den GRÜNEN unterstützt.

Gleichzeitig protestieren Die GRÜNEN aufs Schärfste gegen die im Rahmen des Evren-Besuchs bekannt gewordenen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nach § 7 Ausländergesetz für türkische Staatsbürger, die in der Bundesrepublik Deutschland Asyl gefunden haben.

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

Telefon: (02 28) 16 72 12, 16 72 13, 16 54 39, 16 90 91 · Telex: 8 85 598 gruen d, Telefax: 16 49 62

Verantwortlich: Claudia Roth, Franz Stänner, (Pressesprecher/in)



Prof. Dipl.-Ing.
Monika Ganseforth
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 17. Okt. 1988
Bundeshaus
Tel. 0228 / 16 55 45

Frielinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rbge. 1
Tel. 05032 / 36 39

P r e s s e e r k l ä r u n g

Anlässlich des Besuchs des türkischen Staatspräsidenten Evren in der Bundesrepublik Deutschland habe ich an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker appelliert, die Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Rechte in der Türkei gegenüber Evren deutlich anzusprechen. Gerade in den letzten Wochen und Monaten gab es wieder eine Verhaftungswelle, wobei die Inhaftierten gefoltert wurden, bevor sie dem Haftrichter vorgeführt wurden, sowie massive Eingriffe in die Pressefreiheit. Mein Schreiben an den Bundespräsidenten hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

am 17. Oktober 1988 wird das Staatsoberhaupt der Türkei, General a.D. Kenan Evren für einen mehrtägigen Besuch in die Bundesrepublik kommen. Wie die demokratische Öffentlichkeit, sehe auch ich dem Besuch mit Besorgnis und Empörung entgegen. Kenan Evren zeichnet als Hauptverantwortlicher für den Militärputsch vom 12. September 1980. Seit diesem Datum werden die Menschenrechte bis heute mißachtet, wie Sie es auch mehrmals zum Ausdruck gebracht hatten. In dieser Zeit wurden 50 Menschen hingerichtet, 170 Menschen erlagen der Folter, 250.000 Menschen wurden festgenommen, über 1 Mio. Menschen wurden in sogenannte "schwarze Listen" der Polizei aufgenommen. Die Unterdrückung der politischen Opposition geht weiter. Jüngste Beispiele sind der Prozeß gegen die Gründer der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, Nihat Sargin und Haydar Kutlu, die von der Todesstrafe bedroht sind, der Dev-Yol-Prozeß in dem Todesstrafen ausgesprochen worden sind und der Verbotsantrag gegen die legal gegründete Sozialistische Partei. Folter ist nach wie vor eine offizielle Verhörmethode, der auch dieses Jahr Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Unterdrückung des kurdischen Volkes, das seiner elementarsten Menschenrechte beraubt ist, hält an. Der Bericht der amnesty international zum 40. Jahrestag der Verkündung der Menschenrechte, der erst vor kurzem veröffentlicht wurde, verdeutlicht noch einmal das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Gerade Kenan Evren ist es, der die Hauptverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei trägt. Er ist es auch, den die unmenschliche Praxis seit dem 12. September 1980 konsequent verteidigt. Erlauben Sie mir zwei Auszüge aus seinen Reden vorzutragen, um die Person Kenan Evrens deutlicher vor Augen zu führen:

Über die Todesstrafe meint er folgendes:

"Sollen wir sie denn ernähren, statt aufzuhängen?"

Auch scheint Kenan Evren nicht davor zu scheuen, den Terrorismus als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung anzusehen:

"Die Terroristen schreckten keinesfalls davor zurück, erbarmungslos Menschen umzubringen. Es war notwendig, ihnen mit der gleichen Sprache zu antworten. Die Kriegsführung hat eine Regel. Wenn man nicht mit der gleichen Methode antwortet wie der Gegner, so heißt das, daß man die Niederlage akzeptiert. Das haben wir vor dem 12. September 1980 nicht klarmachen können. Nach dem 12. September 1980 sind wir mit diesen Methoden bis heute gekommen."

Der Staatsbesuch Kenan Evrens fällt in eine Zeit, wo in der Türkei und auch in Europa die vermeintliche Rückkehr der Türkei zu Demokratie zur Diskussion steht und immer mehr Menschen davon überzeugt sind, daß in der Türkei von Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte nicht die Rede sein kann. So birgt die Einladung an den höchsten Vertreter des türkischen Staates die Gefahr in sich, die menschenrechtsverachtenden Bedingungen in der Türkei zu legitimieren und den Anschein einer Demokratie zu erwecken.

Um jegliche Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen, bitte ich Sie, Ihre Sorge um die Menschenrechte in der Türkei gegenüber Kenan Evren in aller Deutlichkeit und öffentlich zum Ausdruck zu bringen."

* * *

TÜRKİYE SOSYAL TARTAV
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

UA 219/88

ai Index: MDE 13/13/88

16. August 1988 - khw

T O D E S S T R A F E

IRAN:

Anzeichen für eine derzeit laufende erneute Welle von Hinrichtungen aus politischen Gründen in Iran bereiten amnesty international Sorge.

In den vergangenen Wochen haben die amtlichen iranischen Nachrichtenmedien vermehrt über Hinrichtungen von Regierungsgegnern berichtet. Am 10. Juli sollen zehn "Konterrevolutionäre und irakische Spione" hingerichtet, am 1. August sieben Mitglieder der verbotenen "Organisation der Volksmudschaheddin Irans" in Bakhtaran öffentlich gehängt und am 3. August ein weiteres Mitglied dieser Organisation in Ilam öffentlich gehängt worden sein. Außerdem gibt es fortlaufend Berichte darüber, daß der Oberste Gerichtsrat Todesurteile gegen Mitglieder von Oppositionsgruppen bestätigt.

amnesty international hat ferner Berichte erhalten, daß drei führende Mitglieder der Tudeh-Partei namens Kiumars Zarshenas, Simin Fardin und Sa'id Azarang, sowie ein Mitglied der "Organisation der Volksfedajjin Irans (Mehrheit)", Faramarz Sufi, am 20. Juli 1988 im Evin-Gefängnis von einem Erschießungskommando hingerichtet wurden. Es heißt, zum gleichen Zeitpunkt seien bis zu acht weitere Personen exekutiert worden; außerdem seien die Todesurteile gegen 55 weitere politische Gefangene bestätigt worden, denen jetzt die Hinrichtung droht.

amnesty international wendet sich in allen Fällen gegen die Todesstrafe, weil sie eine Verletzung des Rechts auf Leben und des Rechts, keiner grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen zu werden, darstellt; diese Rechte sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet. Im Falle von Iran ist amnesty international besonders besorgt angesichts des Fehlens von Bestimmungen für ein faires Gerichtsverfahren in politischen Fällen und des Fehlens jeglicher Verfahren für zum Tode verurteilte Gefangene, gegen Schuldspruch oder Strafmaß in die Berufung zu gehen.

EMPFOHLENE AKTIONEN: Schreiben Sie bitte Telexe, Telegramme und Luftpostbriefe, in denen Sie

- * Ihr tiefes Bedauern über diese Hinrichtungen äußern und um Angaben über die Verfahren bitten, in denen diese Todesurteile verhängt und bestätigt wurden;
- * dringend die Umwandlung aller anstehenden Todesurteile und einen sofortigen Hinrichtungsstopp in Iran fordern.

APPELLE AN:

H. E. Dr. Hassan Ebrahim Habibi, Minister of Justice, Ministry of Justice, Park-e Shahr, Teheran, Islamische Republik Iran (Justizminister)

Telegramme: justice minister, teheran, iran

H. E. Ayatollah Abdulkarim Musavi Ardebili, Chief Justice and President of the Supreme Judicial Council, Ministry of Justice, Park-e Shahr, Teheran, Islamische Republik Iran (Oberster Richter und Präsident des Obersten Gerichtsrates)

Telegramme: chief justice, justice ministry, teheran, iran

Telex: (für beide) 088 214231 miti ir, 088 213113 prim ir

KOPIEN AN:

Kanzlei der Botschaft der Islamischen Republik Iran, Godesberger Allee 133-137, 5300 Bonn 2, Telex: 8845697 ir d

BITTE SCHREIBEN SIE MÖGLICHST ALS PRIVATPERSON ODER IN BERUFLICHER EIGENSCHAFT.

BITTE SCHREIBEN SIE IHRE APPELLE SO BALD WIE MÖGLICH. SCHREIBEN SIE IN GUTEM ENGLISCH ODER AUF DEUTSCH. DA INFORMATIONEN IN URGENT ACTIONS SCHNELL AN AKTUALITÄT VERLIEREN KÖNNEN, BITTEN WIR SIE, NACH DEM 16. SEPTEMBER 1988 KEINE APPELLE MEHR ZU VERSENDEN.

Amnesty International is concerned by evidence that a new wave of political executions is taking place in Iran.

In recent weeks the official Iranian media have continued to report the execution of government opponents. These include 10 'counter-revolutionaries and Iraqi spies' executed on 10 July, seven members of the outlawed People's Mojahedine Organization of Iran hanged in public in Bakhtaran on 1 August and another member of that organization hanged in public in Ilam on 3 August. Approvals by the Supreme Judicial Council of death sentences on members of opposition groups also continue to be reported.

Amnesty International has also received reports that three leading members of the Tudeh party, Kiumars Zarshenas, Simin Fardin and Sa'id Azarang, and a member of the People's Fedaiyan Organization of Iran (Majority), Faramarz Sufi, were executed by firing squad in Evin prison on 20 July. It is alleged that up to eight others were executed at the same time, and that death sentences have been confirmed on 55 more political prisoners who are now awaiting execution.

Amnesty International opposes the death penalty in all cases as a violation of the right to life and the right not to be subjected to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, as proclaimed in the Universal Declaration of Human Rights. In the case of Iran it is particularly concerned by the lack of provisions for fair trial in political cases, and the lack of any procedure for prisoners sentenced to death to appeal against conviction or sentence.

Recommended action: Telegrams/telexes/airmail letters:

- expressing deep regret at these executions and asking for details of the procedures by which death sentences are being passed and approved;
- urging the commutation of all outstanding death sentences and an end to executions in Iran.

- Bitte reagieren Sie sofort, wenn Sie diesen Brief erhalten, und beachten Sie die Empfehlungen zu jedem Einzelfall.
- Ihre Briefe sollten freundlich formuliert sein. Stellen Sie klar heraus, daß Ihr Einsatz für die Menschenrechte in keiner Weise parteipolitisch gebunden ist. Weisen Sie gegebenenfalls auf Bestimmungen internationaler Abkommen hin, wie beispielsweise auf die folgenden Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:
Art. 3: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“
Art. 5: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“
Art. 9: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“
- Sie können den Namen von amnesty international erwähnen, wenn es nicht anders vermerkt ist. Briefe mit

persönlichem oder beruflichem Bezug haben jedoch oft größere Wirkung.

- Bitte senden Sie Kopien Ihrer Appelle mit einem Anschreiben an die entsprechende Botschaft.
- In urgent-action-Fällen muß amnesty international im Interesse der betroffenen Personen schnell handeln. Eine urgent action wird dann herausgegeben, wenn ai glaubt, über zuverlässige und genaue Informationen zu verfügen. Wichtige neue Informationen werden jedem Teilnehmer einer urgent action mitgeteilt.
- Kopien von Antwortschreiben sollten Sie sofort weiterleiten an:
amnesty international
Sektion der Bundesrepublik Deutschland
- urgent actions -
Postfach 170 229, 5300 Bonn 1
Danken Sie der Behörde oder Person für ihre Antwort und bitten Sie darum, weiterhin über den Fall informiert zu werden.

DKP

Pressemitteilungen
des Parteivorstandes
der Deutschen
Kommunistischen Partei

Verantwortlich:
Kurt Schacht

Pressesendienst

Nr. 75/88

Düsseldorf, 12. Juli 1988

Die Steuer"reform" nach ihrer Verabschiedung - eine Bilanz

Von Fritz Rische. Abteilungsleiter der Abteilung Wirtschafts-, Technologie- und Ökologiekpolitik beim Parteivorstand der DKP

Nach der parlamentarischen Verabschiedung des Steuerreformgesetzes hat die konservative Koalition grünes Licht für eine weitere, folgeschwere Etappe ihrer unsozialen Umverteilungspolitik erhalten. Sie hat dieses Werk trotz breiter Opposition im Volk mit aller Gewalt durchgepeitscht. Auch die der Koalition verbundenen Länderregierungen haben sich daran im Bundesrat beteiligt. Trotz ihrer vielfach begründeten Einzelbedenken, haben sie am Ende gegen eine relativ geringe Gegenleistung zur Milderung der Finanzfolgen der Steuerfinanzierung im eigenen Sozialbereich dem Gesamtgesetz zugestimmt. Albrecht, der Ministerpräsident von Niedersachsen, hat zwar einen Kompromiß erreicht, wird aber in seiner eigenen Landeskompentenz doch auf schwierige Fragen der Umverteilungspolitik stoßen. Das Gerangel über die Steuerbefreiung für Privatflieger à la Strauß, löste berechtigten Zorn und viel Opposition in der Bevölkerung und selbst in den Koalitionsparteien aus, insgesamt aber verdeckte auch diese Kampagne tiefe Einblicke in den betrügerischen Charakter der Reform und der Manöver der Stoltenberg-Clique in der Masse der Bevölkerung. Die Regierung muß auch nach der Verabschiedung des Gesetzes mit einem Milliarden-Zauber ihr angebliches Jahrhundertwerk den wahren und unsozialen Charakter ihrer Finanz- und Steuerpolitik vertuschen. Und das ist ein Bilanzausschnitt über wesentliche Inhalte und die zu erwartenden Wirkungen der Steuer"reform" ab 1990.

Da ist zunächst die Methode der unsozialen und skandalösen Finanzierung. Sie folgt dem Beispiel vieler ihrer Vorgänger-Reformen auch aus der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition: Erst vom Volke abkassieren und dann unsozial zugunsten der schon Reichen umverteilen. Allein für die Ausstattung der Maßnahmen in der dritten Etappe bis 1990 haben radikale Verbrauchssteuererhöhungen und bei anderen indirekten Abgaben, allein für 1989 Mehrbelastungen von 26 Mrd. DM zur Folge. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DWI), Westberlin, hat kürzlich nachgewiesen, daß eine Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten leer ausgeht oder mit geringen Entlastungen abgespeist wird. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (Verbraucherfähigkeit) sei schon allein dadurch ungünstig, da auf das obere Fünftel der Einkommensbezieher nahezu 60 v.H. der Steuersenkungen entfallen. Schon bei mittleren Einkommen werden die Finanzierungsmaßnahmen die Entlastungen teilweise aufheben, bei den übrigen Bevölkerungsgruppen die Belastungen aber zunehmen. Dies bei über vier Millionen Einkommensteuerverpflichtigen, Arbeitslosen und den rund 11 Millionen Rentnern. Auf "tönernen Füßen" stehe auch die Hoffnung, daß die Investitionstätigkeit nachhaltig zu beleben sei. Bestätigt ist damit, was die Opposition und die DKP als das Hauptrisiko der Finanz- und Steuerpolitik der Wende-Regierung angeprangert hat und ihre Kassierung damit begründete: Die öffentlichen Finanzmittel werden weiterhin und verstärkt zu Lasten der Sozial-, Ökologie- (Heizölsteuer!) und Wirtschaftsaufgaben, vor allem gegen die sozialpolitische Aufgabe Nr. 1, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für Steuergeschenke an die Reichen im Lande sinnlos vergeudet. Es somit purer Zynismus, wenn die Stoltenberg-Clique mit den Unternehmerverbänden nach wie vor behaupten, die Reform sei "sozial ausgewogen" und sei ihr wirksames Beschäftigungsprogramm - im Gegensatz zu allen Forderungen der Gewerkschaften, der Wissenschaft, auch unserer Partei, nach einem öffentlich finanzierten Ankurbelungsprogramm, um 420 000 neue

Arbeitsplätze mit dem fast 20 Mrd.-Geschenk an Begüterte zu schaffen. Besonders skandalös ist, daß der Spitzensteuersatz für Höchstverdiener und Reiche von 56 auf 53 Prozent gesenkt wird.

Als Begleitziel dieser Anti-Reform sind weitere neue Belastungen für Städte und Gemeinden schon absehbar. Der Protest der kommunalen Spitzenverbände und vor allem auch des Stuttgarter Oberbürgermeisters, Rommel, haben dies in der Öffentlichkeit sehr nachdrücklich vorgestellt. Jetzt sehen sich die Kommunen gezwungen, ihre aufgerissenen Etatlücken u.a. durch höhere Hebesätze bei der Gewerbesteuer einigermaßen zu decken. Ein Skandal ist auch die Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit, wodurch drastische Mieterhöhungen für 3,4 Millionen Wohnungen im Gemeinnützigen Wohnungsbestand programmiert sind. Und sehr bald steht auch im Zusammenhang mit der Finanzierung der EG-Politik eine Mehrwertsteuer-Erhöhung mit anderen Abgaben bevor. Diese werden mit 8 Mrd. DM jährlich veranschlagt. In ihren Wirkungen wird dies alles die weitere Ausbildung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft noch zusätzlich beschleunigen.

Diese Finanz- und Steuerpolitik zeigt drastisch, was von den Sozialversprechungen an die Wähler und von Abmachungen in der Koalitionsvereinbarung über die Steuerpolitik von 1988 zu halten ist. Es galt als gemeinsame Verpflichtung, "auf die Vereinfachung des Steuersystems hinzuwirken und zusätzliche Belastungen zu vermeiden." Allein durch die Quellensteuer wird ein Heer von Bankbürokraten eingesetzt und der einfache Bürger rigoros nach seinen Finanzen und Ersparnissen durchleuchtet. Für die nächste Zeit sollen weitere Steuergeschenke an die Unternehmen vorbereitet werden, wie die von den Unternehmerverbänden geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer oder wie die vom Ministerpräsidenten Wallmann angekündigte Initiative zur Abschaffung der Börsenumsatzsteuer (etwa ein 600 Mio. DM Geschenk an die Börsenspekulanten). Es ist so: Die Reichen haben noch immer ihre Entlastungs- und Steuerziele voll erreicht. Das ihnen bereits seit Jahren zugeschobene Geld hat die Löcher im Bonner Haushalt gerissen. Es ist doch ein Staatsskandal, wenn diese Unternehmerforderungen nunmehr auch noch erfüllt werden sollen.

Die Rechtskoalition begibt sich mit ihrer konservativen Antireformpolitik auf unsicheres Eis. Die ungelösten Finanzierungsmaßnahmen, z.B. für die riesigen Etatlücken und für die gewaltigen Rüstungsprogramme - allein für die Jäger-90-Serie sollen mindestens 30 Mrd. DM aufgebracht werden - zeigen eine Vernetzung von Schulden und Zinsopfern, Kosten für die Arbeitslosenversicherung und die Bundesanstalt für Arbeit.

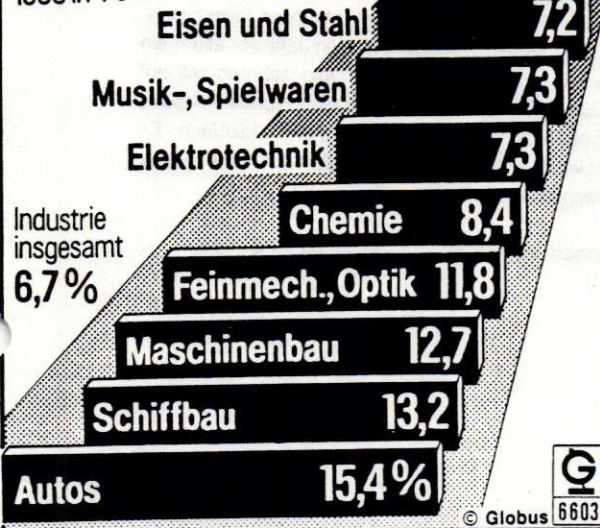
Wie der DGB nachgewiesen hat, ist das Gesetz wegen Verletzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung in vielen Teilen verfassungswidrig. Das ist z.B. der Fall bei der verschärften Besteuerung von Belegschaftsrabatten.

Ist nun alles gelaufen, mit der Steuerpolitik, ist alles nach Stoltenberg und Kohl auf ein Stabilitätsmodus gebracht? Wird die Bevölkerung bis 1990 beschwichtigt sein? Das ist sicherlich nicht zu erwarten. Die Debatten über die materiellen Ergebnisse, und bei weitem nicht nur über die Befreiung des Flugbenzins für Private, haben eine langfristig wirkende Tendenz einer Koalitionskrise ausgelöst. In der CDU/CSU haben Mitgliederproteste und Massenaustritte ihre Wirkungen. In der FDP sind ebenfalls Parteiströmungen über die unsolide Finanzierung erschreckt und bildet sich auch Opposition gegen die Flut der Rüstungskosten. Die Rücktrittsforderungen an Kohl und Strauß aus dem eigenen Einflußbereich und vor allem der Jugend und die Diskussion über den Abtritt Stoltenbergs wirken ebenfalls als Sprengmittel fort. Kein Wunder, wenn die FAZ erschreckt im Leitartikel unter dem Titel "Auf der schiefen Ebene" sinniert (8.7.88): Die "Bürger fangen an, die Politiker nicht mehr ernst zu nehmen."

Die für den Herbst angekündigten "Reformen" im Gesundheits- und im Rentenbereich werden die Gegensätze zwischen Wählern und Koalitionsparteien verstärken, u.a. mit den Arbeiterflügeln in den Koalitionsparteien. Der Zorn wird sich auch im Zeitraum bis zum Inkrafttreten der dritten Etappe der Steuerreform nicht legen. Das ist Raum für den Widerstand und für neue Aktivitäten im Interesse der Bevölkerung. Die breit vorhandene Opposition muß sich in allen Folgen weiterer Umverteilungspraktiken Gehör und damit Erfolge erkämpfen. Franz Steinkühler hat dies kürzlich mit den Worten ausgedrückt: "Wir fordern: Weg mit dem gesamten Rest der Steuerreform - her mit einem Beschäftigungsprogramm." Dafür treten alle Kommunistinnen und Kommunisten in ihren Wirkungsfeldern solidarisch und aktiv ein. Zugleich setzt sich unsere Partei für alternative Forderungen und zur Minderung der Belastungen ein. Die DKP kämpft für eine Steuerreform mit sozialen Zielen zugunsten der arbeitenden Menschen. Und das ist die Erkenntnis aus den vergangenen Monaten des leider noch nicht koordinierten Kampfes gegen den Bonner Volksbetrug: Gemeinsam kann die Fortsetzung des konservativen Wende-Kurses gestoppt und eine demokratische und soziale Reformwende gegen das Reichtumsprivileg in der Regierungspolitik der konservativen Koalition durchgesetzt werden.

Branchen im Dollarschatten

Vom gesamten Absatz
(BR Deutschland)
gingen in den Dollarraum
1986 in %



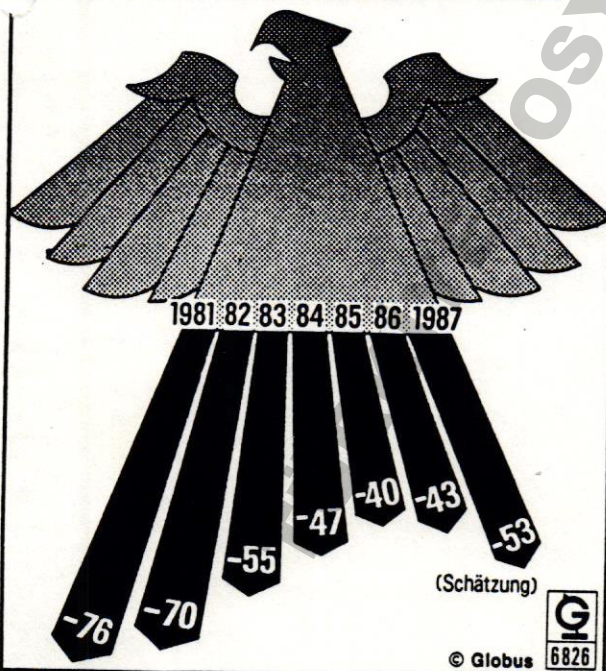
Wie in keiner anderen Branche schauen die Manager der deutschen Autoindustrie auf den täglichen Dollarkurs. Kein Wunder, denn die Autohersteller Erlösen jede sechste Mark im Dollar-Raum: 15,4 Prozent ihrer Produktion verkaufen sie in den USA oder in Ländern mit fester Währungsbindung an den Dollar. Der Verfall des Dollarkurses trifft deshalb die Autoindustrie besonders hart. Vor gut zweieinhalb Jahren, im März 1985, brachte ein Dollar noch 3,31 DM; heute liegt sein Kurs unter 1,70 DM.

Statistische Angaben: Dresdner Bank,
eigene Berechnungen

Globus-Kartendienst, 16. November 1987

Staatsdefizite: Tendenz wachsend

Finanzierungslücke in den Haushalten von
Bund, Ländern und Gemeinden in Mrd DM



Schon seit vielen Jahren reichen die laufenden Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden nicht aus, um die in den Haushaltsplänen gesetzlich festgelegten Ausgaben finanzieren zu können. Kredite müssen her, um die Löcher in den Kassen zu stopfen. Den bisher größten Fehlbetrag brachte das Jahr 1981 mit insgesamt 76 Milliarden DM. Dieses Defizit konnte im Laufe der Jahre zwar auf 40 Milliarden DM verringert werden, doch seitdem zeigt die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder wachsende Tendenz. 1987 werden nach Einschätzung der Bundesbank 53 Milliarden DM fehlen. Der Staat muß also wieder mehr Schulden machen. Hier wirken sich die 1986 in Kraft getretenen Steuersenkungen aus; außerdem fließen wegen der verhaltenen Konjunktur-entwicklung die Steuereinnahmen spärlicher als angenommen.

Statistische Angaben:
Bundesbank, Finanzministerium

Globus-Kartendienst, 12. Oktober 1987



Rationalisierung ist Trumpf

Das Investitionsklima kühlt sich ab. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts bei 3350 Industrie-Unternehmen. Insgesamt erwarten die Ifo-Forscher für 1988 einen Anstieg der Investitionsausgaben von drei Prozent. Mit ihren Investitionsvorhaben verfolgt die Industrie im kommenden Jahr vor allem ein Ziel: Rationalisierung. Fast die Hälfte der Unternehmen will auf diese Weise vor allem Personalkosten einsparen. Nur ein knappes Drittel denkt dagegen an eine Erweiterung der Kapazitäten. Es besteht also nicht viel Hoffnung, daß 1988 im Bereich der Industrie zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Statistische Angaben: Ifo – Institut für Wirtschaftsforschung

Globus-Kartendienst, 16. November 1987

Krisen„bewältigung“ auf Zimmermanns Art

Zu „mehr Rechtssicherheit“ und zur „guten Nachbarschaft“ zwischen Deutschen und den „hier lebenden“ Ausländern solle der Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums zum Ausländerrecht beitragen, erklärte noch Anfang April der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Seiders. Inzwischen läßt sich nachprüfen, was Geistes Kind diese „Gestaltungsaufgabe“ der zweiten Legislaturperiode der Rechtskoalition ist, die in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben war. Durchgesetzt hat sich eindeutig die harte CDU/CSU-Linie, die von der Geißlers, Schäubles und der CDA erheblich abweicht.

Der CDU-Generalsekretär und Kohls Kanzleramtsminister vertreten mit Blick auf die möglichen innenpolitischen Konflikte und die wahrscheinlich noch wachsende Zahl der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik eine etwas gemilderte Position. Nicht zuletzt dürften es die Folgen der demografischen Entwicklung für die Sozialversicherungssysteme sein, die sie veranlassen, Erleichterungen für den Zuzug „bestimmter Ausländergruppen“ aus

dem EG-Raum zu fordern.

Paß- und Visumpflicht für Kinder

Zimmermanns Entwurf aber sieht anders aus. Das neue Ausländergesetz soll aus zwei Teilen bestehen: dem „Ausländerintegrationsgesetz“ (AIG) und dem „Ausländeraufenthalts-Gesetz“ (AAG). Das AIG legt den beschränkten Kreis derer fest, die als integrationswürdig angesehen werden sollen. Das wären all die Ausländer/

innen und ihre Familienangehörigen, die bis zum Inkrafttreten „als Arbeitnehmer für eine nicht nur vorübergehende Beschäftigung eingereist“ sind. Ausgeschlossen wären hingegen ehemalige Studenten sowie Asylbewerber und -berechtigte und alle zukünftig Einreisenden. Aber auch für die „begünstigte“ Gruppe gibt es nur wenige aufenthaltsrechtliche Erleichterungen. Entgegen vorherigen Beteuerungen wird gleichzeitig beispielsweise für Kinder ausländischer Arbeitsimmigranten bis 16 Jahre die Paß- und Visumpflicht eingeführt. Die Altersgrenze für den Kindernachzug wird auf sechs Jahre begrenzt. Ein Zusammenleben mit den eigenen Kindern, wenn sie älter als sechs Jahre sind, wird also neu Eingereisten unmöglich gemacht – ein Abschreckungsinstrument also, nicht nur Konkretisierung des

1973 erlassenen „Anwerbestopps“ für ausländische Arbeiter.

Das AIG sieht die Befristung der Tätigkeit des bzw. der Ausländerbeauftragten auf 10 Jahre und die Möglichkeit seiner „jederzeitigen Entlassung“ vor. Die derzeitige Amtsinhaberin Frau Funcke ist der Bundesregierung schon länger ein Dorn im Auge ...

Abschreckung und Verunsicherung

Der zweite, erheblich längere Teil des Gesetzes dient vor allem der Abschreckung eventuell neu Einreisender und der Verunsicherung großer Teile der hier lebenden Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge. Sein Kernsatz heißt, entsprechend dem erklärten Motto der Bundesregierung, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und ihr Ausländerrecht kein Einwanderungsrecht: „Ausländern sollen künftig nur befristete Aufenthalte gewährt werden.“

Eine der zentralen gemeinsamen Forderungen der demokratischen Kräfte von den Kommunisten bis hin zu Kirchen und sogar der CDA, nämlich ein rechtlich stärker gesicherter Aufenthaltsstatus („Aufenthaltsverfestigung“), wird hier nicht nur beiseite gelassen, sondern sogar zur Ausnahme gemacht.



Ankunft im Sammelager für Ausländer in Zirndorf bei Nürnberg. Wenn Zimmermanns Pläne Wirklichkeit werden, gibt es für sie kaum noch Chancen für einen menschenwürdigen Aufenthalt in der Bundesrepublik. Funkfoto: dpa

Drohung gegen Wahrnehmung von Rechten

Verschärft und zum willkürlich nutzbaren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Regulierungsinstrument wird die Ausweisungsmöglichkeit. Beispiele: Die Ausweisung kann nun schon bei einem mehr als einjährigen Arbeitslosenhilfebezug verfügt werden – nicht erst bei dauerhaftem Bezug von Sozialhilfe; ebenso bei Obdachlosigkeit und Wohnverhältnissen, die nach den „für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften unzureichend“ sind, oder gar wegen „Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassungsorgane von Bund und Ländern“. „In der Regel“ soll ausgewiesen werden bei „erheblicher Kriminalität und extremistischer, insbesondere gewalttätiger politischer Betätigung“.

Ange-sichts anhaltender Arbeitsplatzdiskriminierung der ausländischen Bevölkerung in unserem Land, sich verschärfender Armut und des Verständnisses gerade des Bundesinnenministeriums, was „extremistische politische Betätigung“ ist, müssen solche Klauseln als außerordentlich scharfe Drohung gegen eine mögliche Wahrnehmung elementarster demokratischer Rechte angesehen werden.

U2 - 18.5.88

TÜRKIYE SOS

Zimmermanns Pläne richten sich auch gegen die „Einheimischen“

Abschreckung und Verunsicherung sind Ziele eines Entwurfs des Innenministeriums für ein neues Ausländergesetz. Flüchtlinge, also Asylbewerber und -berechtigte, werden vom Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG) noch stärker benachteiligt als Arbeitsimmigranten.

„Kontingentflüchtlinge“ (die verschiedenen Staaten nach Quoten von der UNO zugeteilt werden) sollen einer Widerrufungs- und Erlöschensregelung unterworfen werden, die ihr Bleiberecht unterminiert. Ein „erhöhter“ Ausweisungs-„schutz“ soll darin bestehen, daß Asylberechtigte (!) „nur“ aus „schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ausgewiesen werden können. Diese Gründe aber können von den Behörden definiert werden. Unter „Abschiebungsschutz“ wird festgehalten, daß die Frage, „ob ein Ausländer politisch verfolgt ist“ und daher diesen Schutz genießt, „künftig nicht mehr von der Ausländerbehörde“ geprüft und entschieden wird – also einer lokalen Behörde, deren Handeln in gewissem Maß den jeweiligen örtlichen Kräfteverhältnissen unterliegt –, sondern ausschließlich vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das dem Bundesinnenministerium untersteht. Genau der Institution also, die in den letzten Jahren die treibende Kraft der Ausländerverdrängungs- und -abschreckungspolitik war.

Da zusätzlich nur noch solche Ausländer ein Recht auf

politische Betätigung haben sollen, die „rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet“ haben, muß man wohl davon ausgehen, daß nicht nur „extremistische politische Betätigung“ nach Zimmermanns Verständnis zu unterbleiben hat. Offenbar soll ein Recht auf politische Betätigung nur noch US-amerikanischen, japanischen und anderen Konzernmanagern zugestanden werden.

Interessant ist die geplante Vereinheitlichung des „Abschiebungsschutzes“ wegen politischer Verfolgung“ unabhängig davon, ob die Betroffenen aus einem sozialistischen Land oder der Dritten Welt kommen. Noch 1986 hatte eine Innenministerkonferenz alle „Ostblockflüchtlinge“ generell vom Asylverfahren ausgenommen und ihnen global Abschiebungsschutz gewährt. Der jetzige Gesetzesentwurf stellt diesen bis jetzt gültigen konservativen Konsens in Frage, was in jenen Kreisen noch Widerspruch auslösen dürfte. Zugleich aber spekuliert er auf die Unterstützung der pragmatischen Rechtskräfte. Nicht zuletzt wird so versucht, linken Kritikern des Entwurfs mit dem Verweis auf die „Gleichbehandlung“ aller

Flüchtlinge den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die taktische Nebenfront ist eröffnet, an der die linken und fortschrittlichen Kräfte in ihrer Verteidigung der Rechte der Flüchtlinge und des Asylrechts aufgesplittet werden sollen. Diese werden sich darauf einstellen müssen, zumal sich diese Nebenfront nicht lohnt. Denn seit 1981 stellen die Flüchtlinge aus der Dritten Welt die Mehrheit der Asylbewerber. Inzwischen sind es rund 85 Prozent – Menschen, die meist direkt oder indirekt auch durch die Außenpolitik der Rechtsregierung zu Flüchtlingen wurden.

Reaktionäre Gesellschaftsbilder

Die politische Bedeutung des Entwurfs geht über die Betroffenheit von Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen weit hinaus. Sein strategisches Ziel ist es, für die nächste, verschärfte Krisenstufe die dreigliedrige Ausländerpolitik der Rechtskräfte juristisch festzuklopfen, um damit Ziele auch gegenüber der bundesdeutschen Arbeiterbewegung und den demokratischen Kräften durchzusetzen.

Neben der Abschreckungspolitik gegenüber eventuellen weiteren Einreisenden und der Verdrängungspolitik durch erhebliche rechtliche, soziale und politische Verschlechterungen – besonders der Flüchtlinge – sowie der

begleitenden politisch-ideologischen Stimmungsmache rassistischen Charakters werden massiv die reaktionären Gesellschaftskonzeptionen und -bilder der Rechtsregierung lanciert. Die Fähigkeit und Bereitschaft der Bevölkerung zur Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte sollen gelähmt und unterhöhlt werden. Das Motto des Entwurfs, gerade die Bundesrepublik – immerhin eines der reichsten Länder der Erde – müsse „nicht mehr verkräftbare Zuwanderungen von Ausländern abwehren“ und die „Bewahrung des eigenen nationalen Charakters“ sichern, fügt sich nahtlos an das neofaschistische Gesellschaftsbild an.

Dazu gehören Elemente, die mit diesem Entwurf auf ihre Durchsetzbarkeit auch an Einheimischen ausprobiert werden:

- Die Durchbrechung der Bestimmung des Bundessozialhilfegesetzes, daß an dem Ort Sozialhilfe zu leisten ist, wo sich der Antragsteller befindet;
- die Meldung jedes ausländischen Sozialhilfebezieher an das Bundesinnenministerium und damit die Datenvernetzung zwischen Sozial- und Sicherheitsbereich;
- eine „erhebliche“ Gebührenerhöhung und zusätzlich eine neue Bearbeitungsgebühr.

Die scheinbare Verteidigung der Rechte „der Deutschen“ wird unter der Hand zur Vorbereitung auch von deren Abbau.

Einfluß auf die Außenpolitik

Auch außenpolitisch aggressive Komponenten sind in den Gesetzesentwurf eingebaut. So wird die „Bewahrung des eigenen nationalen Charakters“ unter anderem mit der „ungelösten nationalen Frage der Deutschen“ begründet. Zugleich nimmt das Bundesinnenministerium die Gelegenheit wahr, mit Hilfe seines künftig notwendigen eigenen „Einvernehmens“ mit dem Außenministerium über Ländererlasse bezüglich humanitärer Aufnahme oder Duldung bestimmter Ausländergruppen seinen Einfluß auf die Außenpolitik auszudehnen.

Sein Verständnis des Völkerrechts macht es dabei gleich in einem Aufwasch hinreichend deutlich: „Die unmittelbare Anwendung von Völkervertragsrecht wird auf die Fälle beschränkt, in denen dies ausdrücklich gesetzlich bestimmt ist“.

Ausländer als Sündenböcke der Krise

Zusammenfassend läßt sich sagen: Innenpolitisch hat das geplante Gesetz die Funktion, den herrschenden rechtskonservativen Bedarf an Krisenabwägungs- und

„bewältigung“ zu befriedigen. „Die Deutschen“ sollen ihre berechtigten Befürchtungen um Arbeitsplatz und Existenz bestätigt und ihre Ängste „ernstgenommen“ sehen – auf Kosten „der Ausländer“.

Solidarische Krisenbewältigungsstrategien, die die Krisenopfer nach gesellschaftlicher Interessenlage zusammenführen und nicht nach nationaler Herkunft spalten müßten, sollen entlang der nationalen, rassistischen, ethnischen Trennungslinie ausgehebelt werden.

Außenpolitisch wird nicht nur die Mitverursachung von Arbeitskräftewanderungen und Flüchtlingsströmen durch Großkapital und Regierungspolitik ausgeblendet, sondern auch der Anspruch auf Nichtachtung von Völkerrecht formuliert. Welch gefährliche politische Dynamik ein solches Konzept auslösen kann, ist aus der Geschichte bekannt und kann derzeit an Le Pens Wahlerfolg in Frankreich beobachtet werden.

Ob die Rechnung Zimmermanns allerdings aufgeht, wird entscheidend davon abhängen, daß die demokratischen Kräfte unseres Landes die Bedeutung dieser scheinbar nur „die Ausländer“ betreffenden Strategie erkennen und sich im praktischen Handeln dagegen gemeinsam zur Wehr setzen. Ansatzpunkte dazu und Übereinstimmungen gibt es genügend. Claudia Stellmach

Abteilung Wirtschafts-, Technologie D'dorf, Dezember 1987
und Ökologiepolitik

Wirtschaftspolitischer
Arbeitskreis beim
Parteivorstand der DKP

Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und der Lage der
Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, wie sie anhand der bis
Mitte Dezember 1987 verfügbaren Daten gegeben werden kann

(Verfaßt auf der Grundlage der "Informationen ..." des Insti-
tuts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Nr.
4/1987, Beilage zur NACHRICHTEN Nr. 12/1987)

I.

Der Börsenkrach vom 19. Oktober hat die wirtschaftspolitische
Landschaft ruckartig verändert. An diesem Tag brachen die Ak-
tienkurse an den Weltbörsen um bis zu 25 Prozent ein. Seit
Mitte Oktober haben die Kurse insgesamt in den USA um etwa 25
Prozent, in Europa um bis zu 40 Prozent nachgegeben. Am
glimpflichsten kamen die japanischen Börsen davon, wo der
Kursrückgang bis Mitte Dezember nur etwa 15 Prozent aus-
machte.

Dem Kursverfall an den Aktienbörsen folgte mit einer Woche
Verzögerung eine erneuter Verfall des Dollar-Kurses. Nachdem
der Dollar zwischen Frühjahr 1985 von etwa 3,40 DM (bzw. 250
Yen) zu Februar 1987 auf 1,80 DM (bzw. 140 Yen) gefallen war,
kamen die Notenbanken der sieben großen kapitalistischen Län-
der Anfang 1987 im "Louvre-akkord" überein, einen weiteren
Dollarverfall zu verhindern. In den ersten acht Monaten des
Jahres 1987 kauften die Notenbanken außerhalb der USA für
etwa 70 Milliarden US-Dollar, während sich die Interventionen
der US-Notenbank zur Stützung der eigenen Währung auf symbo-
lische Käufe von einigen hundert Millionen beschränkten.

Immerhin gelang es, den Kurs bei etwa 1,80 DM zu halten. Es war vor allem die mit dem Börsenkrach verbundene Rezessionsfurcht, die schließlich - stimuliert durch entsprechende Äußerungen des US-Finanzministers Baker - den erneuten Kursseinbruch ausgelöst hatte, welche den Dollar bis Mitte Dezember auf unter 1,65 DM brachte.

Die sich abzeichnende neue Rezession stellt die USA vor die Alternative, entweder durch Zinserhöhungen den weiteren Zustrom von Auslandskapital zur Finanzierung des "Zwillingsdefizits" (Handelsbilanz und Staatshaushalt) zu sichern - oder aber die Welt weiter mit Dollars zu überschwemmen. Der Börsenkrach zwang die Notenbanken, vor allem der USA, schleunigst die Zinsen herabzuschleusen - immerhin war die Gefahr von Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüchen als Folge der Kursverluste nicht von der Hand zu weisen. Die USA gingen daher dazu über, den Dollarkurs als Druckmittel benutzend, die westeuropäischen und japanischen Notenbanken zu Zinssenkungen zu zwingen - denn nur die Aufrechterhaltung eines entsprechenden Zinsgefälles zugunsten der USA gewährleistet die Defizitfinanzierung durch Auslandskapital. Die Notenbanken außerhalb der USA sind mit dem Dollarkurs insofern erpreßbar, als die Dollarabwertung einerseits Exporte in die USA erschwert. Zum anderen aber - und dies scheint wichtiger - verlieren mit der Abwertung des Dollar auch die entsprechenden von Privaten und Notenbanken gehaltenen Dollarvermögen laufend an Wert. Die USA haben inzwischen einen negativen Vermögenssaldo von 400 Milliarden Dollar, das heißt die USA sind seit etwa 1985 ein internationaler Nettoschuldner. Je niedriger der Dollar, desto weniger Wert sind die Dollarkredite - vor allem aus diesem Grund sind die Notenbanken gezwungen, die von den USA zur Defizitfinanzierung exportierten Dollar zu kaufen.. Damit ist erst Schluß, wenn wieder ausreichend privates Auslandskapital in die USA strömt.

Ein Hauptthema der Wirtschaftspublizistik nach dem Börsenkrach war die Frage, ob ein neues "1929" droht. Dem wurde in der Regel mit wenig Sachkenntnis nachgegangen: Es gibt wohl keinen ernsthaften Wirtschaftshistoriker, der dem Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 bei Ausbruch und Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1929/32 eine entscheidende Rolle zumißt. Es gab Börsenkräche ohne eine folgende Krise (z.B. 1962) und es gab tiefe Krisen, ohne daß die Börse "krachte" (z.B. 1974/75). Tatsächlich war schon Mitte 1929 eine zyklische Krise ausgebrochen, deren Folge der "schwarze Freitag" war. Es gelang damals, die Auswirkungen des Börsenkrachs mit Hilfe von wirtschaftspolitischen Eingriffen zu begrenzen, welche den nach dem 19. Oktober 1987 ergriffenen stark ähneln: Die Zinsen wurden gesenkt, kleine Konjunkturprogramme aufgelegt. Erst 1931 kam es unter dem Druck der sich vertiefenden Krise der "realen" Ökonomie zu Bank- und Unternehmenszusammenbrüchen, zur Krise des internationalen Finanzsystems, zum Kapitalabzug aus dem (reparationsbedingt) verschuldeten Deutschen Reich. Die berüchtigte Politik der Brüning'schen Notverordnungen, durch welche die Krise verschärft wurde, waren denn auch keineswegs Ausdruck fehlender ökonomischer Sachkenntnis: Sie waren ein bewußtes Mittel, um durch die Verschärfung der Krise in Deutschland, insbesondere die USA zur Streichung der reparationsbedingten Schulden zu zwingen.

Und nur in diesem Punkt sind historische Vergleiche sinnvoll: Die besondere Schärfe der Krise 1929/32 ist vor allem auf den Zerfall der Weltwirtschaft, auf die Abschottung der nationalen Märkte durch Protektionismus und schließlich durch das wirtschaftspolitische "jeder gegen jeden" (dessen Ausdruck die Brüning'sche Katastrophenpolitik gewesen ist) zurückzuführen.

Und trotz der gewagten Erpressungsmanöver der USA mit Hilfe des Dollarkurses erscheint eine solche Entwicklung gegenwärtig zwar nicht ausgeschlossen, doch wenig wahrscheinlich. Während die Weltmarktbeziehungen bis in die zwanziger Jahre im wesentlichen durch Warenhandel bestimmt waren, vollzieht sich die Internationalisierung gegenwärtig im Rahmen von international operierenden "Multis", deren Grundlage zwar nach

wie vor die nationalen Strategien der jeweiligen imperialistischen Länder sind, die aber an einer nationalen Abschottung der Märkte keinerlei Interesse haben können - was inzwischen selbst für die US-Konzerne gilt, die wegen des großen Binnemarktes noch den größten nationalen Spielraum haben. Insofern stoßen protektionistische Praktiken immer wieder rasch auf den Widerstand der multinational verflochtenen Konzerne, welche an einer Beschränkung des internationalen Warenverkehrs - der für sie teilweise ja den Charakter von konzerninternen Zulieferungen besitzt - kein Interesse haben können.

Aus diesem Grund ist es auch wenig wahrscheinlich, daß die großen imperialistischen Länder ihre vorhandenen Interessenunterschiede so in den Vordergrund stellen, daß eine gemeinsame "Feuerwehraktion" bei drohenden ökonomischen Katastrophen unmöglich würde. Aus diesem Grund erscheint eine 1929/32 vergleichbare Entwicklung derzeit nicht absehbar.

Dies heißt allerdings nicht, daß der Börsenkrach und die dadurch erneut zugespitzten Spannungen im Weltwährungssystem für die Konjunktur zu vernachlässigen wären. Es muß hervorgehoben werden, daß der nach einem beispiellosen fünfjährigen Börsenboom ohnehin "fällige" Krach deshalb so einschneidend ausfiel, weil die konjunkturellen Aufschwungstendenzen ausgelaufen sind und eine starke Konjunkturabschwächung das Ende des Konjunkturzyklus angekündigt hat.

Nach dem Krach wurden die Prognosen für 1988 nochmals nach unten korrigiert: Die OECD erwartet nun für den gesamten Kapitalismus noch eine Wachstumsrate von 1,75 Prozent (gegenüber 2,25 vor dem Krach) in der Bundesrepublik wird nun noch mit 1,0 Prozent (nach 2 Prozent) gerechnet.

In der Tat werden konkrete Auswirkungen des Krachs vor allem in folgenden Punkten erwartet:

- In den USA sind mehr als 25 Prozent der Haushalte an Aktiengeschäften beteiligt. Dort hat der stabile Vermögenszu-

wachs der Aktiendepots und die Realisierung von Spekulationsgewinnen den privaten Konsum in der Vergangenheit gestützt, welcher in den USA in hohem Maße kreditfinanziert ist: Derzeit beläuft sich die Konsumentenverschuldung auf ungefähr 2,5 Billionen Dollar, was dem gesamten verfügbaren Einkommen der Haushalte eines Jahres entspricht. Es ist klar, daß die Tendenzwende an den Börsen hier die Verschuldungsbe-
reitsschaft hemmt.

- Die hohen Börsenkurse haben - auch in der BRD - die Unternehmen zur Beschaffung von Eigenkapital motiviert. Dazu gehören auch mittlere Unternehmen. Dieser Weg ist nun zumindest erschwert, was sich hier und da sicher auch auf die Investitionen auswirken dürfte, selbst im Zusammenhang mit den halbherzigen Kreditbeschlüssen der Bundesregierung.

- Der in eine Phase sich verschlechternder Konjunkturaussichten fallende Börsenkrach dürfte insgesamt die Stimmung weiter verschlechtert haben, was schon für sich Rezessionserscheinungen fördert.

- In den USA sah sich die Regierung gezwungen, einige Maßnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits zu ergreifen (obwohl, dies ist zu betonen, dieses im internationalen Vergleich keineswegs besonders hoch ist). Dies fördert Rezessionstendenzen.

- In diesem Zusammenhang wirkt die Aufwertung des Dollar ebenfalls negativ, da eine Stagnation des US-Marktes mit schlechteren Exportmöglichkeiten in die USA zusammenfallen.

III.

Die Angst vor einer neuen Rezession, der Druck der USA und die veränderte wirtschaftspolitische Landschaft haben die Bundesregierung endlich zu einigen konjunkturpolitischen Manövern gezwungen, die den Anschein erwecken sollen, als gäbe sie alte Positionen auf und sehe endlich die Notwendigkeit

wirksamer Ankurbelungsmaßnahmen - mit entsprechenden beschäftigungspolitischen Effekten.

Tatsächlich verkündete sie Anfang Dezember mit großem Propagandaaufwand eine "Wachstumsinitiative", durch welche zusätzliche Investitionen von insgesamt 21 Milliarden DM vor allem im Umweltschutz ausgelöst werden sollen. Beim näheren Hinsehen handelt es sich aber lediglich um Zinssubventionen von weniger als 300 Millionen jährlich. Die Hauptsache war die Diskontsenkung der Bundesbank auf ein rekordhaft tiefes Niveau von 2,5 Prozent - was kaum positive konjunkturelle Effekte haben dürfte, da niedrigere Zinsen nur dann zusätzliche Investitionen bzw. Konsumausgaben hervorrufen, wenn Absatz- und Beschäftigungsaussichten positiv sind. Dies aber ist gerade das Problem: Da beide sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert haben. Die Diskontsenkung ist denn auch vor allem als Konzession an die USA zu verstehen. Immerhin zeigen die Maßnahmen der Bundesregierung aber doch, daß das wirtschaftspolitische Klima sich verändert hat, daß die einseitige "marktradikal" ideologisierte Politik der Gewinnstimulierung bei Vernachlässigung der Absatzaussichten auf dem Binnenmarkt zunehmend auch im Unternehmerlager Kritik findet. Edzard Reuter, Vorstandssprecher von Daimler-Benz, legte in den letzten Monaten ein wirtschaftspolitisches Konzept vor, welches deutliche Absetzererscheinungen von der konservativen "Angebotsökonomie" beinhaltet und die bislang viel gelobten "Reaganomics" als "Mickymaus-Theorem" qualifiziert. Reuter plädiert für ein ausgeglichenes staatsmonopolistisches Regulierungskonzept mit den Eckpunkten Ökologie, Industriepolitik, Technologieförderung und vor allem "Konsens" zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Eine solche Abkehr von einseitig "marktradikalen" Theoremen darf nicht verwechselt werden mit wirtschaftspolitischen Alternativen im Interesse der Arbeiterklasse - nach wie vor geht es um eine staatsmonopolistische Modernisierungspolitik, in dem die Lage der Arbeiterklasse, darunter die Sicherung der Arbeitsplätze, nicht die Zielfunktion, sondern lediglich eine Nebenerscheinung darstellen.

Immerhin ist insbesondere nach dem Börsenkrach der argumentative und Aktionsspielraum für Konzepte wirksamer, antimonopolistische Beschäftigungspolitik größer geworden. Das zeigt

sich besonders in der sich zuspitzenden sozialen Lage in der den Stahl- und Bergbauregionen an Rhein-Ruhr-Saar mit den sich ausbreitenden Aktionen von großen Teilen der Gesamtbevölkerung. Hattingen, Rheinhausen und die Maxhütte zeigen drastisch, wie die Profitpolitik der Konzerne im Bündnis mit der Rechtskoalition und der EG-Bürokratie die sozialen und nationalen Interessen preisgibt. Gesellschaftspolitische Forderungen wie die Schaffung von öffentlichen Unternehmen bei demokratischer Kontrolle der Belegschaften und Gewerkschaften als Alternative erhalten ein besonderes Gewicht.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

infodienst

Für DKP- Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen

Strauß: Bürger sollen Rüstung durch höhere Steuern finanzieren

Sozialistische Länder setzen auf umfassende Abrüstungsschritte

Die weltweiten Bemühungen um die Sicherung des Friedens und den Abbau von Atomraketen und konventionellen Waffen wird von der Rüstungslobby der BRD unter Beschuß genommen, während die sozialistischen Staaten den Abzug weiterer Waffen aus Europa fordern. Franz Josef Strauß (CSU): Über die Verbrauchssteuern soll jeder Bürger der BRD die zusätzliche Steigerung des Bonner Rüstungshaushaltes mitfinanzieren.

Das in der Rüstung eingesparte Geld muß nach Auffassung der DKP sofort an anderen Brennpunkten sinnvoll eingesetzt werden:

- 0 Bekämpfung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit durch Beschäftigungsprogramme
- 0 Bekämpfung der neuen Armut
- 0 Sicherung der Renten
- 0 Sicherung des Gesundheitswesens
- 0 Beseitigung der Finanznot der Städte und Gemeinden

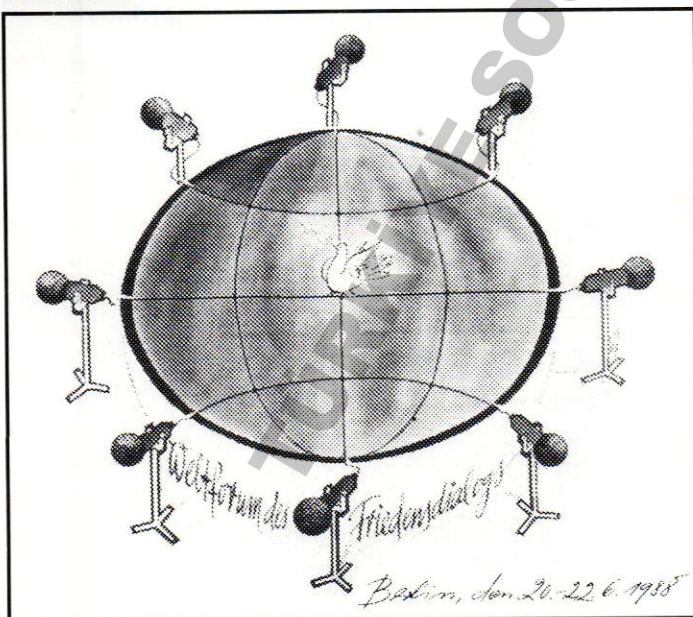
In Bonn wird von verschiedenen Kräften die Bremse gezogen, während in der ganzen Welt ein neues Herangehen an die sicherheitspolitisch diskutiert wird:

0 Bei der Jahreskonferenz des New Yorker Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien, das erstmals in Potsdam (DDR) tagte, forderte Genscher mit den sozialistischen Ländern weitere Abrüstungsschritte; Rühle (CDU) aber wandte sich gegen die Vernichtung von Atomwaffen.

0 Bei dem internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen vom 20. bis 22. Juni in Berlin (DDR) wird diese Forderung der sozialistischen Staaten auch von verschiedenen Parteien aus der BRD getragen, nicht aber von der Bonner Regierung.

0 Auch von der Parteikonferenz der KPdSU kommen neue friedenspolitische Vorstöße.

Dazu die DKP: "In dieser Zeit können neue Entscheidungen für die Abrüstung fallen: Deshalb kann der Protest gegen die Rüstung und gegen die falsche Verteilung von Steuermitteln nicht laut genug sein!"



An die Computer-Freaks und alle Redaktionen!

infodienst auf Papier oder Diskette? Welche Voraussetzungen und welche Möglichkeiten gibt's bei den Gruppen, bei den Kreisen, bei den Bezirken? Eine wichtige Umfrage dazu auf Seite 19! Service-Hinweise und nähere Erläuterungen zu dieser 100. Ausgabe wieder am Schluß des Heftes auf Seite 18.

Im Revier: Protest gegen „Jäger 90“

Die anhaltende Empörung der von Massenarbeitslosigkeit betroffenen Menschen im Ruhrrevier über die Bonner Milliarden-Beschlüsse zum NATO-Rüstungsprojekt "Jäger 90" dokumentiert die in Dortmund erscheinende "Westfälische Rundschau" (WR) in ihren Leserbriefspalten. "Bundeskanzler Kohl wäre besser beraten, diese 23 Milliarden der Arbeitsplatzbeschaffung, der Sozialhilfe oder dem Gesundheitswesen zuzuführen", schreibt Günter Kettler aus Dortmund.

Auf die Tatsache, daß allein in der BRD jährlich 52 Milliarden DM in die Rüstung fließen, macht Rüdiger Stunz (Dortmund) aufmerksam und schreibt: "Würden die weltweiten Rüstungsausgaben nur um weniger als ein Prozent gekürzt, dieses Geld würde ausreichen, um in allen Ländern, in denen Hungersnot herrscht, eine Versorgung mit Nahrungsmitteln zu garantieren. Eine Atomrakete weniger, ein Panzer, ein Kriegsfeldflugzeug, ein Raketentest weniger, würde mehr Geld bringen, als alle wohltätigen Sammlungen zusammen!."

Eva-Maria Schmidt aus Bad Laasphe erklärt: "Nein danke, meine Herren in der Regierung, ich habe keine Lust, dieses Vorhaben mit unseren Steuergeldern zu unterstützen." Als Angehörige des Jahrgangs 37 erinnere sie sich noch deutlich an ihre Kindheitserlebnisse in den Bombennächten. "Es gibt doch noch so viel lindernswertes Leid auf der Welt, das zu unterstützen es sich lohnte. Haben wir denn immer noch nicht die Nase voll vom Wahnsinn der Vergangenheit?" fragt die Leserbriefautorin.

Pilgerfahrt ins „Reich des Bösen“

"Es ist doch eine Ironie der Geschichte: Nachdem er so oft seinen biblischen Zorn über das 'Reich des Bösen' ausgedrückt hat, krönt Reagan seine politische Karriere mit einer Pilgerreise nach Moskau. Den einzigen Erfolg am Ende seiner Präsidentschaft verdankt er den Verhandlungen mit den Kommunisten Nummer eins auf der Welt."

(Professor Georgij Arbatow, Außenpolitischer Berater von Michail Gorbatschow, im "stern")



USA-Zweifel an SDI

Das Technologie-Büro des US-amerikanischen Kongresses hat in einer Studie seine Zweifel daran betont, daß die sogenannte Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) "ihr Ziel, Atomraketen als militärische Bedrohung auszuschalten, erreichen kann". Das US-Verteidigungsministerium hat daraufhin die Studie als "unangebracht pessimistisch" abgewertet und zugleich verboten, daß drei der zwölf Kapitel aus "Geheimhaltungsgründen" veröffentlicht werden. Allein 75 Milliarden Dollar kostet die erste SDI-Stufe. Sie würde, so die Studie, nur für ein paar Jahre funktionieren, weil dann der militärische Vorsprung von der Sowjetunion aufgeholt worden sei.



Auch Pershing II wird demontiert

Abzug beginnt am 13. September

Die Friedensbewegung, die seit Jahren für den Abzug der atomaren Mittelstreckenraketen kämpft, kann einen großartigen Erfolg verbuchen: Nach der probeweisen Demontage einer Pershing II in Mutlangen am 8. Juni sollen die übrigen US-Raketen ab 13. September aus der Bundesrepublik abgezogen werden.

Das Bonner Verteidigungsministerium, das sowohl unter der SPD/FDP-Bundesregierung als auch unter der CDU/CSU/FDP-Koalition die Stationierung über Jahre betrieben hatte, schlug einen logischen Salto zur Rechtfertigung der eigenen Position: Es bezeichnete "alle diejenigen, die gegen den NATO-Doppelbeschluß aufgetreten sind", als "Störer" der Friedenspolitik.

In der DDR, wo sowjetische Mittelstreckenraketen schon vor geraumer Zeit abgezogen worden waren, werden die militärischen Anlagen - zum Beispiel in Waren/Müritz - als Erholungseinrichtungen umgebaut. Zur weiteren Nutzung des Standortes Mutlangen konnte der Bonner US-Botschafter Burt keine klare Antwort geben. "Das muß die NATO entscheiden."

"Mit unserer Freude verbinden wir zugleich die Erwartung, daß sofort alle Baumaßnahmen an den Pershing-II-Depots und alle Pershing-Übungen eingestellt werden", erklärten dazu die Friedensinitiativen in Mutlangen.

Der Oberbürgermeister von Schwäbisch-Gmünd, Dr. Wolfgang Schuster (CDU), sprach gegenüber der UZ, der Tageszeitung der DKP, von einer "großen Erleichterung, die der vorgesehene Abzug der Pershing-II-Raketen für die Bevölkerung mit sich bringt". Er forderte weitere Schritte, Schuster: "Die derzeitige Politik der UdSSR ist dafür als eine gute Voraussetzung zu werten."



Weiterhin Manöver mit Cruise Missiles

Die 62 in Hasselbach stationierten Cruise Missiles werden bis Mitte 1991 abgezogen und vernichtet. Bis dahin sind weitere Manöver geplant, um die "Einsatzbereitschaft" der Systeme aufrechtzuerhalten, erklärte die US-Luftwaffe. Auch würden noch weitere Bauten errichtet, so Wohnsiedlungen für die Soldaten. Der Kommandeur, Oberst Hummel, und der Bundeswehr-General Oppermann erklärten übereinstimmend, daß das Gelände weiterhin militärisch genutzt werde. Die am "Medientag" teilnehmenden Bürgermeister der umliegenden Gemeinden zeigten sich über diese Aussagen enttäuscht.



Stoltenberg über den Steuerberg

In einem Interview der ZDF-Sendung "Heute-Journal" erklärte Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) tiefschürfend den Sinn und die Vorteile der Steuererhöhung für Verbraucher.

Frage: Sie haben Verbrauchsteuererhöhungen angekündigt, rund 5 Milliarden DM für das kommende Jahr, die dann bis 1991 auf etwa 8 Milliarden DM steigen. Das ist fast die Hälfte der Entlastung durch die Steuerreform. Machen Sie damit nicht die Wirkung der Steuerreform zunichte?

Dr. Stoltenberg: Das tun wir sicher nicht. Wir müssen in der Tat zunächst einmal über die Steuerentlastung reden. Von 1986 bis 1988 sind ja die Einkommensteuer, die Lohnsteuer schon um fast 30 Milliarden DM gesenkt worden. Dazu werden im Rahmen der Steuerreform 1990 noch einmal über 20 Milliarden kommen.

Frage: Bleibt das Argument von Opposition und Gewerkschaft, Verbrauchsteuererhöhungen sind unsozial, weil alle Verbraucher - auch Rentner, auch Studenten - die Verbrauchsteuer zahlen müssen, aber nur diejenigen, die Einkommensteuer zahlen, Lohnsteuer zahlen, durch die Steuerreform entlastet werden.

Dr. Stoltenberg: Dies Argument ist wenig überzeugend. Die Sozialdemokraten haben in ihrer Regierungszeit indirekte Steuer, Verbrauchsteuern und Mehrwertsteuern, um fast 25 Milliarden DM jährlich erhöht. Wir gehen natürlich bei weitem nicht so weit.

Vertreter & Vertreter

Herr Blum: Ich bin Staubsauger-Vertreter und verkaufe Staubsauger.

Herr Blüm: Ich bin Volks-Vertreter und verkaufe ... Halt, halt, das geht nicht!

IG Metall: VW-Problem sind die Roboter

Der VW-Vorstand hat die Produktion "hochgradig" über Roboter automatisiert. Darin liegt nach Auffassung der IG Metall vor allem die Ursache für das "Renditeproblem" des Unternehmens. Dafür habe der Konzern mehrere Milliarden DM Schulden gemacht, sagte der Sprecher der Gewerkschaft, Jörg Barczynski, gegenüber der DGB-Wochenzeitung "Welt der Arbeit". Die Folge: "Riesige Stückzahlen" müßten produziert und verkauft werden, um wieder in die Renditezone zu kommen. Barczynski: "Der massive Einsatz von Robotern macht ein Unternehmen nicht flexibler, sondern unbeweglicher. Das ist das eigentliche VW-Problem." Die im VW-Vorstand diskutierten drastischen Sparpläne - die Personalkosten sollen pro Jahr um rund 1,3 Milliarden DM gekürzt werden - lehnten Betriebsräte, IG Metall und die DKP ab. Der Vorstand könne sich das Sparprogramm "auf dem Buckel" der rund 130 000 Arbeiter und Angestellten "abschminken", sagte Barczynski. Die geplanten Kürzungen zu Lasten der Beschäftigten seien der falsche Weg, die Gewinne zu erhöhen.



Mehr Mitbestimmungsrechte beim Einsatz neuer Technologien

Gegen Bonner „Etikettenschwindel“ — Gestaltungsmöglichkeiten nutzen

Die Mitbestimmungsrechte bei der Einführung und beim Einsatz von neuen Technologien müssen verbessert werden. Sie müssen genutzt werden, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern. Ihre Verwirklichung muß sich zugleich gegen die einseitige Orientierung an den Gewinninteressen der Unternehmer richten. Die DKP und die Gewerkschaften verurteilten daher die Bonner Koalitionsabsprachen, die den Betriebs- und Personalräten keine echte Mitbestimmung einräumen.

Mit einem Informations- und Beratungsrecht - ohne Mitbestimmung - bleibe die Bonner Koalitionsabsprache ein "glatter Etikettenschwindel", erklärte der 2. Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Dieter Steinborn.

"Es kommt darauf an, die in den neuen Technologien enthaltenen Gestaltungsmöglichkeiten im Interesse der Arbeitnehmer zu nutzen. Nur so kann der technische Wan-

del auch zu sozialem Fortschritt werden" sagte Steinborn. Maschinenstürmerei bezeichnete der Gewerkschafter als genauso töricht wie blinde Wissenschafts- und Technikgläubigkeit. Der Einsatz neuer Technologien müsse zur Sicherung von bestehenden und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beitragen und die Arbeit humanisieren.

Das setzte neben mehr Mitbestimmungsrechten für Betriebs- und Personalräte weitere Arbeitszeitverkürzungen, bessere Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine staatliche Forschungspolitik voraus, die die Folgen des Einsatzes neuer Technologien vorausschauend untersuche. Darüber hinaus müsse der Datenschutz entscheidend verbessert werden. "Der Einsatz moderner Personalinformationssysteme darf weder zum 'gläsernen Menschen' führen noch als 'elektronische Zwangsjacke' mißbraucht werden" erklärte Steinborn.

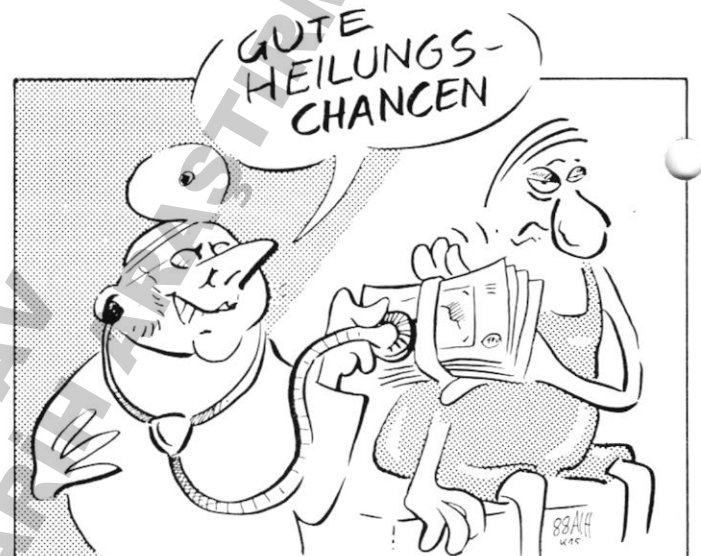
Stoltenberg kassiert an der Ladenkasse

Die Zeitschrift "Der Steuerzahler" veröffentlichte in ihrer Juni-Ausgabe eine Tabelle, mit der auf der Grundlage der augenblicklichen Verbrauchsteuern die monatliche Belastung durch Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) für jeden Haushalt berechnet werden kann.

	Monatlicher Verbrauch	× Verbrauchsteuer pro Einheit (in DM)	= Verbrauchsteuer für die gesamte Menge (in DM)
Tee	 Pfund	× 2,70	
Kaffee	 Pfund	× 2,15	
Zucker	 Pfund	× 0,03	
Salz	 Pfund	× 0,06	
Bier	 0,5-l-Gläser	× 0,06	
Sekt	 0,75-l-Flaschen	× 2,00	
Branntwein	 0,7-l-Flaschen	× 7,50	
Zigaretten	 Packungen (19 Stück)	× 2,25	
Glühbirnen	 Stück	× 0,13	
Mineralöl			
— verbleit	 Liter	× 0,53	
— unverbleit	 Liter	× 0,48	
Verbrauchsteuer insgesamt			

„Dienstleistungsabend als Einstiegsdroge“

Als "Einstiegsdroge für mehr Abend- und Nachtarbeit in allen Bereichen der Wirtschaft und des Dienstleistungsgewerbes" hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) die von der Bundesregierung geplante Einführung eines Dienstleistungsabends und die beabsichtigte Änderung des Ladenschlußgesetzes bezeichnet. "Wird der Feierabend im Einzelhandel durchlöchert, dann ist die in Jahrzehnten erkämpfte Begrenzung des Arbeitstages bald überall in Gefahr", erklärte HBV-Vorsitzender Günter Volkmann. Die Änderung des Ladenschlußgesetzes und der angestrebte Dienstleistungsabend seien nur die "Spitze eines Eisberges". Ergänzt würden diese Vorstellungen zur "Arbeitszeitflexibilisierung nach Guts-herrenart" dadurch, daß durch verstärkte Samstags- und Sonntagsarbeit mehr und mehr auch das freie Wochenende in Frage gestellt werde. Die HBV forderte Arbeitsminister Norbert Blüm auf, den geplanten Gesetzentwurf zum Dienstleistungsabend und zum Ladenschlußgesetz "vom Tisch zu nehmen".



DKP: Blüms Gesundheitsreform ist Doping für Konzern-Gewinne

Gesetzentwurf soll im Bundestag abgesetzt werden — Alternativen vorgelegt

Die von der Bundesregierung betriebene Gesundheitsreform ist Bestandteil der sozialreaktionären Strategie des Großkapitals zugunsten von Rüstung, Demokratieabbau und Verbesserung der Gewinn-Situation der Konzerne. Das erklärten die Teilnehmer einer zentralen Beratung von DKP-Mitgliedern aus dem Gesundheitswesen in Düsseldorf. Sie lehnten entschieden die Bonner Gesundheitsreform ab und forderten, "den Gesetzentwurf von der weiteren Behandlung im Bundestag abzusetzen".

Die DKP bekräftigte ihre Bereitschaft, für ein breites Bündnis der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, aller demokratischen Kräfte, der Sozialverbände und aller Betroffenen zu wirken. Das Gebot der Stunde heiße: "Druck auf Bonn". Die

"Strukturreform des Gesundheitswesens" dürfe nicht am 1. Januar 1989 Gesetzeskraft erlangen.

Statt dessen fordert die DKP "Sicherung und Ausbau medizinischer Grundversorgung auf höchstmöglichem Niveau, Zugang zu medizinisch notwendigen, bestmöglichen Versorgungsleistungen für alle, ohne Rücksicht auf Einkommen und sozialen Status, vorrangige Orientierung auf Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen, auf Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um die Entstehung von Krankheiten zu verhindern. Die Chancen für die Abwehr des Gesetzesvorhabens sind gegeben. Die Bundesregierung ist druckempfindlicher als in früheren Zeiten. Ein aktives, demokratisches Bündnis kann diese Chance jetzt nutzen."

Glänzende Gewinne zu Lasten der Löhne

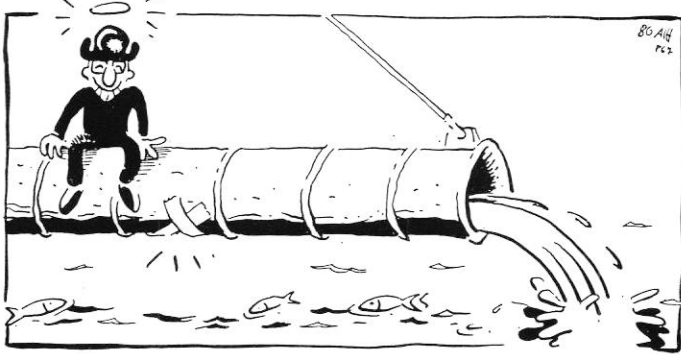
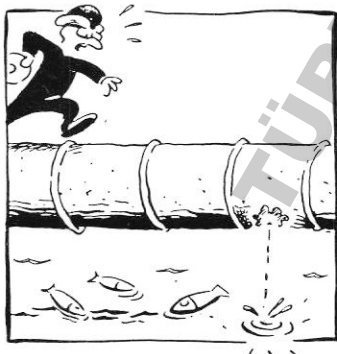
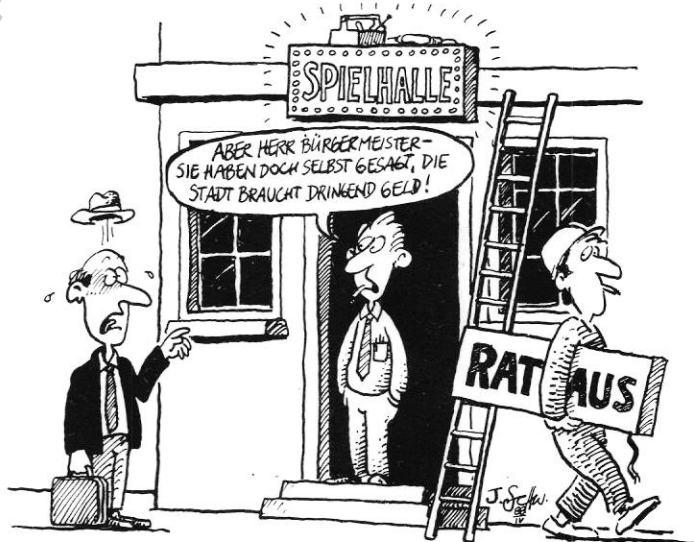
DGB-Studie dokumentiert Umverteilung

Seit Beginn der 80er Jahre wurden die Einkommen erheblich zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Löhne umverteilt. Dieses Ergebnis zeigt eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Danach setzte sich auch im Jahr 1987 die Gewinnexplosion fort: Die bereinigten Nettoeinkommen der Unternehmer und Freiberufler stiegen um real acht Prozent. Diese Einkommen liegen zur Zeit um real 77 Prozent höher als 1982. Demgegenüber hat die Kaufkraft der Beschäftigten erstmals in den Jahren 1986 (+ 4,4 Prozent) und 1987 (+ 1,7 Prozent) wieder zugenommen, nachdem sie vorher sechst Jahre lang ununterbrochen rückläufig gewesen ist. Die Kaufkraft der Arbeitnehmer hat somit im vergangenen Jahr erst wieder den Stand erreicht, den sie bereits 1979 hatte.

Die glänzende Gewinnlage kommt auch in den Investitionsgewinnen zum Ausdruck: mit 13,9 Prozent liegen sie höher als zu Zeiten von Vollbeschäftigung Mitte der 60er und Anfang der 70er Jahre. Noch nie standen den Unternehmern für ihre Investitionen so viele Finanzierungsmittel zur Verfügung wie 1987, denn die eigenen Finanzierungsmittel übertrafen die Sachinvestitionen im Jahre 1987 um 55 Prozent.

Trotz glänzender Gewinnlage, hoher Kapitalrendite und optimaler Finanzierungsbedingungen wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen auch im laufenden Jahr 1988 mit einem realen Plus von nur zwei Prozent schwach bleiben.



In 40 Jahren Bundesrepublik millionenfache Bespitzelung

DKP und Initiativen fordern Beendigung der Berufsverbote-Politik

Die Initiative "Weg mit den Berufsverböten" hat ihre Forderung an die Bundesregierung erneuert, "endlich die unsäglichc Praxis der Berufsverböte zu beenden und die Betroffenen zu rehabilitieren". Das 40. Jahr des Grundgesetzes dürfte nicht das 17. Jahr der Berufsverböte werden. Der 200. Jahrestag der Französischen Revolution und der Verkündung der Menschenrechte dürfe nicht "der 17. Jahrestag von Gesinnungsdruck, Ungleichheit und Ausgrenzung in der Mitte Europas werden".

In dem "Gutachten zur Lage der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland 1988" machen unter anderem Juristen und Abgeordnete deutlich, daß Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik verletzt werden und demokratische Mitbestimmung den Bürgern immer unmöglicher gemacht werde. So wurden im letzten Jahr fast 20 Berufsverböte ausgesprochen. Mittlerweile wurden

Man kann es
drehen und
wenden,
wie man will...



mehr als 10 000 Berufsverböteverfahren und eine millionenfache Sammlung von "Verfassungsschutz-Erkenntnissen" durchgezogen. Auch die internationale Arbeitsorganisation (ILO) hatte scharfe Kritik an der Bundesregierung geübt, weil sie nichts gegen die Berufsverböte unternommen habe, obwohl sie dazu von der Einrichtung der Vereinten Nationen aufgefordert worden sei.

Union, SPD und FDP wollen Diäten erhöhen

Alle Abgeordneten des Bundestages erhielten bisher monatlich jeweils 8 729 DM Entschädigung und zusätzlich noch 5 078 DM als Kostenpauschale. Das genügt ihnen nicht mehr. Bundestagspräsident und Ältestenrat haben sich verständigt, daß sie noch kräftiger zulegen wollen. CDU/CSU, SPD und FDP wollen die Entschädigung um 283,69 DM auf 9 012,69 DM erhöhen, die Kostenpauschale soll um über 75 DM auf 5 154,17 DM steigen. Genau 14 170,86 DM soll so ein "Volksvertreter" künftig monatlich aus unseren Steuergeldern beziehen. Begründet wird dieser unverschämte Griff in unsere Taschen mit der Entwicklung der Kosten und Preise sowie der allgemeinen Einkommensentwicklung unter Ein-schluß der Sozialhilfe.

Üppiges Sterbegeld

Sie predigen Wasser, trinken aber Wein. So verhält sich die Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP, allen voran Arbeitsminister Blüm.

Während das Sterbegeld für die Krankenversicherten im Januar nächsten Jahres an für Altersjahrgänge ab 1939 gestrichen wird und für ältere Versicherte auf höchstens 3 000 DM festgeschrieben werden soll, werden bei Bundestagsabgeordneten keine Abstriche gemacht. Im Gegenteil.

Insgesamt 17 458 DM beträgt gegenwärtig das Sterbegeld für Bundestagsabgeordnete. Ihnen wird das Sterbegeld jedoch nicht gestrichen, es wird nicht einmal begrenzt. Nach der von CDU/CSU, SPD und FDP geplanten Diätenerhöhung gibt es sogar noch über 500 DM zusätzlich aus der Staatskasse.

Wie heißt es doch im Grundgesetz: Alle sind vor dem Gesetz gleich. Nur manche sind gleicher.

DKP fuhr zum Prozeß gegen Kutlu und Sargin

Eine Delegation der DKP fuhr zum Prozeß gegen die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei und der Arbeiterpartei der Türkei, Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin, nach Ankara. Der DKP-Parteivorstand hatte das Auswärtige Amt in Bonn über die bevorstehende Reise der DKP-Delegation in die Türkei informiert. Sie rief alle Mitglieder, Freunde und Anhänger der Partei, alle Gruppen und Kreise auf, vor und während des Prozesses mit Informationsständen und anderen Initiativen öffentlich zu fordern: "Freiheit für Sargin und Kutlu und alle eingekerkerten Demokraten der Türkei! Freie Betätigung von demokratischen Parteien und Organisationen einschließlich der Vereinigten Kommunistischen Partei!"



Wie überall auf der Welt hat es auch in vielen Städten der Bundesrepublik zahlreiche Aktionen gegen den Gesinnungsprozeß in der Türkei gegeben. Mit vielen anderen beteiligte sich auch der DKP-Parteivorstand an einer Mahnwache in der Düsseldorfer Innenstadt. Foto: Brenner

„...diese Gedanken stehen unter Strafe!“

"Seit dem 19. Mai 1919 wurde der marxistisch-leninistische Gedanke ... sowie der kommunistische Gedanke, der diesen Gedanken erläutert, ständig ausgeschaltet. In keiner unserer Verfassungen wurde dieser Gedanke für die Republik Türkei akzeptiert, er wurde immer abgelehnt und in den Gesetzen der Republik unter Strafe gestellt."

(Aus der Anklageschrift des türkischen Staatsanwaltes gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin, denen wegen dieser Überzeugung die Todesstrafe oder Freiheitsentzug bis zu 1.590 Jahren drohen.)

"Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."
(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)

Hauptanklagepunkte wie für Hexenverbrennung im Mittelalter

Offener Brief der DKP an den türkischen Ministerpräsidenten

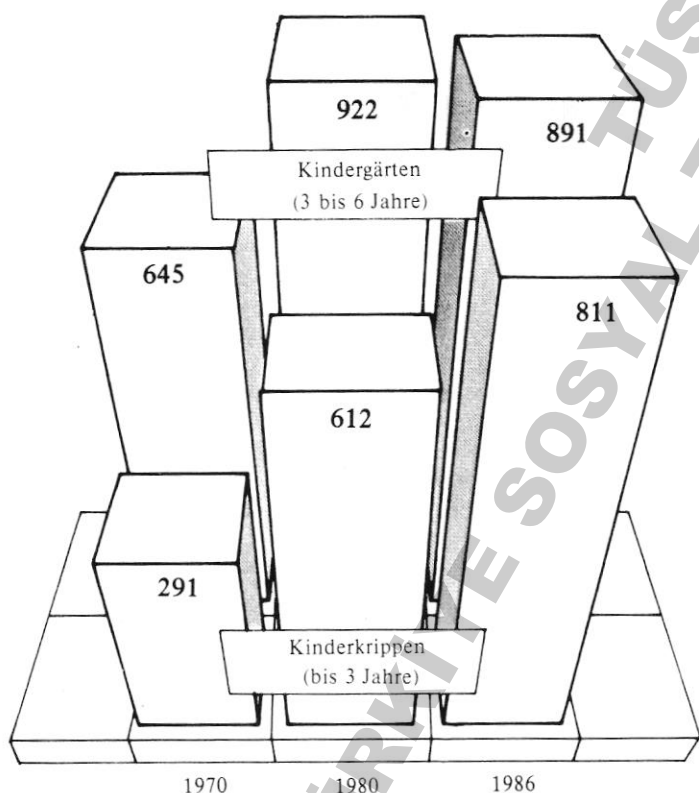
In einem Offenen Brief an den türkischen Ministerpräsidenten Özal fordert Herbert Mies, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei, "Freiheit für Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu und alle verfolgten Demokraten in der Türkei". Die DKP verurteilt, daß die Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei in einem Gesinnungsprozeß beschuldigt werden, "Gedanken zu haben und diese in ihrer Heimat, der Türkei, verbreiten zu wollen". Diese Anschuldigungen seien ein "Anachronismus und erinnern an die Zeiten der sogenannten Hexenverbrennungen im Mittelalter". Unter allen Ländern Europas sei es allein in der Türkei an der Schwelle zum Jahr 2000 verboten, auf der Grundlage der marxistischen Weltanschauung legal tätig zu sein.

Gemeinsam mit vielen demokratischen Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten Europas forderte Herbert Mies die "freie Betätigung von demokratischen Parteien, Organisationen - auch und selbstverständlich freie Betätigung einer Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei!"

Einrichtungen für alle Kinder in der DDR

Zunehmende Bedeutung erlangten in den letzten Jahren die staatlichen und betrieblichen Kindereinrichtungen (Kinderkrippen und -gärten) in der DDR, in denen Kinder bis zum 6. Lebensjahr (Schulbeginn) tagsüber betreut werden. Heute besuchen mehr als drei Viertel der Jüngsten bis zu drei Jahren (81 Prozent) die Kinderkrippe und alle Kinder von drei bis sechs Jahren, deren Eltern es wünschen, den Kindergarten. Die Betreuung in beiden Einrichtungen ist kostenlos, für Mittagessen und Milch wird von den Eltern ein täglicher Zuschuß bis zu 1,40 Mark (Kinderkrippe) bzw. 0,55 Mark (Kindergarten) gezahlt.

Betreute Kinder in Vorschuleinrichtungen
(je 1000 Kinder)



Alle Schüler der 1. bis 4. Klassen können am Nachmittag einen Schulhort besuchen (83 Prozent aller Kinder), wo sie unter Anleitung ihre Hausaufgaben erledigen oder spielen. Auch der Besuch des Schulhorts ist unentgeltlich.

Städtepartnerschaften von Karl-Marx-Stadt

Karl-Marx-Stadt hat vor Düsseldorf schon mit acht anderen Städten in allen Teilen Europas Städtepartnerschaften abgeschlossen.

Mulhouse	Frankreich	1960
Tampere	Finnland	1961
Ljubljana	Yugoslawien	1966
Ustinad/Labem	CSSR	1970
Arras	Frankreich	1974
Lotz	Polen	1982
Manchester	England	1983
Wolgograd	UdSSR	1988

Krippen, Horte, Kindergärten

In Karl-Marx-Stadt müssen sich die Eltern keine Sorgen um ihre Kinder machen, wenn sie im Vorschulalter einen Platz suchen:

Einrichtung	Plätze
98 Kinderkrippen	6 368
146 Kindergärten	14 078
78 Horte mit 554 Gruppen	13 770

Muttis und Babies in Karl-Marx-Stadt

Die medizinische Betreuung der schwangeren Frauen ist vorbildlich in Karl-Marx-Stadt. Es gibt zehn Schwangerenberatungsstellen. Jede schwangere Frau wird im Durchschnitt neunmal fachärztlich untersucht. Diese vorbeugenden sozialpolitischen Leistungen haben dazu geführt, daß die Säuglingssterblichkeit drastisch gesenkt worden ist. 1950 lag sie bei 75 je 1000 Lebendgeburten, 1981 waren es nur noch 11,8 und 1984 schließlich 7,2 pro Tausend. Damit hat Karl-Marx-Stadt auch eine Spitzenleistung im internationalen Vergleich.

Kindergartenplätze gibt es in Karl-Marx-Stadt für alle Kinder

Ein Besuch bei 85 Kindern in der Bahnhofstraße 2 A

Auf den ersten Blick könnte der Kindergarten aus der Bahnhofstraße 2 A in Karl-Marx-Stadt auch in einer beliebigen Stadt in der Bundesrepublik stehen: Spielende, lachende Kinder, Sandkästen, Spielgeräte. Wenn Gudrun Gühlke (30), die Leiterin der Einrichtung, einmal alle Kinder durchzählen würde, dann käme sie auf 85. 91 Plätze über hat der Kindergarten.

Der einfache Zahlenvergleich verdeutlicht bereits: Dieser Kindergarten liegt nicht in irgendeiner anderen Stadt dieses Landes, sondern in der DDR. So kann Gudrun Gühlke denn auch darauf verweisen, daß jedes Kind in Karl-Marx-Stadt - nicht nur hier im Stadtzentrum mit seinen vielen Wohnungen - einen Kindergartenplatz bekommen kann, wenn die Eltern es wünschen. Allein in ihrem Stadtbezirk gibt es 47 Kindergärten für 4.500 Kinder, neun Einrichtungen haben auch eine Krippe. In der ganzen Stadt stehen in 146 Kindergärten 14.000 Plätze bereit.

Ein Vergleich mit der Bundesrepublik verlangt auch von der Fachberaterin Barbara Eichhorn oder von dem Leiter der Schulinspektion im Bezirk "Mitte-Nord", Dietmar Schönborn, daß sie sich in eine andere Welt hineinversetzen. Die alltägliche soziale Sicherheit, so betonen sie gegenüber unserer Redaktion, ist für die Mütter - nicht wenige von ihnen sind auch in Karl-Marx-Stadt Alleinerziehende - und die Väter eine selbstverständliche sozialpolitische Festlegung, die für die arbeitenden Menschen von der Volkskammer der DDR beschlossen worden ist. Das Wort "Arbeiter- und Bauernstaat" bekommt einen neuen Klang.

Gudrun Gühlke: "Unsere wichtigsten Verbündeten, das sind die Eltern unserer Kinder." Mit ihnen wird nicht nur über das - in der ganzen DDR einheitliche - pädagogische Angebot der Kindergärten zur Bildung und Erziehung gesprochen. Da geht es auch um die Entfaltung der individuellen Fähig-

keiten und die ganze Persönlichkeit der Kinder.

Wenn die Kinder aus der Bahnhofstraße 2 A diese Welt erobern, dann ist es nicht nur die Umgebung: Straßen, Spielplätze, Museen. Dann wird die Nase auch in die Betriebe hineingesteckt: "Uns ist es wichtig, daß die Kinder die Arbeit der Eltern



kennen und achten lernen. Deshalb haben unsere einzelnen Gruppen Patenbrigaden, die sie an ihrem Arbeitsplatz besuchen. Da können sie sehen, wie durch die Arbeit Schritt für Schritt ein fertiges Produkt entsteht, welche Leistungen Tag für Tag erbracht werden."

Unter diesen Voraussetzungen wundert es nicht, wenn sich auch die Gewerkschaften und die Leitungen der staatlichen Betriebe und der Genossenschaften einen Kopf darüber machen, wie es in den Kindergärten aussieht, und daß sie dabei helfen, die kleine Welt der Kinder noch attraktiver zu machen.

Aber selbst an den Werktoeren hört die Welt nicht auf. Gudrun Gühlke: "Wir feiern den internationalen Kindertag bei uns. Das ist nicht irgendein Fest. Das ist lebendige Solidarität." In der Bahnhofstraße 2 A würden sich alle freuen, wenn die Kinder auf der ganzen Erde solche Bedingungen hätten wie hier in diesem Haus.

Ab 1989: Mehr Geld für Minderjährige

Höhere Mindestunterhaltszahlungen gelten jetzt für minderjährige Kinder. Die Sätze, die für ein Kind zu zahlen sind, sollen um zehn Prozent steigen. Die Regelung gilt für eheliche Kinder geschiedener oder getrennt lebender Eltern ebenso wie für uneheliche Kinder und soll am 1. Januar 1989 in Kraft treten. Nach der Änderung können Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 251 DM (bisher 228 DM) monatlich erhalten. Vom siebten bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres haben sie Anspruch auf 304 DM (276 DM) und vom 13. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres auf 360 DM (327 DM).



Auch für die Kinder: Tempo 30 ist besser

"Tempo 30" dient in den geschlossenen Ortschaften vor allem der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer - insbesondere den Kindern. Diese Auffassung betonte der Deutsche Städtetag (DST). Dabei werden die bisherigen Regelungen von "Tempo-30-Zonen" in Wohngebieten nicht für ausreichend gehalten. Vielmehr werden für alle Städte und Gemeinden gleiche Vorschriften gefordert, damit sich alle Verkehrsteilnehmer noch besser "daran gewöhnen" könnten. Nur auf Haupt- und Vorfahrtstraßen soll nach Auffassung des DST Tempo 50 gefahren werden dürfen. Um mehr Verkehrssicherheit, Verkehrsberuhigung und mehr Umweltschutz in den Straßen wirklich auch durchzusetzen, sollten die Kontrollen verschärft und die Buß- und Verwarnungsgelder drastisch erhöht werden.



CDU benachteiligt kinderreiche Familien

"Das Leben mit Kindern ist schön", lautet die neueste Erkenntnis der CDU-Familienministerin Süßmuth. Mit einer teuren und aufwendigen Kampagne ("Gut, daß Du da bist!") läßt sie gegenwärtig in Anzeigen und Veranstaltungen für mehr Kinderfreundlichkeit werben. Während diese Aktion jedoch läuft, benachteiligt die CDU gleichzeitig kinderreiche Familien bei der Steuerreform und stellt Milliarden von DM nicht etwa für den Bau von Kindertagesstätten, sondern für das Kampfflugzeug Jäger 90 zur Verfügung. Während die CDU-Ministerin die Werbetrommel rührt und auf Stimmenfang geht, streicht die CDU die Beschäftigungsgarantie beim Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub aus ihrem eigenen "Zukunftspapier" heraus und läßt klammheimlich die Forderung nach einem ausreichenden Erziehungsgeld für Alleinerziehende verschwinden. Während die Bürger unseres Landes mit Regierungspropaganda vollgedröhnt werden, diskriminiert die Partei von Frau Ministerin arbeitslose Eltern und greift mit dem Beratungsgesetz den Frauen nach dem Bauch. Dazu die DKP, wegen ihres Einsatzes auch häufig als "Deutsche Kinder-Partei" gelobt: "Weniger an Worten, an Taten ist kinderfeindliche Politik zu erkennen!"

Kindergeldanspruch auch bei Vorpraktikum

Eltern haben für die Kinder zwischen 16 und 27 Jahren, die mit ihrer eigentlichen Berufsausbildung noch nicht anfangen können, unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Kindergeld. Das Bundessozialgericht hat in mehreren Urteilen geklärt, unter welchen Voraussetzungen für junge Menschen, die vor der eigentlichen Berufsausbildung ein Vorpraktikum leisten, Kindergeld zu zahlen ist.

Voraussetzung hier für ist, daß das Vorpraktikum

- von der späteren Ausbildungsstätte verlangt oder empfohlen wird,
- geleistet wird, nachdem die spätere Ausbildungsstätte dem Praktikanten bereits verbindlich einen Ausbildungsplatz für die eigentliche Berufsausbildung zugesagt hatte,

- nach dem Praktikumsplan überwiegend darauf gerichtet ist, dem Praktikanten unter sachkundiger Anleitung Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die für die eigentliche Berufsausbildung wesentlich sind,

- die überwiegende Zeit und Arbeitskraft des Praktikanten beansprucht,

- nicht zu einer Praktikantenvergütung von monatlich 750 DM brutto oder mehr führt. Daneben gilt für junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren folgende im Bundeskindergeldgesetz ausdrücklich getroffene Sonderregelung: Kindergeld wird für sie gezahlt, wenn sie noch keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen haben und aus einer etwaigen Übergangsbeschäftigung keine oder Nettoeinkünfte unter 400 DM monatlich haben. Das gilt auch, wenn ein Vorpraktikum geleistet wird, das die oben genannten Voraussetzungen nicht erfüllt.



2 von 5 Jugendlichen waren schon arbeitslos

Das "Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (IAB) bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg untersuchte die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Es stellte fest, daß "zwei von fünf 23- bis 24jährigen schon mindestens einmal zeitweise arbeitslos waren". Jeder Fünfte dieser Altersgruppe war schon "mindestens zweimal und jeder Neunte insgesamt bereits ein Jahr oder länger arbeitslos". Die Untersuchung ergab darüber hinaus, daß die "Arbeitsplatzrisiken" für Jugendliche bis 25 Jahre auch nach einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung kritisch bleiben. Sie sind für Ungelernte, die nach ihren Schulabschluß keine Lehrstelle fanden, auch in den günstiger strukturierten Regionen der Bundesrepublik äußerst hoch.

"Mahnmal des Widerstands" bleibt

90 000 Besucher feierten beim Festival der SDAJ in Herne

Bleibende Zeichen für die weitere politische Auseinandersetzung setzte das bundesweite Festival der Jugend, veranstaltet von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und dem Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus in Herne: Lehrlinge aus der ganzen Bundesrepublik sammelten das Material für ein "Mahnmal des Widerstandes" und schweißten es zusammen. Vor dem Hintergrund des "AufRuhr-Spektakels" reckt es sich insbesondere gegen die Jugendarbeitslosigkeit in den Himmel.

Im Revierpark Gysenberg wurde die Solidarität mit dem Volk von Südafrika gefeiert, wurde die Forderung nach dem Boykott südafrikanischer Produkte nachdrücklich betont. Unter innenpolitischen Vorzeichen setzten sich die Jugendlichen mit neofaschistischen Aktivitäten auseinander. Viele Diskussionen und Darbietungen in den Zelten aus Berlin (DDR), Moskau oder Prag verdeutlichten den internationalen Charakter des Festes ebenso wie die Stände der vielen ausländischen Gruppen von allen Kontinenten.

Neben dem Regen lag jede Menge Feeling in der Luft. Da konntest Du zum Beispiel abfahren bei kleinen chilenischen Gruppen oder vor der großen Bühne und in der Halle bei den "Rainbirds", bei Rio Reiser oder bei der "Ersten Allgemeinen Verunsicherung".

CDU-Manipulationen zur Steuerpolitik

"Für Familien, die wegen ihres niedrigen Einkommens oder wegen Arbeitslosigkeit wenig oder keine Steuern entrichten, ist die steuerliche Entlastung unwirksam."

(Aus dem Kommissionsentwurf für den CDU-Parteitag)

"Bei Familien mit niedrigem Einkommen wirken sich steuerliche Entlastungen nicht voll aus."

(Wenige Wochen später war dies der veränderte Satz im CDU-Leitantrag)



Schweine billiger Kunden zahlen mehr

Die Erzeugerpreise für Schweinefleisch liegen gegenwärtig um 29 Prozent niedriger als im Jahr 1980, während die Verbraucher sieben Prozent mehr als im Durchschnitt des Jahres 1980 zahlen müssen. Den Schlachtvieherzeugern bleibe "immer weniger unter dem Strich", viele schreiben rote Zahlen, berichtet die Landwirtschaftliche Correspondenz Nordrhein. Die Landwirte hätten großes Interesse daran, daß "ihre Erlösminderungen beim Verkauf von Schlachtvieh an die Verbraucher weitergegeben" würden. Dadurch könnte der Verbrauch belebt werden. "Um so bedauerlicher ist es", heißt es in der Landwirtschaftlichen Correspondenz Nordrhein, "wenn die Preiseinbußen der Landwirte nur in bescheidenem Umfang weitergereicht werden und größtenteils auf der Strecke bleiben."

Aktionen gegen die Entmündigung der Frauen

Den bundesweiten "Aktionstag X" gegen das von der Bonner Koalitionsregierung geplante Beratungsgesetz und für die Streichung des Paragraphen 218 eröffnete der Landesverband Nordrhein-Westfalen von "Pro Familia". 150 Mitarbeiterinnen von "Pro Familia" und von Beratungsstellen anderer Trägerorganisationen reisten nach Bonn und trugen den Abgeordneten vor dem Bundeshaus ihren Protest gegen das Ergänzungsgesetz zum Paragraphen 218 vor. Außerdem besuchten in zahlreichen Städten - so auch in Bonn, Bremerhaven, Hildesheim, Münster, Lüneburg, Remscheid, Osnabrück, Stuttgart, Köln, Wuppertal, Dortmund - Frauen örtliche CDU-Büros oder machten durch Demonstrationen, Straßentheater, Informationsstände und symbolische Prozessionen ihre Kritik an der frauenverachtenden Politik der Bundesregierung deutlich. Wie die Initiative "Frauen begehren Selbstbestimmung" mitteilt, war der bundesweite Aktionstag Auftakt einer Reihe weiterer Aktionen, die fortgesetzt werden sollen.

Ex-Werksleiter von Schwarz-Schilling wurde freigesprochen

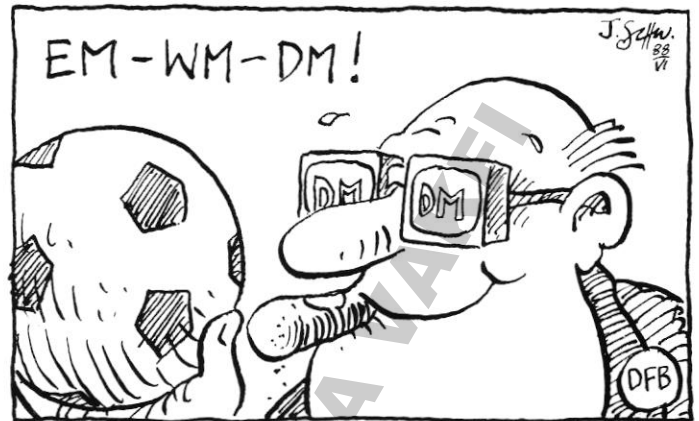
Nicht mit der für eine Verurteilung notwendigen Sicherheit konnte nach Angaben des Schöffengerichts Moabit in Westberlin der Vorwurf der Gewässerverunreinigung und umweltgefährdenden Abfallbeseitigung nachgewiesen werden. In dem Prozeß ging es um den ehemaligen Werksleiter der Akkumulatorenfabrik "Sonnenschein", einer Firma der Familie von Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU). Der Staatsanwalt, der eine Geldstrafe von 13 000 DM gefordert hatte, prüft eine Berufung gegen das Urteil. Die Richterin sah in ihrer Urteilsbegründung kein konkretes Verschulden des Angeklagten. Nicht die Strafjustiz, sondern Gesetzgeber und Verwaltungen sollten Umweltverfehlungen ausräumen.

Neues macht Neuberger

"Wes Brot ich freiß, des Ball ich spiel" - nach diesem Motto ändern sich die Aussagen des Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Hermann Neuberger. Statt Fernsehübertragungen von Fußballspielen auf Dauer zu sichern, wie 1987 erklärt, steckte Neuberger nun 135 Millionen von der Bertelsmann-Tochter Ufa ein und gab die Rechte an einen "Privaten" ab. Wesentlich beteiligt an dem Geschäft: Ex-Bundesfinanzminister und derzeitiger Bertelsmann-Manager Manfred Lahnstein (SPD).

Neuberger 1987: "Jedenfalls ist eins klar: Wir können noch kein Länderspiel exklusiv an einen Privatsender verkaufen. Das ist keine böse Absicht von uns, sondern liegt an deren geringer Reichweite. Solange RTL plus oder Sat 1 nicht flächendeckend senden, können wir einer Exklusiv-Übertragung aus Rücksicht auf die Gesamtschar der deutschen Fußballfans nie und nimmer zustimmen."

Neuberger 1988: "Der Vorstand des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat auf seiner Sitzung in Stuttgart einstimmig beschlossen, das Angebot der Ufa zu einem Drei-Jahres-Vertrag über die Verwertung der Fernsehrechte für die Meisterschaftsspiele der Bundesliga und der 2. Bundesliga anzunehmen."



DKP-Forderungen zur Nordsee-Rettung

Die DKP hat ein Forderungsprogramm zur Rettung der Nordsee vorgelegt. Die wichtigsten Punkte:

- Ein nationales Notprogramm zum Schutz der Umwelt mit der "Null-Lösung" giftiger und schädlicher Stoffe; sofortiger Stopp der Verklappung, Verbrennung und Ausbringung dieser Stoffe auf See; die Umstellung von Industrie und Landwirtschaft auf umweltfreundliche Verfahren in kürzester Frist. Das Geld wäre vorhanden, wenn z.B. auf das milliardenverschlingende "Jäger-90"-Programm verzichtet würde.
- Das Verbot der Produktion, des Imports und Verkaufs umweltschädlicher Produkte. Forschung und Produktion von verträglichen Ersatzstoffen müssen gefördert werden.
- Das sofortige Verbot der Einleitung giftiger und schädlicher Stoffe in unsere Gewässer. Ein Verbot der Düngung und des Einsatzes von Giftstoffen auf landwirtschaftlichen Flächen im Nahbereich von Gewässern. Alle Kläranlagen müssen auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.
- Minimierung beim Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden in landwirtschaftlichen Betrieben.
- Sofortiges Verbot von Tiefflügen über dem Wattenmeer und der Nordseeküste. Keine Schießübungen in der Meldorfer Bucht. Nord- und Ostsee dürfen keine militärischen Übungsgebiete sein.
- Umweltschutz und Freizeitbedürfnisse müssen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. In allen Entscheidungen, die Umweltprobleme betreffen, sind die Bevölkerung, Verbände, Initiativen und Organisationen durch eine qualifizierte Mitbestimmung einzubeziehen.



BASF vergiftet weiter den Rhein

Die BASF-Ludwigshafen vergiftet weiterhin den Rhein, obwohl sie von niederländischen Wasserwerken mit einer Klage bedroht worden war. 0,2 bis 0,3 Mikrogramm der Chemikalie Bantazon gibt sie pro Liter ab. Nach den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft darf das Pflanzenschutzmittel aber nur in einer Konzentration von 0,1 Mikrogramm pro Liter abgegeben werden. 1,6 Mikrogramm pro Liter hatten die niederländischen Wasserwerke im Rhein gemessen.





Arbeiterpoesie auf roten Postkarten

Artur Troppmann, Schriftsteller aus München, hat 20 neue Postkarten "ARBEITERPOESIE" herausgegeben. Sie können beim Autor (8000 München 19, Nibelungenstraße 7) oder in jeder AKZENT-Buchhandlung bestellt werden. Alle Serien, die seit 1984 erschienen sind, können noch nachgeliefert werden.



Wir sind die junge Garde...

In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Jugend immer einen besonderen Platz eingenommen. In den großen Auseinandersetzungen für Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und Umweltschutz, für mehr Lehrstellen, bessere Ausbildung, für mehr Lohn und billige Wohnungen.

Wer sich engagiert, der weiß, daß sich nichts von heute auf morgen verändert. Ohne Argumente, Daten, Fakten und das nötige Hintergrundwissen geht's nicht. Die **LUZ** liefert diese Informationen.

Sie schreibt ohne Maulkorb und Schmiergelder. Als Zeitung der DKP ist sie den Bossen nicht verpflichtet.



Die **LUZ** können Sie probelesen.
14 Tage kostenlos und unverbindlich.
02101/590321, Kollege Duisberg.
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

Coupon ausschneiden und
einsenden an
Plambeck & Co,
Postfach 101053, 4040 Neuss 1

Mitreden

Er hat viel mitgemacht
sagt er
da könnten wir
nicht mitreden.
Er weiß nicht
daß er und viele
dies alles
mitmachen mußten
weil sie nie
mitredeten.

Rote Karte Nr. 49

Rote Karte Nr. 50

Waldweg

Zwei Fuhrwerksrinnen
zum Himmel
und vor lauter Wald
keine Bäume
nur Du und ich
und schwarzäugige
Brombeerhecken.
Der Vorhang geht auf
wir berühren einander
mit neblfeuchten Händen
bis aufrauschender Beifall
uns wieder einregnet
in das Schweigen
ringsum

Man könnte

Man könnte mal reden
von was ganz anderem
könnte unter einem Baum sitzen
mit grünen Augen
könnte die Kunst besuchen
in der Galerie
könnte die Zeit verschenken und
ein gutes Wort
wenn man nicht
hart rangehen müßte
um „gut“ zu leben

Artur Troppmann

Service-Hinweise

● Kleinzeitungswettbewerb

Ein Beitrag der Bielefelder Genossinnen und Genossen in der PRAXIS 3/88 beschäftigt sich mit einem Wettbewerb der verschiedenen Kleinzeitungen in diesem Kreis. Die Erfahrungen dieses "sozialistischen Kleinzeitungswettbewerbs" wurden systematisch aufgearbeitet und in dem Aufsatz übersichtlich präsentiert. Vielleicht ist der Beitrag ein Ansporn für weitere Wettbewerbe...

● Kommunalwahlbedingungen

In der vergangenen Ausgabe der PRAXIS haben wir auf den Stellenwert der Betriebsgruppen-Zeitungen unter anderem am Beispiel Gerresheim hingewiesen. Schlußfolgerungen für die Zeitungsarbeit in den Wohngebietsgruppen ergeben sich auch aus der nun in PRAXIS 3/88 vorliegenden Fortsetzung, die ebenfalls auf der Basis der Untersuchung über das Bild der DKP in der Öffentlichkeit verfaßt wurde.

● Bericht zur Privatisierung

Der Wirtschaftspolitische Arbeitskreis beim Parteivorstand hat einen Informationsbericht vorgelegt zum Thema "Privatisierung stoppen - Vergesellschaftung einleiten. Zwischenbilanz und Perspektiven der Politik zur Privatisierung von Bundesvermögen". Diese Broschüre, die wir allen Redaktionen empfehlen, kann mein Parteivorstand bestellt werden.

● An- und Abbestellungen

Wir weisen an dieser Stelle noch einmal darauf hin, daß An- und Abbestellungen zum infodienst grundsätzlich wenigstens über die Kreise erfolgen müssen. Das erspart uns Rückfragen und gibt den Kreisen und Bezirken zugleich einen genauen Überblick über die Nutzung (manchmal auch über die Existenz der Zeitungen).

● infodienst-Extrablätter

Die infodienst-Redaktion veröffentlicht zwischen den einzelnen Ausgaben zu besonderen Themen aktuelle Seiten - zum Beispiel zu den Auseinandersetzungen über die Übertragungsrechte von Fußballspielen. Diese Seiten gehen - ebenso wie nachgeschobene fremdsprachige Übersetzungen - über den Telekopierer an die Bezirke. Wir bitten die Bezirke, Kreise und Gruppen, den Informationsaustausch untereinander in geeigneter Form zu organisieren.

● UZ mehr nutzen

Zur laufenden Aktualisierung des infodienstes empfehlen wir noch einmal, daß die Kleinzeitungsredaktionen die UZ ausschlagten. Beispiel: Über die Parteikonferenz der KPdSU können wir nicht berichten, weil eine Ankündigung am infodienst-Vertriebs-tag bereits überholt wäre. Und eine Einschätzung können wir noch nicht geben, weil die Konferenz noch nicht beendet ist. Also: UZ nutzen!

Seiten 1 bis 3: Zum Thema "Frieden" sollten die aktuellen Entwicklungen nach dem Redaktionsschluß des infodienstes unbedingt berücksichtigt werden: Friedenspolitische Aussagen der KPdSU-Konferenz, Konferenz für atomwaffenfreie Zonen in Berlin (DDR), Stellungnahmen und Aktionen der Friedenskräfte in der Bundesrepublik und in der übrigen "westlichen Welt". Vorschlag: Setzt die "große" Friedenspolitik mit eigenen spektakulären Aktionen und Aktivitäten auf der lokalen Ebene um. Beispiele: Initiativen für ein atomwaffenfreies Grundgesetz, Telefonaktionen bei Mandatsträgern zum Verhältnis Rüstung - Steuererhöhung.

Der Abgrund zwischen Rüstungs- und Sozialpolitik, zwischen Abrüstung und Steuererhöhung oder zwischen Steuerbefreiung von Privatflugzeugfliegern und Steuerbelastung von Kolleginnen und Kollegen, die auf das Auto angewiesen sind, eignet sich vortrefflich auch für Hintergrundkommentare, polemische Glossen und vor allem für eine aktionsbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Wer hat welche Idee?

Seiten 4 und 5: Stoltenberg wird weiter in der Schußlinie bleiben. Die geplante Erhöhung der Verbrauchsteuern trifft insbesondere die Arbeiterklasse an empfindlichen Punkten: an der Ladenkasse, in der Kneipe, an der Tankstelle. An jedem "Treffpunkt" können wir mit Menschen darüber ins Gespräch kommen, Befragungen machen, Stellungnahmen einholen, Interviews umsetzen. Schreibt uns Eure Erfahrungen!

Seiten 10 bis 12: Viele Eltern in der BRD stehen nach den Sommerferien vor der Situation, daß sie keinen Kindergartenplatz und keinen Hortplatz haben. Viele Frauen können eine Arbeit nur deshalb nicht annehmen, weil sie ihre Kinder nicht "unterbringen" können. Das ist nicht nur große persönliche Betroffenheit, das ist auch Ausdruck einer extrem kinderfeindlichen Politik in diesem Lande. - Die DDR zeigt hier in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik eine konkrete, attraktive Alternative auf, die sich hervorragend für die Sozialismuspropaganda eignet. Nutzen wir diesen konkreten Vergleich, indem wir dem Zahlen aus dem eigenen Ort gegenüber stellen.

Seiten 18 bis 20: Wir würden uns freuen, wenn wir in einen stärkeren Erfahrungs- und Meinungsaustausch über den infodienst kommen könnten. Das können wir auf drei Aufgabenbereiche beziehen:

● Welchen Stellenwert haben für Euch die in der Regel in Nachrichtenform geschriebenen Beiträge?

● Wie werden die Anregungen ("Zum Umgang mit dieser Ausgabe") auf der vorletzten Seite genutzt? Wie dient also der infodienst gegebenenfalls dazu, auch Politik selbständig zu entwickeln?

● Wie wird das Zeitungs-ABC für die kollektive Weiterqualifizierung der Redaktionen genutzt? Welche Stichworte sollten nach Eurer Meinung zukünftig im ABC berücksichtigt werden?

An die Computer-Freaks und alle Redaktionen!

In vielen Grundeinheiten der DKP steht inzwischen ein PC für die Satzerfassung der Kleinzeitungen zur Verfügung. Einige wenige Redaktionen umbrechen bereits am Bildschirm. Andere Gruppen produzieren dagegen noch traditionell mit Schreibmaschine, Rubbelbuchstaben und Fixgum.

Innerhalb dieser Spannweite wird der infodienst unterschiedlich genutzt. Probleme treten da auf, wo die Redaktionen sich auf eine andere Spaltenbreite, auf den abweichenden Blocksatz oder eine andere Schrifttype geeinigt haben. Probleme gibt es bei diesen Bedingungen auch, wenn versucht wird, die redaktionellen Anregungen ("Was tun? Zum Umgang mit dieser Ausgabe") aufzugreifen und die Texte des infodienstes zu modifizieren. - Alle diese Probleme ließen sich für die betroffenen Gruppen eher lösen, wenn der infodienst nicht nur auf dem Papier, sondern zum Beispiel auch auf der Diskette an die Kleinzeitungsredaktionen gelangen würde. Und außerdem: die Arbeit ginge schneller von der Hand, und der Kopf bliebe freier für die politische Arbeit.

Um zu einer fundierten Entscheidungsfindung über den Einsatz neuer Technologien in der Kleinzeitungsarbeit zu kommen, bitten wir alle Bezieher des infodienstes, den folgenden Fragebogen umgehend zu beantworten:

Bezieher/in des infodienstes
Straße
PLZ Wohnort
Telefon
Name der Zeitung
Name der Grundeinheit
DKP-Kreisorganisation
DKP-Bezirk
Bitte ankreuzen:
Betriebszeitung
Wohngebietszeitung
Stadtteilzeitung
Stadtzeitung
Hochschulgruppenzeitung
andere:

Bitte ankreuzen:			
Wir schreiben mit:		Text	Überschriften
Schreibmaschine			
PC			
Letraset			
andere Bezeichnung			
Wir lassen schreiben bei:			
Gruppe			
Kreis			
Bezirk			
Privat			
Kommerziell			
Wir lassen Lichtsatz/Lasersatz ausdrucken bei:			
Gruppe			
Kreis			
Bezirk			
Privat			
Kommerziell			
Gerätebezeichnung:			
PC (System)		MS DOS	Andere
Drucker	24 Nadeln	Laser	Sonstige
Desktoppublishing -- System Programm			
Wir montieren die Seiten:			
in der Gruppe			
im Kreis			
im Bezirk			
Wir planen die Umstellung von:			
	Zeitpunkt (wann)	System (wie)	Organisation Privat Kommerziell (wo)
Textherstellung			
Überschriftensatz			
Ausdruck des Satzes			
Umbruchtechnik			

G

Glosse

Die Glosse bewertet in knapper, zugespitzter Weise aktuelle Sachverhalte. Sie benutzt in der Regel die Mittel der Satire und des Humors. Sie kann in zwei Stufen aufgebaut werden: Ein Tatbestand wird dargestellt, aus dem sich eine Pointe ergibt. So

einfach ist das "Kochrezept" für eine Glosse. Deshalb finden wir sie auch in so vielen Kleinzeitungen! Oder? Nein, wir wollen hier keine Glosse über die Textvielfalt unserer Kleinzeitungen schreiben.

An der journalistischen Form der Glosse wird übrigens deutlich, was wir schon einmal unter dem Stichwort "Bericht" geschrieben haben: Oft ist es einfacher, mündlich zu berichten, als einen Bericht in die schriftlich gefaßte Form zu bringen. Vor allem ließ sich ja der mündliche Bericht nicht mit dem Zeitungsbericht gleichsetzen. Da die Glosse immer auch etwas Witziges hat, wird unschwer klar, daß Witze leichter zu erzählen als zu schreiben sind.

Fragen wir zunächst noch einmal nach dem Sinn der Glosse. Sicherlich ist sie eine kommentierende Aussage, in der wir unsere Meinung deutlich werden lassen. Sie unterscheidet sich aber vom Kommentar:

O Sie ist in der Regel kürzer im Textumfang.

O sie konzentriert sich auf einige oder wenige Fakten, die glossiert werden sollen, ist also keine umfassende Einschätzung.

O Sie enthält eine "Lehre" oder eine Handlungsanweisung, die zwischen den Zeilen steht oder sich erst zum Schluß aus dem Gesamtzusammenhang ergibt.

O Sie wägt einzelne Argumente nicht sachlich miteinander ab, sondern spitzt zu, übertreibt, untertreibt, verzerrt die Wirklichkeit auf ironische Weise.

O Sie greift ein entlarvendes Zitat auf, das den Widerspruch zwischen einem Redner und seinem Anspruch oder seinen Fähigkeiten kraß zutage treten läßt. Ein gutes Beispiel:

Aufgespißt

"Für mich steht die Aufstellung fest, mit der wir gegen Italien beginnen werden. Sie wird aus elf von den 14 Spielern gebildet, die in Bremen gegen Jugoslawien eingesetzt wurden. Vielleicht kommt aber auch noch der eine oder andere dazu."

Franz Beckenbauer, Teamchef der Fußballnationalmannschaft

aus:
Welt
der
Arbeit
9.6.88

Dieses Zitat des "Kaisers" wird erst durch den letzten Satz zur Glosse. Er läßt den bisweilen überheblich wirkenden "Bundestrainer" lächerlich erscheinen, weil er die Schlußfolgerung zuläßt, daß die Nationalelf mit mehr als elf Spielern antreten könnte.

Ein schlechtes Beispiel:

Aufgespißt

"Bundeskanzler Kohl ist ein entscheidungsfreudiger Politiker, der souverän regiert. Selbst nach dem anstrengenden Osterfest ist jedem Leser der vorangehenden zwei Zeilen klar, daß es sich bei dieser Behauptung um Ironie handelt."

Süddeutsche Zeitung vom 5. April 1988

aus:
Welt
der
Arbeit
7.4.88

Die Süddeutsche Zeitung macht den Fehler, daß sie Ironie, die aus dem ersten Satz hinreichend deutlich wird, als solche im zweiten Satz noch einmal kennzeichnet.

Glossen können aber auch mit erfundenen Geschichten spitzfindige Marginalien (Anmerkungen) zur Wirklichkeit sein:

Auf dem Weg von der Betriebsversammlung zurück zur Drehbank dachte ich: Mensch, Du bist wohl nicht ganz richtig im Kopf. Der Chef hat da mit Engelszungen was von Arbeitskräften geredet, die er einstellen will, die aber an allen Ecken und Enden nicht zu finden wären. Wo bin ich denn hier eigentlich? Ich mache die Augen auf. Ach ja, Karl-Marx-Stadt und das Textima-Kombinat ... Das war letzte Woche. In der nächsten Woche veröffentlicht unsere Lokalzeitung die neuesten Zahlen zur Arbeitslosigkeit.

Die Glosse hat nicht nur das Recht der Gegenüberstellung, der Übertreibung, der Satire, der Polemik. Zu ihren Wirkungsmöglichkeiten gehören auch Spott und Selbstentblödung. Die Dosierung der Schärfe einer Glosse ergibt sich allerdings nicht allein aus dem Anlaß, aus den beteiligten Personen. Das Rezept muß so abgestimmt sein, daß es von den Lesern genossen werden kann. Die Glosse in der Kleinzeitung muß also immer die Leser auf ihrer Seite haben.

Und vor einem anderen Fehler sollten wir uns hüten: Der politische, ideologische und ökonomische Klassenkampf des Gegners ist ebenso ungemein brutal und unverfroren, an anderer Stelle scheinbar geradezu grotesk. Wir glauben daher, nur noch polemisch reagieren zu können. Unsere Berichte und Kommentare fassen wir allein in satirischem oder gar sarkastischem Stil ab, "weil man auf diesen Gegner gar nicht mehr anders reagieren kann". Satire aber als einzige Stilform verschenkt Wirkungsmöglichkeiten.

Bereicherung der Reichen

**oder
demokratische und
soziale Steuerreform**

**Steuerpolitik der Wenderegierung
und Alternativen der DKP**

Aus dem Programm der Deutschen Kommunistischen Partei

Für Neuorientierung der Finanzpolitik

Die DKP fordert eine grundlegende Neuorientierung der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik zugunsten der arbeitenden Menschen. Notwendig sind eine steuerliche Entlastung der Arbeiter und Angestellten sowie der Bauern und gewerblichen Mittelschichten, eine stärkere Besteuerung der Profite und Vermögen von Multimillionären und Konzernen, die Unterbindung und strenge Bestrafung von Steuerhinterziehung, Steuer- und Kapitalflucht, die Vergrößerung des Anteils der Städte und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen. Notwendig ist eine Vereinfachung des Steuerrechts, die Senkung des Rüstungshaushalts und die Erhöhung der Staatsausgaben für sozialpolitische Maßnahmen, für Investitionen zur Verbesserung der bevölkerungsnahen Infrastruktur sowie zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zur vorliegenden Ausarbeitung – ihrer Bedeutung für die Steuer- und Sozialpolitik der DKP

Die hier vorgelegte Ausarbeitung über die Steuerpolitik und die sogenannte große Steuerreform der Bonner konservativen Koalition, die ab 1990 wirksam werden soll, befaßt sich mit einem Bereich der Wendepolitik, der nicht nur die Finanz- und Steuerpolitik betrifft. Auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik, ja, die Gesellschaftspolitik steht auf dem Prüfstand.

Die Steuerpolitik hat in einer breiten Öffentlichkeit viele Fragen aufgeworfen, aber auch Erwartungen geweckt. Gefragt wird: Wer hat den Nutzen von der „Reform“? Welche Bedeutung hat diese für die weitere Etappe der Umverteilungsvorhaben der Koalition? Und: Wie soll schließlich dies alles finanziert werden?

In der vorliegenden Ausarbeitung wird bilanziert und auch aufgezeigt, was von den Ankündigungen der Regierung zu halten ist. Noch liegen die gesetzlichen Unterlagen der „Reform“ ab 1990 nicht vor. Umverteilung wird aber schon seit Beginn der Wenderegierung mit Milliardengeschenken, vornehmlich an das Großkapital, praktiziert. Diese Ergebnisse konnten somit schon bilanziert werden. Wichtig ist auch zu erfahren, nach welchen Leitsätzen die Bonner Steuerpolitik erfolgt. Die Unternehmerverbände haben schon vor der Wahl auf eine radikale Steuerbegünstigung gedrängt und wollen nun rücksichtslos die Staatskasse dafür in Beschlag nehmen. Die CDU hatte aber große Schwierigkeiten, solche Leitsätze nach Unternehmernesschmack ohne Rücksicht auf Meinungen und Bedenken durchzusetzen – nicht zuletzt auch im Arbeitnehmerflügel der eigenen Partei. Es blieb aber bei der von Stoltenberg geplanten Anlage, der sich letztlich auch Blüm prinzipiell nicht widersetzt hat. Wegen der noch völlig ungewissen Finanzierung werden öffentliche Proteste gegen die gesetzten Prioritäten zugunsten der Reichen und des Großkapitals anwachsen. Länder und Kommunen, die zu rund 50 Prozent die Bonner Finanzierung tragen sollen, drängen auf Änderungen und Abstriche von 10 Milliarden. Sie sehen sich durch die Abwälzung der Lasten in ihren schwierigen Vorhaben, die Folgen kapitalistischer Krisen zu bewältigen, durch solche Milliardengeschenke auf der ganzen Linie behindert. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover, forderte, die Bun-

desregierung solle sogar auf die für 1990 geplante Reform verzichten. Die Kommunen sehen sich nicht in der Lage, an ihren eigenen Etats Abstriche von 10 Milliarden DM zugunsten einer solchen Reform vorzunehmen. Der DGB-Vorsitzende Breit forderte vor dem Kanzlergespräch am 4. 6. 1987 unverzüglich eine Investitionsoffensive zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und als Einstieg zunächst rund 5 Milliarden DM zusätzliche, kreditfinanzierte Investitionen des Bundes. Das sind Vorstellungen, die sich auch weitgehend mit denen unserer Partei decken.

Alle diese Stimmen zeigen, wie brüchig das Koalitionsvorhaben bereits geworden ist. Kohl und Stoltenberg haben aber gegen alle Bedenken erklärt, es bleibe bei der vorgesehenen Konzeption, und die FDP ist ganz auf diese Politik eingeschworen. Am Ende bleiben also neue Lasten beim „kleinen Mann“, der die Milliardengeschenke an die Reichen durch neue Belastungen finanzieren muß, also auch die versprochenen steuerlichen Entlastungen für Arbeiter und Angestellte. Und dies ist ein Betrug!

Dies alles aufzuzeigen, ist auch wesentlicher Inhalt der vorliegenden Ausarbeitung. Es versteht sich, daß die Gegenvorschläge und Alternativen der DKP für eine Steuerreform mit sozialen und demokratischen Zielen gleich zu Beginn dargelegt sind.

Wir hoffen, damit ein Positionsmaterial vorgelegt zu haben, das für einen großen Kreis unserer Genossinnen und Genossen in der Gewerkschafts- und Kommunalarbeit, in der öffentlichen Diskussion eine Hilfe sein wird. Dank gebührt Dr. Hans Mertens, der seine Kenntnisse über die Gesamtmaterie des kapitalistischen Steuerdschungs und der Bonner Vorhaben dies bei seiner Ausarbeitung in bester Weise verwertet hat. Dank auch den Genossen der Steuergruppe im Wirtschaftspolitischen Arbeitskreis, die wertvolle Anregungen für die Ausarbeitung gegeben haben. Und es versteht sich, daß die Vorstellungen und Vorschläge auch zur Diskussion stehen. Womit wir rechnen.

Fritz Rische

Abteilungsleiter in der Abteilung Wirtschafts-, Technologie- und Ökologiepolitik und Leiter des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises beim Parteivorstand der DKP

Bereicherung der Reichen oder demokratische und soziale Steuerreform Steuerpolitik der Wende- regierung und Alternativen

Einleitung

Am 24. Februar 1987 hat die aus den Januarwahlen hervorgegangene Koalition von CDU/CSU und FDP eine Vereinbarung getroffen, die als ein Hauptelement der Regierungspolitik bis 1990 und darüber hinaus auch Pläne und Festlegungen enthält, welche von diesen neuen/alten Koalitionsparteien schon vor den Wahlen als Supersteuerreform – als Steuerstrukturreform – bezeichnet wurden. Ein auf solche Weise propagiertes Vorhaben wirft gewissermaßen zwangsläufig die Frage auf, welche grundlegenden Anforderungen gerade auch an eine Steuerreform in einem demokratischen und sozialen Staatswesen (Art. 20, Abs. 1 Grundgesetz) und eine Reformstrategie für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stellen sind.

Die Antwort kann nur lauten: Für das Gesamtkonzept und die Einzelgestaltung einer jeden Steuerreform müssen Leitsätze richtungweisend sein, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientieren, stets ihre soziale Sicherheit und einen guten Lebensstandard fördern und auf die Bereitstellung der hierzu nötigen finanziellen Mittel abzielen.

Eine Steuerreform, die sich von dieser Grundsatzposition leiten läßt, hält die Deutsche Kommunistische Partei gegenwärtig für erforderlich. Ihre Hauptleitsätze lauten:

- Konzentration finanzieller Mittel, um Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit aufzulegen.

- Stärkung der Massenkaufkraft, um dadurch eine zusätzliche Antriebskraft für den Binnenmarkt zu erreichen.

- Abbau der ungerechten und unsozialen Steuermanipulationen, die von Kabinett und Kapital zum Zwecke der Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben praktiziert werden.

- Reform auch der Struktur des Steuerrechts, um es vor allem für die arbeitenden Menschen durchschaubarer zu machen. (Vergl. Werner Stürmann, Zur Steuervereinbarung der Koalition: Wirtschaftspolitisch unsinnig – sozialpolitisch ein Skandal, in UZ Nr. 48 v. 26. 2. 1987)

Die erneuerte Rechtskoalition hat für ihre Steuerreformplanung ein anderes Gesamt-

konzept mit ganz anderen Leitsätzen.

Sie will die in den Jahren ab 1983/84 – vor allem in der abgelaufenen Legislaturperiode – eingeleitete und in einer ersten Phase auch durchgesetzte reaktionäre Wendepolitik auf dem Gebiete der Besteuerung in der neuen Legislaturperiode, also in einer zweiten Phase rigoros verstärken. Sie setzte Daten und Eckwerte, die ihr hartnäckiges Streben nach Vollendung der konservativen Wende erkennen lassen und befolgte dabei – wie eh und je – beflissen die von Kapital und Superreichen konzipierten Leitsätze, vor allem die des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Dessen Hauptleitsatz gipfelt in der Forderung nach einer – wörtlich – „durchgreifenden Reform der Unternehmensbesteuerung als unverzichtbares Element einer Gesamtsteuerreform“ in der jetzt beginnenden Legislaturperiode. Er findet sich in These 3 des vom BDI schon im Januar 1986 publizierten 10-Thesen-Dokuments „Wirtschaftspolitik in der Pflicht“, auf welches im folgenden noch des öfteren zurückzukommen ist.

Zur Erinnerung daran bekräftigte der BDI während der Verhandlungen der Rechtskoalitionäre nach den Januarwahlen diese Inpflichtnahme: Vordringlich sei es, „das deutsche System der Unternehmerbesteuerung umfassend neu zu gestalten“; und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) forderte gleichzeitig eine „beherzte Inangriffnahme des Subventionsabbaus“. (Beide Zitate aus „Handelsblatt“ vom 26. 1. 1987.)

Entsprechend diesen Leitsätzen hat die Bundesregierung Steuerreformpläne konzipiert, welche sie selbst zum „wichtigsten finanzpolitischen Vorhaben der neuen Legislaturperiode“ (FAZ v. 20. 3. 1987) erklärt hat.

Den konkreten Zielen, Tendenzen und Festlegungen dieses Vorhabens sowie der gesamten steuerlichen Wendepolitik seit 1982/83 (Erläuterungen in den Abschnitten III. bis IV.) stellt die DKP Sofortforderungen sowie Grundsätze einer Steuerpolitik mit spürbaren Entlastungen und sozialen Zielen für die werktätige Bevölkerung entgegen (Darlegungen in den Abschnitten I. und II.).

I.

Gegen die Wende in der Steuerpolitik – Drei Forderungen der DKP für Sofortmaßnahmen

Im Interesse der Arbeiter, der kleinen und mittleren Angestellten und Beamten, von mittelständischen Selbständigen und Gewerbetreibenden, der Rentner und Sozialhilfeempfänger und nicht zuletzt der Hausfrauen, fordert die DKP sofortige Maßnahmen. Sie verfolgt das Ziel, die zugunsten der Reichen geplante Superreform der Einkommen und Körperschaftssteuer für die Zeit ab 1990 rückgängig zu machen. Sie fordert ferner, weitere Steuergeschenke zu deren Gunsten zu verhindern sowie bisher bereits an sie gewährte Steuergeschenke rückgängig zu machen.

Hierzu gehört:

1. Die sofortige Streichung der 1983 von der Wenderegierung wieder eingeführten Kinderfreibeträge, welche durch das sogenannte Steuersenkungsgesetz 1985 von 432 DM je Kind ab 1986 auf 2 484 DM jährlich erhöht wurde. Die Wenderegierung hat diese Freibeträge bewußt mißbräuchlich sowohl eingeführt als auch erhöht, um dadurch den Beziehern von Groß- und Höchststeinkommen Tausende, ja sogar Zehntausende Mark Steuergeld zuzuschansen. Vor allem bei Lohn- und Gehaltsbeziehern fielen dagegen überhaupt keine oder nur minimale Steuernachlässe an. In ihrem Interesse ist es erforderlich, anstelle steuerlicher Kinderfreibeträge eine sozial gerechtfertigte Erhöhung des Kindergeldes für Bezieher von Einkommen bis 70 000 DM durchzuführen und zwar mindestens
für das 1. Kind von bisher 50 DM auf 100 DM monatlich,
für das 2. Kind von bisher 100 DM auf 200 DM monatlich,

für das 3. Kind von bisher 220 DM auf 300 DM monatlich,
für das 4. und jedes weitere Kind von bisher 240 DM auf 400 DM monatlich.

2. Die Rückgängigmachung und Unterlassung der von den Kapitalistenverbänden, vor allem dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), geforderten und dementsprechend von der Wenderegierung schon in der vorigen Legislaturperiode anvisierten weiteren Steuergeschenke an Unternehmer und Großverdiener (wie die Abschaffung oder mindestens Senkung der Gewerbesteuer, der Vermögensteuer und einer Reihe kleinerer Unternehmersteuern).

3. Die Unterlassung aller unsozialen Pläne zur Finanzierung der „Reform“, die in der Koalitionsvereinbarung zwar allgemein angedroht, im Detail aber wegen der 1987 anstehenden Wahlen der Öffentlichkeit noch verschwiegen werden. Diese Pläne zielen besonders auf die Streichung bestehender Steuererleichterungen für Lohn- und Gehaltsbezieher sowie auf die Erhöhung von Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer usw.), im letzteren Zusammenhang also auch auf einen schleichenden Übergang zu einem System indirekter Besteuerung, d. h. der steigenden Massenbelastung der Verbraucherhaushalte als Ausgleich für die sogenannte Entlastung der Unternehmer und anderer Großverdiener von direkten Steuern wie Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie den unter Ziffer 2 genannten Steuerarten.

II. Für eine demokratische und soziale Steuerreform

In der Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstands der DKP zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl (UZ v. 21. 3. 1987) fordert die Partei „Schritte in Richtung einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die im Interesse der breiten Masse liegt“.

Was die zur Finanzierung einer solchen Politik erforderlichen Mittel – speziell zur Verwirklichung eines staatlichen Beschäftigungsprogramms – anbetrifft, erklärt die DKP, daß sie durch die „Kürzung der Rüstungslasten und eine demokratische Steuerreform erbracht werden“ müssen. In einem weiteren Punkt wird als aktuelle Aufgabe „eine wirklich soziale Steuerreform zur Entlastung der arbeitenden Menschen in Stadt und Land“ gefordert. Das ist die konsequente steuerpolitische Alternative zu der von der Wenderegierung betriebenen strukturellen

Änderung des Steuersystems, welches den Fortgang einer immerwährenden Bereicherung der Reichen und die Herauspressung der Mittel hierzu aus „den arbeitenden Menschen in Stadt und Land“ gesetzlich fixieren soll.

Diese steuerpolitische Alternative drückt sich aus im steuerpolitischen Forderungskatalog der DKP. Alle darin erhobenen Einzelorderungen resultieren aus seiner Leitthese: „Eine sofortige steuerliche Entlastung für Arbeiter und Angestellte! Keine Steuerreform für die Reichen!“ (Vergl. UZ vom 6. 2. und 26. 2. 1987) Die Gesamtheit der Forderungen ist das reale Gegenstück der unter V. zusammengestellten Regelungsvorschläge in der Koalitionsvereinbarung und ist daher nachstehend zur Verdeutlichung des alternativen sozialen Charakters – soweit zugänglich – analog gegliedert.

10 gute Gründe für eine soziale Steuerreform

1. Grundfreibetrag

– bisher (ab 1986)	Ledige 4 536 DM	Verheiratete 9 072 DM
+ sofortige Aufstockung	2 464 DM	4 928 DM
	<u>7 000 DM</u>	<u>14 000 DM</u>

zusätzlich für Ledige und Verheiratete 3 000 DM für jedes weitere zu unterhaltende Familienmitglied.

Dieser Freibetrag ist entsprechend der allgemeinen Preissteigerungsrate jedes Jahr zu erhöhen.

2. Erweiterung der unteren Proportionalzone

– bisher (langjährig)	Ledige 18 000 DM	Verheiratete 36 000 DM
+ sofortige Erhöhung	7 000 DM	14 000 DM
	<u>25 000 DM</u>	<u>50 000 DM</u>

3. Senkung des gleichbleibenden Steuersatzes in der unteren Proportionalzone um 7 % von bisher 22 % auf 15 %.

4. Erhöhung des gleichbleibenden Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer in der oberen Proportionalzone um 24 % von 56 % auf 80 %.

5. Abflachung des Steuersatzanstiegs im unteren Teil der Progressionszone zugunsten von Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie von mittelständischen Selbständigen und Gewerbetreibenden. Die Abflachung hat in der Weise zu erfolgen, daß der Anstieg bei

Einkommen bis 45 000 DM (Ledige) bzw. 90 000 DM (Verheiratete) auf höchstens 30 % erfolgt.

6. Einführung eines Staffeltarifs für die Körperschaftsteuer mit Spitzensteuersatz von 80 %. Zugunsten mittelständischer Kapitalgesellschaften darf dieser Staffeltarif bei Gewinnen bis 90 000 DM nur auf höchstens 30 % ansteigen.

7. Der Weihnachtsfreibetrag ist sofort von bisher 600 DM auf 2 000 DM zu erhöhen.

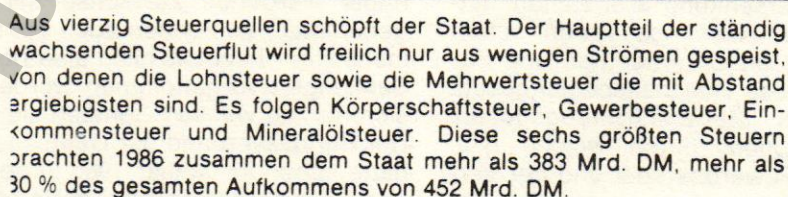
8. Einführung einer progressiven Vermögenszuwachssteuer auf private Großvermögen mit Anstieg bis auf 2 % – Erhöhung der Betriebsvermögensteuer von jetzt 0,6 % auf 2 %.

9. Entlastung der Verbraucherhaushalte durch Herabsetzung der Verbrauchsteuern, vor allem der Umsatzsteuer.

10. Die Umstrukturierung des Steuersystems durch Erhöhung des Anteils der Umsatz- und Verbrauchsteuern am Gesamtsteueraufkommen muß gestoppt werden. Auch die Umsatz- und Verbrauchsteuern sind entsprechend dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit umzugestalten, indem die Güter und Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs von den Steuern entlastet, der Luxuskonsum hoch besteuert wird.

VAKFI

sie einerseits sowie durch Sozialabbau und verstärkte steuerliche Belastung der Lohn- und Gehaltsbezieher andererseits. Sie, aber auch Rentner und Sozialhilfeempfänger, sollen ferner durch Schröpfung der Haushalte breiter Bevölkerungskreise mittels erhöhter Verbrauchsteuern, speziell der Umsatzsteuer, zusätzlich zur Ader gelassen werden. Aus dem vorstehenden Zitat ist speziell ersichtlich, daß die Rechtsregierung unter Subventionsabbau insbesondere die Streichung von Steuerfreibeträgen und anderer Steuererleichterungen für lohnabhängig Beschäftigte versteht. Die Finanz- und Steuerpolitik dieser Regierung charakterisiert sich schon durch diese Programmatik als wichtiger Teil einer Wirtschaftspolitik, welche neben der Senkung der Steuerlasten für Großverdiener auch die Senkung anderer gewinnbeschränkender Einflußgrößen, wie besonders Lohnkosten und Soziallasten anstrebt. Für die erwähnte erste Phase ihrer steuerpolitischen Aktivitäten, das heißt für die Zeit von



1982 bis 1988, stellt sich das rechte Kabinett ein Selbstlob hinsichtlich seiner steuerpolitischen Pflichterfüllung gegenüber dem Kapital aus: „Die Bundesregierung hat steuerpolitisch mehr verwirklicht als sie zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt hat. Damit wurden erste Weichen in Richtung auf eine leistungs- und investitionsfreundliche und damit wachstums- und beschäftigungsfördernde Besteuerung gestellt.“ (Bundestagsdrucksache 10/6279 [neu] vom 29. 10. 1986, S. 1) Das ist alles unzutreffend; und die Wenderegierung hat das schon viel früher als im Oktober 1986 gewußt. In Wahrheit sind zwar die Kapitaleinkommen 1982 bis 1986 um rund 48,4 Prozent gestiegen, die Anlageinvestitionen jedoch nur um 17,9 Prozent. Der größte Teil der Gewinne wird nicht mehr investiert, sondern zum Aufkauf anderer Firmen verwendet, in Wertpapieren angelegt, für Kapitalexporte genutzt oder an die Aktionäre ausgeschüttet. Diese Angaben sind der Kurzfassung des Memorandums '87 der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ entnommen, in welchem es denn auch hinsichtlich des angeblichen beschäftigungsfördernden Effekts der Wendepolitik wörtlich heißt: „Die Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten gibt zu beschäftigungspolitischen Erfolgsmeldungen keinen Anlaß.“ So ist die Beschäftigtenzahl zwar gestiegen,

liegt aber immer noch weit unter dem Stand von 1980. Der Zuwachs ist außerdem fast zur Hälfte auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zurückzuführen. Einschließlich der „Stillen Reserve“ beträgt der Arbeitslosensockel z. Zt. rund 3,3 Millionen Menschen (weitere Angaben vergleiche Memorandum '87).

In dieser ersten Phase der steuerpolitischen Wende hat die Regierung in Wirklichkeit – wie der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, feststellte – „eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Umverteilung von unten nach oben, d. h. zugunsten des Großkapitals betrieben“. Um den Gesamtcharakter der Wendepolitik im Steuerbereich und ihre Gefährlichkeit für die arbeitende Bevölkerung zu erfassen, ist daher die Darlegung auch der entsprechenden Fakten ihrer ersten Phase, der Zeit von 1982 bis jetzt erforderlich, denn, wie Herbert Mies weiter richtig feststellte, wird „das Großkapital . . . vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf eine konsequente Weiterführung der ‚Wendepolitik‘ auf die ‚Vollendung der Wende‘ drängen.“ (Zitate Herbert Mies, Referat „Zur politischen Lage nach den Bundestagswahlen und zur Parteidiskussion“, 5. Tagung des Parteivorstands der DKP am 31. 1. 1987, UZ-Eigenbeilage zur UZ Nr. 29 v. 4. 2. 1987, Seite 14).

IV. **Wende-Fanfare: Leistung muß sich wieder lohnen! Für wen?**

Der wichtigste Teil der ersten Phase wurde realisiert durch das sogenannte „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie“ vom 26. 6. 1985, welches von Regierung und Regierungsparteien als „größte Steuersenkung aller Zeiten“ angepriesen wurde. Allerdings waren schon Steuergeschenke an Unternehmen und Superreiche durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 sowie das Steuerentlastungsgesetz 1984 vorangegangen, durch welche u. a. Senkungen der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer vorgenommen sowie Sonderabschreibungen eingeführt wurden.

Die Steuerpolitik ist eine Seite der staatlichen Finanzpolitik. Eine andere Seite ist die Ausgabenpolitik. Werden die Staatsausgaben gesenkt oder wird unter dem irreführenden Etikett „Sparpolitik“ Kurs auf jährlich geringer werdende Zuwächse der Ausgaben genommen, so können auch auf der Einnahmenseite – hauptsächlich also bei Steuern – Senkungen vorgenommen werden. Es fragt sich nur, zu wessen Gunsten sie erfolgen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hatte schon im Januar 1986 in den Thesen 2 und 3 der bereits erwähnten Veröffentlichung „Wirtschaftspolitik in der Pflicht“ eine „klare

und überzeugende Finanzpolitik" gefordert, die „immer auf der Ausgabenseite“ zu beginnen habe. Dem hat die Wenderegierung schon seit ihrem Antritt im Jahr 1982 entsprochen. Durch ihre Haushaltspolitik wurden dem System der sozialen Sicherheit etwa rund 210 Mrd. DM entzogen. (Angabe bei Rudolf Hickel, der alte Grundsatz der Leistungsfähigkeit muß wieder gelten, Frankfurter Rundschau v. 11. 9.1986.) Opfer dieser Sparpolitik wurden besonders Sozialhilfempfänger, Arbeitslose und Rentner. Ein erheblicher Teil der „Einsparungen“ wurde für die Finanzierung einer verstärkten Rüstung und für Investitionen zur Steigerung der Gewinne von Monopolen und Großbanken verwendet.

Nach den ersten „Erfolgen“ der Wenderegierung mit ihrer massenhaft armutsfördernden und elitär reichumsfördernden Ausgabenpolitik ging sie mit dem erwähnten Steuersenkungsgesetz 1985 verstärkt dazu über, auch das zweite Instrument der Finanzpolitik, d. h. die Steuerpolitik zu der gleichen Zielsetzung zu nutzen.

Dieses Steuersenkungsgesetz vom 26. 6.1985 brachte und bringt den Beziehern hoher Einkommen, vor allem Kapitalbesitzern, Managern, sonstigen Führungskräften der Wirtschaft, erhebliche Steuerminderungen in den Jahren 1986 bis 1989. Offensichtlich mit Blick auf die inzwischen Anfang 1987 durchgeführten Bundestagswahlen wurden

schon in der Titulierung des Gesetzes als „leistungsfördernd und entlastend für Familien“ demagogische Aspekte gesetzt. Die Steuersenkung sollte in zwei zeitlichen Stufen erfolgen, nämlich 1986/87 und ab 1988. Wie anschließend zu zeigen sein wird, wurden in der ersten Stufe (1986/87) auch für Bezieher kleinerer Einkommen geringfügige Steuervorteile sichtbar. In der zweiten Stufe (1988) – also ein Jahr nach den Wahlen – sollen solche Vorteile in gesteigertem Maße nur noch bei größeren und größten Einkommen anfallen und die Masse der Arbeiter und Angestellten leer ausgehen.

Es ist jedoch möglich, daß auch in 1988 in ihren Lohn- und Gehaltsabrechnungen einige Mark weniger Steuern anfallen als in 1986 und 1987, weil in der Koalitionsvereinbarung nachträglich (am 7. 3.1987) festgelegt worden ist, daß von der sogenannten Bruttoentlastung von 44,4 Mrd. DM ab 1990 (siehe unter V.) 5,2 Mrd. DM auf 1988 vorgezogen werden sollen. (Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde dem Bundestag am 15. 5.1987 zugeleitet – Drucksache 11/285.) Am Gesamtergebnis ändert sich jedoch für die arbeitende Bevölkerung nichts, weil die für sie ursprünglich ab 1990 vorgesehenen geringen nominalen Lohn- und Einkommensteuerminderungen entsprechend niedriger ausfallen werden und sie sowieso den größten Anteil der Kosten für die Finanzierung der 44,4-Mrd.-DM-Entlastung tragen soll.

Inhalt und Bilanz des Gesetzes vom 26. 1. 1985:

● In der ersten Stufe – also 1986/87 – sollte die Lohn- und Einkommensteuer 10,4 Mrd. DM weniger bringen. Hierzu wurde festgelegt – Eine Anhebung des Grundfreibetrags von 4 212/8 424 DM (Ledige/Verheiratete) auf 4 536/9 072 DM.

– In einem Zwischentarif wurde die Steuerprogression etwas abgeflacht.

– Erhöhung der Kinderfreibeträge von 432 DM je Kind auf 2 484 DM.

● In der zweiten Stufe – also 1988 – ist im Gesetz vom 26.6.1985 lediglich noch eine stärkere Abflachung der Steuerprogression vorgesehen. In dieser Stufe sollte ursprünglich eine weitere Verminderung der Einkommen- und Lohnsteuereinnahmen von 8,5 Mrd. DM eintreten.

Welche unterschiedlichen Entlastungseffekte sich durch diese Regelung ergeben, soll an folgenden wenigen Beispielen erläutert werden:

1. Verheiratete ohne Kinder		
Jahres- einkommen	Weniger Jahressteuer 1986 + 1987 gegenüber 1985	1988 gegen- über 1985
40 000 DM	152 DM	162 DM
130 000 DM	1 588 DM	4 127 DM
260 000 DM	3 192 DM	7 330 DM
2. Verheiratete mit zwei Kindern		
Jahres- einkommen	Weniger Jahressteuer 1986 + 1987 gegenüber 1985	1988 gegen- über 1985
40 000 DM	836 DM	836 DM*
200 000 DM	4 190 DM	7 970 DM
300 000 DM	4 824 DM	8 962 DM

* somit ohne Steigerung

* somit ohne Steigerung

Es ist offensichtlich, daß neben einer ersten Abflachung der Einkommensteuersätze in der Progressionszone, vor allem die Erhöhung der Kinderfreibeträge, im Steuersenkungsgesetz 1985 die enormen Steuergeschenke an die Bezieher hoher Einkommen bewirkt, während Lohnsteuerepflichtige (bis 48 000 bei verheirateten Arbeitern und Angestellten) entweder ganz leer ausgehen oder nur in der ersten Stufe eine geringe Entlastung erhalten.

Dieser Effekt steht in krassem Widerspruch zu dem auch vom Bundesverfassungsgericht vertretenen Grundsatz der Besteuerung

nach der Leistungsfähigkeit, welcher sich in der Progressionszone des Einkommensteuertarifes manifestiert. Unter den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des kapitalistischen Klassenstaates vermag ein solcher Grundsatz eine relative Steuergerechtigkeit zu sichern, weil er besagt, daß derjenige, welcher mehr verdient, auch entsprechend, d. h. prozentual und absolut, mehr Steuern zu zahlen hat. Mit dem Steuersenkungsgesetz 1985 führte jedoch die konservativ-liberale Wenderegierung eine besonders heftige Attacke gegen diesen Grundsatz, indem sie als neue Leitlinie in diesem Gesetz praktizier-

te: Wer mehr verdient, soll durch Steuerentlastungen noch mehr verdienen. Verbrämt wird das mit der agitatorisch sicher ansprechenden Phrase, daß Leistung sich wieder lohnen müsse. Wie aus vorstehenden Beispielen ersichtlich, sind natürlich nicht die Leistungen der Arbeiter und Angestellten gemeint, welche u. a. unter dem von der Massenarbeitslosigkeit ausgehenden Leistungsdruck stehen und jeden Pfennig Lohnerhöhung den Kapitaleignern abtrotzen müssen. Es ist übrigens bezeichnend, mit welcher Unverfrorenheit die „Volksfreunde“ in der Wenderegierung ihren antisozialen Kurswechsel in der Steuerpolitik auch noch durch quasi-ideologische Worthülsen zu rechtfertigen suchen. Da ist z. B. zu nennen der Artikel eines hohen Beamten des Bundesfinanzministeriums mit dem Titel „Entlastung der Familien durch das Steuersenkungsgesetz“ (Der Betrieb, Heft 39 vom 27. 9. 1985, S. 2012 ff.). Zunächst heißt es auch hier, es sei auf das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit hinzuweisen, wonach derjenige, der mehr verdiene, auch mehr Steuern zahlen müsse, also bei der Einkommensteuer der progressiven Belastung unterliege. Wenn es auch gut klingt, ist es aber bedenklich, daß es anschließend heißt, wer Kinder habe, sei in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Der Pferdefuß liegt nämlich darin, daß daraus mit dem sprachlichen Anschein einer generellen und

sozial gerechten Auswirkung die Schlußfolgerung gezogen wird, daß der Steuerpflichtige, der Kinder habe, weniger Steuern zahlen solle als ein kinderloser Steuerpflichtiger. Wie nämlich vorstehende Tabelle zeigt, hat ein Arbeiter mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 40 000 DM in beiden Stufen 1986/87 und 1988 nur eine Jahresentlastung von 836 DM, ein Unternehmer oder Manager mit einem Jahreseinkommen von 300 000 DM und ebenfalls zwei Kindern jedoch eine Entlastung von 4 824 DM in 1986 und 1987 bzw. 8 962 DM in 1988. Ein steuerpolitisches Hauptinstrument dieser enormen Begünstigung von Großverdienern ist also ausgerechnet eine Freibetragsregelung – der sogenannte Kinderfreibetrag – welche bei grundgesetzlich konformer Anwendung des in Artikel 20 GG verankerten Sozialstaatsprinzips nur der großen Masse der Bürger mit geringem bzw. durchschnittlichem Einkommen zugute kommen dürfte. Gerade sie müssen durch gesicherte Einkommen und Beschäftigung sowie durch Entlastungen bei Steuern und Abgaben in die Lage versetzt werden, ihren Kindern eine angemessene Bildung – vor allem Berufsausbildung – zu ermöglichen, während Großverdiener mit 200 000 bzw. 300 000 DM Einkommen im Jahr und mehr, das ihren Kindern mühelos gewähren können, auch wenn sie keine Steuerermäßigungen von 7 970 bzw. 8 962 DM (ab 1988) pro Jahr erhalten.

Die große Verschleierung

Es ist daher der Gipfel der Heuchelei und empörend, wenn Bundesfinanzminister Stoltenberg zu Vorschlägen (SPD und Grüne), die Kinderfreibeträge abzuschaffen und statt dessen die Kindergeldbeträge zu erhöhen, erklärte, das laufe auf einen Verstoß gegen den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit hinaus. Wörtlich: „Es darf nicht so weit kommen, daß die Entscheidung für Kinder zum sozialen Abstieg führt.“ (FAZ, 21. 11. 1986)

Solche Äußerungen zielen natürlich darauf, massenwirksam positive Vorstellungen über steuerpolitische Maßnahmen der Wenderegierung hervorzurufen, um zu verschleiern, daß es sich in Wirklichkeit um die Realisierung horrender Steuergeschenke an Großverdiener, um die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals handelt. Dieser Verschleierung dienen auch solche absichtlich sichtbar gemachten Kleinzuwendungen vor allem an Lohn- und Gehaltsbezieher, wie sie in dem Beispiel des obengenannten Steuerzahlers (verheiratet, zwei Kinder) mit 40 000 DM Jahreseinkommen durch die jährliche Steuerminderung von 836 DM zum Ausdruck kommt. In Wirklichkeit handelt es sich um eine minimale Konzession gemessen an den seit 1982, dem Jahr des Regierungsantritts von CDU/CSU und FDP, enorm gestiegenen Steuerbelastungen der Arbeiter und Angestellten.

Nach Berechnungen von Mitarbeitern des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) ergeben sich in den Jahren 1983 bis 1986 durch steuergesetzliche Maßnahmen der Wenderegierung Gesamtentlastungen für Einkommen aus Unternehmertätigkeit von ca. 38 Mrd. DM, während in derselben Zeit Arbeitnehmerhaushalte und Verbraucher mit fast 32 Mrd. DM mehr belastet wurden. Davon gehen ca. 29 Mrd. DM allein auf das Konto der Erhöhung der Umsatzsteuersätze von 13/6,5 Prozent auf 14/7 Prozent am 1. 7. 1983. Aber auch die 1986/87 punktuell sichtbar gewordene geringe Lohnsteuersenkung gegenüber 1985 sollte Arbeiter sowie kleine und mittlere Angestellte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um ein Tröpfchen weniger in der immer stärker wachsenden Flut der Lohnsteuerbelastung handelt. Der Anteil dieser Steuer am gesamten Steueraufkommen ist von 11,3 Prozent im Jahre 1960 auf 33,1 Prozent im Jahre 1986 gestiegen, allein ab 1983 von rd. 129 Mrd. DM auf 152 Mrd. DM im Jahre 1986, d. h. um 23 Mrd. DM (vergl. WSI-Mitteilungen, 12/86, S. 760, 769). Hauptgrund: Nominale Lohnerhöhungen, die keineswegs zu effektiven und dauernden Steigerungen des Realeinkommens geführt haben, bewirkten, daß gegenüber 1982 der Anteil der Lohnsteuerpflichtigen in der unteren Proportionalzone (gleichbleibender Steuersatz von 22

Prozent für Einkommen bis 18 000 DM/Ledige bzw. 36 000 DM/Verheiratete) von 38,5 Prozent auf ca. 25,9 Prozent abgesunken ist, **daß also immer mehr Lohnsteuerzahler in die Progressionszone (steigende Steuersätze) geraten sind.** (Vergl. Bundestagsdrucksache 10/6279 v. 29. 10. 1986) Eine durch die Praxis bestätigte Faustregel lautet dementsprechend: „Steigen der Bruttolöhne (nominal) um 5 Prozent, steigen die darauf zu zahlenden Lohnsteuern um mindestens 10 Prozent an“ (WSI-Mitteilungen a. a. O. S. 761). So wird es noch bis einschließlich 1989 sein. Ab 1990 kann der Lohnsteueranstieg noch höher sein, weil dann die sogenannte große Steuerreform in Kraft treten soll, nach der u. a. die Proportionalzone auf 8 100/16 200 DM abgesenkt, der Eintritt in die Progressionszone mit steigendem Steuersatz also noch früher eintritt als bisher. Die Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben hat die Wenderegierung seit ihrem Amtsantritt im Jahre 1982 nicht nur durch von Jahr zu Jahr zunehmende Steuerbelastungen der Bezieher niedriger

Einkommen und enorme Entlastungen von Großverdienern auf dem Sektor der Lohn- und Einkommensteuer forciert. Getreu dem ihr vom Kapital erteilten Auftrag, eine „durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung als unverzichtbares Element einer Gesamtsteuerreform“ in Angriff zu nehmen (vergl. Einleitung), hat sie vor allem durch zwei eingangs dieses Abschnittes schon erwähnte Gesetze ausgesprochene Unternehmenssteuern abgebaut. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurden Gewerbesteuerensenkungen verfügt, die in den Jahren 1983 bis 1986 zu Steuerausfällen von 9,65 Mrd. DM führten. Durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 sparte die gesamte Unternehmerschaft in den Jahren bis 1986 insgesamt 3,53 Mrd. DM Betriebsvermögensteuer und die Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) zusätzlich noch einmal 915 Mio. DM Vermögensteuer durch die nur für sie geltende Absenkung des Vermögensteuersatzes von 0,7 auf 0,6 Prozent (vergl. zu vorstehenden Angaben WSI-Mitteilungen a. a. o. S. 766, Aufstellung).

V. Die „Super-Reform“ – Schritt zur Vollendung der steuerpolitischen Wende

In der Koalitionsvereinbarung von Februar/März 1987 werden für die Jahre ab 1990 Festlegungen getroffen, die noch in einem Steuergesetz verankert werden müßten, um Gesetzeskraft zu erhalten.

Kein Wort findet sich natürlich in dieser Vereinbarung darüber, warum in der in ihr verkündeten allgemeinen Zielstellung nicht von der Gewinnung von Mitteln für Beschäftigungsprogramme gesprochen wird. Statt dessen ist die Rede von einer „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“ (Handelsblatt v. 11. 3. 1987) als Bemäntelung der Absicht einer weiteren Bereicherung der Reichen sowie noch weiteren Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, wie sie konkret besonders für die Monopolunternehmen auch durch die vorgesehene Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 56 Prozent auf 50 Prozent angestrebt wird (siehe unter Aufstellung Ziffer 6).

Außer allgemeinen Hinweisen finden sich auch keine konkreten Angaben darüber, wie die eintretenden Steuerausfälle finanziert werden sollen. Der arbeitenden Bevölkerung wird also in der Vereinbarung selbst ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft präsentiert (vgl. hierzu Abschnitt VI.).

Sehr konkret tritt jedoch in Zielstellung und vorgesehenen Maßnahmen hervor, daß die Umverteilung von unten nach oben mit äußerster Rigorosität vorangetrieben werden soll. Darüber hinaus muß befürchtet werden, daß die Pläne von Kapital und Kabinett noch weitergehen. Die Vereinbarung enthält nämlich konkrete Festlegungen und Zahlenangaben nur für den Bereich der Lohnsteuer, der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, nicht jedoch für Unternehmenssteuern, wie u. a. die vorgenannten Gewerbesteuer und Vermögensteuer. Der Forderung des BDI nach einer umfassenden Neugestaltung der Unternehmensbesteuerung trägt aber die Vereinbarung vom 24. 2. 1987 eindeutig durch den Satz Rechnung: „Unternehmenssteuern sollen abgebaut werden.“ Es wird also verschwiegen, welche Milliardenbeträge hierbei noch anfallen, deren Ausgleich ebenfalls nach der Norm „Umverteilung von unten nach oben“ erfolgen soll. Der BDI (a. a. O. These 3) besteht auf jeden Fall weiter auf der völligen Abschaffung der Vermögensteuer, der Gesellschaftssteuer und der Börsenumsatzsteuer. Nach einer von der SPD-Bundestagsfraktion am 30. 12. 1986 veröffentlichten Übersicht würde das zugunsten der Unter-

nehmen und der Reichen einen Steuerausfall von 4,9 Mrd. DM jährlich bringen. Am weitgehendsten sind Forderungen nach Abschaffung oder mindestens weiterer Senkung der Gewerbesteuer – so Erwägungen der Regierungsparteien und von BDI und DIHT. Es wird sogar überlegt, ob die Gewerbesteuer als eine Gemeindesteuer durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer als einer Verbrauchssteuer von jetzt 14 Prozent auf 17 Prozent ersetzt werden könnte. Das ergäbe eine Mehrsteuer für die breiten Bevölkerungsmassen um jährlich mindestens 30 (!) Mrd. DM (vergl. Informationen der SPD-Bundestagsfraktion vom 7. 1. 1987 und Bundeswirtschaftsminister Bangemann in FAZ vom 18. 12. 86: „Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollte ... die Gewerbesteuer bei entsprechendem Ausgleich für die Gemeinden, reformiert werden“).

Was nun die in der Koalitionsvereinbarung für die sogenannte Reform von Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer angesetzten Eckwerte betrifft, sind diese aus der nachstehenden Gliederung – jeweils mit Angabe der erwarteten Steuerausfälle bzw. -senkungen – ersichtlich.

Koalitionsvereinbarung: Steuerpolitik von Februar/März 1987
Regelungsvorschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer

			Steuerausfall
1. Grundfreibetrag			
– bisher (ab 1986)	Ledige 4 536 DM	Verheiratete 9 072 DM	
+ Aufstockung 1988	+ 216 DM	+ 432 DM	
	4 752 DM	9 504 DM	
+ Erhöhung 1990	+ 864 DM	+ 1 728 DM	
– Stand ab 1990	= 5 616 DM	= 11 232 DM	7,0 Mrd. DM
2. Verkürzung der unteren Proportionalzone			
– bisher (langjährig)	Ledige 18 000 DM	Verheiratete 36 000 DM	
	./ 9 900 DM	./ 19 800 DM	
– Stand ab 1990: Beginn der Progressionszone	8 100 DM	16 200 DM	
3. Senkung des gleichbleibenden Steuersatzes in der unteren Proportionalzone (Ziff. 2) um 3 % von bisher 22 % auf 19 %. Maßnahmen nach Ziff. 2 und 3 sollen ergeben:			
			6,7 Mrd. DM
4. Verkürzung des oberen Endes der Progressionszone, Beginn der oberen Proportionalzone			
– bisher (langjährig)	Ledige 130 000 DM	Verheiratete 260 000 DM	
	./ 10 000 DM	./ 20 000 DM	
– Stand ab 1990	120 000 DM	240 000 DM	
5. Senkung des gleichbleibenden Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer in der oberen Proportionalzone um 3 % von 56 % auf 53 %			
			1,0 Mrd. DM
6. Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf nicht ausgeschüttete (thesaurierte) Gewinne um 6 % von 56 % auf 50 %			
			2,3 Mrd. DM

7. Begradigung (Linearisierung) des prozentualen Anstiegs in der Progressionszone (8 100/16 200 DM bis 120 000/240 000 DM)	23,7 Mrd. DM
8. Erhöhung des Kinderfreibetrags von bisher (ab 1986) 2 484 DM auf 3 024 DM	2 Mrd. DM
9. Erhöhung anderer familienbezogener Freibeträge	0,6 Mrd. DM
10. Einführung von Vergünstigungen für Unternehmer (Erhöhung Vorsorgepauschale, Erhöhung von Sonderabschreibungen)	1,1 Mrd. DM
	<u>44,4 Mrd. DM</u>

Zu den Ziffern 1, 2 und 3 der vorstehenden Gliederung ist folgende Anmerkung zu machen. Die rigorose Kürzung der unteren Proportionalzone (Ziffer 2) führt bei Nominallohnerhöhungen durch entsprechende Tarifabschlüsse und inflationäre Entwicklungen zu raschem Anstieg der Lohnsteuer. Das wird die Anfangsvorteile der Erhöhung des Grundfreibetrags (Ziffer 1) und der Senkung des Anfangsteuersatzes von 22 Prozent auf 19 Prozent (Ziffer 3) wieder eliminieren; denn der Anfangsteuersatz soll ab 1990 nur bis zu Jahreseinkommen bei Ledigen bis 8 100 DM und bei Verheirateten bis 16 200 DM gegenüber jetzt noch 18 000 bzw. 36 000 DM gelten. Die meisten Lohnsteuerzahler liegen bekanntlich mit ihren Einkommen weit höher als die ab 1. 1. 1990 gelten sollenden Endbeträge der unteren Proportionalzone von denen sie nicht leben könnten, und geraten ab diesem Zeitpunkt nach den Regierungsplänen automatisch in die Progressionszone mit Steuersätzen weit über die 22 Prozent in der jetzigen Proportionalzone. Der SPD-Steuerexperte, Bundestagsabgeordneter Spöri, hat errechnet, daß ab 1990 auf diese Weise 95 Prozent aller Steuerzahler gegenüber 1982 erst 55 Prozent und 1987 schon 65 Prozent progressiv besteuert werden (Die Welt vom 28. 2. 1987).

Eine weitere Anmerkung ist zu der Ankündigung der Rechtskoalition zu machen, daß infolge der Linearisierung des ansteigenden Steuersatzes von 19 Prozent bis 53 Prozent bei der Einkommensteuer auf Einkommen in der neuen Progressionszone zwischen 8 100/Ledige und 16 200/Verheiratete bis 120 000/240 000 DM (Ziffer 7) ein Ausfall von 23,7 Mrd. DM eintreten werde. Wem kommt jedoch der Löwenanteil dieser Summe zugute? Hierzu nachstehende Beispiele, welche neben eigenen Errechnungen einer vorläufigen Aufstellung des Bundes der Steuerzahler entnommen sind. (FAZ vom 3. 3. 87, Der Spiegel, Nr. 10, vom 2. 3. 87, S. 18) :

1. Ledige Jahreseinkommen	Steuerersparnis gegenüber 1988
20 000 DM	472 DM
40 000 DM	1 600 DM
80 000 DM	5 800 DM
100 000 DM	7 280 DM
120 000 DM Ende der Progressionszone	7 990 DM
140 000 DM	8 549 DM
200 000 DM	16 348 DM
500 000 DM	19 330 DM
1 000 000 DM	34 320 DM
1 500 000 DM	49 340 DM

2. Verheiratete ohne Kinder

20 000 DM	726 DM
40 000 DM	950 DM
80 000 DM	3 190 DM
100 000 DM	5 198 DM
140 000 DM	9 630 DM
160 000 DM	11 624 DM
240 000 DM Ende der Progressionszone	16 018 DM
500 000 DM	23 696 DM
1 000 000 DM	38 698 DM

Infolge einer weiteren mißbräuchlichen Erhöhung der Kinderfreibeträge (vergl. Ziffer 8 und Ausführungen unter Abschnitt IV.) um 540 DM gegenüber 1986/87 steigen die Steuergeschenke vor allem an die Wohlhabenden

und Großverdiener weiter an, bei beispielsweise zwei Kindern und Einkommen von 80 000 DM um 310 DM und von 160 000 DM um 408 DM.

Das ganze enorme Ausmaß der Steuergeschenke der Wenderegierung sogar an Hochverdienende noch innerhalb der Progressionszone ergibt sich jedoch, wenn auch die „Entlastungen“ durch das 1986/87 in Kraft getretene Steuersenkungsgesetz vom 26. 6. 1985 einbezogen werden. Wenige Beispiele hierzu bezüglich verheirateter Steuerpflichtiger ohne Kinder.

Jahreseinkommen	weniger Jahressteuern 1986/87 gegenüber 1985	1988 gegenüber 1986/87	1990 gegenüber 1988	Gesamt
20 000 DM	144 DM	+ 0 DM	+ 726 DM	= 870 DM
40 000 DM	152 DM	+ 10 DM	+ 950 DM	= 1 112 DM
80 000 DM	728 DM	+ 962 DM	+ 3 190 DM	= 4 880 DM
120 000 DM	1 458 DM	+ 2 304 DM	+ 7 426 DM	= 11 188 DM
160 000 DM	1 980 DM	+ 3 238 DM	+ 11 624 DM	= 16 842 DM
240 000 DM (Ende der Progressionszone ab 1990)	3 122 DM	+ 4 102 DM	+ 16 018 DM	= 23 242 DM

Die vorstehenden Zahlen entlarven eindeutig den demagogischen Charakter der öffentlichen Erklärungen (vergleiche z. B. Die Welt vom 26. 2. 1987) des CDU-Generalsekretärs Geißler, jeder Steuerzahler werde ab 1990 gegenüber 1988 im Durchschnitt um 1 000 DM jährlich entlastet. Offensichtlich sollen Millionen Lohnsteuerzahler mit Einkommen bis nahe 40 000 DM für dumm verkauft werden. Erst ab 1990 können sie ja in ihren Lohnabrechnungen konkret feststellen, daß ihre „Entlastung“ den Betrag von 1 000 DM in den meisten Fällen bei weitem nicht erreicht. Das gilt nicht nur für Verheiratete, wie in obigen Beispielen, sondern in noch stärkerem Maße für Ledige. So würde ein solcher mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 20 000 DM (brutto etwa 25 000 DM) gegenüber 1988 im Jahre 1990 nur 472 DM weniger zahlen. Einschließlich der Senkungen in 1986/87 und 1988 von 81 DM betrüge seine „Entlastung“ nur 553 DM. Der „1 000-DM-Durchschnitt“ ist bestenfalls nur eine statistische Größe.

Gehen die „Entlastungen“ gegenüber 1988 bei den vorgenannten Verheirateteinkommen ab 80 000 DM bis zum Ende der Progressionszone, d. h. 240 000 DM bereits von ca. 3 000 DM bis ca. 16 000 DM und die Gesamtwohltaten der Wenderegierung in diesem Bereich von ca. 5 000 DM bis ca. 23 000 DM, so wird der Umverteilungscharakter der sogenannten Reform vollends klar durch die in die Zehntausende gehenden Steuergeschenke an die Superreichen mit Einkommen in der oberen Proportionalzone vor allem infolge der Senkung des Einkommensteuerspitzenatzes von 56 Prozent auf 53 Prozent. Was die Folgen der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 56 Prozent auf 50

Prozent anbetrifft, so sollen den Kapitalgesellschaften (AG, GmbH), vor allem also den Monopolen durch die Wenderegierung 2,3 Mrd. DM jährlich erlassen werden (vergl. Ziffer 6 der Gliederung der Regelungsvorschläge). Die horrenden Einkommensteuergeschenke aus der Senkung des Spitzensteuersatzes kommen in der Tat ausschließlich den Beziehern der Höchsteinkommen zugute, die ab dem Beginn der oberen Proportionalzone (jetzt 130 000/260 000 DM, ab 1990 120 000/240 000 DM) dem um drei Prozent abgesenkten gleichbleibenden Steuersatz von 53 Prozent unterliegen. Der hierzu praktizierte Trick besteht darin, daß mit der Senkung des Spitzensteuersatzes der Steuersatzanstieg in der Progressionszone nicht gemindert wurde. Jetzt beträgt er noch 56 Prozent minus 22 Prozent = 34 Prozent. Nach den Regierungsplänen soll er ab 1990 ebenfalls 34 Prozent betragen, nämlich 53 Prozent minus 19 Prozent. Die beabsichtigte Senkung des Anfangsteuersatzes in der Progressionszone von 22 Prozent auf 19 Prozent würde also den meisten Arbeitern und Angestellten nichts nützen, da sie durch die ebenfalls geplante Absenkung des Beginns der Progressionszone auf 8 100 bzw. 16 200 DM ab 1990 fast restlos – wie bereits dargelegt – in die Progressionszone geraten dürften. Ohne die Senkung des Anfangsteuersatzes in dieser Zone um 3 Prozent würde der Steuersatzanstieg nur 31 Prozent (53 Prozent minus 22 Prozent) betragen, also auch Beziehern niedriger Einkommen zugute kommen. Nach den Plänen der Wenderegierung soll aber die Senkung des Spitzensteuersatzes eine alleinige Wohltat für die Superreichen sein.

VI. Geplant: Massenbelastungen der arbeitenden Menschen

Den von der Rechtsregierung anvisierten Steuerausfall von 44,4 Mrd. DM bezeichnet sie selbst in der Koalitionsvereinbarung als Gesamtentlastung, die durch verschiedene Maßnahmen um 19,4 Mrd. DM vermindert werden solle, so daß im Ergebnis eine Nettoentlastung von 25 Mrd. DM anfallen werde. In der Koalitionsvereinbarung selbst finden sich nur allgemeine Hinweise hinsichtlich der ins Auge gefaßten sogenannten Finanzierungsmaßnahmen, die in drei Gruppen unterteilt werden können:

- Sparmaßnahmen wie Abbau von Sozialsubventionen und von Finanzhilfen;
- Streichung von steuerlichen Vergünstigungen und Sonderregelungen für Arbeiter und Angestellte;
- Anhebung indirekter Steuern, u. a. evtl. auch der Mehrwertsteuer.

Was den Abbau von Subventionen und Finanzhilfen anbetrifft, so liegt es völlig im dunklen, woran hierbei konkret hinsichtlich z. B. der Finanzhilfen an Wirtschaftsunternehmen gedacht wird. Bezeichnend ist allerdings, daß im Koalitionspapier dagegen ganz konkret erklärt wird, daß „ein unabweisbarer Mehrbedarf über Finanzierungshilfen – darunter Air-Bus-Subventionen – von mindestens 2 Mrd. DM jährlich“ bestehe. Beschlußfreudiger bzw. konkreter werden die Wenderegierung und die führenden Vertreter allerdings, wenn es sich um Streichungen bzw. Kürzungen staatlicher finanzieller Leistungen an Lohn- und Gehaltsempfänger und Abbau im sozialen Bereich handelt. So haben sich CDU/CSU und FDP schon vor Abschluß der Koalitionsvereinbarungen separat (vergl. Süddeutsche Zeitung vom 21./22. 2. 1987) darüber verständigt, durch ein 5. Vermögensbildungsgesetz, welches schon am 1. 1. 1989 in Kraft treten soll, die Förderung des Prämiensparens nach dem „624-DM-Gesetz“ völlig zu streichen und den Fördersatz für das Bausparen von 23 Prozent auf 10 Prozent zu senken. Einsparungseffekt: 1,7 Mrd. DM. Dieser Vorabbeschuß ist in das Koalitionspapier aufgenommen worden (vergl. Fassung lt. Handelsblatt vom 11. 3. 1987). Kann man da nicht auf den Gedanken kommen, daß die Rechtskoalitionäre damit bereits fast den Mehrbedarf von 2 Mrd. DM Finanzspritzen für Großunternehmen usw. auf Kosten lohn- und gehaltsabhängiger Kleinsparer aufgedeckt haben? Daß im Zu-

sammenhang mit der sogenannten Supersteuerreform in erster Linie auch an Kostensenkungen im Unternehmensbereich sowie an den Abbau von Subventionen im Sozialbe-

Bonn zieht die Sparschraube an

Von NRZ-Redakteur DIETMAR SEHER

BONN. Die Bundesbürger müssen sich mit einem drastischen Sparkurs der Bonner Koalition anfreunden. Um die Steuerreform (40 Milliarden Mark Entlastung) zu bezahlen, wollen die Regierungsparteien die steuerfreien Zuschläge auf Sonntags-, Feiertags- und Nachtdienst einschränken. Der tägliche Essenszuschuß für Kantinen soll künftig besteuert werden und wird damit wertlos.

Das geht aus Plänen und Äußerungen führender Finanzpolitiker von CDU/CSU und FDP hervor. Der CDU-Experte im Haushaltsausschuß Carstens will auch „die vielen kleinen Dinge, an die wir uns gewöhnt haben“, drastisch kappen.

Nicht nur Arbeitnehmer werden von den Sparplänen getroffen, auch Unternehmer. Die Streichliste für Steuervorteile ist bunt:

● Wer teure Gemälde anschafft, wertvolle Teppiche kauft, konnte dies bisher unter bestimmten Bedingungen als „Betriebsausgaben“ steuerlich absetzen. Damit wird Schluß sein.

● Der Pauschbetrag (277 Mark für Ledige, 540 für Verheiratete) soll bald der Vergangenheit angehören.

● Bei Benzin- und Tabaksteuer stehen Erhöhungen an. Die Mineralölsteuer soll für verbleites Super „um einige Pfennige“ steigen.

● Die FDP drängt auf eine 20-Milliarden-Kürzung der Subventionen. Ein Drittel dieser Summe soll „nicht mehr wirtschaftlich arbeitenden Branchen“ entzogen werden. Zu deutsch: Kohle, Stahl, Werften.

Dadurch soll eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vermieden werden. Die FDP hätte dazu erklärt: Mit uns nicht! Den drastischen Sparkurs spüren jetzt schon die Länder und einige Ministerien. Kohls Finanzchef Stoltenberg ließ seinem Parteifreund Riesenhuber gestern übermitteln: Die Wünsche des Forschungsministeriums nach Geld würden deutlich beschnitten. Gleichzeitig bedeutete das Bundeskabinett des Ländern, daß ihre Forderungen nach einem Ausgleich für die Einnahmeausfälle bei der 88er Steuerreform nicht erfüllt werden können.

NRZ - 29.5.1987

reich gedacht ist, entschlüpfte Bundeskanzler Kohl schon vor der Bundestagswahl: Als wichtigste wirtschaftspolitische Ziele nannte er „eine große Steuerreform, die Eindämmung der Lohnnebenkosten sowie des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen.“ (FAZ vom 30. 10. 1986).

Das große Streichkonzert

Nun zu der zweiten geplanten Maßnahme, der Streichung von steuerlichen Vergünstigungen und Sonderregelungen. Entsprechend dem im Jahreswirtschaftsbericht 1986 der Bundesregierung verkündeten – bereits zitiert (vergl. III.) – Leitgedanken der sogenannten Steuerreform, „besser niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen“, gibt es zeitlich vor und außerhalb der Koalitionsvereinbarung sehr konkrete Vorstellungen,

was nach der Verkürzung von Steuersätzen in der Progressionszone und der Senkung der Spitzensteuersätze zugunsten von Groß- und Höchstverdienenden getan werden muß: Die Streichung von Freibeträgen und Steuerbefreiungen, die ausschließlich zugunsten von Arbeitern, Angestellten und Beamten gelten. Nach einem im Bundesfinanzministerium erarbeiteten vertraulichen Papier (zitiert nach „metall“ Nr. 25–26 vom 19. 12. 1986) sind folgende Streichungen ins Auge gefaßt:

– Weihnachtsfreibetrag	Mehrsteuer	4,3 Mrd. DM
– Arbeitnehmerfreibetrag	Mehrsteuer	3,4 Mrd. DM
– Essenfreibetrag	Mehrsteuer	0,5 Mrd. DM
– Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge	Mehrsteuer	0,43 Mrd. DM
– Steuerfreiheit für Bergmannsprämien		0,07 Mrd. DM
– Arbeitnehmersparzulage (bereits mit Einsparung von 1,7 Mrd. DM lt. Koalitionsvereinbarung beschlossen)	Mehrsteuer	1,7 Mrd. DM

		10,4 Mrd. DM

Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich interessant, daß Bundesfinanzminister Stoltenberg schon 1985 meinte, durch Abbau von Subventionen und Vergünstigungen sei ein Ausgleich von Steuerausfällen infolge der „Reform“ in Höhe von „8 bis 10 Mrd. DM ... durchaus realistisch“ (Ziele der Steuerpolitik in der nächsten Legislaturperiode, Bulletin Nr. 137/1985, S. 1119). Das wäre schon die Hälfte der genannten Finanzierungssumme von 19,4 Mrd. DM. Auch in der finanzpolitischen Debatte des

Bundestages über die Regierungserklärung am 19. 3. 1987 ließ Minister Stoltenberg keinen Zweifel daran, daß unter der Kürzung von Subventionen in aller erster Linie – wenn nicht überhaupt nur – der Abbau von sogenannten Steuersubventionen für Arbeiter und Angestellte verstanden werde (FAZ vom 20. 3. 1987). Die Zeche für die Kosten der Steuergeschenke an die Reichen sollen also die Arbeiter sowie die kleinen Angestellten und Beamten zahlen.

Spannungen um Steuerreform

Städtetag kritisiert die „noch ungeklärte Finanzierung“

HEINZ HECK, Bonn

Die noch ungeklärte Finanzierung der Großen Steuerreform 1990 führt bereits im Vorfeld auch zu Spannungen zwischen Bund und Kommunen. In einer Entschließung hat das Präsidium des Deutschen Städtetages eine Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Voss (CSU), die Kommunen müßten durch eine restriktive Ausgabenpolitik die Finanzierungsspielräume für die kommenden Steuersenkungen selbst schaffen, als „Zumutung“ bezeichnet.

Die Städte könnten nicht akzeptieren, daß der Bund eine Steuerreform von 44 Mrd. DM beschließe und „angesichts der ungeklärten Finanzierungsfrage Verantwortung für die Finanzierung auf die Kommunen abzuwälzen versucht“. Die Städte rechnen für 1990 mit Steuer- und Zuweisungsverlust von 10 Mrd. DM, während sie ihre Beteiligung an der beabsichtigten Teilfinanzierung von 19 Mrd. DM als „völlig ungewiß“ bezeichnen.

In den Koalitionsbeschlüssen war

vereinbart worden, daß 19 Mrd. der Entlastung durch Subventionsabbau und/oder Verbrauchsteuererhöhungen zu finanzieren seien. Der Städtetag fordert, Städte und Gemeinden sollten an Minderausgaben und Mehreinnahmen in dem Maße beteiligt werden, „das ihrem Anteil an den Mindereinnahmen aus den Steuerentlastungen entspricht“.

Er will die Begrenzung des öffentlichen Ausgabenzuwachses auf drei Prozent nur als „durchschnittliches Ziel“ für Bund, Länder und Gemeinden verstanden wissen. Für die Gemeinden sei diese Grenze „eine nicht lösbare Aufgabe“. Investitionen und kommunale Soziallasten nähmen in den kommenden Jahren „unausweichlich“ um mehr als drei Prozent zu. Auch ließen sich die Personalausgaben nicht von der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung abkoppeln. Diese drei Ausgabenblöcke machten aber zusammen rund zwei Drittel der kommunalen Gesamtausgaben aus.

Welt - 30.4.87

Es ist zudem ausgesprochene Demagogie, den Angriff auf die sowieso viel zu kleinen Steuervergünstigungen für Lohn- und Gehaltsbezieher als Abbau von Subventionen zu bezeichnen. Es handelt sich in Wirklichkeit nicht um Subventionsabbau, d. h. um Einsparung von Staatsausgaben, sondern um die Erhöhung von Steuereinnahmen vornehmlich aus dem Lohnsteuerbereich, die überdies allein schon die zugestandenen geringen Tarifentlastungen wieder zunichte machen würde.

Festzustellen ist im Ergebnis, daß die Streichung von Freibeträgen für Lohn- und Gehaltsempfänger sowie die Aufhebung von Sonderregelungen und Steuerbefreiungen für sich allein die für die sogenannte Nettoentlastung benötigte Summe von ca. 20 Mrd. DM nicht trägt. Es müssen also noch mindestens 10 weitere Milliarden DM aus der arbeitenden Bevölkerung herausgepreßt werden. Sollte die Kritik vor allem der Großunternehmen, daß im Augenblick in der Koalitionsvereinbarung „jeder Hinweis“ – so der BDI lt. Die Welt vom 26. 2. 1987 – zur Reform z. B. der Gewerbesteuer fehle, zu „Entlastungen“ von dieser Steuer sowie weiteren Steuern wie Vermögenssteuer, Gesellschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer usw. führen, würden weitere Milliarden Steuerausfälle, und zwar mindestens in Höhe von 30 bis 40 Mrd. DM entstehen, die nur durch enorme Belastungen der breitesten Volksmassen ausgeglichen werden könnten. Bei diesen Dimensionen, aber auch schon hinsichtlich der jetzt konkret anstehenden 10 Mrd. DM, wäre unter dem Aspekt der Effektivität neben anderen Verbrauchssteuern wie Mineralölsteuern, Tabaksteuer und Brantweinsteuer die Erhöhung vor allem der Umsatzsteuer – in der Bevölkerung heute wohl eher bekannter unter der Bezeichnung Mehrwertsteuer – unabweislich, wenn die Steuerpläne der Regierung nicht vom Tisch gefegt werden.

Wenn die Wenderegierung sich übrigens z. Zt. in bezug auf die ganze Frage der Finanzierung ihrer sogenannten Steuerreform fast krampfhaft bemüht, keine konkreten Angaben hinsichtlich der zukünftigen Mehrwertsteuerbelastung zu machen, so lagen die Gründe sicherlich in der anstehenden Serie von Wahlen, vor denen tunlichst wachsender Unmut im Volke vermieden werden soll.

In der Koalitionsvereinbarung steht der Satz: „Es wird geprüft, ob im Rahmen des Gesamtkonzeptes auch eine begrenzte Anhebung einzelner indirekter Steuern erforderlich ist.“ Es wäre nicht zutreffend, diesen Satz nur als Erwägung eines möglichen Mittels zur Lösung des Finanzierungsproblems im Rahmen des jetzt anstehenden „Gesamtkonzeptes“ der sogenannten Reform zu sehen. In ihm drückt sich vielmehr eine der Haupttendenzen im Gesamtkonzept zur Vollendung der Wende auf steuerlichem Gebiet aus: Die stärkere Verlagerung des Steueraufkommens von den direkten Steuern (z. B.

Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer) auf die indirekten Steuern. Diese werden nicht direkt erhoben, d. h. wie z. B. die Lohnsteuer in bestimmter Geldhöhe vom Unternehmer einbehalten und ans Finanzamt abgeführt, sondern sind im Preis eingekaufter Waren enthalten. Vornehmlich handelt es sich also um die Verbrauchssteuern, zu denen u. a. die im vorigen Abschnitt genannten Steuern gehören. Sie belasten letztlich die Haushalte der Bürger – also auch die der Rentner, Sozialhilfeempfänger und derjenigen, die wegen Niedrigsteinkommen keiner direkten Steuer, z. B. der Lohnsteuer, unterliegen. Entgegen den Behauptungen aus dem Regierungslager sollen demnach auch sie durch die Steuerreform zugunsten der Reichen stärker als bisher geschröpft werden.

Eine Verlagerung von den direkten auf die indirekten Steuern wird von Kapital und Kabinett über die vorstehend genannten unmittelbaren Gegenwartszwecke hinaus als eines der Hauptinstrumente zur Realisierung der eingangs erwähnten Forderung des BDI nach einer „durchgreifenden Reform der Unternehmerbesteuerung“ betrachtet. Entgegen der auf der Hand liegenden Tatsache der Belastung der privaten Konsumnachfrage durch Erhöhung von Verbrauchssteuern, die, wie alle Erfahrungen zeigen, einen Trend zu Produktionsabschwächungen auslöst, behauptet z. B. der für die Wenderegierung tätige Sachverständigenrat, durch Senkung von direkten Steuern wie Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer einerseits und die Erhöhung von Verbrauchssteuern, d. h. indirekten Steuern andererseits, würde das Steuersystem wachstumsfreudiger gestaltet (vergl. Jahresgutachten 1985/86, TZ 270; so auch Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Verbesserung der Steuerstruktur, Perspektiven zur Steuerreform, September 1985, Stoltenberg, in Bulletin vom 5. 12. 1985 Nr. 137).

Es gibt Leute, die im Windschatten der Pläne und der Aktivitäten von Kapital und Kabinett die ganze Sache sozusagen auf den Punkt bringen, indem sie empfehlen, die direkten Steuern abzuschaffen und das ganze Steuersystem auf eine einzige Verbrauchssteuer, nämlich die Umsatzsteuer, umzufunktionieren (vergl. M. Rose, Unternehmensbesteuerung in der Systematik des bundesrepublikanischen Steuersystems, Vortrag auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 1. 4. 1986).

Die Regierung unternimmt mit ihrer Supersteuerreform Schritte in diese Richtung durch

- enorme Senkung solcher direkten Steuern wie Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer einerseits zugunsten von Unternehmern und Großverdienern,

- fast unverhüllte Pläne zur Erhöhung von Verbrauchssteuern, besonders der Umsatzsteuer, noch in dieser Legislaturperiode andererseits.

Schlußbemerkung

Der reaktionären und antisozialen Grundkonzeption der Finanz- und Steuerpolitik in der Wenderegierung setzt die DKP ihre in den Abschnitten I. und II. formulierten Forderungen und Vorschläge für eine Steuerreform mit sozialen Zielen entgegen. **Sie läßt sich dabei von der Auffassung leiten, daß „ein unlösbarer Zusammenhang zwischen der Steuerreform und einer Umschichtung der öffentlichen Ausgaben zugunsten der sozialen Gemeinschaftsausgaben für die Zukunftssicherung der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land besteht“.**

Entscheidend sei nicht nur die Höhe der Steuerbelastungen für die Reichen und Superreichen, sondern wichtig sei vor allem, wofür die Steuergelder verwendet werden: entweder für die machtpolitischen und rüstungssteigernden Interessen des Großkapitals, für Rüstung und NATO-Militärbasen im In- und Ausland, für expansive Ziele der Kapitalanlagen der Großkonzerne und Banken im Ausland oder für die lebensnotwendigen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung. (Vergl. UZ vom 6. 2. 1987)

Eine Steuerreform, die sich an den Forderungen der DKP orientiert, würde der Tendenz nach dem vom Bundesverfassungsgericht als Richtsatz gesetzten Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit Rechnung tragen und wäre auf steuerpolitischem Gebiet ein entscheidender Schritt in Richtung auf die Verwirklichung der Staatszielbestimmung des Artikels 20 Abs. 1 GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Eine Reform der Besteuerung wird nur dann erreicht, wenn sich die arbeitende Bevölkerung aktiv für ein sozial-orientiertes Finanz- und Steuersystem, für die Zurückdrängung der Macht der Herrschaft des Großkapitals einsetzt. Die Steuerreform wird nur sozial und fortschrittlich sein, wie Arbeiter und Angestellte, Bauern und Mittelstand sie sich erkämpfen.

Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, auf der 7. Parteivorstandstagung der DKP am 29. August 1987:

Unsere Partei vertritt klare Positionen:

Die derzeitige Auseinandersetzung um die Steuerreform nimmt an Schärfe zu. Schon seit Monaten machen Gewerkschaften, Parlamentsopposition, Sozial- und Kommunalverbände gegen Stoltenberg und die Unternehmerlobby in den Regierungsfractionen Front. Selbst CDU-geführte Länderregierungen, wie die in Baden-Württemberg und Niedersachsen und der Arbeitnehmerflügel in den Regierungsparteien wenden sich gegen Umfang und Zuschnitt der Steuerverteilung. Immer mehr Menschen erkennen, wie brüchig diese Reform in ihrem Kern ist, und daß sie hauptsächlich zugunsten der Reichen und des großen Kapitals die Masse der Bevölkerung letzten Endes zur Kasse ruft.

Diese Steuerpolitik verdient nur eine strikte Ablehnung. Der von den Gewerkschaften und Sozialorganisationen aber auch von der parlamentarischen Opposition angelegten Herbstkampagne gegen den Steuerbetrug gilt es daher, die volle Unterstützung zu geben.

Folgen der Steuerreform trifft Länder und Kommunen Städten und ganzen Regionen droht finanzieller Ruin

Unter den Bedingungen bereits schwer belasteter Kommunalhaushalte einerseits und eines gewaltigen Finanzbedarfs durch steigende Sozialausgaben und eines aufgestauten Investitionsbedarfs besonders im Umweltbereich andererseits, muß der von der Bundesregierung beschlossene Steuerverzicht für die Städte und Gemeinden verheerende Auswirkungen haben. Der Steuerverlust der Gemeinden wird durch das Steuerpaket 1990, einschließlich vorgezogener Steuerentlastung 1988, deutlich über 10 Milliarden DM liegen.

Allein bei der Gewerbesteuer sind Einnahmeausfälle von rund 3,5 Milliarden DM in den Kommunen zu erwarten. Die gesamten kommunalen Mindereinnahmen aufgrund der Gesetzgebung des Bundes werden vom Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages allein für 1986 auf 2,4 Milliarden DM und für 1987 auf 3,4 Milliarden DM beziffert. Damit wird deutlich, daß die Bundesregierung die negativen Auswirkungen der Steuer geschenke für die Unternehmen und Rei-

chen zum großen Teil auf die Kommunen und Länder abwälzen wird. Dieses lehnt die DKP entschieden ab.

Statt dessen fordert die DKP:

- 1. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer ist von gegenwärtig 35 Prozent auf 40 Prozent zu erhöhen. Dadurch erhöht sich der Anteil der Länder 1988 um rund 5,5 Milliarden DM. Die Steuerverbundmasse der Länder würde in etwa erhalten (Umsatzsteuerverteilung 1988: Bund 65 Prozent, Länder 35 Prozent).**
 - 2. Der Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage wird zugunsten der Gemeinden gestrichen. Ergebnis 1988: 2,5 Milliarden DM mehr für die Gemeinden.**
 - 3. Erhöhung der Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer von gegenwärtig 15 Prozent auf 20 Prozent. Damit stieg der gemeindliche Anteil von rund 30 Milliarden DM auf rund 40 Milliarden DM (Aufteilung jetzt: Bund und Länder je 42,5 Prozent, Gemeinden 15 Prozent.).**
-

Die Steuer-Täuschung

Ganz langsam, Stück für Stück lassen Koalitionspolitiker die Katze aus dem Sack, sagen, wie die „größte Steuerreform des Jahrhunderts“ bezahlt werden soll. Sie wollen „kleine Dinge“ streichen. Zum Beispiel den steuerfreien Sonntags- und Nachtdienstzuschlag. Zum Beispiel die Steuerfreiheit beim Kantinenessen. Zum Beispiel verschiedene Pauschalbeträge, die beim Lohn- und Einkommensteuerausgleich am Jahresende bislang ein paar Mark beschert haben.

Aber für die große Steuerreform kann uns doch wohl jedes Opfer recht sein, oder? Schließlich, versprach Finanzminister Stoltenberg, bekommt ab 1990 der Durchschnitts-Steuerzahler 1000 Mark im Jahr vom Staat zurück. Das muß ja bezahlt werden.

Nun gut. Rechnen wir nach. 1000 Mark im Jahr weniger Lohn- und Einkommensteuer. Ganz schön. Freilich müßte man von diesen 1000 Mark die 1,50 Mark pro Arbeitstag abziehen, die als Kantinenzuschlag demnächst besteuert

werden. Und der gerufte Sonntags- und Nachtdienstzuschlag, der im Durchschnitt um ein Drittel niedriger ausfällt. Nicht zu vergessen, daß für viele auch das Autofahren mehr kosten wird, weil die Benzinststeuer erhöht werden soll. Und mehr Tabaksteuer wird jede Schachtel Zigaretten verteuern.

Jeder mache seine private Rechnung auf! Sind die 1000 Mark versprochener Steuerersparnis schon weg durch weniger Einnahmen und zusätzliche Ausgaben, die uns die Steuerreform bringen soll? Die Rechnung zeigt im voraus, wer die Verlierer des Spiels sein werden: die Mehrheit der Bundesbürger, vor allem die Mehrheit der Arbeitnehmer. Da lohnt sich Leistung...

Die Regierung Kohl sollte endlich aufhören, von Steuerentlastung zu reden. Würde irgend jemand in der Wirtschaft ein ähnliches Täuschungsmanöver wagen, müßte er mit einer Anzeige wegen unlauteren Geschäftsgebarens rechnen.

Dietmar Seher

NRZ 29.5.87

Offener Streit über die Steuerreform

Bundesländer und Gemeinden wenden sich gegen einen Ausgleich über Kredite

Wald 4.6.87 t. Bonn

Zum offenen Meinungsstreit über die Steuerreform ist es gestern im Finanzplanungsrat gekommen, in dem neben dem Bundesfinanzminister die Finanzminister der Länder, der Bundeswirtschaftsminister, Vertreter der Gemeinden und als Gast die Bundesbank sitzen. Einige Länder und die kommunalen Spitzenverbände wollten zunächst Klarheit über die tatsächlichen finanziellen Spielräume, insbesondere die Art der Finanzierung von Steuerausfällen, die den Ländern und Kommunen zumutbaren Belastungen und einen entsprechenden Ausgleich. Sie hielten eine Kreditfinanzierung der Steuersenkungen derzeit für nicht vertretbar, hieß es in einem nach der Sitzung veröffentlichten Kommuniqué.

Die kommunalen Spitzenverbände warnten vor dem erneuten Rückgang der kommunalen Investitionen. Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten soll das Ausgabenwachstum der Ge-

bietskörperschaften auf jährlich bis zu drei Prozent begrenzt werden.

Finanzminister Stoltenberg verteidigte die Steuerreform als notwendigen Beitrag zur Konjunkturerholung. Gerade in diesem Zusammenhang habe sich die Bundesregierung international verpflichtet, durch zügige Beschlüsse zum Abbau der Handelsungleichgewichte beizutragen.

Ein vorübergehender Anstieg der Finanzierungsdefizite in den öffentlichen Haushalten sei tragbar. Gleichzeitig müsse der Anstieg der Ausgaben bei den Ländern und Gemeinden gebremst werden. Das sei auch gerechtfertigt, um den Staatsanteil am Sozialprodukt zurückzufahren.

Für die SPD-regierten Länder kritisierten der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Diether Posser, und der Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht die Annahmen der Regierung über die Entwicklung des mittelfristigen Wirtschaftswachstums als zu optimistisch. Die Einnahmeausfälle aufgrund der letzten Steuer-

schätzung ließen die zusätzlich geplanten Steuerentlastungen der Regierung nicht zu, ohne daß Länder und Gemeinden in ihren Haushalten Schaden nähmen. Die von Bonn für die Länder und Gemeinden eingeplante Erhöhung der Neuverschuldung sei nicht zu verkraften.

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, verteidigte die Regierungsannahme eines jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums von real etwa 2,5 Prozent von 1988 bis 1991. In diesem Zeitraum könne die Zahl der Erwerbstätigen nochmals um 700 000 steigen.

Die Experten des Bundesfinanzministeriums rechneten vor der Sitzung damit, daß im Zuge der Konjunktur-entwicklung und der großen Steuerreform das Finanzierungsdefizit in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden bis zum Jahr 1990 auf insgesamt 65 Milliarden Mark ansteigt.

Steuer-Selbstzweifel

Die Welt
9.6.87

Von Peter Gillies

Bei einem Herzstück ihrer Regierungsarbeit, der großen Steuerreform 1990, wird die CDU zunehmend von Selbstzweifeln geplagt. Während aus der Wirtschaft die Forderung kommt, die Steuersenkung durch- und gar noch vorzuziehen, um eine vermutete Wachstumsdelle auszubügeln, wird in der Koalition die bange Frage gestellt, ob der steuerreformerische Ehrgeiz solide zu finanzieren sei.

Daß eine kräftige Steuersenkung nötig ist, wird kaum bezweifelt, wohl aber ihre Finanzierung. Zum einen könnte das Wirtschaftswachstum sein Tempo etwas drosseln, was entsprechend geringere Steuereinnahmen zur Folge hätte. Zweitens erweisen sich die Haushaltsrisiken des Staates als zäh und teuer; sie beginnen bei den Landwirten und den vielen Problembranchen und enden bei Airbus und den noch nicht absehbaren Sozialkosten, deren dickster Brocken wohl die Rentenreform werden dürfte. Schließlich macht sich bei den Ländern und Gemeinden angesichts ihrer eigenen Finanzprobleme ein gewisser Reformwiderstand bemerkbar.

Niemand weiß, wie die Staatshaushalte des Jahres 1990 aussehen. Aber einige Eckwerte der Steuerpolitik sind schon heute gewiß: Die Reform darf nicht durch eine dauerhaft höhere Staatsverschuldung und auch nicht durch eine starke Erhöhung von Verbrauchssteuern finanziert werden. Beide Fluchtwege wären nicht seriös. Als Mogelpackung würde es auch empfunden, senkte man die Steuern etwas, erhöhte aber gleichzeitig die Sozialabgaben.

STEUERREFORM / „Zu optimistische Wachstumsrate“

Auch Späth meldet Bedenken an

HANDELSBLATT, Montag, 8.6.1987
ap HAMBURG. Bedenken wegen der geplanten Steuerreform hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth angemeldet. Dem „Spiegel“ sagte er, die Prognosen über die Wachstumsraten zeigten, „daß wir das Volumen der Steuerreform und den Zeitpunkt neu überlegen müssen“. Ähnlich hatte am Mittwoch der Deutsche Städtetag an Bundestag und Bundesrat appelliert. Eine Wachs-

tumsrate von 2,5 % hält Späth „für zu optimistisch“. Er rechne mittelfristig eher mit 2 oder nur 1,5 %. Wenn die Wachstumsrate 0,5 % niedriger sei, schlage sich das sofort in zusätzlich 50 000 bis 80 000 Nichtbeschäftigten nieder. Der Vize-Vorsitzende des Städtetages, Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU), forderte volle Unterstützung für Späth: „Wenn man merkt, daß einem der Strick um den Hals gelegt wird, sollte man nicht auch noch aus dem Fenster springen.“

Durch radikale Streichung von Subventionen wollen die Liberalen die kommende Steuersenkung finanzieren – auch auf Kosten der Privathaushalte

Die geheimen Sparpläne der FDP

Einen »Aufschrei« in der Bundesrepublik befürchten FDP-Bundestagsabgeordnete, falls die noch geheimen Sparpläne ihrer Finanzexperten bekannt würden. Insgesamt 20 Milliarden Mark direkter und indirekter Subventionen wollen die Freien Demokraten streichen.

Hans Gattermann, einer der profiliertesten Sparkommissare der FDP, nennt den Rundschlag seiner Partei eine breitgestreute »Verhandlungsgrundlage« für die Gespräche mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Nach Informationen des STERN plant die FDP folgendes:

- Überstunden: Sie sollen so hoch versteuert werden, »daß bald keiner mehr Lust hat, länger zu arbeiten«.
- Lohn- und Einkommensteuer: Die Abschreibungsmöglichkeiten bei Werbungskosten und Sonderausgaben müssen »drastisch eingeschränkt« werden. Speziell die Steuervorteile beim Hausbau sollen ebenso wie Kosten für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsplatz »erheblich abgebaut« werden.
- Werbegeschenke: Die steuerliche Abzugsfähigkeit dieser Verkaufsförderungshilfen soll »stark reduziert« werden.
- Bewirtungskosten: Für die Bewirtung von Geschäftsfreunden ist eine Höchstgrenze von zirka 60 Mark pro Person vorgesehen.
- Landwirtschaft: Derzeit wird der Nährstand mit 6,9 Milliarden Mark direkt unterstützt, einer der größten Subventions-Brocken. Daran will die FDP nichts ändern, weil die Bauern als »Umweltschützer und Landschaftspfleger keine Einbußen erleiden sollen«.
- Kindergeld: Das soll in Zukunft nach »sozialer Bedürftigkeit« gezahlt werden.

Wieviel Geld der Bund durch die Verwirklichung dieser FDP-Ideen tatsächlich sparen oder mehr einnehmen würde, bleibt vorerst offen. Gattermann: »Die Summenzählerei bringt nichts, es kommt darauf an,

was wir beim Koalitionspartner durchsetzen können.«

Mit dem sind harte Auseinandersetzungen schon programmiert. Seit Jahren sind CDU und CSU stolz darauf, durch diverse Kapitalbeschaffungshilfen in Bund und Ländern zur Existenzgründung von kleinen und mittleren Unternehmen beigetragen und dadurch Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Die FDP will der Union diesen Bonbon nun nehmen und dadurch etwa 100 Millionen Mark für den Bund retten.

Auch die Forschung – ein Heiligtum der Union – ist für die FDP kein Tabu. Umetwa 1,5 Milliarden Mark sollen die Mittel reduziert werden, die der Bund in die Forschungsvorhaben der Privatindustrie wie etwa im Bereich der Mikroelektronik steckt.

Sogar einen neuen Clinch mit dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß planen die Liberalen ein. Der Firma »Deutsche Airbus GmbH« (Aufsichtsratsvorsitzender: Strauß) greift der Bund jetzt jährlich mit etwa zwei Milliarden Mark unter die Flügel. Der Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck aus Schwaben: »Wir wollen den Airbus nicht abstürzen lassen, aber die Subventionen müssen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden, zumal der Bund noch »Altlasten« von etwa sieben Milliarden Mark zu verdauen hat.« Schließlich ist die FDP entschlossen, auch Subventionen für die Stahlbranche zu streichen.

Grünbeck über die kommende Auseinandersetzung mit der Union: »Stoltenberg wird sicher ein paarmal mit dem Rücktritt drohen.« Vor allem fürchtet der FDP-Politiker aber die Widerspenstigkeit von Strauß: »Falls sich der CSU-Vorsitzende mit seinen Vorstellungen durchsetzen sollte, können wir den Subventionsabbau ganz begraben.«

RUDOLF LAMBRECHT

Kohls Steuergeschenk ist unbezahlbar

Platz Stoltenbergs schöne Reform? Der Steuernachlaß, der das Meisterstück der zweiten Kohl-Amtszeit werden sollte, ist zu teuer. Berechnungen ergeben, daß sich

das Geschenk nur mit einer beispiellosen Staatsverschuldung verwirklichen ließe. Führende Christdemokraten denken über eine Reform der Reform nach.

Ronald Reagan ließ vorige Woche in Washington keinen Zweifel daran, wen er sich auf dem Wirtschaftsgipfel vornehmen will.

Den Japanern, die mit einem Konjunkturprogramm von 75 Milliarden Mark zu Pfingsten nach Venedig reisen, spendete Amerikas Präsident artig Lob. „Gewisse Staaten“ aber hätten bisher nur vom Handel mit den USA profitiert, ohne einen ausreichenden Beitrag für die Weltkonjunktur zu leisten.

Zur selben Zeit ließ sich ein gewisser Staatsmann, Helmut Kohl, auf die Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Kollegen vorbereiten. Der deutsche Kanzler hatte den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gebeten, rechtzeitig zum Gipfel die deutsche Verteidigungslinie mit seinem professoralen Ansehen zu stärken.

Die Fünf Weisen taten dem Gastgeber den Gefallen. In Venedig kann Kohl dem US-Präsidenten antworten: Nicht nur er, auch die Elite der ökonomischen Wissenschaft sei der Meinung, daß die für 1988 und 1990 versprochenen Steuererleichterungen genügend Antriebskraft entwickeln würden.

Zusätzliche Konjunkturprogramme, so will der deutsche Gipfel-Teilnehmer verkünden, seien nur von Übel. Die deutsche Wirtschaft bleibe auch ohne solche Hilfen auf stabilem, solidem Wachstumskurs. Sie hinge derzeit nur etwas durch.

In Venedig mag Kohl damit noch einmal davonkommen. Daheim allerdings sieht es bitter aus.

Während Kohl und Stoltenberg noch durch die Welt reisen und die Steuererleichterung als Glanzleistung der Bonner Regierungskoalition verkaufen, ist Par-



Steuerreformer Stoltenberg
Die Seifenblasen sind schnell geplatzt

teifreunden längst klar: Die große Steuerreform ist unbezahlbar, Kohl kann das verheißungsvollste Versprechen seiner zweiten Amtsperiode nicht einhalten.

Am Sonntagabend vor Pfingsten, eine Woche vor Eröffnung des internationalen Spektakels in Venedig, rechneten die CDU-Präsidiumsmitglieder Ernst Albrecht und Lothar Späth dem Kanzler und seinem Finanzwart vor, wie tristlos die Lage inzwischen ist.

Späth hat bereits die Konsequenz gezogen. Der Stuttgarter Regierungschef zum SPIEGEL: „Wir müssen die Steuerreform neu überlegen“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 21).

Das vertrauliche Treffen im Kanzleramt hatte Gerhard Stoltenberg mit seinem üblichen Durchhaltevortrag begonnen. Von der geplanten Steuerreform, die den Bürgern 1988 rund 14 Milliarden und von 1990 an noch einmal etwa 20 Milliarden Mark netto Entlastung bringen soll, dürfe es keine Abstriche geben.

Das sei schon deswegen geboten, weil er internationale Verpflichtungen eingegangen sei. Er, Stoltenberg, kenne wohl die Probleme der ange-reisten Kollegen, aber von der Belastung müßten auch die Länder ihren Teil tragen.

Ernst Albrecht, in Niedersachsen wegen seiner Einsparungen im Hochschulbereich

schwer unter Beschuß, widersprach heftig. Sein Land sei finanziell am Ende. Nur mit großer Mühe sei es ihm jetzt gelungen, in seinem Landeshaushalt 650 Millionen Mark an Ausgaben zu streichen. Weitere Einnahmekürzungen, so Albrecht erzürnt, „kann ich nicht mehr finanzieren“.

Was auf Albrecht und alle anderen zukommt, das rechnete Lothar Späth vor: Eine Verschuldung, wie es sie in den schlimmsten Tagen sozialliberaler Koalition nicht gegeben hat (vergleiche Graphik).

Von seinen Fachleuten hat der Stuttgarter Gast errechnen lassen, was unter realistischen Annahmen bis 1990 – dem ersten Jahr, in dem die gesamte Steuer-

Milliarden Mark für die Gebietskörperschaften vorausgesetzt.

Erreicht die deutsche Volkswirtschaft nicht die hochgegriffene Wachstumsrate von real 2,5 Prozent, so wird es gegen Ende der Legislaturperiode noch enger. Bei nur 0,5 Prozent weniger Wachstum im Schnitt der Jahre fehlen 1990 zusätzlich 9,4 Milliarden. Ein Defizit von fast 82 Milliarden wäre die Folge, und das sind die noch längst nicht geschafften Einsparungen schon eingerechnet.

Stoltenbergs Steuer-Seifenblasen platzen ziemlich schnell. „Vorübergehend“, so tröstet der Finanzminister, müsse die Nettokreditaufnahme ansteigen. Das geschehe für den guten Zweck, den Bürgern ihr Geld zu lassen und das Wachs-

terstützung in den Vorruhestand zu entlassen.

Die Rechnung, die Späth dem Kollegen in Bonn aufmacht, sieht denn auch ziemlich gruselig aus. 1991 fehlen in den öffentlichen Kassen, wenn die Subventionsstreicherei mißlingt, selbst bei 2,5-prozentigem Wachstum über 100 Milliarden, bei zwei Prozent sogar mehr als 112 Milliarden Mark. Ronald Reagan mit seinem astronomischen Haushaltsdefizit läßt grüßen.

Ist die Koalition im Herbst wider Erwarten erfolgreich, werden Subventionen abgebaut (Hans-Dietrich Genscher: „Keiner weiß bisher, wie“), dann bleibt auch mit der besseren Wachstumsvariante immer noch ein Loch von 80 Milliarden Mark, immer noch ein neuer Rekord.

Ihm gehe es gar nicht darum, die kurzfristige Lage zu dramatisieren, dozierte Späth am Sonntagabend in Bonn. Ihn, Späth, interessiere nur, wie es am Ende aussieht, ob die große Steuerreform überhaupt noch zu finanzieren sei.

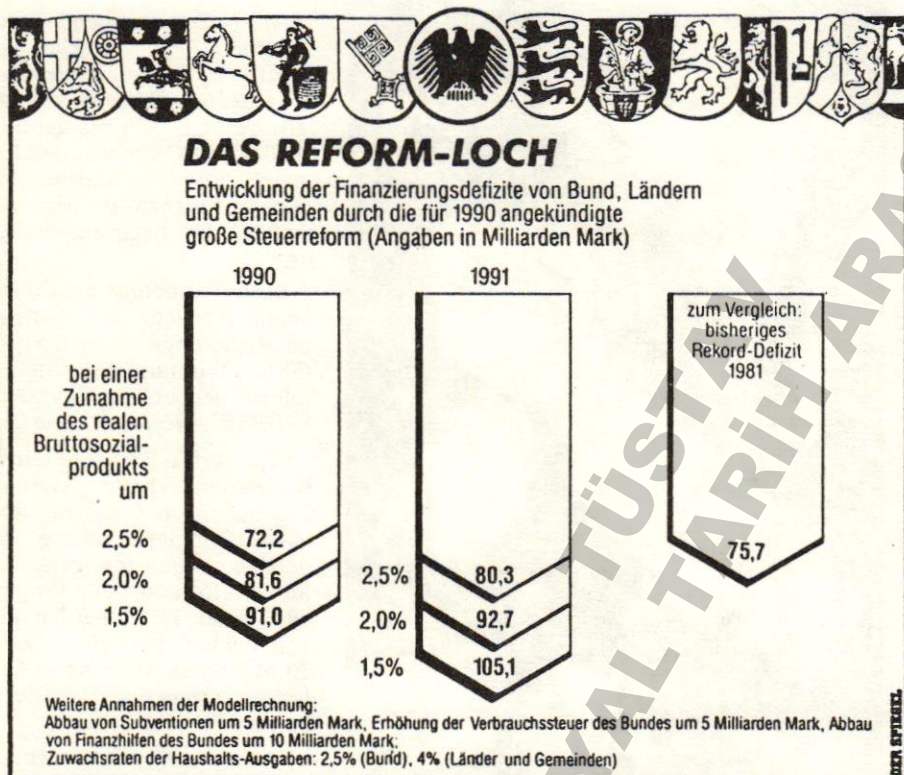
Der Finanzminister, der „jetzt von seinen eigenen Leuten von allen Seiten gegrillt wird“ (SPD-Oppositionschef Hans-Jochen Vogel), wollte darauf nicht antworten. Wie sollte er auch? Alles, was da auf ihn zurollt, läßt sich mit dem Image eines soliden Finanzvorstands nicht mehr vereinbaren.

Wer will, kann nachlesen, wie Gerhard Stoltenberg von den eigenen Grundsätzen abweichen wird. In einer Studie seines Hauses über „Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik“ hat der Finanzchef geschrieben, daß Steuer-senkungen auf Kredit nicht in ein Konzept paßten, „das sich an den Kriterien Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik orientiert“. Genau das aber scheint nun unvermeidlich.

Nicht nur Späth, auch andere Christdemokraten wie Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel fordern inzwischen ganz offen die einzige Konsequenz. Die Steuerreform müsse aufgegeben oder der Entlastungsbetrag zumindest drastisch reduziert werden.

Der Kanzler, dem konkrete Daten schon immer zuwider waren, will das alles nicht wahrhaben. Auf dem Deutschen Städtetag, vor den Bürgermeistern und Stadtdirektoren aus allen Teilen der Republik und aus allen Parteien, beharrte Helmut Kohl am vorigen Mittwoch auf der Stoltenberg-Reform: „Wir werden sie durchführen.“

Was Späth am letzten Mai-Sonntag im Kanzleramt vorgetragen hat, das war im übrigen nur der erste Akt im Bonner Geld-Theater. Im Hinausgehen, gegen Mitternacht, kündigte Arbeitsminister Norbert Blüm seinen christdemokratischen Kollegen mit fröhlichem Gesicht an: „Und das nächste Mal werde ich euch erzählen, was im Sozialbereich auf uns zukommt.“



reform wirken soll – und danach an Defiziten aufläuft.

Auch bei einem durchschnittlichen Wachstum der Volkswirtschaft von 2,5 Prozent – eine Marge, die von Kohls Sachverständigen als obere Grenze angesehen wird – fehlen 1990 beim Bund, bei Ländern und Gemeinden zusammen über 90 Milliarden Mark. Das würde, schrieben die Finanzexperten, „das bisher höchste Defizit aus dem Jahr 1981 in Höhe von 76 Milliarden DM bei weitem übersteigen“.

Selbst wenn es gelingt, wie vorgesehen, durch geringere Ausgaben oder höhere Einnahmen bei anderen Steuern 19,4 Milliarden Mark auszugleichen, bleibt immer noch ein Finanzloch von über 72 Milliarden Mark.

Genau vor einem Jahr, im Finanzplanungsrat der öffentlichen Hände, hatte Gerhard Stoltenberg für 1990 noch ein gemeinsames Defizit von nur 24,5

tum anzutreiben. Von 1991 an ergäbe sich „in der Planung wieder ein Rückgang“ (Stoltenberg).

Die CDU/CSU-Abgeordneten im Bonner Haushaltsausschuß sind sogar so mutig, diesen „Plan“ zu quantifizieren: Jährlich soll dann die Neuverschuldung um fünf bis sechs Milliarden Mark sinken.

Wie dieser angebliche Plan aussieht, weiß keiner genau. Bekannt ist nur, was an zusätzlichen Ausgaben noch nicht in dem tollkühnen Budget aufgeführt ist.

Da sucht man vergebens die 15 Milliarden Mark für Trümmerfrauen, die über die Jahre verteilt anfallen; da ist nichts zu lesen über die Milliarden, die von 1988 an bei der Arbeitslosenversicherung fehlen; ausgelassen wurde, was an staatlichem Zuschuß für die Rentenversicherung fällig ist und wieviel der Plan von Arbeitsminister Blüm kostet, mehr Arbeitnehmer mit öffentlicher Un-

Freispruch für Klöckner-Chef Henle

HANDELSBLATT, Montag, 20.4.1987
df DÜSSELDORF. Mit einem Freispruch endete am Donnerstag vor dem Duisburger Landgericht der Parteispenden-Prozeß gegen den Chef des Handelshauses Klöckner & Co, Jörg Alexander Henle. Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen. Die Staatsanwaltschaft hat Revision angekündigt.

Die Staatsanwaltschaft hatte Henle vorgeworfen, mit insgesamt 2,6 Millionen DM Spenden vorsätzlich Steuern in Höhe von 1,3 Mill. DM hinterzogen zu haben. Dafür sollte Henle eine Strafe von 500.000 DM zahlen. Ursprünglich hatte sich die Anklagebehörde mit einem einfachen Strafbefehl gegen Henle begnügen wollen, der ihm die unangenehme Publizität seines Verfahrens erspart, ihn aber auch um die Chance gebracht hätte, seine Unschuld zu beweisen. Henle hatte den Strafbefehl abgelehnt und die Hauptverhandlung gefordert.

Das Gericht hat Henle freigesprochen, weil diesem „nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachzuweisen“ war, er habe gewußt, daß die Sammelstellen, an die der Konzern die Spenden abführte, die Gelder direkt oder auf Umwegen an die Parteien weiterleiteten. Die Indizien reichten dem Gericht für eine Verurteilung nicht aus.

Es zeigt sich hier im Henle-Prozeß ein bedeutsamer Unterschied zum Reemtsma-Fall vor dem Landgericht Hamburg, dessen drakonische Geldstrafen gegen Mitglieder der Geschäftsführung mittlerweile auch vom Bundesgerichtshof bestätigt worden sind: Bei Reemtsma hatten die Geschäftsführer nach Feststellung des Landgerichtes, die auch für das Revisionsgericht verbindlich war, eine Bestimmung dahingehend getroffen, daß die Staatsbürgerliche Vereinigung die Spenden an die CDU weiterleiten solle. Mit Rücksicht auf diese Festlegung hat der Bundesgerichtshof daraufhin einen Vertrauensschutz für die Reemtsma-Manager abgelehnt.

Für die Klöckner-Spenden aber hat es eine solche Zweckbestimmung nicht gegeben, die Staatsanwaltschaft konnte die Einlassung Henles nicht widerlegen, daß seiner Meinung nach die Spenden zur Ver-



Der Chef des Duisburger Handelshauses Klöckner & Co., **Jörg Alexander Henle**: In der Rückschau müsse er sagen, „die Politiker hätten die Parteienfinanzierung durch Gesetz regeln sollen. Da war ein großer Schuß Heuchelei dabei.“

Foto: Vollmer

wendung innerhalb der Organisation der Sammelstelle bestimmt gewesen seien. Insofern wird der BGH, kommt es auch in Duisburg zur Revision, nicht einfach den Tenor seiner Reemtsma-Entscheidung übernehmen können.

Und auch noch in einem anderen Punkt unterscheidet sich das Duisburger von fast allen anderen Gerichtsentscheidungen in Parteispenden-Prozessen: Während die anderen Gerichte die Mitwirkung der Finanzverwaltung bei dieser Spenden-Praxis nicht zur Kenntnis nahmen oder strafrechtlich für völlig unbeachtlich hielten, hat das Landgericht Duisburg mit aller Deutlichkeit die Mitschuld der Finanzverwaltung festgestellt.

In der Urteilsbegründung heißt es dann auch: Die Beamten hätten teilweise die Spendenvereine „äußerst oberflächlich geprüft“, sodaß diese die Finanzämter jahre- und jahrzehntelang über ihre wahre Tätig-

keit hätten täuschen und sich die Gemeinnützigkeit hätten erschleichen können. Aber auch als Anfang der 80er Jahre durch Indiskretionen die Spendenaffäre in vollem Ausmaß bekannt geworden sei, hätten weder Finanzminister noch die zuständigen Finanzämter angemessen reagiert. Die Betriebsprüfer bei Klöckner hätten die politischen Spenden auch nach Aufdeckung des Skandals als steuerlich abzugsfähig behandelt. Henle hätte annehmen dürfen, daß die Finanzbehörden selbst den Verdachtsmomenten nachgehen würden.

Dieses Urteil wird also der besonderen Situation der Spender gerecht, die uneigennützig spendeten und sich darauf verließen, daß diese Praxis auch rechtmäßig sein müsse, solange die Finanzverwaltung sie dulde. Erst einmal, nämlich im Fall des Wattenscheider Textilfabrikanten Klaus Steilmann, hat ein Gericht ähnlich entschieden und Vertrauensschutz gewährt.

Das Bonner Schmiergeld-Urteil

„Legionen“ Kriminelle

Es gibt noch Richter in Deutschland! Mit diesem Jubelschrei begrüßte der Presesdienst der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die absurd milden Urteile im Bonner Schmiergeld-Prozeß. Die Jubelei kommt nicht aus reinem Herzen. Zwar sind die Freunde und Kollegen der Schmiergeld-Größen über die glimpflichen Strafen gewiß sehr erleichtert, da das allgemeine Handaufhalten beim großen Geld an der Steuer vorbei vom Bonner Landgericht als eine Art Kavaliärsdelikt eingestuft wurde. Doch andererseits hat die Bonner Kammer bei allem Kleinmut doch festgehalten, was Lambsdorff und die Seinen sind: Kriminelle.

Und dieser Spruch gilt für viele in Bonn. „Legionen müßten Sie bestrafen“, hat Lambsdorff in seinem letzten Wort dem Gericht entgegengeschleudert, „wenn das schon Beihilfe zur Steuerhinterziehung sein soll.“ Wenn Gesetz und Recht noch irgendwas bedeuten, dann müssen jetzt die Staatsanwälte gegen die „Legionen“ vorgehen.

In ihrer ersten Schlachtreihe steht Kanzler Kohl persönlich. Er war selbst vielfacher direkter Nutznießer der illegalen Finanzierung seiner Partei durch „Großspender“. So hat zum Beispiel die Barmenia-Versicherung über Jahre hinweg Spenden in sechstelliger Höhe über die „Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.“ an Dr. Kohl gelei-

stet. Nicht zu reden von den diskreten Kuverts des Herrn von Brauchitsch und anderer.

Daß die kriminellen Kollegen von Graf Lambsdorff jetzt zur Rechenschaft gezogen werden – das muß die eine Schlußfolgerung des Bonner Prozesses sein. Die andere muß von der Bonner Staatsanwaltschaft gezogen werden. Sie hat auch schon angekündigt, wegen des Freispruchs von Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch in Sachen Bestechung und Bestechlichkeit in die Revision zu gehen. Dem Gericht waren Beweise zuhauf erbracht worden, daß die früheren FDP-Minister von Flick mit vielen hunderttausend DM bedacht wurden, als sie über einen Steuerbefreiungsantrag Flicks über eine runde Milliarde DM zu entscheiden hatten. Daß die Minister dann auch tatsächlich zugunsten von Flick entschieden, wollte das Gericht aber nicht als „Gegenleistung“ verstanden wissen. Sie hätten ohnehin auf der Seite von Flick gestanden.

Früh und breit genug geschmiert, stehen vom Großkapital ausgehaltene Politiker natürlich immer „ohnehin“ auf seiten ihrer Geldgeber. Es darf doch nicht wahr sein, daß der kleine Mann für jede Bagatelle erbarmungslos verfolgt wird, die Korruption der feinen Leute aber in jedem Einzelfall vor Strafe wohl geschützt ist.

Conrad Schuhler

UZ - 18.2.87

Brauchitsch wirft Politikern Feigheit vor

k.w. HAMBURG, 18. Februar. Der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch, der im Bonner Parteispendenprozeß zu einer hohen Geld- und einer auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, hat „aus starker Verbitterung“ den seiner Ansicht nach „voll involvierten Politikern“ Feigheit vorgeworfen. In einem Interview des Norddeutschen Rundfunks lehnte es von Brauchitsch ab, zu diesem Vorwurf einzelne Namen zu nennen. Der verurteilte Manager nannte es unerträglich, daß es vom Wohnsitz abhängt, ob bei im Prinzip gleichlautenden Vorwürfen das Verfahren eingestellt oder aber eine hohe Geld- wenn nicht gar Freiheitsstrafe verhängt werde. Es müsse endlich zu einer zwischen den Bundesländern koordinierten Rechtspflege kommen. Brauchitsch kritisierte die seiner Ansicht nach mangelnde Sachkompetenz des Gerichts, das nicht in der Lage gewesen sei, die – nach von Brauchitschs Worten – komplexen und differenzierten Gedankengänge in der Leitung eines großen Wirtschaftsunternehmens nachzuvollziehen. Mit Bitterkeit äußerte er sich auch über seinen eigenen Lernprozeß in diesem Verfahren. Er habe erkennen müssen, daß bei einer dezentralisierten Unternehmensstruktur bessere Kontrollgremien vorgesehen sein müßten.

FAZ - 19.2.87

Strafverfahren Lambsdorff

Wer zahlt die Prozeßkosten?

Bonn. ppa – Die SPD-Abgeordneten Heide Simonis und Helmut Wiczorek fordern „schon in der ersten Sitzung des Haushaltsausschusses eine Unterrichtung über den Sachstand bei der Gewährung von Prozeßkostenzuschüssen im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen Bundesminister a. D. Otto Graf Lambsdorff“.

Nach Presseberichten wird der FDP-Landesverband in Nordrhein-Westfalen die 180 000 DM Geldstrafe und auch die Prozeßkosten für Lambsdorff bezahlen. Lambsdorff habe im Prozeß für die Partei „den Kopf hingehalten“ und brauche deshalb nicht selber zu zahlen.

UZ - 21.2.87

Glimpflich davongekommen

Von Roderich Reifenrath

Sie sind gut bedient worden: Eberhard von Brauchitsch, Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs, die im Parteispenden-Prozeß vom Bonner Landgericht mit Strafen bedacht wurden, die man nur als milde bezeichnen kann. Die Kammer blieb erheblich hinter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, ersparte dem ehemaligen Flick-Manager den Weg in den Knast, dem ehemaligen Wirtschaftsminister den Makel, mit einer nicht vollzogenen Freiheitsstrafe belastet zu sein und setzte — auch alle halbwegs guten Dinge sind drei — beim einstigen Chef der Dresdner Bank die Markierungen so herunter, daß die Vorstellungen der Anklagebehörde halbiert wurden. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die Vorwürfe wegen Bestechung und Bestechlichkeit unter den Tisch fielen.

Alle drei sind, sollten die Urteile rechtskräftig werden, zwar vorbestraft, doch angesichts der Schäden für den Staat in Millionenhöhe können sie mit diesem Spruch zufrieden sein. Auch wenn sie das natürlich alles ganz anders sehen. Ein Freispruch jedenfalls, wie immer wieder mal angesichts einer komplizierten Beweislage aus dem Block der Angeklagten gefordert, wäre der Gipfel des gesamten Skandals gewesen.

Es war ein sehr langes Verfahren, eines von der Sorte, bei dem man anders herauskommt als man hineingeht. Die privaten und beruflichen Belastungen für die Beschuldigten sollen nicht heruntergespielt werden, doch niemand anders als die Angeklagten selbst und ihre politischen Freunde tragen dafür die Verantwortung.

Um das zu belegen, muß man zurückblenden. Da war erstens der ungeheure Druck, mit dem zu Beginn der Affäre die Machtzentren der Politik in den öffentlichen Debatten die Wortführerschaft übernehmen wollten: Druck entstand auf die Justiz, Druck auf die Medien. Journalisten wurden als „Vorverurteilter“ angeprangert, ausführliche Berichterstattung als Verstoß gegen das Prinzip der Unschuldsvermutung gewertet. Die Fälle klarer Mißachtung dieser Regel waren zwar gering, aber es ging den Bedrohten ja auch nur darum, die erdrückende Flut an Informationen zu stoppen. Vor allem den „Spiegel“. Wie, so muß man fragen, wäre der Skandal juristisch verarbeitet worden, hätte man die Medien ausschalten können?

Da war zweitens der unglaubliche Versuch, die von allen Bonner Parteien (außer den Grünen) begangenen Gesetzesbrüche eigenmächtig zu amnestieren, ein Bemühen, das auch von gradlinigen Parlamentariern vereitelt wurde. Das sei zu

ihrer Ehrenrettung noch einmal vermerkt. Und drittens verschanzten sich die Angeklagten hinter einem Berg von Persilscheinen. Rechtsanwälte organisierten die Abwehr. Der Faktor Zeit geht also auf das Konto der Beschuldigten.

Die zulässige, letzten Endes aber erbärmliche Taktik des Hinauszögerns lebte von der Hoffnung, bei schwammiger Beweislage das Hauptverfahren verhindern zu können. Alle Kräfte waren darauf gerichtet, das Damoklesschwert zu beseitigen. Ein mutiges, die Ermittlungen entscheidend verkürzendes Geständnis, hat es nicht gegeben. Das sagt auch einiges über das Vorbild-Verständnis dieser Leute aus.

Daß die Vertreter der Anklage sorgfältig operierten, wer will ihnen das verdenken. Es standen ja nicht Hinz und Kunz zur Diskussion, sondern mächtige Männer. Vor allem Otto Graf Lambsdorff hat mit der ihm eigenen Angriffslust oft genug die Positionen seiner Widersacher auszuhebeln versucht, und auf Bonner Rückendeckung brauchte er in solchen Augenblicken selten zu warten. Die Staatsanwälte mußten also, wenn sie nicht in einem Meer von Vorwürfen versinken wollten, ihren Mut vor Fürstenthronen absichern. Das kostete Zeit — Ausgleich für die Tatsache, daß es Varianten des Gebots der Gleichheit aller vor dem Gesetz gibt. Bei weniger exklusiver Kundschaft wäre ein solches Verfahren mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schneller über die Bühne gegangen.

In einer ähnlichen Lage befand sich das Gericht. Die Fairneß gebietet den Hinweis auf die doppelte Belastung, der sich die Justiz in solchen Fällen ausgesetzt sieht: Aus Bonner Amtsstuben drang ständig wie Nieselregen die Erwartung, man möge die Reputation ansonsten unbescholtener Menschen nicht zerstören, und im neutralen Umfeld wurde scharf beobachtet, ob es vielleicht doch so etwas wie Klassenjustiz gibt.

Die Strafkammer hat sich durchmanövriert. Die Angeklagten können sich über korrekte Behandlung nicht beschweren, es gab sogar Privilegien, die nicht alltäglich sind. Das Urteil selbst wirkt wie ein Kompromiß zwischen Anklage und Verteidigung. Es ist der vorläufige Schlußstrich unter eine Affäre, in der drei Prominente stellvertretend für andere, ebenso Prominente büßen müssen. Der Spendenkandal hat Karrieren zerstört, und er wird im Gedächtnis der Bürger als schäbiger Mißbrauch der Regeln einer Parteiendemokratie haften bleiben. Lambsdorff, Friderichs und v. Brauchitsch sind glimpflich davongekommen.

Das Nachspiel

Die Bonner Verurteilten
in verteilten Rollen

Entsprechend einer unausgesprochenen Rangordnung haben die Verurteilten des Bonner Parteispendenprozesses das Nachwort zum Urteil gesprochen. Der „rotzfreche Graf“ (Augstein) zuerst, vor großem Presseaufgebot in der Bonner FDP-Zentrale, „wie ein Fußballmanager nach dem Spiel“ (Frankfurter Rundschau) und kein bißchen leise: „Ich will und werde weiter Politik machen.“

Politikverdrossenheit indessen bei den anderen. Geldgeber Eberhard von Brauchitsch schmolzt Politikern, die er „feige“ nennt, die kassiert, aber wenig bis nichts für ihren Protagonisten getan haben. Namen will er nicht nennen, man braucht wohl noch etwas Reserve für die Memoiren; aber dafür ist es noch zu früh. Der Jüngste, der kleine Hans zuletzt; Exbundeswirtschaftsminister Friderichs zieht es nicht mehr in die Politik, aber in den Topssessel der Deutschen Sporthilfe. Nekermann soll's möglich machen, ab 1988 erst.

Revision gegen das überaus milde Urteil werden sie alle drei einlegen, genauso wie – aus entgegengesetzten Motiven – die Bonner Staatsanwälte.

Wie preiswert die Steuerhinterzieher davongekommen sind, zeigt ein Vergleich mit anderen Deliquenten. Der Kölner Pharmaunternehmer Madaus wurde im November 1984 in einem gleichgelagerten Fall zu einer Geldstrafe von 420 000 DM verurteilt. Die Reemtsma-Manager Wiethüchter und Zander mußten 189 000 DM und 108 000 DM berappen, die Karstadt-Manager Deuss und Althoff 240 000 DM und 342 000 DM. Der dem Fiskus beigebrachte Schaden betrug in all diesen Fällen weitaus weniger als beim Bonner Kleeblatt. Madaus hinterzog 257 000 DM, die Reemtsma-Manager zusammen 660 000 DM, die Karstädter 2,25 Millionen DM.

Zum Vergleich: Die Bonner Richter ermittelten bei von Brauchitsch einen Steuerschaden von 16,8 Millionen DM, bei Lambsdorff von 1,5 Millionen DM, bei Friderichs von 1,6 Millionen DM. Dafür wurden sie zu zweieinhalb Jahren mit Bewährung plus 550 000 DM

Geldstrafe und 180 000 DM und 61 500 DM Geldstrafe verurteilt. Milde zeigten die Richter auch bei der bedeutsamen Berechnung des „Tagessatzes“ – grob vereinfacht ein Dreißigstel des monatlichen Nettoeinkommens – aus dem sich die Höhe der Geldstrafe ergibt. Aus dem Satz von Graf Lambsdorff von 360 DM ergibt sich, daß die Richter sein Nettoeinkommen auf 10 800 DM veranschlagt haben, mit Sicherheit zu wenig.

Wenn es allerdings nach dem Willen der nordrhein-westfälischen FDP-Spitze geht, wird ihr eifrigster Spendensammler finanziell sogar gänzlich ungeschoren aus dem Verfahren hervorgehen. Außer den Anwalts- und Prozeßgebühren will der FDP-Landesverband nun auch die Geldstrafe berappen, sollte sie denn nicht revidiert werden. Man wolle den Grafen jetzt „nicht im Regen stehen lassen“.

Parteitreu und Satisfaktion in Ehre, aber die Stützungsaktion wirft rechtliche Probleme auf. Nach gängiger „herrschender Lehre“, auf die sich Juristen wie Lambsdorff sehr gerne berufen, erfüllt die Übernahme einer solchen Verpflichtung den Straf tatbestand des Paragraphen 258 Strafgesetzbuch (Vollstreckungsvereitelung). Der gängige Strafrechtskommentar von Schöncke-Schröder interpretiert dazu ganz eindeutig, daß bestraft werden muß, „wer absichtlich oder wissentlich die Vollstreckung einer gegen einen anderen verhängten Strafe oder Maßnahme ganz oder zum Teil vereitelt“. Denn durch die kumpelhafte Übernahme der Geldstrafe, wäre sie, „die als Strafleistung den Verurteilten persönlich treffen soll, entwertet“.

Wer meint, mit Geld sei alles zu kaufen, muß wohl zwangsläufig zur Überzeugung kommen, auch juristische Grundregeln könnten finanziell außer Kraft gesetzt werden. Was wäre wohl gewesen, wenn der Graf tatsächlich zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden wäre? Welche der FDP-Größen hätte dann seinen Koffer statt Graf Lambsdorff zum Knasturlaub gepackt?

HEINZ P. SIEBOLD

DVZ - 27.2.87



Jahr 2000: Die Welt ohne Atomwaffen.

Dieser Vorschlag Michail Gorbatschows wird von allen friedliebenden Menschen begrüßt.

Die **UZ** ist die einzige Zeitung, die täglich Wege zum Frieden aufzeigt, über alle Friedensvorschläge informiert.

Darum wissen **UZ**-Leser mehr.



Die **UZ** können Sie probelesen.
14 Tage kostenlos und unverbindlich. 02101/590317.
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

Telefon: